

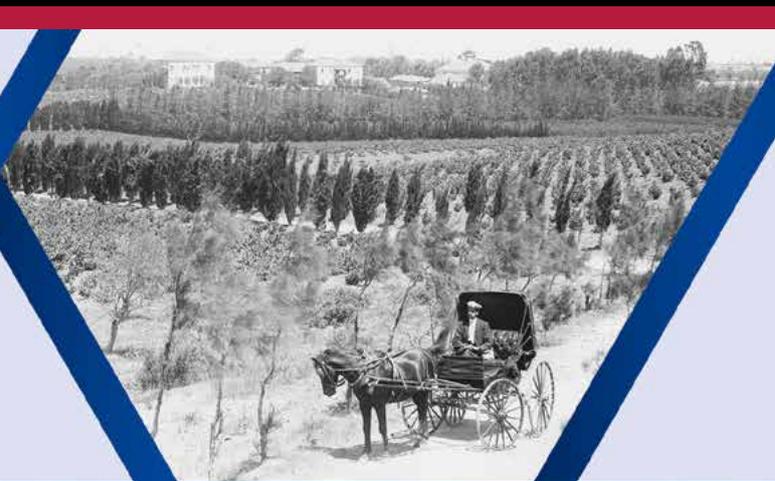
Informationen

zur politischen Bildung / izpb



336 1/2018

B6897F



Israel



Inhalt



11



25



34



59

Annäherung an ein facettenreiches Land 4

Eine Bewegung schafft sich ihren Staat: der Zionismus 6

- Von religiöser Sehnsucht zu politischer Bewegung 6
- Theodor Herzl und die Anfänge des Zionismus 8
- Auf dem Weg zum Staat 12

Die Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern 14

- Von der Nachbarschaft zum Konflikt, 1901 bis 1952 14
- Wechselnde Erfolge in den Nahostkriegen, 1956 bis 1973 16
- Vom Libanonkrieg über Oslo zum Gazakrieg, 1975 bis 2017 17

Israel und seine Beziehungen zu den Nachbarstaaten 24

- Israel – jenseits von Orient und Okzident 24
- Israel als klassischer Minderheiten-Staat 25
- 1948 – Flucht, Vertreibung, Bevölkerungsaustausch 27
- Regionale Allianzsysteme 27
- Friedensprozess und Grenzen der Normalisierung 29
- Fazit: „Hier ist nicht Europa“ 31

Politisches System und Parteien 32

- Grundgesetze 33
- Staatspräsident 34
- Parlament: die Knesset 34
- Exekutive: Ministerpräsident und Regierungsbildung 35
- Entwicklung des Parteiensystems 36
- Wohin entwickelt sich der Staat Israel? 37

Jüdisch und demokratisch? Religion und Staat in Israel 38

- Wer ist Jude? 39
- Erstarken der Nationalreligiösen 39
- Ultraorthodoxie 40
- Spielräume zwischen Religiösen und Säkularen 41
- Kontroversen um den jüdischen Charakter des Staates 43

Schmelztiegel oder Mosaik? Israelische Gesellschaft 44

- Gesellschaftliche Visionen, Werte und Ideale 45
- Einwanderung als kulturelle Herausforderung 46
- Arabische Minderheit 48
- Unterschiede im Lebensgefühl 49
- Prägungen durch Bildung und Militärdienst 50
- Rolle der Frauen 51

Der Umgang mit der Schoah	52
Kontroversen um die Wirkung der Erinnerung an die Schoah	53
Spektrum des Gedenkens seit den 1990er-Jahren	54
<hr/>	
Medien und Kultur	55
Medienlandschaft	55
Literatur	55
Israelische Musikkulturen: Soundtracks seiner Gesellschaften	57
<hr/>	
Wirtschaftliche Grundzüge und Entwicklungen	59
Jahrzehnte des Wirtschaftswachstums	59
Einschnitte durch den Jom-Kippur-Krieg und die Ölkrise	61
Das Stabilisierungsprogramm des Likud	61
Zuwanderung und Hightechorientierung	62
Stagnation und staatliche Gegenmaßnahmen	62
Start-up-Nation	64
Schatten über Israels Wirtschaft	64
<hr/>	
Die internationalen Beziehungen Israels	68
Bestimmende Faktoren israelischer Außenpolitik	69
Der erste Beziehungskreis: die Bedeutung der USA	70
Der zweite Beziehungskreis: Europa und Russland	72
Israels Beziehungen zur übrigen Welt	75
Schlussbetrachtungen	76
Deutsch-israelische Beziehungen	76
<hr/>	
Ausblick	80
<hr/>	
Zeittafel	81
<hr/>	
Literaturhinweise	82
<hr/>	
Internetadressen	82
<hr/>	
Autorinnen und Autoren	82
<hr/>	
Impressum	83
<hr/>	

Editorial

Im Frühjahr 2018 feiert Israel den 70. Jahrestag seiner Staatsgründung. Wer das Land besucht, ist fasziniert von seiner Schönheit, von seinen Menschen und vom pulsierenden Leben seiner Städte. Überrascht wird er feststellen, dass der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, der in der medialen Öffentlichkeit Deutschlands so oft die Schlagzeilen dominiert, wenn vom Staat Israel die Rede ist, im Alltag seiner Bewohnerinnen und Bewohner keineswegs die dominierende Rolle zu spielen scheint.

Bei näherer Betrachtung erweist sich allerdings, dass dieser Konflikt durchaus einen prägenden Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ausübt. Um Israel besser zu verstehen, ist es deshalb hilfreich, die wechselvolle Geschichte des Landes zu kennen.

Dieser Annahme wurde bei der Konzeption dieser Themenausgabe Rechnung getragen. Die ersten drei Kapitel zeichnen die Geschichte Israels und des Nahostkonflikts nach und beleuchten sie aus verschiedenen Perspektiven: Das erste Kapitel ist dem Zionismus gewidmet und schildert die von ihm inspirierte und von äußerem Druck getriebene jüdische Besiedlung Israels vom späten 19. Jahrhundert bis zur Staatsgründung 1948.

Das Folgekapitel weitet den Zeitraum der Betrachtung über 1948 hinaus bis zur Gegenwart und richtet den Fokus auf die Beziehungen zwischen der meist arabischen Bevölkerung Palästinas und den jüdischen Einwanderern, die sich zu dem bis heute andauernden Konflikt zuspitzten.

Das dritte Kapitel nimmt die arabischen Länder der Region mit in den Blick. Während sich Israel seit seiner Gründung existenziellen Gefährdungen durch wiederholte militärische Angriffe der Nachbarstaaten ausgesetzt sah, hat es sich den kulturellen Einflüssen der Nahostregion weit geöffnet.

Die anschließenden Beiträge bieten ebenfalls historische Exkurse, legen jedoch den Schwerpunkt auf die Betrachtung der israelischen Gegenwart. Eröffnet werden sie durch eine Darstellung der rechtlichen und politischen Grundlagen des Staates Israel. Sie greift die laufenden Debatten auf, die um dessen „jüdischen und demokratischen“ Charakter kreisen, und leitet damit zum nächsten Beitrag über, der sich mit dem Spannungsverhältnis zwischen Staat und Religion beschäftigt.

Herausforderungen an den inneren Zusammenhalt stellt auch die „Mosaikgesellschaft“, die in Israel aus der Einwanderung von Menschen unterschiedlichster Kulturkreise entstanden ist. Verbindend wirken unter anderem der Dienst in der Armee und die Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland in der Schoah. Gleichzeitig spiegelt sich das breite gesellschaftliche Spektrum in großer kultureller Vielfalt wider. Beispiele bieten hier die Medienlandschaft, die Literatur und die Musik.

Die Einwanderung, ihre Herausforderungen und Chancen, haben nicht zuletzt auch das Wirtschaftsleben beeinflusst. Die Hightech-Industrie des Landes hat durch sie entscheidende Impulse erfahren. Die Eindämmung sozialer Verwerfungen bleibt allerdings eine politische Aufgabe.

Ebenso wie im wirtschaftlichen Bereich muss Israel auch bei den internationalen Beziehungen den Gegebenheiten des Nahostkonflikts Rechnung tragen. Wirtschaftliche Kooperation und Sicherheitserfordernisse erfolgen eher in zwischenstaatlicher Zusammenarbeit mit verlässlichen Partnerländern außerhalb der Region, zu denen – trotz der schweren historischen Belastungen – auch und nicht zuletzt Deutschland zählt.

Christine Hesse

DANIEL MAHLA

Annäherung an ein facettenreiches Land

Auch sieben Jahrzehnte nach der Staatsgründung bleiben grundlegende Fragen der politischen, territorialen und kulturellen Struktur Israels offen und werden nicht zuletzt auch in der israelischen Gesellschaft intensiv diskutiert. Der Zusammenhalt angesichts einer als vorwiegend feindlich wahrgenommenen Außenwelt eint eine Gemeinschaft, die innergesellschaftlich durchaus heterogen ist.



2018 begeht Israel den 70. Jahrestag seiner Staatsgründung. Dies wird gefeiert, wie hier, zum 65. Jahrestag 2013 auf den Straßen Jerusalems, gibt aber auch Anlass zum Rückblick auf sieben Jahrzehnte wechselvoller Geschichte.

Am 5. Ijjar 5708 jüdischer Zeitrechnung, dem 14. Mai 1948, rief der zionistische Politiker und spätere Ministerpräsident David Ben Gurion den jüdischen Staat aus. „Gleich allen anderen Völkern“, so verkündet die von ihm verlesene Unabhängigkeitserklärung, „ist es das natürliche Recht des jüdischen Volkes, seine Geschichte unter eigener Hoheit selbst zu bestimmen.“

So kurz nach der Schoah, nach der Vernichtung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Helfer, war diese Staatsgründung alles andere als selbstverständlich. Mittlerweile existiert Israel seit 70 Jahren, in denen sich seine Bürgerinnen und Bürger gegen viele widrige Umstände und feindselige Nachbarn behauptet haben. Trotz fortdauernder Kriegs- und Terrorgefahr blüht die israelische Wirtschaft, Israels wissenschaftliche Errungenschaften und Hightech-Technologien kommen weltweit zum Einsatz und israelische Kulturschaffende, wie Literaten und Musiker, erfreuen sich internationaler Beliebtheit.

Allerdings scheinen auch sieben Jahrzehnte nach der Gründung viele grundlegende Fragen des israelischen Staatswesens weiterhin offen. Israel ist aufgrund seiner Geschichte, seiner Einwohnerstruktur und seines besonderen politischen Charakters als „jüdischer Staat“ und als Demokratie, aber auch wegen seiner geografischen Lage und geopolitischen Situation ein höchst facetten- wie spannungsreiches und dynamisches Land. Bereits in der frühen zionistischen Führung war umstritten, ob Israel tatsächlich ein Staat „gleich allen anderen“ werden sollte, wie in der Unabhängigkeitserklärung gefordert, oder ob es nicht vielmehr ein einzigartiges Projekt darstellte. Während es etwa zahlreiche christlich oder islamisch geprägte Staaten gibt, ist Israel der einzige jüdisch geprägte Staat. Was dies aber bedeutet und wie sich der jüdische Charakter des Staates in der Praxis äußern sollte, ist unter Israelis fortdauernd umstritten.

Israel wurde auf der Grundlage des UN-Teilungsplanes von 1947 errichtet, der breite internationale Unterstützung fand. Doch bis heute ringt der Staat um Anerkennung und Legitimität. Kaum ein anderes Land steht so stark im Fokus internationaler Kritik – zahllose UN-Resolutionen sind ein Beleg dafür. Nur wenige seiner Nachbarn erkennen Israel offiziell an. Israelis selbst streiten über die Ausdehnung des eigenen Staatsgebietes. Dem Land fehlt bis heute eine klar definierte Grenze. Wie umstritten etwa der Status von Jerusalem ist, hat sich zu-

letzt an den Debatten um die Entscheidung des US-Präsidenten Donald Trump gezeigt, Jerusalem offiziell als Hauptstadt Israels anzuerkennen. Während die Israelis jährlich die „Wiedervereinigung“ der Stadt durch den Sechstagekrieg von 1967 feiern, ist Jerusalem in vielerlei Hinsicht eine geteilte Stadt und bleibt nicht zuletzt durch seine Bedeutung für die drei großen monotheistischen Weltreligionen – Judentum, Christentum und Islam – ein leidenschaftlich umkämpftes Streitobjekt.

Der Wunsch nach einem eigenen jüdischen Staat entstand nicht nur unter dem Eindruck der Ausgrenzung und Verfolgung der europäischen Juden, sondern wurde auch maßgeblich von zeitgenössischen europäischen Ideen und Vorstellungen geprägt – besonders vom modernen Nationalismus. Diese europäischen Wurzeln sind bis heute in Israel von großer Bedeutung, was sich beispielsweise im Charakter seiner politischen Institutionen niederschlägt. Nach dem Krieg von 1948 waren circa 150 000 arabische Einwohner im Gebiet des neuen Staates verblieben. Gleichzeitig nahm der Staat direkt nach seiner Gründung hunderttausende aus arabischen und nordafrikanischen Ländern vertriebene Juden auf, die ihre eigene Kultur mitbrachten. Auch andere Einwanderungsgruppen, etwa aus der ehemaligen Sowjetunion oder Äthiopien, trugen zur stetigen Veränderung der israelischen Gesellschaft bei. Solche demografischen Faktoren sowie die geografische Lage Israels im Nahen Osten prägen die israelische Gesellschaft nachhaltig. Sie wird zudem in vielen Aspekten von den USA beeinflusst, was nicht nur mit wirtschaftlichen Globalisierungsprozessen, sondern auch mit den engen Beziehungen der beiden Staaten und den Bindungen zum amerikanischen Judentum zusammenhängt.

In der Berichterstattung auswärtiger Medien dominiert thematisch nicht selten der Konflikt Israels mit seinen Nachbarn, während für die moderne israelische Gesellschaft viele weitere Faktoren und Bruchlinien bestimmend sind – etwa die Konflikte zwischen religiösen und säkularen Juden, zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen oder zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern. Auch die begrenzten Seiten dieses Heftes können den Staat Israel und seine vielseitige Gesellschaft nicht in aller Komplexität behandeln. Sie sollen jedoch einen ersten Eindruck vermitteln und können als Grundlage und Ausgangspunkt für eine vertiefte Beschäftigung mit Israel dienen.

Kennziffern

Einwohnerzahl	8,7 Millionen
Bevölkerung	74,8 % Juden, 20,8 % Araber und 4,4 % andere
Bevölkerungswachstum	ca. 2 %
Landfläche ¹	20 770 km ²
Staatsform	parlamentarische Demokratie
Staatsoberhaupt	Reuven Rivlin (Likud), seit 2014
Regierungschef	Benjamin Netanjahu (Likud), seit 2009
Human Development Index ²	Rang 19 (von 188 Staaten) in 2016
Gini-Index (Maß der Ungleichheit) ³	39,2 (2015) – je geringer der Wert, desto gerechter ist die Einkommensverteilung; zum Vergleich: Ägypten 30,8; USA 40,8; Niederlande 30,9; Deutschland 28,3

¹ in den Waffenstillstandslinien von 1949

² Messzahl für den Entwicklungsstand eines Landes, gebildet aus Lebenserwartung, Ausbildung und Kaufkraft

³ Maßstab für die Vermögens- und Einkommensverteilung einzelner Länder



Das Land mit der eigenen Hände Arbeit aufzubauen, war ein erklärtes Ziel der zionistischen Einwanderer. Rückkehr von der Landarbeit in Shave Zion, 1938

MICHAEL BRENNER

Eine Bewegung schafft sich ihren Staat: der Zionismus

Der Zionismus als politische Bewegung nimmt seinen Ausgang im Europa des späten 19. Jahrhunderts. Die Zunahme judenfeindlicher Ausschreitungen führt zur verstärkten Auswanderung nach Palästina. Befördert durch die machtpolitischen Interessen Großbritanniens gelingt die Bildung eines eigenen jüdischen Staatswesens.

Zionismus ist ein Begriff, der bis heute polarisiert: Die einen sehen in ihm die Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes, den anderen gilt er als Ausgeburt des Kolonialismus und Imperialismus. Nichts verdeutlicht diese Polarisierung so sehr wie die – je nach politischer Wetterlage – unterschiedliche Bewertung des Zionismus durch die UNO-Vollversammlung: 1975 hatte diese mit den Stimmen der arabischen Staaten, der Ostblockländer und einiger Staaten der Dritten Welt den Zionismus als „eine Form des Rassismus“ gebrandmarkt. Nach dem Ende des Kalten Krieges hob im Dezember 1991 die UNO-Vollversammlung diese Resolution mit überwältigender Mehrheit wieder auf und erklärte sie für null und nichtig. Der ehemalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan meinte in einer Rede zum Thema Antisemitismus im Jahre 2004, dass die umstrittene Gleichstellung von Zionismus und Rassismus einen Tiefpunkt in der Geschichte der Vereinten Nationen gebildet habe.

Von religiöser Sehnsucht zu politischer Bewegung

Der Zionismus war eine moderne politische Bewegung, die jedoch aus einem sehr alten religiösen Gedanken erwachsen war. Schon seit der ersten Vertreibung ins Exil in biblischen Zeiten nämlich gaben die Juden ihrer Sehnsucht Ausdruck, in das Gebiet zurückzukehren, das für sie als das verheißene oder das „Heilige Land“ galt. In der hebräischen Bibel hören wir im Psalm 137 von den nach Babylonien Exilierten, wie sie an den Strömen Babels saßen und Zions gedachten. „Wenn ich dich je vergäße, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren“, heißt es darin.

Drei Mal täglich beten fromme Juden für die Rückkehr nach Zion – jenem Berg in Jerusalem, der symbolisch für das ganze Land Israel steht. Hebräische Dichter haben während des Mittelalters poetisch die Rückkehr nach Jerusalem ausgemalt. Und immer wieder sind einzelne Juden in ihr heiliges Land ausgewandert – zumeist allerdings nur, um dort zu sterben und begraben zu sein, jedoch nicht, um dort zu leben. Mitunter gab es auch koordinierte Versuche ganzer Gruppen jüdischer Mystiker, sich in das Land Israel aufzumachen, von denen die Bewegung des aus Polen stammenden Jehuda He-Chassid im

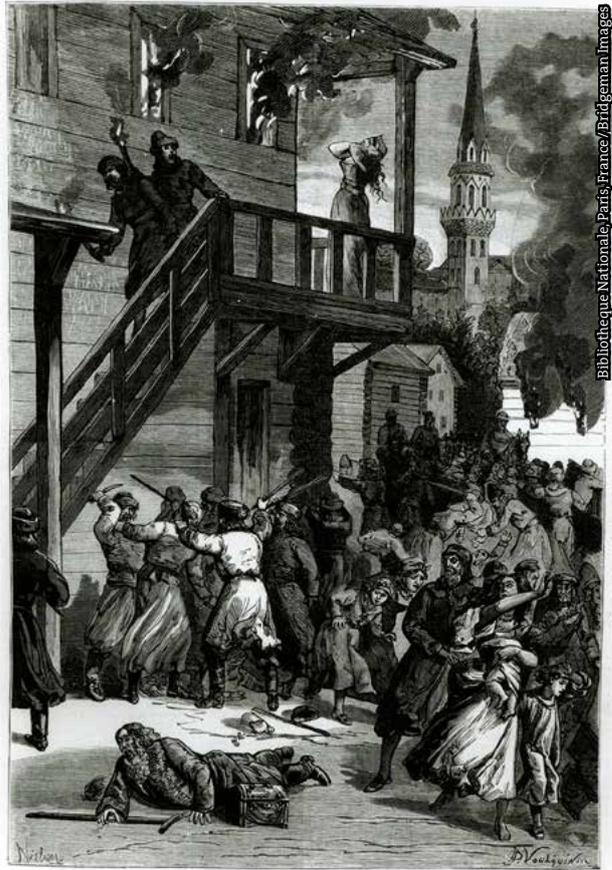
Jahre 1700 die bekannteste war. Doch mündeten diese nicht in eine politische Bewegung.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts erfuhr die traditionelle Zionssehnsucht allerdings eine entscheidende Veränderung. Die religiösen Gefühle verbanden sich mit den aufkommenden Nationalbewegungen. In Europa entstanden neue Staaten, die sich teilweise auf antike historische Grundlagen bezogen. Jüdische Intellektuelle blickten nach Griechenland und Italien und fanden in diesen alt-neuen Nationalstaaten historische Vorbilder. Die italienische Nationalbewegung (der *Risorgimento*) diente Moses Heß (1812–1875), einem frühen Weggefährten von Karl Marx, als Inspiration, um die Gründung eines jüdischen Staates vorzuschlagen. In seiner 1862 veröffentlichten Schrift „Rom und Jerusalem“ argumentierte er, dass das antike Jerusalem genauso den Kern eines modernen jüdischen Staates bilden könne wie die Erinnerung an das antike Rom den Kern der italienischen Nationalbewegung ausmachte.

Heß' kleine Schrift verhallte ebenso ungehört wie einige andere religiös motivierte Aufrufe zur Rückkehr der Juden nach Palästina in der Mitte des 19. Jahrhunderts, die im Rahmen der osteuropäisch-jüdischen Aufklärungsbewegung, der *Haskala*, entstanden. Es waren somit weder die religiöse Begeisterung noch die nationale Aufbruchsstimmung, die den Zionismus als politische Bewegung begründeten: Mehr noch war es der von vielen bereits als überwunden geglaubte, doch am Ende des 19. Jahrhunderts in radikaler Form neu formulierte Judenhass.

1879 hatte der deutsche Journalist Wilhelm Marr den Begriff des Antisemitismus erfunden und damit dem nunmehr „rassisch“ begründeten Judenhass einen pseudo-wissenschaftlichen Anstrich gegeben. Im Deutschen Kaiserreich wie auch in Österreich erlebte die sich nun antisemitisch nennende Bewegung politische Erfolge. In Wien wurde mit Karl Lueger ein sich offen zum Antisemitismus bekennender Politiker zum Bürgermeister der Stadt gewählt. Selbst in Frankreich, das als Mutterland der Judenemanzipation seinen jüdischen Einwohnern als erstes Bürgerrechte gewährt hatte, gab es antijüdische Exzesse, als dem jüdischen Artilleriehauptmann Alfred Dreyfus 1894 wegen angeblichen Hochverrats der Prozess gemacht wurde.

Die neue Welle antijüdischer Einstellungen in Mittel- und Westeuropa äußerte sich vor allem in verbaler Form in der Drohung, die Emanzipation rückgängig zu machen. Die neuen antisemitischen Parteien, die am Ende des 19. Jahrhunderts in den deutschen Reichstag einzogen, fanden im alten Feindbild der Juden Erklärungen für neue Missstände. Angesehene Persönlichkeiten wie der Hofprediger Adolf Stöcker und der Historiker Heinrich von Treitschke schürten derlei antijüdische Vorurteile selbst am kaiserlichen Hof und an den Universitäten.



MASSACRE DES JUIFS DE KASSIMÉ
D'après le Nouran — Voir l'article 187.

Der Antisemitismus im russischen Zarenreich der 1880er-Jahre eskalierte oftmals in gewalttätigen Pogromen. Viele Juden flohen, einige siedelten sich in Palästina an. Gravierung aus dem *Journal Illustré*, Juni 1881

Noch bedrohlicher war die Lage in Osteuropa, wo die weitaus größten jüdischen Gemeinden bestanden. Hier waren die Juden niemals vollständig emanzipiert worden und litten zudem unter großer wirtschaftlicher Not. Nach dem Attentat auf den Zaren Alexander II. 1881, an dem auch eine Frau jüdischer Herkunft beteiligt gewesen war, führte eine gezielt antijüdische Kampagne zu gewaltsamen Pogromen. Viele Juden mussten um ihr Hab und Gut und oftmals auch um ihr Leben fürchten. Zwischen 1881 und 1914 wanderten daher über zwei Millionen Juden aus dem Zarenreich nach Nordamerika aus.

Eine kleine Gruppe der Auswanderungswilligen brach im gleichen Zeitraum ins Osmanische Reich auf, um sich in dem Gebiet, das sie Eretz Israel, das Land Israel, nannten, niederzulassen. Es gab damals weder Israel noch Palästina als politische Einheit, sondern lediglich verschiedene von Istanbul, der Hauptstadt des Osmanischen Reiches, aus regierte Bezirke, den *Sandschak* von Jerusalem sowie den von Nablus und Akko. Inspiriert wurden die Auswanderungswilligen von einer Schrift des in Odessa lebenden Arztes Leon Pinsker (1821–1891), der 1882 unter dem Eindruck der Pogrome in einem kleinen auf Deutsch verfassten Büchlein mit dem Titel „Auto-Emanzipation“ gefordert hatte, dass die Juden sich eben selbst emanzipieren müssten. Wenn dies im Zarenreich nicht möglich sei, bräuchten sie ein eigenes politisches Territorium, um sicher vor den Antisemiten zu sein. Zwar bildeten sich daraufhin einige Ortsvereine der sogenannten Zionsfreunde (*Chovevei Zion*), doch eine breite politische Bewegung konnte Pinsker ebenso wenig auf die Beine stellen wie vor ihm Moses Heß.



Frühe Vorreiter des Zionismus: Moses Heß (1812–1875, li.) und Leon Pinsker (1821–1891)

Theodor Herzl und die Anfänge des Zionismus

Dieses Verdienst kommt unumstritten dem in Budapest aufgewachsenen und in Wien lebenden Journalisten Theodor Herzl (1860–1904) zu, war ihm jedoch gewiss nicht in die Wiege gelegt worden. Er wuchs in einem Elternhaus auf, das sich bewusst für einen Weg heraus aus dem traditionellen Judentum und hinein in die deutschsprachige Gesellschaft entschieden hatte. So war Herzl mit der hebräischen Sprache nicht vertraut und die jüdischen Gebete blieben ihm zeitlebens fremd.

Herzl war in Wien kein Unbekannter. Bereits mit 30 Jahren war er Feuilletonredakteur der wichtigsten liberalen Tageszeitung „Neue Freie Presse“, seine Stücke wurden im Burgtheater aufgeführt und er wurde als Korrespondent nach Paris entsandt. Hier wurde er Zeuge des Dreyfus-Prozesses mit seinen antisemitischen Begleiterscheinungen. Herzl war sich wohl bewusst, dass die Juden auch in seiner Geburtsstadt Budapest und in seiner Wahlheimat Wien angefeindet wurden. Aber wenn selbst in Frankreich, wo sie seit über 100 Jahren gleichberechtigte Bürger waren, auf der Straße gegen sie gehetzt wurde, dann gab es nach seiner Ansicht keine Hoffnung mehr für die Juden, irgendwo in Europa frei von Ressentiments zu leben.

Pläne

Einen Schlüssel zur Lösung des Problems sah Herzl zunächst in einem Massenübertritt der Wiener Juden zum katholischen Glauben. Sehr bald erkannte er jedoch, dass sie damit zwar der traditionellen, religiös motivierten Judenfeindschaft ausweichen konnten, nicht aber dem neuen, „rassisch“ begründeten Antisemitismus. Als Ausweg blieb nur die Auswanderung aus Europa. 1896 veröffentlichte Herzl eine kleine Broschüre mit dem programmatischen Titel „Der Judenstaat“. Darin hielt er fest, dass sein Projekt eines Judenstaates unzweifelhaft aus der Zurückweisung durch die europäische Umgebung geboren wurde: „Wir haben überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen und nur den Glauben unserer Väter zu bewahren. Man lässt es nicht zu. Vergebens sind wir treue und an manchen Orten sogar überschwängliche Patrioten. (...) Wenn man uns in Ruhe ließe. (...) Aber ich glaube, man wird uns nicht in Ruhe lassen.“ (Theodor Herzl, *Der Judenstaat*, Leipzig 1896, S. 11 f.)

Wo der neue Judenstaat liegen sollte, war ihm noch nicht klar: Neben Palästina erörterte er auch die Möglichkeit, ihn in Argentinien zu begründen, wo der in Paris lebende Philanthrop Baron Maurice de Hirsch (1831–1896) in seinen landwirtschaftlichen Projekten bereits Tausende russischer Juden angesiedelt hatte. Später sollte Herzl auch andere mögliche Territorien für seinen Judenstaat in Betracht ziehen, darunter einen ihm von den Briten in Aussicht gestellten Landstreifen in Ostafrika. Dieser sogenannte Uganda-Plan wie auch die früheren Argentinien-Pläne stießen allerdings unter Herzls Anhängern – vor allem denjenigen aus Osteuropa – auf wenig Gegenliebe: Aus ihrer Sicht hatten ihre Vorfahren nicht drei Mal täglich für die Rückkehr nach Zion gebetet, um dann einen Staat in Afrika oder Südamerika zu begründen.

Widerstände

Herzl stieß von Anfang an auf Widerstand in der jüdischen Gemeinschaft. Den orthodoxen (also frommen) Juden aus Osteuropa passte nicht, dass ein säkularer (also weltlich ausgerichtet) Jude aus Wien sich an die Spitze einer Bewegung stellte,

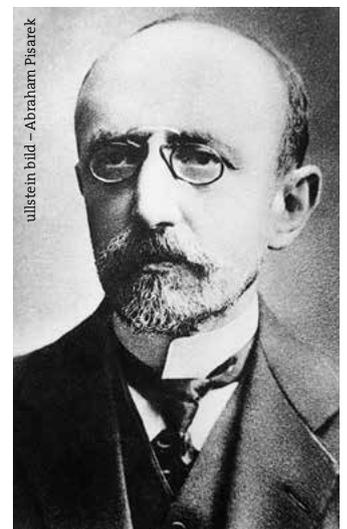
die nach ihrem Dafürhalten einzig dem Messias vorbehalten sein sollte, dem Erlöser, dessen Kommen die alten Weissagungen prophezeiten. Die assimilierten, also ihrer jeweiligen Umwelt angepassten Juden hatten ein anderes Problem: Sie fühlten sich als deutsche, österreichische oder französische Staatsbürger jüdischen Glaubens und warfen Herzl vor, den Antisemiten Argumente zu liefern, wenn er behauptete, die Juden seien ein Volk und wie jedes Volk benötigten auch sie ihr eigenes Land. So verweigerten wohlhabende Juden, wie die Barone Rothschild und Hirsch in Paris, Herzl ebenso die Unterstützung wie die Rabbiner, um die er sich bemühte.

Herzl ließ sich von den zahlreichen Widerständen nicht aufhalten. Als der deutsche Rabbinerverband und die Israelitische Kultusgemeinde in München seinen Plan, den ersten Zionistenkongress in der bayerischen Hauptstadt abzuhalten, verhinderten, organisierte er diesen im Sommer 1897 in Basel. Anstelle der Rothschilds und Hirschs kamen die notleidenden Juden aus dem Zarenreich.

Doch er erhielt durchaus auch Respektsbezeugungen durch europäische Fürsten: Der König von Bulgarien empfing ihn ebenso wie der Großherzog von Baden. Er traf Kaiser Wilhelm II. auf dessen Visite im Heiligen Land, und er wurde vom Sultan Abdulhamid II. in Istanbul empfangen. Als Herzl 1904 im Alter von nur 44 Jahren verstarb, hatte er allerdings keinerlei konkrete Zusagen erhalten. Die zionistische Bewegung, die er aufgebaut hatte, lebte jedoch weiter und konnte sich trotz mancher Rückschläge im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg konsolidieren.

Unterschiedliche Zielvorstellungen: politisches oder kulturelles Zentrum?

Herzl war aber auch innerhalb der jungen zionistischen Bewegung nicht unumstritten. Um den russischen Zionisten Achad Ha'am (hebr.: Einer aus dem Volk, eigentlich Ascher Ginsberg, 1856–1927) scharten sich jene Zionisten, deren Motiv zur Rückkehr nach Palästina nicht so sehr der Antisemitismus war wie die Angst um den Untergang des Judentums als Folge der zunehmenden Assimilation. Sie wollten ein geistiges und kulturelles jüdisches Zentrum schaffen, darin die hebräische Sprache als Alltagssprache wiederbeleben, und mit einer neuen, säkularen, jüdischen Kultur auch den in der Diaspora (Zerstreuung) verbleibenden Juden das Festhalten an ihrer jüdischen Identität ermöglichen.



Theodor Herzl (1860–1904, li.) und Achad Ha'am (1856–1927) wünschten beide einen jüdischen Staat in Palästina, allerdings aus unterschiedlichen Motiven.

Klein-Europa oder Hebräerland?

[...] Sechs Jahre nach dem Erscheinen des „Judenstaats“ legte Herzl [...] in seinem utopischen Roman „Altneuland“ die plastisch beschriebene Vision seiner Erfüllung vor. Die meisten Darstellungen Herzls zeigen ein statisches Bild vom zukünftigen Judenstaat. Sie übersehen, dass Herzl in diesen sechs Jahren seine Meinungen entscheidend weiterentwickelt [...] hat. Anstatt einer „Society of Jews“ gibt es jetzt nur noch eine allgemeine „Neue Gesellschaft“ [...].

„Altneuland“ erzählt von einem Wiener Juden und einem preussischen Adligen, die aus der europäischen Gesellschaft aussteigen und in die Südsee reisen. Bei einem kurzen Zwischenstopp in Palästina sind sie über den in jeder Hinsicht deprimierenden Zustand des Landes entsetzt. Als sie zwanzig Jahre später, im Jahre 1923, nach Europa zurückkehren wollen, erkennen sie bei einem erneuten Halt in Palästina das Land nicht mehr wieder. Die inzwischen gegründete „Neue Gesellschaft“ hat eine blühende Infrastruktur mit kulturellen Höchstleistungen und einer funktionierenden Demokratie geschaffen. [...] Getragen wird die „Neue Gesellschaft“ selbstverständlich vor allem (allerdings nicht ausschließlich) von Juden, doch stellt sie ein kleines kosmopolitisches [toleranteres, verjüngtes, technisch und sozial modernisiertes] Europa im Nahen Osten dar. Juden und Araber leben friedlich miteinander, es kommt kaum zu politischen Konflikten. [...]

Für westeuropäische Leser mochte dies attraktiv sein, für die meisten Juden Osteuropas dagegen las sich der Roman wie

eine schlechte Parodie auf den Judenstaat, den sie sich vorstellten. Es war einem von ihnen, Achad Ha'am, [...] vorbehalten, seiner Verwunderung Ausdruck zu geben. [...]

Für Achad Ha'am [...] sollte die Aufgabe des Zionismus vor allem darin bestehen, für die in der Diaspora verbleibende Mehrheit ein geistiges Zentrum aufzubauen. Im Westen brauche man den Zionismus nur wegen des Antisemitismus, im Osten dagegen suche man auch Antworten auf die drohende Assimilation. Während Herzl nur das Problem der Juden zu lösen suchte, wollte Achad Ha'am auch das Problem des Judentums lösen. [...]

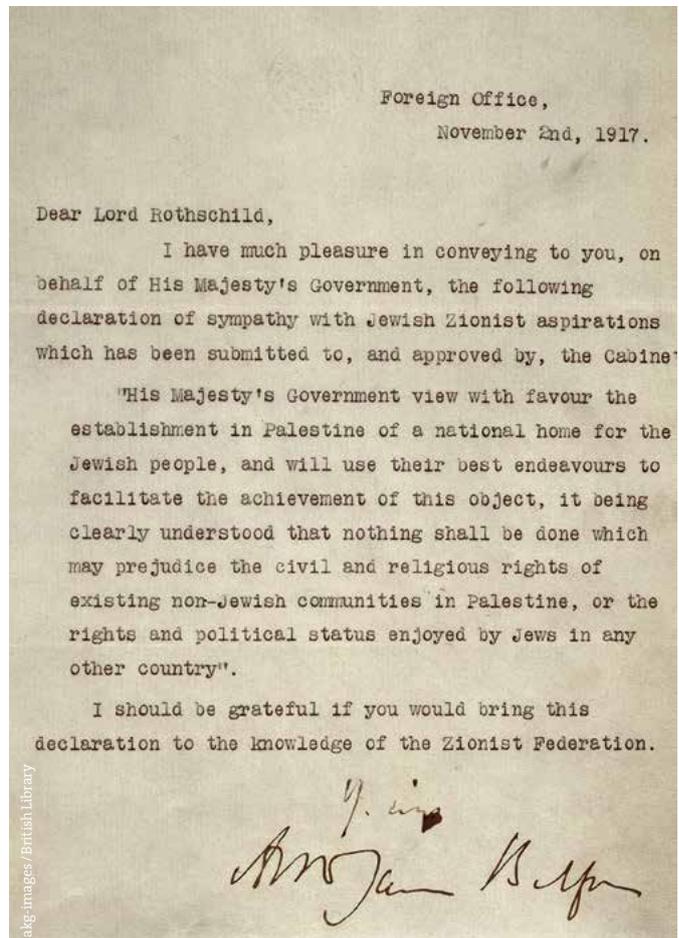
In den Personen Herzls und Achad Ha'ams standen sich innerhalb des zionistischen Projekts zwei grundsätzliche Konzepte der Normalisierung der Juden gegenüber[.] die Grundpositionen eines universalistischen Modells, dem es um die Verbesserung der Welt ging, und eines partikularistischen Modells, dem es um die Weiterentwicklung des Judentums ging. [...] [Letzteres] [...] forderte viel drastischere Maßnahmen als eine Umsiedlung der Juden. Dazu gehörten die Wiederbelebung ihrer hebräischen Kultur, die radikale Neustrukturierung ihrer Berufe und letztlich sogar ihre physische Umgestaltung. Kurz gesagt, ein „neuer jüdischer Mensch“, der „hebräische Mensch“, sollte geschaffen werden. [...]

Michael Brenner, Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates, Verlag C. H. Beck, München 2016, S. 63 ff.

Als Herzl im Jahre 1902 seinen utopischen Roman „Altneuland“ veröffentlichte, der die zukünftige jüdische Gesellschaft in Palästina wie ein idealisiertes Europa darstellte, wo man englische Internate, französische Opernhäuser und natürlich Wiener Kaffeehäuser hätte und wo europäische Sprachen gesprochen würden, reagierte Achad Ha'am mit scharfer Kritik. Was Herzl hier projizierte, sei doch nichts anderes als eine Assimilation der Juden auf kollektiver Ebene. Sie retteten zwar ihre physische Existenz in den Orient, doch sie lebten weiter, als ob sie in Europa wären. Ihm fehlte in Herzls Phantasiegebilde die jüdische Kultur. Und in einem weiteren Punkt hielt Achad Ha'am Herzl für naiv: In Herzls Vision hießen die einheimischen Araber die jüdischen Einwanderer willkommen, da diese die Errungenschaften der modernen Zivilisation Europas mit sich brachten und das Land aufbauten. Achad Ha'am dagegen prognostizierte den Konflikt der beiden Bevölkerungsgruppen. Ihm zufolge würden sich die Araber gegen die jüdische Besiedlung des Landes wehren.

Diplomatischer Durchbruch: die Balfour-Deklaration von 1917

Erst dreizehn Jahre nach Herzls Tod erhielt der Zionismus die Anerkennung, von der sein Gründer geträumt hatte: Im Zuge des Ersten Weltkriegs standen die Briten kurz davor, dem Osmanischen Reich die Herrschaft über Palästina zu entreißen. Auf der Suche nach Verbündeten machten sie den Arabern politische Versprechungen und stellten gleichzeitig den Zionisten eine nationale Heimstätte in Palästina in Aussicht. In einem von der britischen Regierung absegneten und für die Öffentlichkeit bestimmten Brief an den prominenten britischen Zionisten Lord Lionel Walter Rothschild schrieb der damalige britische Außenminister Lord Arthur Balfour im November 1917:



Der Brief des britischen Außenministers Balfour an Baron Rothschild vom 2. November 1917 gelangte als Balfour-Deklaration zu Bedeutung.

„Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei, wohlverstanden, nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht jüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern infrage stellen könnte.“

Vieles in diesem Dokument blieb offen: Was bedeutete eine nationale Heimstätte in rechtlicher Hinsicht? In welchem Gebiet „in Palästina“ sollte sie errichtet werden? Welche Rechte hatten die Araber, falls sie diese Heimstätte nicht hinnehmen wollten? Ungeachtet dieser und anderer ungeklärter Fragen war die Balfour-Deklaration das erste offizielle Dokument einer für Palästina zuständigen Regierung, das einen Rechtsanspruch der Juden auf mindestens einen Teil des von den Zionisten beanspruchten Landes begründete. Zwar war der Weg zur Staatsgründung noch weit, aber die Erklärung trug dazu bei, der zionistischen Bewegung größeres Ansehen auch innerhalb derjenigen Teile des Judentums zu verschaffen, die ihr vor dem Ersten Weltkrieg gleichgültig oder sogar feindlich gegenüberstanden hatten.

In den folgenden zwei Jahrzehnten wurde die Umsetzung der Balfour-Deklaration zur Hauptaufgabe der zionistischen Führung. Bei der Konferenz von San Remo 1920 übertrug der neu gegründete Völkerbund Großbritannien ein Mandat über Palästina (siehe S. 15); dies bedeutete den Auftrag, in einer Art Vormundschaft, die staats- und völkerrechtlichen Interessen eines fremden Gebiets zu vertreten, das sich nicht selbst verwalten kann. Die Briten behandelten Palästina allerdings nicht viel anders als ihre Kolonien. Unter steigendem Druck der arabischen Bevölkerung gegen die Einwanderung von Juden und die Autonomie der jüdischen Bevölkerung schränkten sie die in der Balfour-Deklaration gegebenen Versprechen zunehmend ein.

Der Jischuw: die jüdische Bevölkerung in Palästina

Vor Beginn der Einwanderungsbewegung, die Anfang der 1880er-Jahre aus Osteuropa einsetzte, lebten circa 25 000 Juden unter etwa einer halben Million zumeist muslimischer, aber zu einem kleinen Teil auch christlicher Araber in Palästina. Über Jahrhunderte war diese kleine jüdische Bevölkerung, der sogenannte Alte Jischuw, in Palästina ansässig gewesen und



Auf der Konferenz von San Remo 1920 beratschlagten Großbritannien, Frankreich und Italien über die Aufteilung des besiegten Osmanischen Reiches. Palästina wird britisches Mandatsgebiet.

Jüdische Einwanderung nach Palästina

Jahr / Periode	Zahl der Einwanderer	Wichtigste Herkunftsländer
1882–1903 (1. Alijah)	20 000–30 000	Russland
1904–1914 (2. Alijah)	35 000–40 000	Russland
1919–1923 (3. Alijah)	ca. 35 000	Sowjetunion, Polen
1924–1931 (4. Alijah)	ca. 80 000	Polen, Sowjetunion
1932–1938 (5. Alijah)	ca. 200 000	Polen, Deutschland
1939–1945	ca. 80 000	Polen, Deutschland, Rumänien, Ungarn, Tschechoslowakei
1946–1948	ca. 56 000	Polen, Rumänien

Alijah: Einwanderungsperiode

Angelika Timm, Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, Bouvier Verlag Bonn 1998, S. 348 (Auszug)

hatte sich auf die vier Städte Jerusalem, Hebron, Tiberias und Zefat (Safed) konzentriert. Sie lebte vor allem von dem in der jüdischen Diaspora für sie gesammelten Geld. Die neuen Einwanderer wollten die Abhängigkeit von der Diaspora beenden und ihre Gemeinden wirtschaftlich eigenständig machen. Die erste Phase der landwirtschaftlichen Ansiedlungen in Palästina begann 1870 mit der Gründung von „Mikwe Israel“ südöstlich von Jaffa. Weitere Siedlungsgründungen folgten. Finanziell gesichert durch Initiativen der Rothschilds und des Baron Hirsch hatten die Siedler dabei, genau wie ihre Finanziere, zunächst nicht notwendigerweise das politische Ideal eines eigenen jüdischen Staates im Sinn.

Die jüdische Bevölkerung Palästinas wuchs bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs auf etwa 80 000 Personen an. In dieser Zeit wurden auch die beiden Lebensformen geschaffen, die den Grundstein für die spätere jüdische Gesellschaft Palästinas bilden sollten: der *Kibbuz* (hebr.: Versammlung, Gemeinschaft) als kollektive Lebensform auf lokaler Basis und die Gründung der ersten groß angelegten jüdischen Stadt, Tel Aviv, im Jahre 1909. Der erste *Kibbuz*, damals noch *Kvutzah* genannt, wurde 1910 in Degania gegründet, als zehn Männer und zwei Frauen ihr Wirtschaftsideal einer Kollektivgemeinschaft am Rande des Sees Genezareth verwirklichten. Ohne Aufsicht und Verwaltung von außen regelten die Kibbuzmitglieder ihre eigenen Angelegenheiten selbst. Kinder wuchsen in einem kollektiven Kinderhaus auf, Frauen sollten ebenso wie die Männer arbeiten, und der Kibbuz sollte für seine eigenen essenziellen Bedürfnisse sorgen.

Neben der landwirtschaftlichen Betätigung verschieb sich diese Generation der Einwanderer vor allem dem Ideal, die hebräische Sprache wiederzubeleben. Das Hebräische war zwar als Gebetsprache, aber seit vielen Jahrhunderten nicht mehr als Umgangssprache verwendet worden. Seine Wiederbelebung verdankte sich vor allem nun dem russischen Zionisten Eliezer Ben-Yehuda, der ein neues Wörterbuch erarbeitete.

1909 wurde mit Tel Aviv „die erste hebräische Stadt“ gegründet. Benannt nach der Übersetzung von Herzls Roman „Altneuland“ und zunächst als Gartenstadt konzipiert, wuchs der Vorort von Jaffa schnell zu einer eigenständigen Metropole und der größten Stadt des Landes heran, die 1935 bereits 120 000 Einwohner zählte. In Jerusalem wurde mit der Hebräischen Universität 1925 der Grundstein eines akademischen Studiums in der hebräischen Sprache gelegt.



Universal History Archive / UIG / Bridgeman Images

Mit der Gründung von Mikve Israel, südöstlich von Jaffa, begann 1870 die erste Phase jüdischer landwirtschaftlicher Ansiedlungen in Palästina. Aufnahme um 1910

Variationen des Zionismus

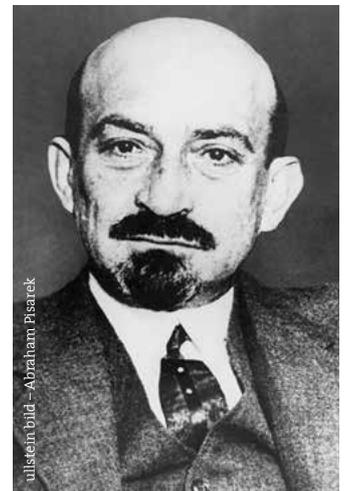
Obwohl sie von den sozialistischen Traditionen in Russland geprägt waren und wenig Erfahrung mit demokratischen Traditionen hatten, entwickelten die jüdischen Einwanderer in den Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg ein Demokratieverständnis, das durchaus andere Richtungen tolerierte und ein offenes Parteiensystem anstrebte.

Im Zentrum der sich herausbildenden Parteienlandschaft vertraten die Allgemeinen Zionisten um Chaim Weizmann (1874–1952), den Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation, wirtschaftlichen Liberalismus und gemäßigte politische Ansichten. Schon bald allerdings identifizierten sich die meisten Zionisten, vor allem in Palästina, mit einem staatsbildenden Sozialismus und arbeiteten auf eine klassenlose Gesellschaft hin. Unter der Führung von David Ben Gurion (1886–1973) schlossen sich die wichtigsten Strömungen der zionistischen Linken 1930 zur Arbeitspartei *Mapai* zusammen. Viele Jahrzehnte sollte die sozialistische Leitung von nun an die zionistische Organisation und den Staat Israel dominieren.

Als letzte größere Strömung des Zionismus betrat der Revisionismus die Szene. Innerhalb der Bewegung stand er für antisozialistische und nationalistische Haltungen. Die bestimmende Persönlichkeit des Revisionismus war bis zu seinem Tod Wladimir Ze'ev Jabotinsky (1880–1940). In Russland hatte er sich einen Namen als Journalist, Schriftsteller und Übersetzer gemacht. Dank seiner brillanten Rhetorik zog er vor allem die bürgerlichen Mittelschichten im Polen der Zwischenkriegszeit an. Er legte sein Augenmerk auf die Notwendigkeit des militärischen Kampfes und konnte im Ersten Weltkrieg die Aufstellung der „Jüdischen Legion“ in der britischen Armee durchsetzen. Auch seine Jugendorganisation *Betar* war im Grunde eine paramilitärische Gruppe.



alg-images / Pictures From History



ulstein bild - Abraham Pisarek

Während Wladimir Ze'ev Jabotinsky (1880–1940, li.) einen kämpferischen Zionismus vertrat, stand Chaim Weizmann (1874–1952) für eine gemäßigte, liberale Haltung.

Die religiösen Zionisten sammelten sich bereits seit 1902 um die relativ kleine Partei *Misrachi*. Sie musste sich gegen die nicht zionistischen *Charedim* (Ultraorthodoxe) durchsetzen. Die Bemühungen, die orthodoxen Juden zu einigen, scheiterten auf ganzer Linie. Die britischen Behörden zwangen der Gemeinschaft – in der eine große Anzahl von *Charedim* die Zusammenarbeit verweigerte – ein Oberrabbinat mit je einem aschkenasischen und einem sephardischen Oberrabbiner auf. Das neue Amt verdankte seine Anerkennung weitgehend der Autorität des ersten Oberrabbiners von Palästina, Rabbi Abraham Isaak Kook. In seinen Augen war die Gründung eines jüdischen Staates wesentlich für den messianischen Prozess und für die Erlösung des jüdischen Volkes.

Auf dem Weg zum Staat

Bereits während der britischen Mandatszeit von 1920 bis Mai 1948 hatten sich die Strukturen des späteren jüdischen Staates herausgebildet. Die *Jewish Agency*, 1929 als Nachfolgerin des Palästina-Büros der Zionistischen Weltorganisation gegründet, agierte in der Zeit des britischen Mandats als eine vorstaatliche Regierungsorganisation. Doch die Hoffnung auf eine vollständige Souveränität, die nach der Balfour-Deklaration 1917 und der Einsetzung des jüdischen Hochkommissars für Palästina, Lord Herbert Samuel, unter vielen Zionisten herrschte, war nur von kurzer Dauer. Die arabische Bevölkerung betrachtete die jüdischen Einwanderer als Eindringlinge in ihr Land. Je mehr die Juden in Europa vom wachsenden Antisemitismus bedroht waren und je größer die Zahl ihrer Einwanderer wurde, desto mehr erstarkten die Widerstände gegen ihre Anwesenheit in Palästina.

Bereits 1920/21 wurde die jüdische Bevölkerung in Jaffa und Jerusalem Ziel arabischer Angriffe. 1929 folgten weitere Zusammenstöße nach einem Vorfall an der Klagemauer in Jerusalem, die sich rasch in andere jüdische Gemeinden ausbreiteten und zu einem Massaker sowie der kompletten Evakuierung der Jahrhundert alten jüdischen Gemeinde in Hebron führten. Schließlich organisierten 1936 arabische Aufständische unter Führung des radikalen Großmuftis von Jerusalem, Hadj al-Husseini, eine Revolte gegen die britische Regierung, von der sie sich hintergangen fühlten. Diese reagierte zunächst mit der Einsetzung einer Kommission, die einen Plan über die Zukunft Palästinas ausarbeiten sollte.

Der nach dem Kommissions-Vorsitzenden benannte Peel-Plan aus dem Jahre 1937 schlug erstmals die Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat vor und beließ Jerusalem und die anderen heiligen Stätten unter britischer Herrschaft. Obwohl der jüdische Staat nur ein winziges Fleckchen Land ausmachte, wurde er von der Zionistischen Organisation mit vorsichtigem Optimismus aufgenommen. Eine weitere Diskussion erübrigte sich jedoch, nachdem sowohl die Araber zu erkennen gaben, dass sie eine Teilung niemals akzeptieren würden, und auch die britische Regierung von der Teilungsabsicht abwich.

Stattdessen schlossen die Briten allmählich die Tore Palästinas vor den Hunderttausenden, die nun aus Nazideutschland und anderen Ländern Europas einwandern wollten. Für die meisten von ihnen gab es mit Beginn des Zweiten Weltkriegs keine Zufluchtsstätten mehr. Die Erkenntnis, dass vielleicht viele Menschenleben hätten gerettet werden können, wenn der jüdische Staat bestanden hätte, führte zu einem Wandel in der Meinung der Weltöffentlichkeit. Die Vollversammlung der neu gegründeten UNO stimmte am 29. November 1947 mit der nötigen Zweidrittel-Mehrheit und gegen die Stimmen aller arabischen Länder mit der UN-Resolution 181 (siehe S. 16) für die Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat. Jerusalem sollte internationalisiert werden und unter der Kontrolle der Vereinten Nationen bleiben.

In den anschließend ausbrechenden Kämpfen zwischen jüdischen und arabischen paramilitärischen Verbänden, und – nach der Staatsgründung Israels am 14. Mai 1948 – zwischen den israelischen Streitkräften und den angreifenden Armeen von fünf arabischen Staaten, gelang es Israel nicht nur, sich zu verteidigen, sondern auch kleinere Gebietsgewinne zu verbuchen. Beim Waffenstillstandsabkommen von 1949 wurde vereinbart, Jerusalem vorerst zwischen Israel und Jordanien aufzuteilen. Jordanien hatte sich zusammen mit Ägypten die eigentlich für die Palästinenser bestimmten Gebiete zu eigen gemacht.

Ein Großteil der Palästinenser verließ während des Ersten Nahostkrieges/Unabhängigkeitskrieges, der von ihnen als *Nakba* (arab. für „Katastrophe“) bezeichnet wird, den neuen Staat. Teilweise von der israelischen Armee vertrieben, teilweise von den arabischen Armeen dazu aufgefordert, endete ihre Flucht oftmals in den Flüchtlingslagern der benachbarten Staaten. Israel hatte seine heiligsten Stätten in der Altstadt von Jerusalem verloren. Juden durften während der jordanischen Herrschaft über Ost-Jerusalem die Klagemauer nicht besuchen. Zudem musste Israel nun Hunderttausende jüdischer Flüchtlinge aus den arabischen Ländern von Marokko bis Irak und Jemen aufnehmen. Die Geschichte des jungen Staates begann damit gänzlich anders als von Theodor Herzl 50 Jahre zuvor erträumt.

Britisches Weißbuch vom 17. Mai 1939 (Auszüge)

Das Weißbuch von 1939 bestimmte die britische Politik in Palästina bis 1947. Um dem arabischen Widerstand Rechnung zu tragen, propagiert es statt der noch 1937 angestrebten Teilung in einen arabischen und einen jüdischen Staat ein vereinigtes Palästina und will den jüdischen Zuzug beschränken.

I/4:

Die Regierung Seiner Majestät verkündet jetzt unzweideutig, dass es nicht ihre Politik ist, aus Palästina einen jüdischen Staat werden zu lassen.

I/10/1:

Das Ziel der Regierung Seiner Majestät ist die Errichtung eines unabhängigen Palästina-Staates innerhalb von zehn Jahren, der Vertragsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich in der Weise hat, dass die wirtschaftlichen und strategischen Interessen beider Länder berücksichtigt werden.

I/10/2:

In dem unabhängigen Staat sollen Araber und Juden gemeinsam in der Weise regieren, dass die wesentlichen Interessen jeder Gemeinschaft gesichert sind.

II/13/1:

Die jüdische Einwanderung wird in den nächsten fünf Jahren so geregelt, dass die Zahl der jüdischen Einwanderer ungefähr ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes erreicht – vorausgesetzt, die wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit des Landes erlaubt dies [...] Vom April dieses Jahres an werden innerhalb der nächsten fünf Jahre 75 000 Einwanderer zugelassen.

II/13/3:

Nach fünf Jahren wird keine jüdische Einwanderung mehr gestattet, es sei denn, die Araber Palästinas wären hierzu bereit.

II/13/4:

Die Regierung Seiner Majestät ist entschlossen, die illegale Einwanderung zu verhindern.

III/16:

Der Hochkommissar erhält Vollmachten, den Landverkauf zu verbieten und zu steuern.

Zitiert nach: Friedrich Schreiber / Michael Wolffsohn, Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts, Opladen, 4. Aufl. 1996, S. 109

Kinan Jaeger / Rolf Tophoven (Hg.), Der Nahost-Konflikt. Dokumente, Kommentare, Meinungen, Bonn 2011, S. 49

Unabhängigkeitserklärung

Tel Aviv, 14. Mai 1948 (Auszüge)

Im Lande Israel entstand das jüdische Volk. Hier prägte sich sein geistiges, religiöses und politisches Wesen. Hier lebte es frei und unabhängig. Hier schuf es eine nationale und universelle Kultur und schenkte der Welt das ewige Buch der Bücher. [...]

Beseelt von der Kraft der Geschichte und Überlieferung, suchten Juden jeder Generation, in ihrem alten Lande wieder Fuß zu fassen. Im Laufe der letzten Jahrzehnte kamen sie in großen Scharen. Arbeiter und Wegbereiter, Verteidiger des schon Geschaffenen erweckten gemeinsam mit den der Blockade trotzensen Neuwanderern (Maapilim) Einöden zur Blüte, belebten aufs neue die hebräische Sprache, bauten Dörfer und Städte und errichteten eine stets wachsende Gemeinschaft mit eigener Wirtschaft und Kultur, die nach Frieden strebte, sich aber auch zu verteidigen wußte, die allen im Lande die Segnungen des Fortschritts brachte und sich vollkommene Unabhängigkeit zum Ziel setzte. [...]

Die Katastrophe, die in unserer Zeit über das jüdische Volk hereinbrach und Millionen von Juden in Europa vernichtete, bewies unwiderleglich aufs neue, daß das Problem der jüdischen Heimatlosigkeit durch die Wiederherstellung des jüdischen Staates im Lande Israel gelöst werden muß, eines Staates, dessen Pforten jedem Juden offenstehen und der dem jüdischen Volk den Rang einer gleichberechtigten Nation in der Völkerfamilie sichert. [...]

Am 29. November 1947 faßte die Vollversammlung der Vereinten Nationen einen Beschluß, der die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel forderte. [...] Diese von den Vereinten Nationen ausgesprochene Anerkennung der Berechtigung des jüdischen Volkes, einen Staat zu gründen, ist unwiderruflich. [...]

Wir beschließen, daß vom Augenblick der Beendigung des Mandates, heute um Mitternacht, [...] dem 15. Mai 1948, bis zur Amtsübernahme durch verfassungsgemäß zu bestimmende Staatsbehörden, doch nicht später als bis zum 1. Oktober 1948, der Volksrat als vorläufiger Staatsrat und dessen ausführendes Organ, die Volksverwaltung, als zeitweilige Regierung des jüdischen Staates wirken sollen. Der Name des Staates lautet Israel.

Der Staat Israel wird der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offenstehen. Er wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird allen seinen Bürgern ohne Unterschied der Religion, der Rasse oder des Geschlechtes soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben. [...]

Wir bieten allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und guter Nachbarschaft und rufen sie zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe mit dem selbständigen jüdischen Volke in seiner Heimat auf. [...]

„Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel (1948)“, in: 100 Dokumente aus 100 Jahren. Teilungspläne, Regelungsoptionen und Friedensinitiativen im israelisch-palästinensischen Konflikt (1917–2017), hg. von Angelika Timm, AphorismA Verlag Berlin 2017, S. 139 ff.



Am 14. Mai 1948 verliest David Ben Gurion im Beisein der Mitglieder des im März gegründeten Volksrates im alten Kunstmuseum in Tel Aviv die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel.



Gegen die zunehmende jüdische Einwanderung und die britische Mandats Herrschaft erhob sich die arabische Bevölkerung im Aufstand von 1933 bis 1936. Unruhen am Jaffator in Jerusalem im Oktober 1933

MAXIMILIAN FELSCH

Die Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern

Der jüdische Zuzug nach Palästina und die Entstehung des Staates Israel stoßen auf den Widerstand der arabischen Einwohner Palästinas. Es entsteht ein Konflikt, der in den Folgejahrzehnten in mehrere kriegerische Auseinandersetzungen eskaliert und bis heute fortbesteht.

Von der Nachbarschaft zum Konflikt, 1901 bis 1952

Ende des 19. Jahrhunderts lebten in Palästina, das damals zum Osmanischen Reich gehörte, fast eine halbe Million Araber mit circa 25 000 Juden friedlich zusammen. Als der 1901 gegründete Jüdische Nationalfonds ab den 1920er-Jahren damit begann, systematisch Land im Mandatsgebiet Palästina zu erwerben, um eine jüdische Besiedlung zu forcieren und die Basis eines zukünftigen jüdischen Staates Israel zu schaffen, kam es zu ersten Spannungen mit der arabischen Bevölkerung.

Die Zuwanderung und der Landerwerb konzentrierten sich auf ländliche Regionen, denn im Gegensatz zu den arabischen

Vorbesitzern beabsichtigten die zionistischen Landeigentümer, das Land selbst zu bewohnen und zu bearbeiten. Damit verloren landlose Bauern, die zuvor für die Vorbesitzer gearbeitet hatten, ihre Lebensgrundlage. Sie sahen sich gezwungen, in die Städte zu ziehen, wo sie meist in Armut gerieten. Somit begann der israelisch-palästinensische Konflikt als ein sozialer Konflikt zwischen der arabischen Landbevölkerung und den jüdischen Siedlern. Zugleich verbreitete sich auch unter den Arabern ein immer stärkeres Nationalgefühl, das dem Konflikt zwischen beiden Gruppen zusätzlich Dynamik verlieh. Da beide Seiten Palästina für sich beanspruchten, entwickelte sich ein bis heute bestehender Territorialkonflikt.

Regionale Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg
Entscheidend für die weitere Entwicklung der jüdisch-arabischen Beziehungen waren die regionalpolitischen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg. Das Osmanische Reich, zu dem Palästina 400 Jahre lang gehört hatte, zerfiel, nachdem es den Ersten Weltkrieg gegen die Alliierten verloren hatte. Nun stand eine politische Neuordnung des gesamten Nahen Ostens an, im Rahmen derer Palästina 1920 britisches Mandatsgebiet

wurde. Die Briten hatten noch während des Ersten Weltkriegs sowohl den Arabern als auch den Zionisten das Gebiet Palästina versprochen. Während sich die Araber auf die britische Zusage beriefen, ein arabisches Königreich errichten zu dürfen, das auch Palästina einschloss, verwiesen die Zionisten auf die Balfour-Deklaration von 1917, in welcher der damalige britische Außenminister Arthur Balfour dem jüdischen Volk eine „nationale Heimstätte“ in Palästina zusicherte.

Die jüdischen Einwanderer legitimierten ihre Anwesenheit mit dem Argument, zu einer Modernisierung und wirtschaftlichen Belegung Palästinas beitragen zu können. Doch viele Palästinenser befürchteten, von den jüdischen Einwanderern wirtschaftlich abgehängt und politisch fremdbestimmt zu werden. Mit der Einrichtung jeweils eigener Institutionen und Unternehmen entwickelten sich schon früh zwei getrennte Gesellschaften in Palästina.

Arabischer Widerstand gegen Einwanderung und Teilungsplan

Ab 1929 kam es an mehreren Orten zu arabischen Aufständen und Angriffen auf Juden und Repräsentanten der britischen Mandatsmacht. Vordergründig ging es um die Kontrolle über die heiligen Stätten in Jerusalem, gleichzeitig kristallisierten sich im Kontext der Gewaltausbrüche erstmals zwei verfeindete Nationalbewegungen heraus. Historisch kann das Jahr 1929 daher als der Beginn des israelisch-arabischen Konflikts betrachtet werden. Großbritannien war nicht in der Lage, diesen Konflikt zu befrieden und geriet stattdessen immer mehr zwischen die Fronten. Als im Zuge einer arabischen Revolte 1936 ein friedliches Zusammenleben beider Bevölkerungsgruppen zunehmend unmöglich schien, erarbeitete London einen Teilungsplan für Palästina. Während der Zionistische Kongress 1937 diesen Plan im Prinzip billigte, lehnten ihn die Araber

ab und setzten ihren Aufstand gegen die Mandatsmacht fort. Daraufhin löste Großbritannien alle nationalen Komitees der Araber auf und ließ Tausende Aufständische verhaften.

Unterdessen stieg die jüdische Einwanderung in Palästina sprunghaft an, da die im Deutschen Reich 1933 an die Macht gekommenen Nationalsozialisten die Juden verfolgten, vertrieben und deportierten, um schließlich – während des Zweiten Weltkriegs – einen beispiellosen Völkermord an ihnen zu verüben. Um während des Krieges zu verhindern, dass sich die arabischen Staaten mit dem verfeindeten Deutschen Reich verbündeten, versuchte Großbritannien die jüdische Einwanderung mit strikten Quoten zu begrenzen (siehe S. 12), und verbrachte tausende illegale Einwanderer in Internierungslager auf Zypern. Dennoch gelang es jüdischen Organisationen, bis zu 100 000 Juden illegal nach Palästina zu schleusen.



Da die Briten die Einwanderung nach Palästina beschränken, versuchen die vor den Nationalsozialisten geflohenen Juden, illegal ins Land zu gelangen. Flüchtlinge, die per Schiff aus Marseille gekommen sind, landen 1939 an der Küste.

Britisches Mandat über Palästina

Das von Großbritannien während des Ersten Weltkriegs besetzte Palästina wurde am 25. April 1920 durch den Obersten Rat der Alliierten auf einer Konferenz in San Remo britischer Verwaltung unterstellt. [...] Der Völkerbundsrat bestätigte am 24. Juli 1922 das britische Mandat über Palästina. [...] Die britische Mandats Herrschaft über Palästina dauerte bis zum 14. Mai 1948 an. [...]

[...] Artikel 1.

Der Mandatar soll alle Vollmachten der Gesetzgebung und Verwaltung besitzen, soweit sie nicht durch die Bestimmungen des Mandates beschränkt werden.

Artikel 2.

Der Mandatar soll dafür verantwortlich sein, daß das Land unter solche politische, administrative und wirtschaftliche Bedingungen gestellt wird, welche die Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte [...] und die Entwicklung von Selbstverwaltungsinstitutionen sowie die Wahrung der bürgerlichen und religiösen Rechte aller Einwohner Palästinas, ohne Unterschied der Rasse und Religion, sichern. [...]

Artikel 4.

Eine angemessene jüdische Vertretung („Jewish Agency“) soll als eine öffentliche Körperschaft anerkannt werden zu dem Zweck,

die Verwaltung Palästinas in solchen wirtschaftlichen, sozialen und anderen Angelegenheiten zu beraten und mit ihr zusammenzuwirken, die die Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte und die Interessen der jüdischen Bevölkerung in Palästina betreffen, und, immer vorbehaltlich der Kontrolle durch die Verwaltung, an der Entwicklung des Landes zu helfen und teilzunehmen. [...]

Artikel 6.

Die Verwaltung Palästinas soll unter der Sicherung, daß die Rechte und die Lage anderer Teile der Bevölkerung nicht beeinträchtigt werden, die jüdische Einwanderung unter geeigneten Bedingungen erleichtern und in Zusammenarbeit mit der [...] „Jewish Agency“ eine geschlossene Ansiedlung von Juden auf dem Lande, mit Einschluß der nicht für öffentliche Zwecke erforderlichen Staatsländereien und Brachländereien, fördern. [...]

Artikel 22.

Englisch, Arabisch und Hebräisch sollen die offiziellen Sprachen Palästinas sein. [...]

Gegeben in London am 24. Juli 1922

„Britisches Mandat über Palästina (1922)“, in: 100 Dokumente aus 100 Jahren. Teilungspläne, Regelungsoptionen und Friedensinitiativen im israelisch-palästinensischen Konflikt (1917–2017), hg. von Angelika Timm, Aphorisma Verlag Berlin 2017, S. 30 ff.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg die Gewalt in Palästina erneut eskalierte und radikale Zionisten Attentate auf britische Behörden verübten, erklärte sich Großbritannien bereit, sein Mandatsgebiet Palästina an die neu geschaffenen Vereinten Nationen abzutreten. 1947 beschloss die UN-Generalversammlung dann gegen die Stimmen arabischer und muslimischer Staaten und bei Stimmenthaltung Großbritanniens in ihrer Resolution 181 einen eigenen Teilungsplan für Palästina. Dieser sprach Juden und arabischen Palästinensern mehrere etwa gleich große Gebiete zu, die jedoch schlecht untereinander verbunden waren. Für Jerusalem sah der Teilungsplan eine internationale Verwaltung vor. Die arabische Welt lehnte auch diesen Teilungsplan umgehend ab und in Palästina kam es zu blutigen Kämpfen zwischen jüdischen und arabischen Milizen.

Sobald das britische Mandat am 14. Mai 1948 formal auslief, proklamierte David Ben Gurion in Tel Aviv den Staat Israel. Als Reaktion darauf griffen Ägypten, Syrien, Transjordanien, der Libanon und der Irak Israel an, mussten in diesem ersten Nahostkrieg jedoch eine Niederlage hinnehmen. Israel wiederum gelang es, mit diesem Krieg sein Staatsgebiet im Vergleich zum UN-Teilungsplan um ein Drittel zu vergrößern.

UN-Teilungsbeschluss vom November 1947

1. Das Mandat für Palästina endet so bald wie möglich [...].
2. Die Streitkräfte der Mandatsmacht werden schrittweise aus Palästina abgezogen, wobei der Abzug so bald wie möglich abzuschließen ist, in jedem Fall bis spätestens am 1. August 1948. [...] Die Mandatsmacht tut alles, um sicherzustellen, daß ein in dem Hoheitsgebiet des jüdischen Staates gelegenes Gebiet, einschließlich eines Seehafens und eines Hinterlandes mit ausreichenden Möglichkeiten für eine beträchtliche Einwanderung, zum frühestmöglichen Zeitpunkt und in jedem Fall spätestens bis zum 1. Februar 1948 geräumt ist.
3. Zwei Monate nach Abschluß des Abzugs der Streitkräfte der Mandatsmacht, in jedem Fall spätestens am 1. Oktober 1948, entstehen in Palästina ein unabhängiger arabischer Staat und ein unabhängiger jüdischer Staat sowie das [...] internationale Sonderregime für die Stadt Jerusalem. [...]

„Resolution der Generalversammlung verabschiedet am 29. November 1947, 181 (II). Die künftige Regierung Palästinas“, in: 100 Dokumente aus 100 Jahren. Teilungspläne, Regelungsoptionen und Friedensinitiativen im israelisch-palästinensischen Konflikt (1917–2017), hg. von Angelika Timm, AphorismA Verlag Berlin 2017, S. 109 ff.



Am 29. November 1947 bestätigt die UN-Vollversammlung mit 33 gegen 13 Stimmen bei 10 Enthaltungen einen Teilungsplan für Palästina, der die Gründung eines arabischen und eines jüdischen Staates vorsieht.

Nach dem Krieg wurden alle im neuen israelischen Staatsgebiet lebenden Menschen zu israelischen Staatsbürgern – nach dem Nationalitätsgesetz von 1952 damit auch etwa 160 000 palästinensische Araber. Die große Mehrheit der Araber, etwa 700 000 Personen, war vor den Kämpfen in die Nachbarländer geflohen bzw. dorthin vertrieben worden. Ihnen verweigerte Israel nach dem Krieg die Rückkehr. Daraus wird verständlich, dass der Krieg von 1948 bis heute zwei ganz unterschiedliche Bewertungen erfährt: Was jüdische Israelis als Geburt ihres Staates feiern, gilt den meisten Palästinensern bis heute als *Nakba*, „Katastrophe“.

Wechselnde Erfolge in den Nahostkriegen, 1956 bis 1973

Als Folge des Krieges von 1948 verschwand das Mandatsgebiet Palästina von der politischen Landkarte. Das Westjordanland und Ost-Jerusalem wurden von Jordanien besetzt und später annektiert, während der Gazastreifen nun von der ägyptischen Armee verwaltet wurde. Durch die Aufteilung der palästinensischen Gebiete erhielten viele palästinensische Araber die israelische bzw. jordanische Staatsbürgerschaft. Die Flüchtlinge von 1948 blieben staatenlos. Zu ihrer Versorgung schufen die Vereinten Nationen 1948 das Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), das bis heute für die Grundversorgung der Flüchtlinge sowie ihrer Nachkommen in Jordanien, Syrien, dem Libanon, dem Westjordanland und dem Gazastreifen zuständig ist.

Anstelle der Palästinenser wurden nun die arabischen Staaten die zentralen Akteure des Konflikts mit Israel. Insbesondere Ägyptens Präsident Gamal Abdel Nasser wurde in den 1950er-Jahren zum wichtigsten Gegenspieler Israels und zugleich zum Hoffnungsträger einer panarabischen (d.h. gesamt-arabischen) Bewegung. Fester Bestandteil der ägyptischen Staatspropaganda war das Ziel der Zerstörung Israels, das als Produkt des westlichen Imperialismus dargestellt wurde. Nassers größter Erfolg war die Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft 1956. Bis dahin war sie im Besitz Großbritanniens und Frankreichs gewesen und galt als verhasstes Symbol westlicher Beherrschung Ägyptens. Den anschließenden Angriffskrieg seitens Großbritanniens und Frankreichs, an dem Israel sich beteiligte (zweiter Nahostkrieg), überstand Nasser erfolgreich, was ihm einen Heldenstatus bei vielen Arabern bescherte.

In dieser Zeit erstarkte auch der palästinensische Widerstand gegen Israel und es bildeten sich verschiedene Guerillagruppen, die Anschläge auf israelische Ziele verübten. Mit ägyptischer Unterstützung und auf Beschluss der Arabischen Liga schlossen sich 1964 in Kairo die meisten dieser Gruppierungen zur palästinensischen Befreiungsorganisation PLO zusammen. Sie verstand sich fortan als Vertreterin des palästinensischen Volkes, fungierte aber zunächst eher als Handlanger arabischer Regime.

In den 1960er-Jahren nahmen die Spannungen im Nahostkonflikt weiter zu und insbesondere die Staaten Ägypten und Syrien mobilisierten ihre Armeen. In Erwartung eines arabischen Angriffskriegs begann Israel 1967 eine militärische Offensive gegen seine arabischen Nachbarstaaten und bereitete ihnen eine vernichtende Niederlage. In nur sechs Tagen zerstörte die israelische Luftwaffe in diesem dritten Nahostkrieg die Armeen Ägyptens und Syriens und Israel besetzte große Gebiete: neben dem ägyptischen Sinai und den syrischen



Im ersten Nahostkrieg 1948/49 ergeben sich palästinensische Araber in Ramle israelischen Truppen.



Im zweiten Nahostkrieg 1956 stehen israelische Soldaten im Sinai an der Demarkationslinie zu Ägypten, die mit leeren Benzinkanistern gekennzeichnet ist.



Die Eroberung des Tempelbergs im Sechstagekrieg 1967 ist auch von ideologischer Bedeutung, das Bild der israelischen Soldaten an der Klagemauer wird zum Sinnbild dafür.



Bei ihrem Vormarsch in Syrien während des Jom-Kippur-Krieges 1973 passieren israelische Einheiten einen ihrer zerstörten Panzer.

Golanhöhen auch die ursprünglich palästinensischen Gebiete des Westjordanlands, Ost-Jerusalems und des Gazastreifens. Dort übernahm eine israelische Militärverwaltung die Regierungskontrolle. Ost-Jerusalem wurde 1980 annektiert.

Für die Araber war die Niederlage im dritten Nahostkrieg traumatisch und ließ die Palästinenser erkennen, dass sie in ihrem Bestreben nach nationaler Selbstbestimmung nicht mehr auf die arabischen Staaten bauen konnten. Sie nahmen daher den Kampf gegen Israel wieder selbst in die Hand. Mit finanzieller Unterstützung arabischer Staaten wurde die PLO zu einer schlagkräftigen Miliz und zum wichtigsten Gegenspieler Israels. Ihren Vorsitz übernahm 1969 Jassir Arafat, Chef der 1959 gegründeten palästinensischen Befreiungsbewegung Fatah.

In Israel war die Stimmung nach dem Sechstagekrieg und infolge der enormen Landgewinne geradezu euphorisch. Nicht wenige träumten nun davon, das gesamte biblische Land Israel (*Erez Israel*) vereinen zu können, ohne den Palästinensern einen eigenen Staat zugestehen zu müssen. Religiös motivierte Zionisten gründeten die Siedlerbewegung, die durch eine strategische Besiedlung des Westjordanlandes und des Gazastreifens unveränderliche Fakten schaffen wollte und stetig Zulauf fand. Auch der Arbeiterzionismus hatte schon das Siedlungsprojekt unterstützt. Spätestens ab 1977, als der rechtsgerichtete Likud an die Macht kam, erfuhren die Siedler dann starke Unterstützung seitens der israelischen Regierung.

Die Siedler beriefen sich auf ihr vermeintlich gottgegebenes Recht auf Judäa und Samaria – die biblischen Namen für das Westjordanland – sowie auf den Gazastreifen. Mit jedem Ausbau des Siedlungswerks verringerten sich die Aussichten auf einen palästinensischen Staat.

Um ihre 1967 verlorenen gegangenen Gebiete zurückzuerlangen – so die verkündeten Kriegsziele –, griffen Ägypten und Syrien am 6. Oktober 1973 Israel an – der Überraschungsangriff begann an Jom Kippur, Israels höchstem Feiertag. Die Angreifer erzielten zunächst rasche territoriale Gewinne. Obwohl Israel ihnen schließlich eine Niederlage beibrachte, war der vierte Nahostkrieg ein politischer Erfolg der arabischen Staaten, denn er erschütterte Israels Nimbus der Unbesiegbarkeit.

Vom Libanonkrieg über Oslo zum Gazakrieg, 1975 bis 2017

In den 1970er-Jahren wurde Israel immer öfter vom Libanon aus angegriffen, wo die PLO zehntausende Kämpfer konzentriert hatte. Der multireligiöse Libanon war tief gespalten in der Frage, ob die bewaffnete Präsenz und der Befreiungskampf der PLO toleriert und sogar unterstützt werden sollten oder aber als Angriff



ESALAS BAITEI / AFP / Getty Images

1987 beginnt die Intifada, der palästinensische Aufstand gegen die israelische Besatzung. Auseinandersetzungen zwischen israelischen Soldaten und palästinensischen Demonstranten in Nablus 1988

auf die Souveränität und Stabilität des Libanon zu unterbinden seien. Diese Spannungen lösten 1975 den libanesischen Bürgerkrieg aus, der 15 Jahre andauern sollte und in dem die PLO anfangs als wichtige Konfliktpartei beteiligt war. 1982 marschierte Israel mit fast 80 000 Soldaten in den Libanon ein, um die PLO zu zerschlagen und wieder Sicherheit an seiner Nordgrenze herzustellen. Die Armee rückte bis Beirut vor und zahlreiche palästinensische Flüchtlingslager fielen unter ihre Kontrolle. Nach langen und erbitterten Kämpfen musste sich die PLO geschlagen geben und Arafat wurde mit 8000 Kämpfern nach Tunis deportiert. Während weite Teile Beiruts nach dem Abzug der PLO vorerst weiter unter israelischer Besatzung blieben, verübten christlich-libanesischen Milizen ein Massaker an schutzlosen Zivilisten in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila, ohne dass die israelische Armee eingriff.

Erste Intifada

Der Sieg über die PLO im Libanonkrieg hatte Israel nicht die erhoffte Sicherheit gebracht, denn nun nahm die Gewalt in den besetzten Gebieten wieder zu. Unterdessen forcierte Israel den Siedlungsbau, verhängte Kollektivstrafen gegen Palästinenser, etwa durch Ausgangssperren und die Zerstörung der Häuser militanter Palästinenser. Außerdem zensurierte Israel die palästinensischen Medien. Vor diesem Hintergrund begann 1987 ein palästinensischer Aufstand, der als erste *Intifada* (arab.; „Abschüttelung“, Erhebung) bekannt wurde und bis zu den Oslo-Abkommen von 1993 anhielt. Vornehmlich Jugendliche attackierten die israelische Armee und Siedler mit Steinschleudern, blockierten Straßen, organisierten Protestzüge und Generalstreiks; fast alle Palästinenser beteiligten sich am zivilen Ungehorsam gegenüber Israel, das mit großer Härte reagierte. Tausende Palästinenser wurden zum Teil willkürlich und ohne gerichtlichen Prozess verhaftet, manche Flüchtlingslager wurden bis zu 200 Tage lang abgeriegelt, Schulen und Universitäten wurden geschlossen oder zerstört.

1992 kam es in Israel zum Wahlsieg der Arbeitspartei, die sich später für eine Aussöhnung mit den Palästinensern aussprach. Auch bei der PLO war ein Kurswechsel erfolgt, als sie sich 1988 erstmals zur Zweistaatenlösung bekannte und die UN-Reso-

lution 181 (siehe Auszug S. 16) akzeptierte. Die PLO-Führung beabsichtigte mit diesem Schritt, die Kontrolle über die Geschehnisse in Palästina wiederzuerlangen, die ihr im tunesischen Exil entglitten war.

Aufnahme von Friedensverhandlungen

Diese Entwicklungen begünstigten Anfang der 1990er-Jahre die Aufnahme von Friedensverhandlungen. Zunächst fand nach amerikanischen Vermittlungen 1991 in Madrid eine internationale Friedenskonferenz statt, an der alle wesentlichen Akteure des Nahostkonflikts teilnahmen. Da diese Konferenz jedoch ohne konkrete Ergebnisse blieb, verhandelten Israel und die PLO unter Vermittlung der norwegischen Regierung im Geheimen bilateral weiter, bis ein Durchbruch erzielt wurde, der 1993 zu den Osloer Verträgen führte.

Die zentrale Botschaft, die von den Verträgen ausging, war die Aussicht auf eine Beilegung des Konflikts durch eine Zweistatenregelung. Konkret erkannte die PLO das Existenzrecht Israels an; im Gegenzug akzeptierte Israel die PLO als legitime Vertreterin aller Palästinenser. Damit konnte die PLO-Führung um Jassir Arafat ihr tunesisches Exil verlassen und ins Westjordanland ziehen. Die wohl bedeutendste Errungenschaft Oslos war die Schaffung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), die zunächst in den größeren Städten an die Stelle des israelischen Besatzungsregimes trat. Obwohl Palästina durch Oslo noch kein Staat wurde, entstanden doch quasi-staatliche Institutionen, einschließlich einer Regierung, eines Präsidentenamtes, eines Parlaments sowie Gerichte und Polizei.

Das Hauptproblem von Oslo war jedoch, dass die zentralen Konfliktpunkte in den Verträgen ausgeklammert bzw. auf zukünftige Verhandlungsrunden verschoben wurden. Dazu gehörten:

Die Souveränität Palästinas: Soll Palästina ein vollständig souveräner Staat werden oder soll Israel in sicherheitsrelevanten Politikfeldern weiterhin das Sagen haben?

Die Flüchtlingsfrage: Muss Israel die palästinensischen Flüchtlinge und ihre Nachkommen aufnehmen oder sollen sie in den neuen Staat Palästina umsiedeln? Israel fürchtet um den jüdischen Charakter seines Staates und lehnt das Rückkehrrecht ab.

Oslo-I-Abkommen zwischen Israel und der PLO am 13. September 1993

Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung

Die Regierung des Staates Israel und die PLO-Gruppe (innerhalb der jordanisch-palästinensischen Delegation bei der Nahost-Friedenskonferenz, die „Palästinensische Delegation“), die das palästinensische Volk vertritt, stimmen darin überein, daß es an der Zeit ist, Jahrzehnte der Konfrontation und des Konflikts zu beenden; sie anerkennen gegenseitig ihre legitimen und politischen Rechte und streben nach einem Leben in friedlicher Koexistenz und in gegenseitiger Würde und Sicherheit und danach, eine gerechte, dauerhafte und umfassende Friedensregelung sowie eine historische Aussöhnung auf dem Weg des vereinbarten politischen Prozesses zu erreichen.

Demgemäß stimmen beide Seiten folgenden Prinzipien zu:

Artikel I: Ziel der Verhandlungen

Das Ziel der israelisch-palästinensischen Verhandlungen im Rahmen des laufenden Nahost-Friedensprozesses ist es, unter anderem, für das palästinensische Volk im Westjordanland und im Gaza-Streifen eine Palästinensische Interimsbehörde, den gewählten Rat (der Rat) für einen Zeitraum von nicht mehr als fünf Jahren einzurichten [...].

Artikel VI: Vorbereitende Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten

1. [...]
2. Unmittelbar nach Inkrafttreten dieser Prinzipienerklärung und dem Rückzug aus dem Gaza-Streifen und Jericho wird die

Zuständigkeit mit dem Ziel der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens in folgenden Bereichen an die Palästinenser übertragen: Bildungswesen und Kultur, Gesundheitswesen, Sozialfürsorge, direkte Besteuerung und Tourismus. Die palästinensische Seite wird, wie vereinbart, mit dem Aufbau der palästinensischen Polizei beginnen. [...]

Artikel XIII: Verlegung israelischer Streitkräfte

1. Nach dem Inkrafttreten dieser Prinzipienerklärung und nicht später als unmittelbar vor den Wahlen zum Rat erfolgt zusätzlich zu dem Rückzug israelischer Streitkräfte in Übereinstimmung mit Artikel XIV eine Verlegung israelischer Streitkräfte im Westjordanland und im Gaza-Streifen.
2. Bei der Verlegung seiner Streitkräfte wird sich Israel von dem Prinzip leiten lassen, daß seine Streitkräfte nicht in bewohnte Gebiete verlegt werden sollten.
3. Weitere Verlegungen an näher bezeichnete Standorte werden entsprechend der Übernahme der Verantwortlichkeit für öffentliche Ordnung und innere Sicherheit durch die palästinensische Polizei [...] allmählich erfolgen. [...]

„Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation über befristete Selbstverwaltung, unterzeichnet in Washington D.C. am 13. September 1993“, in: 100 Dokumente aus 100 Jahren. Teilungspläne, Regelungsoptionen und Friedensinitiativen im israelisch-palästinensischen Konflikt (1917–2017), hg. von Angelika Timm, AphorismA Verlag Berlin 2017, S. 381 ff.

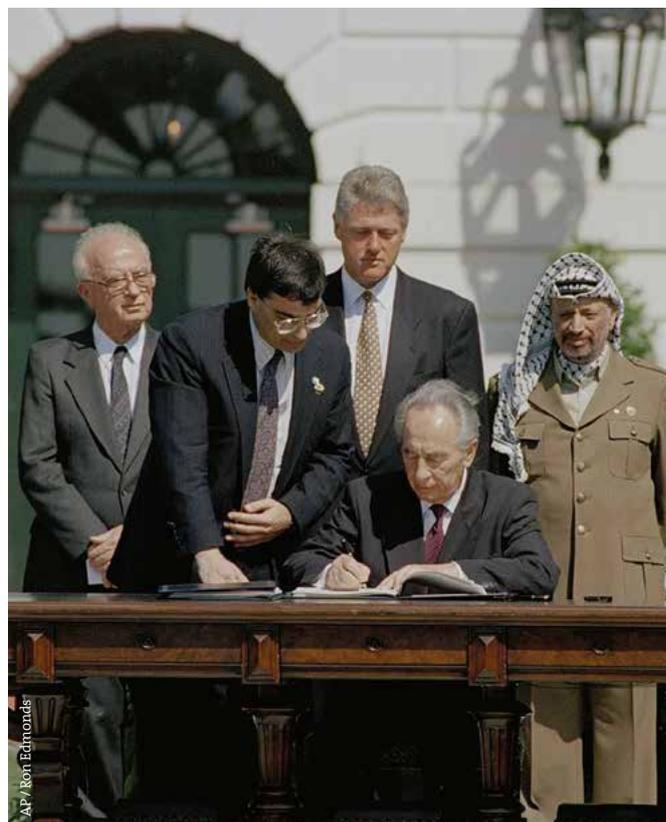
Der Grenzverlauf zwischen beiden Staaten: Wo genau soll die Grenze zwischen Israel und dem zukünftigen Staat Palästina verlaufen? Ist der UN-Teilungsplan von 1947, der Grenzverlauf nach dem Krieg von 1948 oder der Verlauf der seit 2002 von Israel erbauten Sperranlage Grundlage der zukünftigen Grenze?

Der Status Jerusalems: Bleibt die annektierte Stadt Teil Israels oder wird ihr Ostteil Hauptstadt Palästinas? Wird jüdischen und muslimischen Gläubigen beider Staaten Zugang zu den religiösen Stätten garantiert?

Die jüdischen Siedlungen im Westjordanland: Muss Israel alle Siedlungen im Westjordanland zurückbauen oder gibt es Landtauschabkommen mit den Palästinensern, damit die größeren Siedlungen dem israelischen Staatsgebiet zugeteilt werden können?

Die Wasserverteilung: Wird Israel auch in Zukunft Wasserrechte im Westjordanland geltend machen dürfen? Israel bezieht etwa ein Drittel seiner Wasserversorgung von dort, obwohl die besetzten Gebiete selbst unter Wasserknappheit leiden.

Die Hoffnung von Oslo auf eine endgültige Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts erfüllte sich nicht. Der Siedlungsbau wurde ungemindert fortgeführt und radikale Kräfte erfuhren wieder Zulauf. Im November 1995 tötete ein extremistischer Jude Ministerpräsident Jitzchak Rabin, der die Osloer Abkommen auf israelischer Seite mit ausgehandelt hatte. Nachfolger Rabins wurde Benjamin Netanjahu von der Likud-Partei – ein Unterstützer der Siedlerbewegung. Auf der palästinensischen Seite erstarkten islamistische Gruppierungen wie die Hamas. Sie lehnten die Oslo-Abkommen ab und warfen der PLO Verrat vor.



Das Abkommen von Oslo, hier die Unterzeichnung in Washington D.C. im September 1993, sollte der Beginn einer friedlichen Konfliktlösung sein.



Nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen beginnt 2001 die zweite Intifada, die auf beiden Seiten viele Opfer fordert. Bei einem Anschlag auf einen Bus in Jerusalem im Juni 2002 tötet ein Selbstmordattentäter 19 Personen, 70 werden verletzt.

Zweite Intifada

Als vor diesem Hintergrund im Jahr 2000 die mit vielen Erwartungen begonnenen Friedensverhandlungen im US-amerikanischen Camp David scheiterten und der prominente Likud-Politiker Ariel Scharon provokativ den Tempelberg in Jerusalem besuchte, brach die zweite, die sogenannte al-Aqsa-Intifada aus. Im Gegensatz zur ersten Intifada lieferten sich nun palästinensische Milizen einen bewaffneten Konflikt mit der israelischen Armee. Entsprechend hoch waren die Opferzahlen mit 3000 Palästinensern und 1000 Israelis. Im Jahr 2002 brachte die israelische Armee das gesamte Westjordanland unter ihre Kontrolle, verhängte Ausgangssperren und zerstörte Institutionen der PA, wie Polizeistationen und Ministerien. Israel ging mit Panzern und Kampfhubschraubern gegen einzelne Flüchtlingslager vor, in denen die Unterstützung für radikale Kräfte traditionell am stärksten war, während die Hamas Selbstmordanschläge gegen israelische Zivilisten verübte. Um das weitere Eindringen von Selbstmordattentätern zu verhindern, beschloss die israelische Regierung 2002, eine Sperranlage zu errichten, die das gesamte Westjordanland von Israel abtrennen sollte. Um größere jüdische Siedlungen nicht ebenfalls abzuriegeln, verlief diese Sperranlage aber deutlich innerhalb des Westjordanlandes, dessen Gebiet sich somit de facto um ca. 13,5 Prozent verringerte. Der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen hat die Sperranlage in einem Gutachten von 2004 für völkerrechtswidrig erklärt.

Konflikt zwischen Fatah und Hamas

Im Jahr 2004 starb Jassir Arafat und Mahmoud Abbas wurde sein Nachfolger als PLO-Chef und PA-Präsident. Er stand dem gewaltsamen Widerstand ablehnend gegenüber und setzte weiter auf Verhandlungen. Von dieser Haltung konnte Abbas aber nur noch wenige Palästinenser überzeugen und so errang die Hamas bei den Wahlen 2006 die absolute Parlamentsmehrheit. Sie galt vielen Palästinensern als glaubwürdiger und weniger korrupt als PLO und Fatah. Außerdem war die Hamas aufgrund ihrer sozialen und karitativen Einrichtungen sehr gut vernetzt. Ihr wurde auch angerechnet, dass Israel 2005 aus dem Gazastreifen abgezogen war und dort alle jüdischen Siedlungen abgebaut hatte.

Israel und der Westen erkannten den Wahlsieg der Hamas nicht an und suchten die neue Regierung politisch zu isolieren. Da auch die Sicherheitskräfte der PA nicht bereit waren, Weisungen der Hamas zu befolgen, kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppierungen, die 2007 in einem regelrechten Bürgerkrieg im Gazastreifen gipfelten. Seitdem sind der Gazastreifen und das Westjordanland nicht nur territorial, sondern auch politisch voneinander getrennt, auch wenn es Versuche zu einer Einigung gab und gibt. Während die Hamas den Gazastreifen regiert, ernannte Präsident Abbas im Westjordanland eine eigene Regierung. Für den Friedensprozess bedeutet der Wahlsieg der Hamas, dass unklar ist, wer von nun an legitimiert ist, Friedensverhandlungen aufseiten der Palästinenser zu führen.

Das von der PLO dominierte Westjordanland, das annektierte Ost-Jerusalem und der Hamas-regierte Gazastreifen gelten laut der UNO weiterhin als von Israel besetzte Gebiete. Israel kontrolliert nicht nur deren Grenzen (mit Ausnahme der zwischen Gazastreifen und Ägypten) und Luftraum, es nimmt auch einen Großteil der im Westjordanland gezahlten Steuern und alle Einfuhrzölle ein, die es jedoch im Normalfall an die PA weiterleitet. Da die PA keine eigene Währung besitzt, wird in den besetzten Gebieten mit israelischen Schekel bezahlt. Außerhalb der Ortschaften regiert immer noch das israelische Militär, das Palästinenser kontrollieren und ihnen die Durchfahrt verweigern darf. Im Westjordanland gibt es zahlreiche Umgehungsstraßen, die ausschließlich von Israelis genutzt werden dürfen, was manche Beobachter veranlasst, von einem Apartheidsregime zu sprechen. Israel verteidigt diese Maßnahmen mit seiner Pflicht, israelische Bürger vor Terrorismus zu schützen.

Trotz seiner eingeschränkten Staatlichkeit wird Palästina von mindestens 129 Ländern als Staat anerkannt. In den Vereinten Nationen ist die PA kein Vollmitglied, besitzt seit Ende 2012 jedoch Beobachterstatus. Damit hat sie in der UN-Generalversammlung Rede-, aber kein Stimmrecht. Von rein symbolischer Bedeutung ist der Beschluss der Vereinten Nationen vom September 2015, wonach die Flagge Palästinas, wie die aller anderen Mitgliedsstaaten, vor dem UN-Hauptgebäude in New York gehisst werden darf.

Weißer oder blauer Pass?

[...] Im Wadi Ara bei Nazareth und dem Karmelgebirge, an den Hängen des jüdisch-samaritanischen Berglands, liegt das 10 000-Seelen-Dorf Barta'a. Viel Weideland für Viehzucht, das Mittelmeer nicht weit entfernt. [...] Die Einwohner Barta'a reisen [...] jeden Tag von einem Land ins andere. Für die Arbeit, zum Familienbesuch, zum Zahnarzttermin. 1949 wurde die sogenannte Grüne Grenzlinie mitten durch den Ort gezogen. Die Häuser am Osthang fielen damit einst unter jordanische Kontrolle, die Westhänge gehörten zu Israel. Grüne Tinte trennt seitdem Familien, Nachbarn, Geschäftspartner. Niemand weiß, ob den Verhandlungsführern von Rhodos die kleine Gemeinde nicht bewusst war, als sie beschlossen, die Grenze entlang der Talsohle zu ziehen.

„Wir alle gehören eigentlich zu einer Familie: dem Kabha-Clan“, erklärt Salach Kabha. Jeder im Dorf habe denselben Familiennamen. Salach besitzt ein Restaurant gleich hinter dem östlichen Ortseingang. Das macht den 47-Jährigen zum Palästinenser. Zwei seiner Brüder haben jedoch Frauen aus dem Westteil der Stadt geheiratet. Damit sind sie Israelis. 6000 Kabhas sind zurzeit offiziell Palästinenser, 4000 nennen sich Israelis. Weißer oder blauer Pass; weißes oder gelbes Nummernschild.

Bis zum Sechs-Tage-Krieg 1967 unter jordanischer Herrschaft, war es kaum möglich, in den anderen Teil der Stadt zu fahren. Die Ortsteile entwickelten sich unabhängig voneinander. „Seitdem gibt es hier alles doppelt: Moschee, Schule, Friedhof“, sagt Salach. [...] Im Jahre 1967, nach dem Sechs-Tage-Krieg, hat Israel den Ort unter seine Kontrolle genommen.

Ost-Barta'a gehört [...] offiziell zur sogenannten B-Zone des Westjordanlands und fällt damit unter die autonome Verwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Israelis ist der Zutritt in B-Zonen offiziell nicht erlaubt. Israelische Militärgewalt darf in diesen Gebieten nicht angewandt werden. Als die arabische Welt den Sieg des israelischen Staates betrauerte, feierten sie in Barta'a die Wiedervereinigung ihres Dorfes nach 18 Jahren. [...]

2003 sahen sich die Bewohner des Ortes wieder mit einer neuen Situation konfrontiert: Direkt durch die Äcker und Felder hin-

ter Ost-Barta'a wurde die israelische Sperrmauer zu den palästinensischen Gebieten gezogen; seither fallen die angrenzenden Gebiete in die sogenannte C-Zone und befinden sich damit unter israelischer Militärherrschaft. [...] Ost-Barta'a ist damit so etwas wie eine palästinensische Exklave. Selbst eigentlich autonom, jedoch umgeben von israelischer Besatzung und abgeschnitten vom Rest des Westjordanlands. [...]

Erstaunlicherweise hat der Wirt Salach nichts gegen die Mauer. Im Gegenteil: Er ist froh darüber, dass Ost-Barta'a im Niemandsland zwischen Mauer und Grenze liegt. Die Personen, die legal die Grenze vom Westjordanland überqueren, seien so bereits vom israelischen Militär kontrolliert, sagt er. [...]

Ironischerweise hat Barta'a's Isolation manch einem zum wirtschaftlichen Aufschwung verholfen. Fern von Regulierungen durch die Palästinensische Autonomiebehörde ist der Ort so etwas wie eine Freihandelszone. An den Wochenenden fahren arabische Israelis gern für Shoppingtouren nach Ost-Barta'a. Wer hier Handel betreibt, zahlt geringe Steuern, daher die niedrigen Preise – und ein üppiges Angebot. Bis zu 20 000 Autos schieben sich an manchen Tagen durchs Dorf, einige mit israelischen, andere mit palästinensischen Kennzeichen. [...] Die Ost-Barta'aner können sich vor Kunden kaum retten. Abgeschnitten von der eigenen palästinensischen Regierung, meist ignoriert von der israelischen, hat sich der Ort zu einer Art Wildem Westen entwickelt.

Viele Autos hätten keine Nummernschilder und manche Anwohner besäßen Waffen ohne Lizenz, erzählt Achmad Kabha, Cafébesitzer in West-Barta'a. Er habe den Eindruck, dass seine Familienmitglieder aus dem Osten ihn um seine Privilegien als israelischer Staatsbürger beneiden. Gestern noch sei er in Tel Aviv gewesen. Auch die Lebensmittel für das Café bezieht er aus Israel. Während er arabischen Kaffee brüht, trinken zwei israelische Soldaten süßen Tee. [...]

Franziska Knupper, „Geteiltes Dorf“, in: Der Freitag Nr. 22 vom 1. Juni 2017



Um seine Bevölkerung vor Anschlägen zu schützen, errichtet Israel entlang der Grenze zum Westjordanland ab 2002 eine Sperranlage.

Siedlungen im Westjordanland

[...] Neta stammt [...] eigentlich aus Tel Aviv, aber Oren zuliebe zieht sie jetzt her, nach Maale Adumim, einen der größten Siedlungsblöcke im Westjordanland.

[...] „Dieser Ort inmitten der Wüstenberge hat etwas Magisches“, schwärmt sie und zählt die Ruhe auf, die gute Luft, die netten Leute, den freien Blick über die Landschaft. Nicht zu vergessen, dass man in zwanzig Autominuten in Jerusalem sei und trotzdem die Großstadt-Hektik außen vor bleibe. [...]

Wie fast alle 37 000 Einwohner in Maale Adumim finden Neta und Oren nichts dabei, in einer israelischen Siedlung im besetzten Gebiet zu wohnen. Er ist hier geboren, und das junge Paar hat beschlossen, dass Maale Adumim das Zentrum ihres gemeinsamen Lebens werden soll. [...]

Ihre Einwohnerzahl entspricht einer Kleinstadt, aber von der Fläche ist Maale Adumim so groß wie Tel Aviv. Hinzu kommt die sogenannte E-1-Zone, die israelische Planer auf dem Reißbrett bereits als Bauland ausgewiesen haben, um eine territoriale Kontinuität zwischen Maale Adumim und Jerusalem zu schaffen. [...]

Die Stadtverwaltung [...] befindet sich in einem imposanten Gebäude gleich neben der Mall. Im modernen Aufzug geht es hoch in die Chefetage, zum Termin beim Vize-Bürgermeister Guy Ifrach. Er ist ein [...] glühender Verfechter der Forderung, Maale Adumim umgehend israelischer Souveränität zu unterstellen. [...] Die israelische Mehrheit von 76 Prozent sei eh dafür, Maale Adumim zu annektieren, wie eine von der Siedlung in Auftrag gegebene Umfrage letztes Jahr [2016] ergeben habe, sagt Ifrach. [...]

Die Forderung, Maale Adumim als erstes zu annektieren, klinge vergleichsweise unverfänglich. „Dort wohnen ja keine Extremisten und Ideologen, sondern nur gewöhnliche Arbeitspendler“, sagt [Lior] Amihai [von Peace Now, der israelischen Friedensorganisation, die seit Jahren Daten zur Siedler-Expansion sammelt]. „Dennoch streckt sich Maale Adumim wie ein riesiger Finger in palästinensisches Gebiet.“ Und natürlich gäbe seine von Israel

einseitig deklarierte Annexion den gesamten, über das Westjordanland verstreuten Siedlern Auftrieb, für sich das gleiche zu verlangen. [...]

Auch in Maale Adumim überragen wieder die Baukräne die hoch aufgeschossenen Palmen, die dem Häusermeer in der Wüste einen gewissen Oasencharakter verleihen. [...] Obenauf gibt es schmucke Straßen mit Blumenrabatten auf den Verkehrsinseln, gepflegt von dutzenden palästinensischen Angestellten, die sich die Stadtverwaltung leistet. Auch auf den Baustellen rackern wie in den meisten Siedlungen Palästinenser. „Ohne uns hätten sie gar keine Jobs“, sagt Ifrach und verweist auf weitere 3500 Arbeitsplätze, die die Industriezone von Maale Adumim den arabischen Nachbarn biete. Auf dieser Basis schwebt ihm auch eine Friedenslösung mit den Palästinensern vor, eine Art „Autonomie plus“ nennt er das, nur eben kein eigener Staat. [...]

Schilo [...], das gut vierzig Kilometer weiter nördlich liegt, dort, wo die felsigen Westbank-Hügel sich bewalden, ist auf den ersten Blick das Gegenstück zu Maale Adumim. Gegründet wurde Schilo 1979 von der nationalreligiösen Siedlerbewegung Gusch Emunim, dem „Block der Getreuen“, um an biblische Zeiten anzuknüpfen. Denn Schilo, so steht es im Alten Testament, diente bis zur Eroberung Jerusalems durch König David fast 400 Jahre lang als Hauptsitz der Juden. Hier soll die Stiftshütte mit der Bundeslade gestanden haben.

Die 3000 Bewohner, die heute hier leben, fühlen sich jedenfalls als Wahrer einer heiligen Stätte. „Sie ermöglicht uns eine direkte Begegnung mit Gott“, erklärt ein Siedler und tippt mit dem Zeigefinger Richtung Himmel. [...] Früher wurden die Gusch Emunim-Anhänger von vielen Israelis als Spinner belächelt. Heute lockt ihr Besucherzentrum in Schilo auch Besucherscharen aus dem Kernland an. [...]

Inge Günther, „Im Reich der Siedler“, in: Frankfurter Rundschau vom 15. Februar 2017
© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt



picture alliance / newson / Debbie Hill

International heftig kritisiert wird der israelische Siedlungsbau in den besetzten Gebieten. In Maale Adumim errichten palästinensische Bauarbeiter 2017 neue Häuser.



Zeitweise feuern radikale Palästinenser nahezu täglich Raketen auf Israel, wie im Bild links 2007 auf die Stadt Sderot. Die israelische Armee reagiert darauf mit Offensiven in den Gazastreifen, wie im Bild rechts nach ähnlichen Attacken im August 2014.



Allerdings scheinen die Palästinenser weiter denn je von ihrem Ziel eines unabhängigen Staates entfernt zu sein. Sogar die israelische Arbeitspartei, die einst die Osloer Verträge aushandelte, steht angesichts der anhaltenden Gewalt gegen Israelis weiteren Verhandlungen mit den Palästinensern ablehnend gegenüber. Auf der palästinensischen Seite drohte Präsident Abbas im September 2015 vor der UN-Generalversammlung mit einer Aufkündigung der Osloer Verträge, da Israel sich nicht an Vereinbarungen halte und den Siedlungsbau fortführe.

Die außerordentliche Beständigkeit des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern erklärt sich auch mit der religiösen Bedeutung, die Juden und Muslime den umstrittenen Gebieten beimessen. Extreme Gruppen beider Seiten sind der Überzeugung, dass es ihre religiöse Pflicht sei, das „Heilige Land“ auch mit Gewalt zu verteidigen. Der religiöse Aspekt des israelisch-palästinensischen Konflikts hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten weiter an Bedeutung gewonnen. Besonders dramatisch wirkt sich der Konflikt auf die fast zwei Millionen Bewohner des Gazastreifens aus, die mehrheitlich Flüchtlinge von 1948 bzw. deren Nachkommen sind. Seit die Hamas dort die Regierungsmacht erlangte, wird das Gebiet von Israel und Ägypten abgeriegelt. Zeitweise konnte die Versorgung der Bewohner mit Lebensmitteln und Treibstoff nur durch ein Tunnelsystem aufrechterhalten werden. Israel versucht, diese Tunnel zu zerstören, weil über sie auch Waffen an die Hamas geliefert werden und aus den Tunneln Attacken auf israelische Dörfer erfolgten.

Gazakriege

Unterdessen intensivierte die Hamas ihre Gewaltaktionen mit regelmäßigem Raketenbeschuss und provozierte das israelische Militär zu massiven Vergeltungsschlägen. Ende 2008 führte dies zu einer militärischen Großoffensive Israels mit dem Ziel, die Hamas zu zerstören. Die intensiven Luftschläge Israels zerstörten aber nicht die Hamas, sondern die Infrastruktur Gazas und lösten im dichtbesiedelten und abgeriegelten Gazastreifen eine humanitäre Katastrophe aus. Ähnlich dramatisch war der Gazakrieg vom Sommer 2014, als Israel, nach massivem Raketenbeschuss durch die Hamas, erneut versuchte, die islamistische Bewegung militärisch zu schwächen. Wieder konnte die Hamas die Angriffe überstehen; Leidtragende war wie schon 2008 die Zivilbevölkerung.

Nach Ansicht der meisten Nahostexperten wird eine friedliche Konfliktbeilegung ohne die Einbeziehung der Hamas nicht möglich sein. Doch Israel sieht die Hamas trotz ihres Wahlerfolgs von 2006 nicht als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes, sondern als Terrororganisation. Bevor

die Hamas Israels Existenzrecht nicht anerkennt und der Gewalt abschwört – so die israelische Sicht – seien Verhandlungen nicht möglich. Hamas-Führer argumentieren, dass eine Anerkennung Israels bestenfalls das Ergebnis, nicht aber Vorbedingung von Verhandlungen sein könne. An die Osloer Verträge, die die PLO im Namen aller Palästinenser ausgehandelt hatte, fühlt sich die Hamas, die erst 1988 gegründet wurde, nicht gebunden.

Neue Formen der Gewalt

Seit Oktober 2015 erlebt Israel eine neuartige Form von palästinensischer Gewalt, die nicht von politischen Parteien, sondern von Einzeltätern ausgeht. Wahllös wurden Menschen auf öffentlichen Plätzen mit Messern angegriffen oder Autos in Menschenmengen gefahren – immer mit der Absicht, so viele Israelis wie möglich zu verletzen oder gar zu töten. Hunderte Israelis sind bereits Opfer dieser Gewaltwelle geworden. Anlass für ein erneutes Aufblühen der Gewalt war Israels Entscheidung, nach einem tödlichen Anschlag auf zwei israelische Polizisten vor einem Zugang zum Tempelberg die Zugänge mit Metalldetektoren zu kontrollieren. Dies wurde als Versuch gewertet, Palästinensern den Zutritt zur al-Aqsa-Moschee einzuschränken.

Laut Umfragen unterstützen fast zwei Drittel aller Palästinenser die Gewaltausübung. Der zum Stillstand gekommene Friedensprozess, eine chronische Wirtschaftslaute, der Legitimationsverlust der PA wegen ausufernder Korruption und ausbleibenden Wahlen, die anhaltende politische Spaltung zwischen PLO und Hamas und die stetig anwachsenden jüdischen Siedlungen haben zur Radikalisierung vieler Palästinenser beigetragen. Israel reagiert auch auf die neuen Gewalttaten mit Härte. Häuser von Attentätern werden zerstört und Stadtviertel, aus denen Attentäter stammten, werden abgeriegelt und mit Ausgangssperren belegt. Diese Kollektivstrafen sollen der Abschreckung dienen, fördern aber aus Sicht vieler Beobachter eher die Wut auf Israel.

Am 30. März 2018 formierte sich eine Protestbewegung im Gazastreifen, um die Forderungen nach dem Rückkehrrecht der dort lebenden Flüchtlinge und ihrer Nachkommen nach Israel zu untermauern. Dieser sogenannte Marsch der Rückkehr bestand aus verschiedenen Protestveranstaltungen an der Grenze zu Israel mit zum Teil Zehntausenden Teilnehmern und sollte bis zum 15. Mai, dem Tag der *Nakba*, andauern. Die im Gazastreifen herrschende Hamas begrüßte die Proteste. Obwohl ursprünglich als friedlicher zivilgesellschaftlicher Protest gedacht, nutzten radikale Kräfte die Demonstrationen für Angriffe auf israelische Soldaten sowie die Grenzanlage. Daraufhin setzten israelische Soldaten Tränengas ein und schossen auf Randalierer und Anstifter.

JOHANNES BECKE

Israel und seine Beziehungen zu den Nachbarstaaten

Während Israel speziell in kultureller Hinsicht längst ein Teil der Nahost-Region geworden ist, bleibt es von den regionalen Allianzsystemen der arabischen Nachbarstaaten ausgeschlossen. Verhärtete Positionen auf beiden Seiten stehen einer nachhaltigen Friedenslösung entgegen.

Israel – jenseits von Orient und Okzident

Mit der Metapher des zionistischen Projekts als „Villa im Dschungel“ beschrieb der ehemalige Premierminister Ehud Barak den Staat Israel als europäisch-koloniale Enklave inmitten von Chaos, Gewalt und Gesetzlosigkeit des „Orients“. Das wirkmächtige Bild offenbart die orientalistisch-herablassende Sicht mancher europäisch-jüdischer Einwanderer auf die Völker und Kulturen des Vorderen Orients, die sich vom Beginn der jüdischen Wiederbesiedlung des Landes Israel (so die jüdische Perspektive) bzw. Palästina (so die arabische Perspektive) bis heute fortsetzt: Nachdem die Juden in Europa als vermeintlich „orientalisches Fremdvolk“ ausgegrenzt worden waren, bot das zionistische Projekt ihnen nun die Möglichkeit der Selbstbestimmung als Selbst-Modernisierung und Selbst-Verwestlichung.

Aber das Bild von Israel als „Villa im Dschungel“ trägt – der jüdische Nationalstaat ist in politischer, kultureller und nicht

zuletzt religiöser Hinsicht Teil der Region geworden, auch wenn klare Unterschiede – etwa in den Bereichen des Parlamentarismus, der bürgerlichen Grundfreiheiten und der Wirtschaftsordnung – bestehen: Die zeitgenössische israelische Popmusik orientiert sich an nahöstlichen Vorbildern. Dasselbe gilt für die israelische Küche: Falafel, Hummus oder Shakshuka werden in Tel Aviv deutlich leichter zu finden sein als das klassisch ost-europäisch-jüdische Gericht „Gefilte Fisch“. Der Einfluss von Armee und Sicherheitsdiensten auf Israels politische Entscheidungsprozesse liegt näher an Ägypten als an Westeuropa. Israel beherrscht und besiedelt völkerrechtlich umstrittene Gebiete (das Westjordanland) ähnlich wie die Türkei (Nordzypern) und Marokko (Westsahara). Die enge Verknüpfung von Staatlichkeit und Religionsgesetz verbindet den Staat Israel mit den meisten seiner Nachbarn.

Und in der Tat war der „Orient“ (oder zumindest romantisierte Vorstellungen eines biblisch-archaischen Orients) in vielerlei Hinsicht ein Vorbild für das zionistische Projekt: Bei der Wiederbelebung der hebräischen Sprache wurde auf das eng verwandte Arabische zurückgegriffen. Europäisch-jüdische Einwanderer – besonders die Mitglieder der bewaffneten Milizen aus der Zeit vor der Staatsgründung – imitierten begeistert die Lebensart, Kleidung und Sprechweise der Beduinen und die Bezalel-Kunstakademie der Zwischenkriegszeit propagierte eine klare ästhetische Hinwendung zum Orient.

Nicht zuletzt für die vielen orientalistisch-jüdischen Flüchtlinge und Einwanderer aus der arabischen Welt umfasste die



Das Shlomo-Yafe-Haus ist ein Teil der „Weißen Stadt“, einer Häusergruppe in Tel Aviv, die jüdische Architekten aus Europa in den 1930er-Jahren im Bauhausstil errichteten und die zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört.



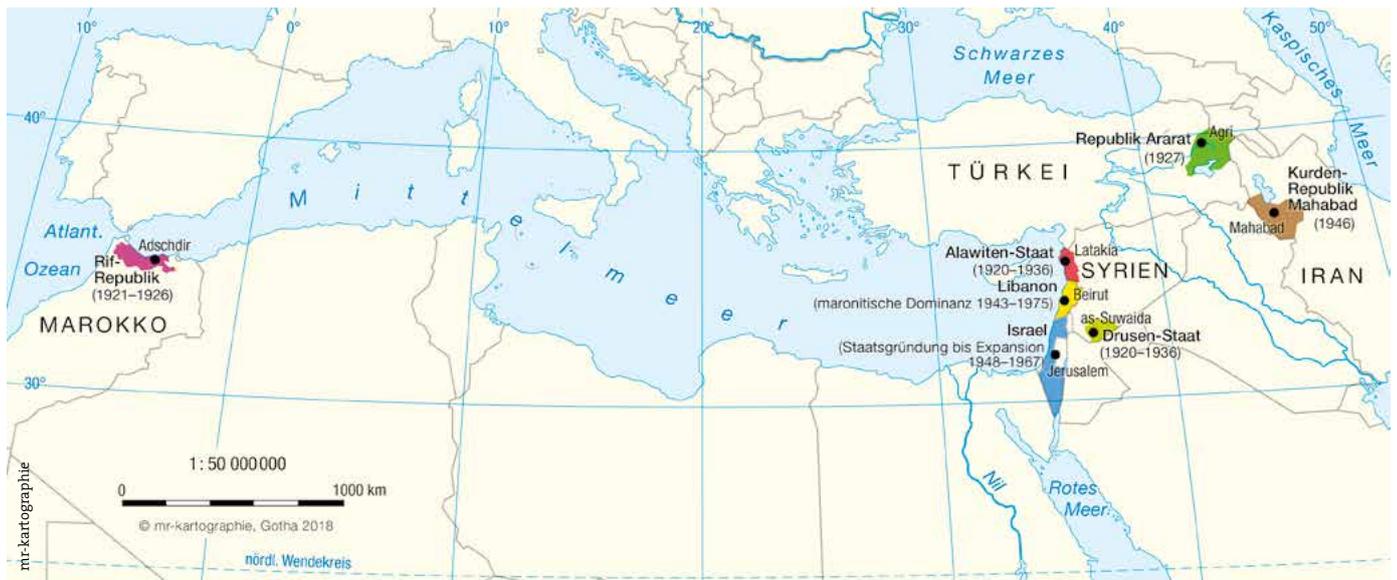
Ungeachtet seiner europäischen Wurzeln ist Israel in vielfacher Hinsicht Teil der Nahostregion. Einkauf auf dem Mahane Jehuda Markt in Jerusalem 2017

„Levantisierung“, so die ägyptisch-jüdische Autorin Jacqueline Kahanoff, des zionistischen Projekts keinesfalls dessen kulturellen Abstieg, sondern im Gegenteil die Vorbedingung für die Existenz eines jüdischen Nationalstaats im Vorderen Orient. Daher empfahl Kahanoff dem jungen Nationalstaat, sich am Vorbild der vielsprachigen und kosmopolitischen Hafenstädte des östlichen Mittelmeers, also der Levante, zu orientieren und sich bewusst für die Sprachen und Traditionen der Region zu öffnen.

Trotz des zunehmenden nahöstlichen Einflusses auf Staat, Gesellschaft und Religion in Israel bleibt die kulturelle Verortung des jüdischen Nationalstaats zwischen Orient und Okzident ähnlich ambivalent wie der Bezug zu seinen Nachbarstaaten: Jahrzehnte von Krieg, Grenzschießung, Enklaven-Existenz und Boykott haben zwischengesellschaftliche Beziehungen zwischen jüdischen Israelis und Arabern deutlich erschwert; der „kalte Frieden“ mit Jordanien und Ägypten bleibt ein Projekt der politischen und vor allem der militärischen Eliten; die zum Teil exzellenten zwischenstaatlichen Beziehungen zu den nordafrikanischen Staaten (vor allem zu Marokko) und zu den Monarchien des Persischen Golfs werden solange im Bereich der Geheimdiplomatie verbleiben, bis es zu einer funktionalen Zweistaatenlösung und einem weitgehenden Rückzug der israelischen Streitkräfte und Siedlungen aus den besetzten Gebieten kommt.

Israel als klassischer Minderheiten-Staat

Jüdische Nationalisten waren nicht die einzigen, die nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs gegen Ende des Ersten Weltkriegs versuchten, inmitten des Konflikts zwischen europäischem Kolonialismus und arabischem Nationalismus einen eigenen Minderheiten-Staat zu begründen. Das gleiche Ziel verfolgten ethnische Minderheiten wie die Kurden und die Berber, die sich – trotz ihrer Zugehörigkeit zum Islam – in Sprache und Geschichte von den Staatsvölkern der Türken, Araber und Perser unterschieden. Daneben entstanden nationalistische Bewegungen unter religiösen Minderheiten wie den Maroniten, den Drusen und den Alawiten, die zwar Arabisch sprachen, aber ein eigenes Territorium kontrollierten und ebenfalls ein eigenes Geschichtsbewusstsein besaßen. Beide Formen von Minderheiten, ob ethnisch oder religiös, hatten sich häufig vor dem Zugriff der Zentralstaaten in die unwegsamen Gebirgszüge ihrer Regionen zurückgezogen: die Berber in das Atlasgebirge Marokkos, die Kurden in das Taurus-Gebirge zwischen der Türkei und dem Iran, die Maroniten und die Drusen in das Libanon-Gebirge.



Israel ist einer der vielen Minderheitenstaaten, die nach dem Ende der Osmanischen Herrschaft im Vorderen Orient entstehen. Im Gegensatz zu Israel hatten die meisten Minderheitenstaaten allerdings keine allzu lange Lebensdauer.

Viele dieser Minderheiten verstanden das aufkommende Zeitalter der Nationalstaaten (genau wie die jüdischen Nationalisten) als Chance zur Befreiung und Selbstbestimmung. Doch nicht alle neugegründeten Minderheiten-Staaten waren von Dauer:

Im heutigen Nord-Marokko errichtete Mohammed Abd al-Karim zwischen 1921 und 1926 die Rif-Republik, einen autonomen Staat der Rif-Berber. Kurdische Nationalisten proklamierten 1927 eine kurzlebige kurdische Republik Ararat (auf dem Gebiet der heutigen Ost-Türkei) sowie eine nur unwesentlich dauerhaftere Republik Mahabad im Jahr 1946 (auf dem Gebiet des heutigen West-Iran). Die französische Kolonialherrschaft in Syrien und Libanon nach dem Ersten Weltkrieg wiederum zielte systematisch auf die Errichtung von Minderheiten-Staaten, um diese eng an sich zu binden: Während der Libanon als Fluchtstaat der Frankreich-treuen, katholischen Maroniten vorgesehen war, wurden zwischen 1920 und 1936 auch den religiösen Minderheiten der Drusen und Alawiten eigene Nationalstaaten zuerkannt, die erst relativ spät mit der Syrischen Republik zwangsvereinigt wurden.

Alle genannten Minderheiten-Staaten wurden entweder von europäischen Kolonialmächten (Rif-Republik) oder von arabischen, türkischen oder persischen Nationalisten (Drusen-Staat, Alawiten-Staat, Republik Ararat, Republik Mahabad) zerschlagen. Der Staat Israel kann daher als vorerst einziger klassischer Minderheiten-Staat des Vorderen Orients verstanden werden, also als ein Staat, in dem eine ethno-religiöse und bis dahin staatenlose Minderheit sich als Mehrheitsbevölkerung eines Nationalstaats organisiert.

Vorbild für weitere Staatsbildungen

Als Minderheiten-Staat besitzt Israel eine gewisse Vorbildfunktion für andere nationalistische Bewegungen der Region, derzeit insbesondere für die Kurden: Das arabische Aufrüsten und die Propaganda gegen das zionistische Projekt richteten sich daher auch immer gegen mögliche Nachahmer, also separatistische Bewegungen von Minderheiten auf dem eigenen Territorium.

Häufig fand die Auseinandersetzung zwischen jüdischem und arabischem Nationalismus allerdings nicht zwischen

„Mehrheit“ und „Minderheit“ statt. Vielmehr waren es hier Vertreter unterschiedlicher Minderheiten, die sich uneins darüber waren, ob ihre Gemeinschaft besser durch kulturelle Assimilation oder durch einen eigenen Nationalstaat geschützt werden könnte. Der arabische Nationalismus zielte auf die politische Vereinigung aller Arabischsprachigen der Region, unabhängig von ihrem religiösen Hintergrund. Gerade für religiöse Minderheiten, die als Nicht-Muslime im Osmanischen Reich nur Untertanen zweiter Klasse gewesen waren, gewann das neuartige Selbstverständnis als „Araber“ so an Bedeutung: Herausragende Vertreter des arabischen Nationalismus wie Butrus al-Bustani, George Antonius, Michel Aflaq, Constantin Zureik bis hin zu George Habasch und Edward Said waren als arabischsprachige Christen mit den Schwierigkeiten von Minderheiten wohlvertraut. Ihre scharfe Absage an die Errichtung ethnischer oder religiöser Kleinstaaten war daher auch ein Ausdruck der Hoffnung, ein säkularer Staat möge seine Minderheiten effektiver schützen als der Rückzug in eine bewaffnete Enklave.

Über lange Zeit konnten beide Staatsmodelle, also der arabisch-nationalistische und der jüdisch-nationalistische Staat, als Erfolgsgeschichten bezeichnet werden: Israel ermöglichte einer ethno-religiösen Minderheit das Leben als selbstbestimmte Mehrheit im eigenen Nationalstaat; Staaten wie Syrien oder Irak ermöglichten ethno-religiösen Minderheiten entweder relative Gleichberechtigung (etwa den chaldäisch-assyrischen Christen im Irak) oder gar die Möglichkeit, die Kontrolle über den Staats- und Militärapparat zu erlangen (wie den Alawiten in Syrien).

Mit dem Zerfallen arabisch-nationalistischer Flächenstaaten im Rahmen des sogenannten Arabischen Frühlings rückt allerdings die Minderheiten-Frage des Vorderen Orients erneut in den Mittelpunkt der regionalen Staatenordnung. Gerade verstreut lebende und unbewaffnete religiöse Minderheiten (wie beispielsweise Christen und Jesiden) sind häufig zur Auswanderung in den Westen gezwungen, um der religiös motivierten Gewalt in Bürgerkriegen zu entgehen. Für Minderheiten mit einem einheitlichen Siedlungsgebiet und einem robusten Militär (wie die Kurden) besteht dagegen die Chance auf Autonomie bis hin zur Eigenstaatlichkeit.

1948 – Flucht, Vertreibung, Bevölkerungsaustausch

Am Beginn der israelisch-arabischen Kriege steht die arabische Ablehnung einer Zweistaatenlösung: Nachdem Großbritannien mit dem Versuch gescheitert war, im Land Israel/Palästina einen jüdisch-arabischen Verbundstaat zu errichten, beschloss die UN-Generalversammlung 1947 die Errichtung eines jüdischen und eines arabischen Staates. Auf dieser völkerrechtlichen Grundlage und zeitgleich mit dem Ende des britischen Mandats rief David Ben Gurion am 14. Mai 1948 in seiner Funktion als Vorsitzender des Exekutivrates der proto-staatlichen *Jewish Agency* den Staat Israel als jüdischen Nationalstaat aus. Die Invasion durch fünf arabische Armeen (Transjordanien, Ägypten, Syrien, Irak, Libanon) folgte unmittelbar am Tag darauf.

Dies war aber nicht der erste Ausbruch von politischer Gewalt: Bereits seit dem UN-Teilungsbeschluss herrschte in Israel/Palästina ein offener Bürgerkrieg zwischen jüdischen und arabischen Milizen mit Kriegsgräueln auf beiden Seiten. So verübten jüdische Milizen beispielsweise das Massaker von Der Yassin und arabische Milizen das Massaker von Kfar Etzion. Sowohl die vorrückenden arabischen Armeen als auch die jüdischen Milizen, die nach der Staatsausrufung als israelisches Militär operierten, zielten dabei auf die ethnische Säuberung des eroberten Territoriums.

Die Teilung von Britisch-Palästina endete in Krieg, Flucht und Vertreibung: Zum Zeitpunkt der israelisch-arabischen Waffenstillstände im Jahr 1949 waren etwa 700 000 palästinensische Araber heimatlos geworden – als Vergeltung für die erfolgreiche israelische Staatsgründung wurde kurze Zeit darauf eine ähnlich große Zahl an orientalischen Juden aus den arabischen Staaten vertrieben. Doch während viele der orientalischen Juden erfolgreich im Staat Israel angesiedelt werden konnten, wurden die arabischen Palästina-Flüchtlinge – als vermeintliche Übergangslösung – in Flüchtlingslagern in den arabischen Ländern untergebracht. Trotz des UN-Teilungsbeschlusses (siehe S. 16) wurde kein palästinensisch-arabischer Nationalstaat begründet. Ägypten und Transjordanien, die das Territorium des Gazastreifens und des Westjordanlands kontrollierten, gingen vielmehr eigene Wege: Ägypten errichtete im Gazastreifen eine Militär-Regierung, Transjordanien annektierte das Westjordanland und begründete damit den Staat Jordanien.



Krieg, Flucht und Vertreibung: Im Zuge des ersten Nahostkrieges müssen Hunderttausende palästinensische Araber – wie hier in Galiläa – mit ihren Familien ihre Häuser und Dörfer verlassen ...



... und nach der Staatsgründung Israels wird eine ähnlich große Zahl von Juden aus arabischen Ländern vertrieben. In ihrer neuen Heimat Israel werden sie anfangs in Zelten untergebracht.

Der blutige Bevölkerungsaustausch zwischen palästinensischen Arabern, vertrieben aus dem Staat Israel, und orientalischen Juden, vertrieben aus den arabischen Staaten, folgte dem tragischen Vorbild ähnlicher nationalistisch angetriebener ethnischer Säuberungen, so zwischen Griechenland und der Türkei (Vertrag von Lausanne 1923) oder zwischen Indien und Pakistan (Teilung von Britisch-Indien 1947).

Der scharfe Gegensatz zum griechisch-türkischen oder dem indisch-pakistanischen Fall bestand allerdings in der arabischen Weigerung, die arabisch-palästinensischen Flüchtlinge dauerhaft anzusiedeln, entweder in Form nationalstaatlicher Selbstbestimmung oder in Form einer Integration mit vollen Staatsbürgerrechten, wobei Jordanien teilweise eine Ausnahme darstellt. Darüber hinaus wurden die arabischen Palästina-Flüchtlinge in der Folge von ihren arabischen „Gast-Staaten“ erheblich diskriminiert, indem ihnen etwa ein Zugang zu Landbesitz, Bildung und Arbeitsmöglichkeiten erschwert wurde. Als Verkörperung der arabisch-nationalistischen Katastrophe (*al-Nakba*), der militärischen Niederlage der Araber gegen einen angeblich illegitimen Minderheiten-Staat, waren die arabischen Palästina-Flüchtlinge zudem das Ziel von Spott und Verachtung ihrer arabischen Nachbarn. Dies sollte sich erst in den späten 1960er-Jahren ändern, als eine eigenständige palästinensische Nationalbewegung entstand.

Regionale Allianzsysteme

Im Gegensatz zu Europa besitzt der Vordere Orient keine umfassende Regionalorganisation wie die Europäische Union. Es gibt nur einen lockeren Verbund zwischen den arabischen Staaten, die Arabische Liga, in der jedoch weder Israel, noch die Türkei oder der Iran Mitglied sind.

Auch wenn die Arabische Liga im Gegensatz zur Europäischen Union nie in der Lage war, einen einheitlichen Markt zu errichten oder auch nur grundlegende Konflikte zwischen ihren Mitgliedern zu lösen, so diente die Organisation zumindest zur Koordination der arabischen Politik gegenüber dem Staat Israel. So wurde im Jahr 1964 während ihres ersten gemeinsamen Gipfeltreffens beispielsweise die Palästinensische Befreiungsorga-

nisation (PLO) gegründet. Als nicht-arabischer Staat und Gegner im Krieg um Britisch-Palästina (1948–1949) war Israel ausgeschlossen von der ägyptisch dominierten Arabischen Liga – als nicht-muslimischer Staat und Gegner im Sechstagekrieg (1967) war Israel zudem ausgeschlossen von der saudisch dominierten Organisation für die Islamische Konferenz (gegründet 1969).

Seit seiner Gründung war der Staat Israel daher auf eine kluge Allianzbildung angewiesen, um die eigene regionale Isolation zu durchbrechen und dem umfassenden arabischen Boykott zu trotzen. Um jede Normalisierung mit Israel zu vermeiden, verweigerten die arabischen Staaten die Aufnahme von Beziehungen in den Bereichen von Politik, Wirtschaft, Kultur und Tourismus. So ist es bis heute Israelis verboten, in die meisten arabischen Staaten einzureisen – selbst Nicht-Israelis, die nur einen israelischen Stempel in ihrem Pass haben, wird häufig die Einreise in arabische Länder verweigert.

Bei seiner Allianzbildung war Israel auf die Unterstützung auswärtiger Großmächte angewiesen: Konnte der Sieg im Sechstagekrieg (dritter Nahostkrieg, 1967) noch mit Kampfflugzeugen errungen werden, die Frankreich ebenso zur Verfügung gestellt hatte wie umfangreiche Aufbauhilfen für das israelische Nuklearprogramm, so wurde das siegreiche Israel zunehmend ein attraktiver Bündnispartner für die Vereinigten Staaten von Amerika im Rahmen des Ost-West-Konflikts mit der Sowjetunion. US-amerikanische Unterstützungsleistungen für den Staat Israel, denen die Sowjetunion Militärhilfen für Ägypten und Syrien entgegensetzte, trugen so zu einer nachhaltigen Aufrüstung und Zuspitzung des arabisch-israelischen Konfliktes bei; er war nun nicht mehr nur eine Auseinandersetzung zwischen dem jüdischen und dem arabischen Nationalismus, sondern ein lokaler Stellvertreterkonflikt des Kalten Krieges.

Neben der Unterstützung auswärtiger Mächte benötigte der Staat Israel aber auch Verbündete innerhalb der Region des Vorderen Orients. Zwei außenpolitische Konzepte prägen dabei bis heute die israelische Geostrategie – die Allianz der Peripherie und die Allianz der Minderheiten. Die Allianz der Peripherie zielte auf enge Verbindungen zwischen dem Staat Israel und anderen nicht-arabischen Staaten der erweiterten Region – dazu zählen die Türkei, der Iran (vor der islamistischen Machtergreifung 1979) sowie das christlich geprägte Äthiopien (vor dem Militärputsch 1974). Sowohl die Türkei als auch der Iran erkannten 1950 den Staat Israel an; in der Folge konnten in beiden Fällen enge wirtschaftliche und militärische Verbindungen geknüpft werden, welche erst durch die „Islamische Revolution“ im Iran (1979) und den Aufstieg der islamistischen AKP (seit 2002) schwer belastet oder sogar vollständig unterbrochen wurden.

Die Allianz der Minderheiten zielte dagegen auf Bündnisse mit ethnischen und ethno-religiösen Bewegungen, die nach israelischem Vorbild Minderheiten-Staaten errichten wollten – beispielsweise mit den Maroniten im Libanon, den Kurden im Irak und christlichen Sezessionisten im heutigen Südsudan. Ähnlich wie die Allianz der Peripherie war auch die Allianz der Minderheiten nur eingeschränkt erfolgreich: Das israelisch-maronitische Bündnis scheiterte mit der durch Syrien veranlassten Ermordung des pro-israelischen libanesischen Staatspräsidenten Bashir Gemayel 1982. Sein Tod war das erste Vorzeichen der umfassenden maronitischen Niederlage im libanesischen Bürgerkrieg (1975–1990). Das israelisch-kurdische Bündnis besteht dagegen fort – enge (wenngleich inoffizielle) politische und wirtschaftliche Beziehungen gibt es insbesondere zu den Kurden im Nordirak.



Der Arabischen Liga, dem regionalen Bündnis der arabischen Staaten in Nahost, gehört Israel nicht an. Außenministerkonferenz der Liga 2018 in Kairo

Friedensprozess und Grenzen der Normalisierung

Paradoxe Weise repräsentierte der Sechstagekrieg von 1967 nicht nur den Höhepunkt der arabisch-israelischen Kriege und den Beginn einer langwierigen Besatzung, die bis heute anhält, sondern auch den Kern zu einer regionalen Friedenslösung – verkörpert in der einfachen Formel „Land für Frieden“. Israel besetzt innerhalb von kurzer Zeit nicht nur das bis dahin jordanisch annektierte Westjordanland und den bislang ägyptisch kontrollierten Gazastreifen, sondern zusätzlich die Golanhöhen und die Sinaihalbinsel, zwei wichtige Pufferzonen gegen die syrischen bzw. ägyptischen Streitkräfte. In den Folgejahren sollte die Rückgabe dieser Gebiete im Austausch gegen die Anerkennung des Staates Israel zur Grundlage eines umfangreichen regionalen Friedensprozesses werden, vom israelisch-ägyptischen Friedensvertrag von Camp David (1979) über den Oslo-Vertrag zwischen Israel und der PLO (1993) bis hin zu den israelisch-syrischen Verhandlungen über die Golanhöhen, die im Jahre 2000 nur knapp scheiterten.

Der jüdisch-nationalistische Vordenker Ze'ev Jabotinsky hatte den Ansatz einer solchen regionalen Friedenslösung einst als „eiserne Mauer“ beschrieben: Der Frieden mit den arabischen Staaten sei erst dann möglich, wenn ihnen ein starkes jüdisches Militär als „eiserne Mauer“ die Unmöglichkeit eines eigenen militärischen Sieges vor Augen geführt habe. Spätestens mit der umfassenden arabischen Niederlage im Sechstagekrieg war dieser Punkt erreicht. Israels Überzeugung, hinter einer „eisernen Mauer“ unbesiegbar zu sein, wurde wiederum im Jom-Kippur-Krieg (vierter Nahostkrieg 1973)

erschüttert. Zwar hatte es sich letztlich siegreich gegen die Angreifer Ägypten und Syrien behauptet, doch der Schock über vorausgegangene Tage existenzieller Unsicherheit und über hohe Verluste führte zu einem strategischen Umdenken. Langfristig bahnte dies den Weg für die späteren Friedensverhandlungen mit Ägypten, die 1978/79 mit einem Friedensvertrag abgeschlossen wurden.

Die Arabische Liga verweigerte sich jedoch solchen regionalen Lösungen. In der Khartum-Resolution vom 1. September 1967 fasste sie ihre Haltung in den „drei Nein“ zusammen: Nein zu einem Frieden mit Israel, Nein zu einer Anerkennung von Israel, Nein zu Verhandlungen mit Israel und schloss Ägypten nach dem Friedensschluss mit Israel 1979 (bis 1989) aus der Liga aus.



1978 unterzeichnen Ägyptens Präsident Anwar As-Sadat, US-Präsident Jimmy Carter und Israels Premier Menachim Begin (v.l.n.r.) das Camp-David-Abkommen, den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag.

Geteilte Erinnerung

[...] Der Weg zu Mahmoud Qassim Muali führt durch zwei Checkpoints der israelischen Armee in das Dorf Qarawet Bani Zaid. An der staubigen Asphaltpiste liegt Müll, von Geschäften oder Unternehmen keine Spur. In diesem Dorf wurde Muali 1938 geboren. Sein Vater war Olivenbauer, und Muali fand Arbeit bei der jordanischen Armee, die das Westjordanland damals besetzt hielt. „Fünf Dinar habe ich als Soldat im Monat verdient, mehr als das, was man hier als Bauer verdienen konnte.“ Muali wurde Funker. Heute sitzt der alte Mann auf einem speckigen ockerfarbenen Sessel in seinem unverputzten Mehrfamilienhaus.

Muali sagt, er würde eher von einem „Sechsstundenkrieg“ denn einem Sechstagekrieg sprechen. „Nach dem Montagvormittag war der Krieg entschieden, und die Israelis brauchten die Folgetage nur noch, um Gebiet zu besetzen.“ [...] Von sechshundert Einwohnern seines Dorfes seien zweihundert geflohen und nie wiedergekommen.

„In jedem Krieg gibt es Gewinner und Verlierer“, sagt Muali, „aber wir hätten in unseren kühnsten Träumen nie gedacht, dass die Jerusalemer Altstadt und das Westjordanland fünfzig Jahre lang besetzt sein würden.“ Nach dem Krieg fand er wie viele Palästinenser Arbeit als Tagelöhner in den Landbetrieben und auf Baustellen in Israel. Die Einkommen stiegen. Muali sagt, unter israelischer Besatzung sei es anfangs besser gewesen als unter den Jordanern. Für die Palästinenser herrschte weitgehende Reisefreiheit. „Noch Anfang der achtziger Jahre konnte ich nach Jaffa ans Meer fahren“, sagt Muali. Bis die erste Intifada gegen die sich stetig ausbreitenden Besatzer begann. „Heute

haben uns die arabischen Staaten vergessen“, sagt Muali. „Und unsere eigene Führung ist schwach.“ [...]

„Ich erinnere mich an die Euphorie nach dem Sechstagekrieg“, erzählt Uri Dromi, der damals Pilot in der israelischen Luftwaffe war. [...] Dromi blieb bis 1989 bei der Luftwaffe, später wurde er Sprecher der Ministerpräsidenten Jitzhak Rabin und Schimon Peres. [...] „Wir dachten, jetzt kann uns niemand mehr etwas. [...] Jerusalem ist für immer unser, das war das Gefühl – aber wir dachten nicht daran, dass wir das Westjordanland behalten würden“, sagt Dromi. „Eine Woche nach dem Krieg machte mein Geschwader eine Tour durch Ostjerusalem und die Altstadt und durch das Westjordanland – es musste schnell gehen, denn das allgemeine Gefühl war, dass wir es zurückgeben werden.“ An Jordanien; von „Palästina“ sei damals nicht die Rede gewesen. „Wir warteten auf den Anruf der Araber – Frieden gegen Land.“ Doch der Anruf kam nicht. Stattdessen folgten die „drei Neins“ der arabischen Staaten, als diese im September 1967 beschlossen, Israel nicht anzuerkennen, keinen Frieden zu schließen und auch nicht mit Israel zu verhandeln. „Also gaben wir das Gebiet eben nicht wieder her“, sagt Dromi. [...]

Israel wurde reich, modern und mächtig, die arabischen Staaten nahmen eine umgekehrte Entwicklung, und den umfassenden Frieden gibt es heute so wenig wie einen Palästinenserstaat. [...]

Jochen Stahnke, „Gemeinsam allein“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Juni 2017
© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.
Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.

Auch die Madrider Konferenz von 1991 nach dem Ende des Kalten Krieges blieb erfolglos im Bemühen, Israel und die gesamte arabische Welt aneinander anzunähern.

Obwohl die Staaten der Arabischen Liga häufig bereits mehr oder weniger heimliche Kontakte mit Israel unterhielten, konnten sie sich erst 2002 im Rahmen einer von Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien angeführten Friedensinitiative durchringen, die Eckpunkte eines solchen Regionalfriedens auch explizit zu benennen. Sie forderten einen vollständigen Rückzug der israelischen Streitkräfte und Siedler aus den 1967 besetzten Gebieten, eine zwischen beiden Seiten einvernehmliche Lösung für die palästinensisch-arabischen Flüchtlinge sowie die Gründung eines souveränen palästinensischen Staates mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt als Grundlage einer umfassenden Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Staat Israel und der arabischen Welt. Grundsätzlich begrüßt Israel bislang eine derartige Friedenslösung, macht aber eigene Vorbehalte geltend.

In der Tat bleibt eine Aussöhnung zwischen Israel und der arabischen Welt so lange schwer vorstellbar, wie radikale israelische Siedler einerseits und radikale palästinensische Islamisten andererseits eine Umsetzung der Zweistaatenlösung unmöglich machen. Der „kalte Frieden“ zwischen Israel und Ägypten verweist beispielsweise auf die Grenzen eines Separat-Friedens ohne regionale Dimension: Einerseits erreichte der militärische Rückzug Israels aus der Sinaihalbinsel, der auch mit dem Abzug der dortigen jüdisch-israelischen Siedler verbunden war, das Ziel von formalen diplomatischen und eingeschränkten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Andererseits kann von Normalität dennoch keine Rede sein: Das israelische akademische Zentrum in Kairo etwa, ursprünglich geplant als Keimzelle einer gesellschaftlichen Annäherung, ist heute weitgehend isoliert und wurde nicht ergänzt durch ein ursprünglich geplantes ägyptisches Kulturzentrum in Israel; anti-israelische und antisemitische

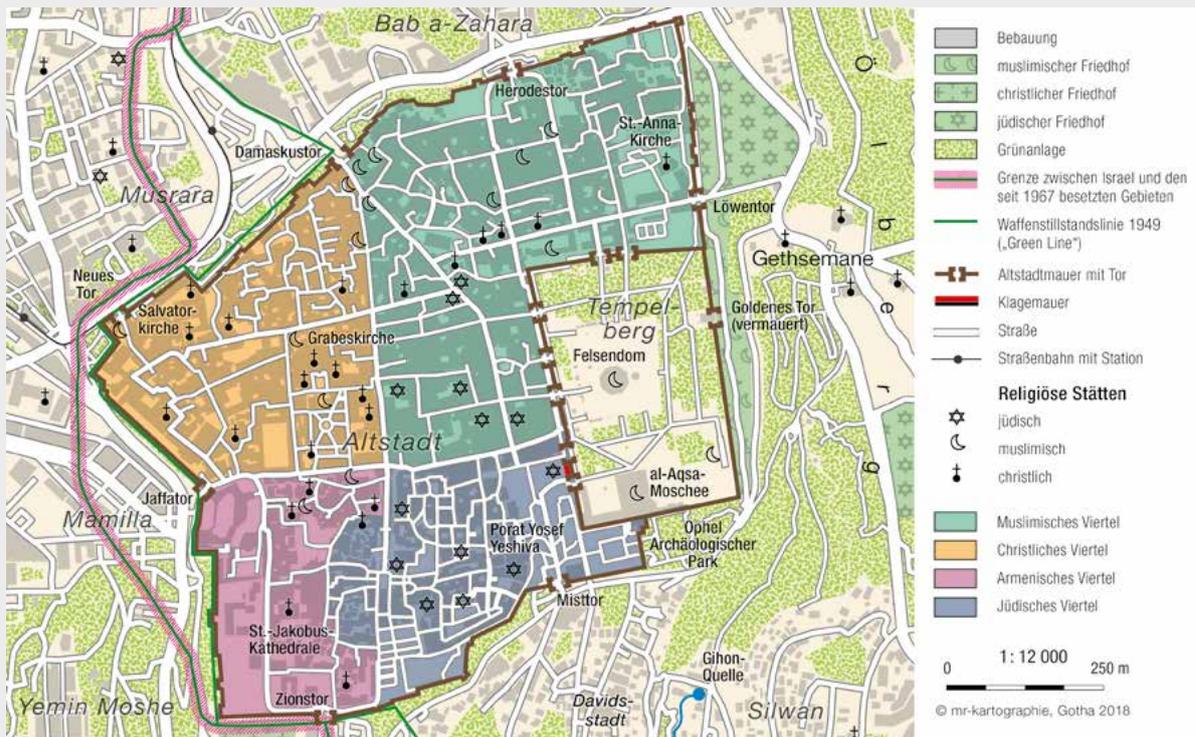
Der Tempelberg in Jerusalem

[Verteidigungsminister Moshe] Dayan legte [nach der Einnahme der Altstadt im Sechstagekrieg 1967] die Grundlagen für den Status quo, der bis heute die Grundfragen des Zugangs zu jenem Gelände regelt, dessen doppelte Bezeichnung als Tempelberg/Haram al-Sharif auf seine enorme Umstrittenheit verweist: Juden bezeichnen den Standort des Ersten und Zweiten Tempels als Tempelberg (Har HaBayit) und bringen insbesondere den Gründungsstein (Even HaShtiya) inmitten des heutigen Felsendoms mit der Schöpfung der Welt, der Bindung Isaaks (Akedat Yitzchak) sowie Jakobs Traumvision von der Himmelsleiter in Verbindung.

Muslime dagegen bezeichnen das Gelände als edles Heiligtum (Haram al-Sharif), welches nicht nur als erste Gebetsrichtung verehrt wird, sondern gemäß der Überlieferung als Ziel der wundersamen Nachtreise des Propheten von Mekka nach Jerusalem

gilt, wo die entfernteste Moschee den Ausgangspunkt seiner anschließenden Himmelfahrt bildete. Angesichts von so viel Heiligkeit – und so viel Konfliktpotenzial – besagte Moshe Dayans Status quo von 1967 nun Folgendes: Israel verzichtet auf die Durchsetzung seiner Souveränität über das Gelände, welches mit der formalen Aufsicht einer islamischen Stiftung, des Waqf, de facto unter jordanischer Kontrolle verblieb. Der Waqf verwaltet das Gelände, bezahlt die Instandhaltung der islamischen Stätten und verzichtet auf die Zurschaustellung von Nationalflaggen. Israel verzichtet dagegen auf den Anspruch, jüdisches Gebet auf dem Tempelberg zu ermöglichen, zeigt aber um das Gelände klare Präsenz seiner Sicherheitsorgane – und kontrolliert durch das Maghariba-Tor den nichtmuslimischen Zugang zum Gelände.

Johannes Becke, „Das letzte Symbol“, in: Jüdische Allgemeine vom 22. Oktober 2015



Verschwörungstheorien dominieren den öffentlichen Raum; selbst die vielen tausend ägyptischen Hebräisch-Studenten werden von ägyptischen Behörden daran gehindert, den Staat Israel zu besuchen.

Die arabische Skepsis gegenüber einer Aussöhnung mit dem Staat Israel sitzt also tief – auch umgekehrt gilt aber: Breite Teile der israelischen Gesellschaft sind nicht bereit für Zugeständnisse an die palästinensische Seite, sondern haben sich mit dem seit 1967 andauernden Besatzungs- und Siedlungsregime im Westjordanland arrangiert. Auch die geostrategischen Vorteile einer Friedenslösung sind für den Staat Israel nicht sofort ersichtlich: Die militärische Bedrohung durch die Nachbarstaaten hat seit langer Zeit abgenommen – abgesehen vom Raketen-Arsenal der iranisch gesteuerten Hisbollah im Libanon und drohender Kollateralschäden durch die vom Iran unterstützten syrischen Streitkräfte, die an der Nordgrenze Israels einen Bürgerkrieg führen (Abschuss eines israelischen Kampfflugs im Februar 2018). Auch aufgrund des arabischen Boykotts hat die israelische Wirtschaft seit langer Zeit Märkte in Europa, den USA, Indien und China gefunden. Zudem stellt der aktuell zu beobachtende Zerfall arabischer Staaten wie Syrien und Irak die Möglichkeiten und die Dauerhaftigkeit einer regionalen Friedensordnung infrage.

Fazit: „Hier ist nicht Europa“

Im Gegensatz zu europäischen Schreckensbildern, die ihn zu einem „Kampf der Kulturen“ oder einem „Pulverfass Nahost“ erklären wollen, ist der israelisch-arabische Konflikt seit langer Zeit nicht mehr die prägende Konfliktlinie der Region. Bürgerkrieg und Staatszerfall im Vorderen Orient als Auswirkungen des vermeintlichen „Arabischen Frühlings“ werden angetrieben vom saudisch-iranischen Ringen um die Vormachtstellung in der Region, von ethno-religiösen Bruchlinien und nicht zuletzt von der Frage des Umgangs mit Minderheiten – ob Kurden, Alawiten oder Jesiden. Der israelisch-arabische Konflikt mag die politischen und institutionellen Grundlagen der Region gelegt haben – für das militärische Geschehen sind zionistisches Projekt und palästinensische Selbstbestimmung seit langer Zeit in den Hintergrund gerückt: Auch wenn de jure die Anerkennung Israels noch weit entfernt sein mag, so haben sich die meisten Staaten der Region de facto (wenn auch sehr widerwillig) mit der Tatsache seiner Existenz abgefunden.

Die Identifikation mit der palästinensischen Nationalbewegung und den christlichen wie islamischen Heiligtümern Jerusalems ist in der arabischen Welt trotzdem weiterhin stark verwurzelt: Insbesondere der israelische Umgang mit dem Tempelberg und der al-Aqsa-Moschee wird argwöhnisch beobachtet. Jede Verbesserung der israelisch-arabischen Beziehungen ist daher unmittelbar verbunden mit der Umsetzung einer funktionalen Zweistaatenlösung. Aber wie könnte eine derartige Lösung herbeigeführt werden trotz Siedlerbewegung, Hamas, europäischer Schwäche und eines zunehmenden amerikanischen Desinteresses am Schicksal der Region?

Elemente für eine israelisch-arabische Annäherung könnten hier aus einer kritischen Auseinandersetzung mit den jeweiligen Gründungsnarrativen postkolonialer Staatlichkeit in der Region erwachsen: Der Staat Israel kann sich nicht länger als „Villa im Dschungel“ verstehen und die arabische Welt kann nicht länger behaupten, das jüdische Volk habe keinen Anspruch auf nationale Selbstbestimmung im Land Israel/Palästina.

Die ersten Anzeichen für ein solches Umdenken sind bereits zu erkennen: Auf israelischer Seite steigt das Bewusstsein vieler orientalischer Juden (die mittlerweile über die Hälfte der israelisch-jüdischen Bevölkerung ausmachen) für ihre eigene kulturelle Verortung im Vorderen Orient – oder wie es ein zeitgenössisches Lied der Tel Aviver Queer-Szene von Margalit Zan’ani formuliert: „Hier ist nicht Europa“. Die orientalischen Juden (oder *Misrachim*) mögen verlässliche Wähler der israelischen Rechtsparteien sein, da die israelische Linke weiterhin stark von europäischen Juden (oder *Aschkenasim*) dominiert wird – aber mit dem Staat Israel als vermeintlich westlich-kolonialer Enklave können sich die allerwenigsten identifizieren.

Auf arabischer Seite wiederum wächst das Interesse am kulturellen Erbe der orientalischen Juden – ihr Abschied aus der Arabischen Welt war in vielerlei Hinsicht nur der Beginn einer umfassenden Vertreibung von unterschiedlichen Minderheiten aus einer einst vielsprachigen und kosmopolitischen Region, ein Prozess, welcher mit dem zeitgenössischen Exodus der christlichen Minderheiten zu seinem schmerzhaften Abschluss kommt. Eine tatsächliche Aussöhnung zwischen Arabern und jüdischen Israelis setzt daher mehr voraus als Grenzziehung, Evakuierung der meisten Siedlungen oder diplomatische Anerkennung: Beide Seiten werden in erster Linie auf liebgewonnene Mythen aus der Gründungszeit des arabischen und jüdischen Nationalismus verzichten müssen.



Liebgewonnene Mythen: In der Siedlung Maale Adumim erinnert ein Graffiti 2017 – leicht verändert – an einen Ausspruch Theodor Herzls: Wenn ihr daran glaubt, schafft man hier ein Märchen ...



... im jordanischen Amman gemahlt ein Wandbild an die Forderung der palästinensischen Araber nach einem Rückkehrrecht in ihre Häuser, die sie 1948/49 verlassen mussten.

TOBIAS GRILL / MICHAEL WOLFFSOHN

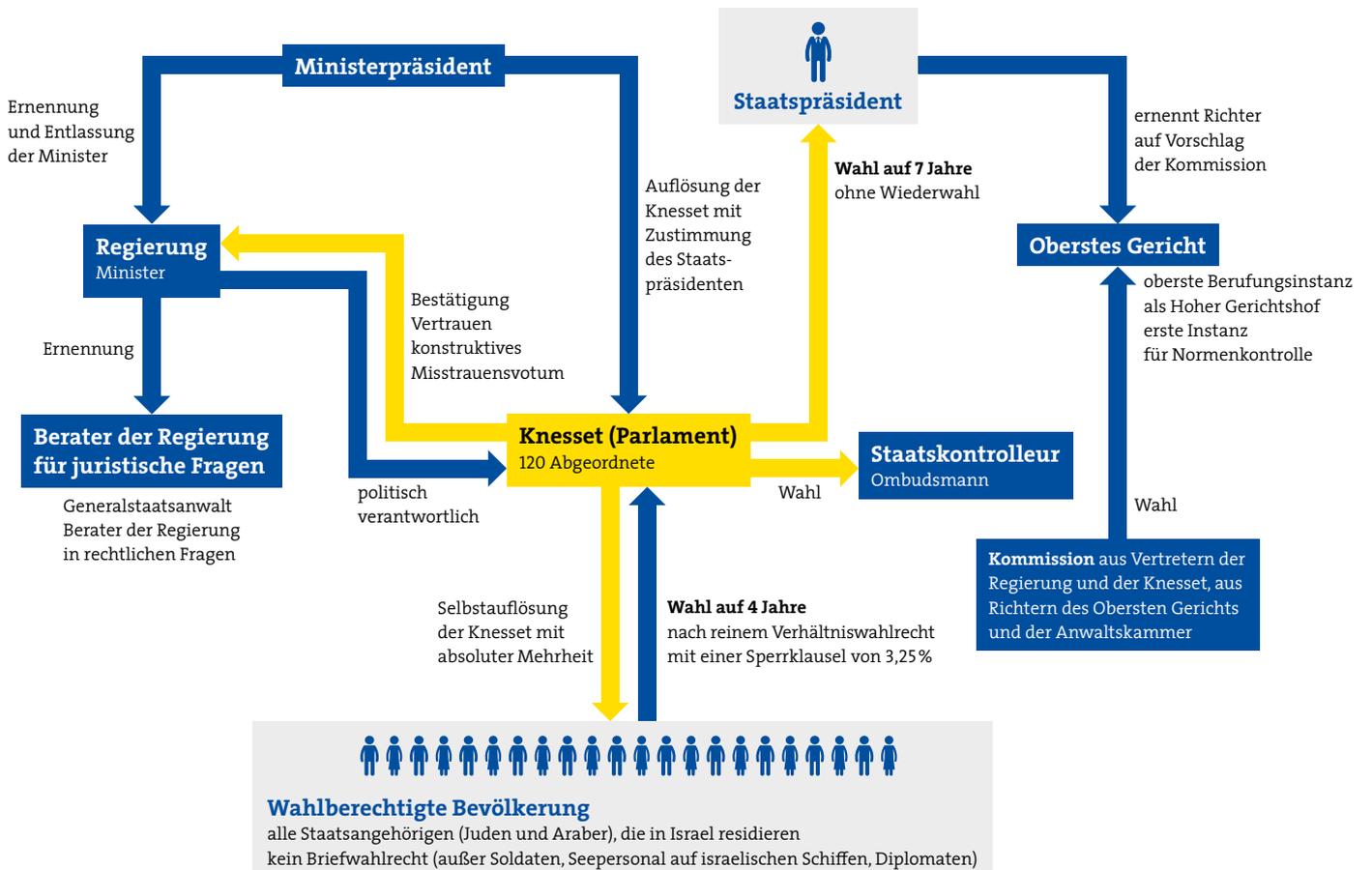
Politisches System und Parteien

Im politischen System Israels herrscht Gewaltenteilung. Eine unabhängige Justiz kann auch gegenüber dem Parlament als verfassungs- und gesetzgebender Gewalt demokratischen und universalistischen Prinzipien Geltung verschaffen. Die Interessenvielfalt der Bevölkerung, gespiegelt in der Vielzahl der Parteien, hat zur Folge, dass sich die Regierungen in der Regel auf breite Koalitionsbündnisse stützen müssen.

In der Selbst- wie in der Fremdwahrnehmung gilt Israel als „einzige Demokratie“ im Nahen Osten. Bei näherer Betrachtung

bewegt sich allerdings die Definition, was den Staat Israel ausmacht, spätestens seit dem Sechstagekrieg von 1967 in einem Spannungsverhältnis von „jüdisch“ und zugleich „demokratisch“, was teilweise Widersprüche aufwirft. Diese grundsätzliche Problematik prägt das politische System wie die politische Praxis und nimmt in partei- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen zunehmend eine zentrale Rolle ein. Die folgenden Ausführungen zum politischen System Israels und seiner Parteienlandschaft werden daher versuchen, sich in diesem Spannungsverhältnis zu verorten.

Politisches und rechtliches System des Staates Israel



Benyamin Neuberger, in: Länderbericht Israel, Bonn 2016, S. 321



Staatspräsident Reuven Rivlin (1. Reihe, 2. v. re.) mit den neu ernannten Richtern des Obersten Gerichtshofes (hintere Reihe) 2018

Grundgesetze

Die verfassungsrechtliche Rolle der Grundgesetze

Bis heute hat der Staat Israel keine geschriebene Verfassung. Stattdessen übernehmen die Unabhängigkeitserklärung und sogenannte Grundgesetze (GG) weitgehend verfassungsrechtliche Funktionen. Die Grundgesetze sind Ergebnis einer Kompromissentschließung vom 13. Juni 1950, auf die sich die Mitglieder der ersten Knesset, des israelischen Parlaments, einigten. Ihre Entscheidung sah vor, dass die Verfassung aus der Summe einzelner „Kapitel“ zu bestehen hätte, wobei jedes ein Grundgesetz und der Knesset einzeln vorzulegen sei. Die Gesamtheit der Grundgesetze gilt als „Verfassung“ Israels.

Nachdem der Oberste Gerichtshof Israels bereits 1964 in einer Entscheidung den jüdischen Charakter des Staates als verfassungsmäßiges Merkmal festgelegt hatte, wurde im Sommer 1985 das Grundgesetz „Knesset“ um den bedeutsamen Absatz ergänzt, dass keine Partei bzw. Wahlliste die Existenz Israels als sowohl demokratischen wie jüdischen Staat leugnen dürfe: Beide Grundsätze des Staates sind damit in der politischen Verfasstheit Israels festgeschrieben worden.

Wenn auch beide Grundsätze des Staates gleichermaßen betont wurden, so lässt sich doch nur schwer die Intention der Mehrheit der Legislative leugnen, dass damit der Vorrang des „Jüdischen“ vor dem „Demokratischen“ in der politischen Verfasstheit Israels festgeschrieben werden sollte.

Oberster Gerichtshof

Der Oberste Gerichtshof Israels bildet die Spitze der israelischen Judikative. Er hat seinen Sitz in Jerusalem und besteht normalerweise aus zwölf, aktuell 15 Richtern. Ihre Zahl bestimmt die Knesset, ihre Auswahl erfolgt durch den Rechtsausschuss des Parlaments und ihre Amtszeit endet mit dem

70. Lebensjahr. Eine Verfassungsgerichtsbarkeit im Sinne der USA oder der Bundesrepublik Deutschland existiert in Israel nicht. Grundsätzlich ist die Knesset „souverän“, sodass es wegen dieser „Oberhoheit des Parlamentes“ anders als beispielsweise in Deutschland oder in den USA keine Normenkontrolklage bzw. Verfassungsbeschwerde geben kann.

Dennoch nimmt Israels Oberster Gerichtshof eine immer gewichtigere Rolle im Verfassungsleben des Staates ein. Entscheidende Instrumente stellen die beiden 1992 verabschiedeten Grundgesetze „Berufsfreiheit“ und „Menschenwürde und Freiheit“ dar, da sie dem Obersten Gerichtshof die Möglichkeit bieten, nachfolgende Gesetze, die im Widerspruch zu den Bestimmungen dieser Grundgesetze stehen, für verfassungswidrig zu erklären. Vor diesem Hintergrund bezeichnete der Richter Aharon Barak die Verabschiedung dieser beiden Grundgesetze als eine „konstitutionelle Revolution“. Insbesondere Barak, der von 1995 bis 2006 dem Obersten Gerichtshof vorstand, steht für eine neue Phase oberster Rechtsprechung in Israel. Sie ist seither von einem gewissen politischen Aktivismus geprägt, der auf eine Wahrung demokratischer und universalistischer Prinzipien sowie internationaler Normen abzielt.

Auffallend ist, dass sich palästinensische Bewohner der besetzten Gebiete nicht selten erfolgreich gegen Enteignungen beim Obersten Gerichtshof zur Wehr setzen, was trotz aller Kritik nicht nur auf die Unabhängigkeit dieser Institution schließen lässt, sondern auch auf deren Neigung, demokratischen bzw. rechtsstaatlichen Prinzipien den Vorrang vor dem jüdischen Charakter des Staates einzuräumen. In ähnlicher Weise gilt dies auch für mehrere Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes, von der Wahl ausgeschlossene arabische Parteien dennoch zuzulassen. Insofern ist es alles andere als verwunderlich, dass das Oberste Gericht in der arabischen Bevölkerung die höchste Wertschätzung aller israelischen Institutionen genießt.

Staatspräsident

Artikel 3 des GG „Staatspräsident“ (1964) legte fest, dass das Staatsoberhaupt von der Knesset mit der absoluten Mehrheit der Abgeordneten für fünf Jahre gewählt werden sollte, wobei eine Wiederwahl möglich war. 1998 wurde Artikel 3 geändert: Seitdem ist nur eine einzige Amtszeit von sieben Jahren erlaubt.

Der Präsident Israels hat folgende Vollmachten:

1. Er unterzeichnet diejenigen Gesetze, die nicht seine eigenen Befugnisse betreffen, sowie Abkommen mit fremden Staaten, die von der Knesset bestätigt wurden.
2. Er wird bei der Regierungsbildung tätig, nimmt den Rücktritt von Kabinetten oder deren Mitgliedern entgegen und wird über die Sitzungen der Ministerrunde unterrichtet.
3. Er ernennt die diplomatischen Vertreter des Staates, nimmt die Beglaubigungsschreiben auswärtiger Botschafter entgegen und bestätigt die Ernennung konsularischer Vertreter des Auslands.
4. Er ernennt die Richter des Obersten Gerichtshofes und anderer Gerichte sowie den Staatskontrolleur und den Präsidenten der Zentralbank.
5. Er kann das Gnadenrecht ausüben, Strafen verringern oder verändern.

Im Vergleich zum Ministerpräsidenten und dessen Kabinett ist das politische Gewicht des Präsidenten relativ gering und durchaus mit den stark repräsentativen Funktionen des deutschen Bundespräsidenten vergleichbar. Während sich bis 1979 kein Staatspräsident Israels aktiv in die Gestaltung der Politik einschaltete, hängt es inzwischen vom jeweiligen Amtsinhaber ab, inwieweit er versucht, mit seinen begrenzten Mitteln in die Tagespolitik einzugreifen.

Parlament: die Knesset

Die israelische Legislative, die Knesset, besteht aus einer Kammer. Ihr Sitz ist Jerusalem. Die Zahl der Abgeordneten ist auf 120 festgelegt. Die Wahlen zur Knesset sind allgemein, direkt, gleich, geheim, landesweit (das gesamte Land ist ein Wahlkreis) und proportional, das heißt, die Anzahl der Parlamentssitze einer Partei entspricht dem Verhältnis ihrer Stimmen zu der insgesamt abgegebenen Stimmenzahl. Zur Wahl stehen grundsätzlich nur Listen, die sich aus einer oder mehreren Parteien zusammensetzen.

Über das *aktive* Wahlrecht verfügen Männer und Frauen, die die israelische Staatsbürgerschaft besitzen und ihr 18. Lebensjahr vollendet haben. Mit 21 Jahren erhält man das *passive* Wahlrecht, kann also in die Knesset gewählt werden. Es besteht keine Wahlpflicht. Eine Briefwahl ist nicht möglich. Wenn ein Parlamentarier auf sein Mandat verzichtet oder ein Amt übernimmt, das mit der parlamentarischen Tätigkeit unvereinbar ist (zum Beispiel, weil er zum Staatspräsidenten gewählt wurde), rückt der Bewerber mit dem nächsthöchsten Listenplatz derselben Partei nach.

Ähnlich wie in Deutschland existiert auch in Israel ein festgesetztes Quorum für den erfolgreichen Einzug einer Wahlliste in die Knesset. Diese Sperrklausel lag von 1992 bis 2006 bei 1,5 Prozent, seit 2006 bei zwei Prozent. Im März 2014 wurde sie schließlich auf 3,25 Prozent angehoben. Vor dem Hintergrund einer Vielzahl von Fraktionen in der Knesset – seit der Staatsgründung gab es nie weniger als zehn in einer Legislaturperiode – war dies durchaus ein logischer Schritt, stabilere Regierungsbildungen zu ermöglichen. Kritische Stimmen wiesen demgegenüber allerdings nicht ganz zu Unrecht darauf hin, dass sich die Anhebung der Sperrklausel in erster Linie gegen arabische Wählerschichten und deren Parteien richte.



Die Knesset, das israelische Parlament, ist sowohl die verfassung- wie die gesetzgebende Gewalt des Staates. In ihr sind 120 Abgeordnete vertreten. Sitzung der Knesset in Jerusalem 2017

Auch wenn die offizielle Legislaturperiode vier Jahre dauert, wird diese tatsächlich häufig nicht ausgeschöpft. Seit 1981 ist nahezu jede Knesset vorzeitig aufgelöst worden. Rechtlich ist dies unter anderem möglich, wenn die einfache Stimmenmehrheit der Abgeordneten ein Sondergesetz über die vorzeitige Auflösung des Parlaments billigt, keine Regierung gebildet bzw. nicht mehr gebildet werden kann, der Premierminister mit Zustimmung des Staatspräsidenten Neuwahlen anordnet oder der Haushalt nicht verabschiedet werden kann.

Die Knesset ist als Nachfolgerin der „Verfassungsgebenden Versammlung“ selbst Verfassungsgeberin und gleichzeitig die gesetzgebende Gewalt Israels. Sie erfüllt demnach eine Doppelfunktion im gesetzgeberischen Bereich. Außerdem kontrolliert sie die Regierung, verfügt über das Haushaltsbewilligungsrecht einschließlich der Folgegesetze und kann Untersuchungsausschüsse einrichten.

Exekutive: Ministerpräsident und Regierungsbildung

Gemäß Artikel 7 des GG „Regierung“ beauftragt der Staatspräsident ein Knesset-Mitglied mit der Regierungsbildung, wofür diesem 28 Tage sowie weitere Verlängerungen von insgesamt höchstens 14 Tagen zugestanden werden. Die übrigen Artikel schränken jedoch den Spielraum des Präsidenten erheblich ein und verlagern das Hauptgewicht bei der Regierungsbildung auf das Parlament.

Artikel 5 des GG „Regierung“ schreibt vor, dass der Ministerpräsident Knesset-Mitglied sein muss, während ein Ministeramt auch Nichtparlamentarier bekleiden können. Allerdings stellt es heute eine seltene Ausnahme dar, wenn Minister nicht zugleich Mitglieder der Knesset sind. Nach der Regierungsbildung präsentiert sich die Ministerrunde der Knesset, der Ministerpräsident verkündet das Regierungsprogramm (wörtlich: die „Richtlinien der Politik“), gibt die Verteilung der Ressorts bekannt und bittet um das Vertrauen des Parlaments. Nachdem dieses vorliegt, beginnt die Amtszeit der Regierung und die Minister nehmen ihre Tätigkeit auf.

Außenpolitische Verträge werden von der Regierung unterzeichnet und bestätigt. Auch die Anerkennung fremder Staaten oder Regierungen, die Verleihung diplomatischer Sonderrechte an fremde Regierungen oder Kriegserklärungen gehören zu den Vorrechten der Exekutive. Die Zustimmung der Knesset ist rechtlich nicht notwendig, in strittigen Fragen wird sie jedoch aus politischen Gründen eingeholt (Rechtfertigungsfunktion des Parlaments; zum Beispiel bei den Verhandlungen über die Wiedergutmachung durch die Bundesrepublik Deutschland, beim Abkommen von Camp David 1978 und beim Autonomieabkommen mit der PLO 1994).

Bis 2001 konnte der Ministerpräsident durch ein einfaches Misstrauensvotum gestürzt werden. Seit 2001 kann er (wie in Deutschland) nur durch ein konstruktives Misstrauensvotum mit 61 Stimmen der Knesset-Abgeordneten seines Amtes enthoben werden. Allerdings sah dieses quasi-konstruktive Misstrauensvotum lediglich die Beauftragung eines Kandidaten mit der Regierungsbildung vor. Sofern die der Knesset vorgeschlagene Regierung nicht die Unterstützung der Mehrheit der Abgeordneten erhalten hätte, wäre es zu Neuwahlen gekommen (ein Umstand, der nie eingetreten ist). Im März 2014 wurde das Grundgesetz „Regierung“ schließlich dahinge-



In Israels Vielparteiensystem ist eine Regierungsbildung nur auf der Basis breiter Koalitionsbündnisse möglich. Kabinettsitzung am 1. Oktober 2017

hend geändert bzw. ergänzt, dass im Zuge eines konstruktiven Misstrauensvotums die absolute Mehrheit der Legislative einen neuen Ministerpräsidenten bestimmen kann, wenn der Knesset ein vollständiges Kabinett mit den entsprechenden Richtlinien der Politik präsentiert wird.

Koalitionsregierungen

Die durch das Wahlsystem bedingte parteipolitische Zersplitterung der Knesset ermöglichte es bislang keiner Gruppierung, allein die Regierung in Israel zu stellen. Vielmehr wurde jede israelische Regierung von einer größeren Koalition getragen, die ungefähr die Hälfte der in der Knesset vertretenen Fraktionen umfasst. Darüber hinaus werden breitere Koalitionen vor allem auch deshalb bevorzugt, um im Falle wichtiger Abstimmungen nicht von einem Partner erpressbar zu sein. Diese größeren und damit oftmals auch politisch heterogenen Regierungsbündnisse führen allerdings nicht selten zu Koalitionsumbildungen während einer Legislaturperiode: Fraktionen scheiden aus, andere treten in die Regierung ein. Dieser Vorgang tritt weitaus häufiger auf als die vorzeitige Auflösung des Parlaments.

Bis 1977 dominierte die Arbeitspartei (*Mapai/IAP*) jede Regierung. Aufgrund von langfristigen strukturellen Veränderungen in Israels Politik und Gesellschaft, einer verspäteten Reaktion auf den Schock des Jom-Kippur-Krieges von 1973 und diversen Korruptionsaffären der Arbeitspartei, um nur einige Gründe zu nennen, läuteten die Wahlen im Mai 1977 eine „Revolution“ ein, da nun erstmals der bürgerlich-konservative Likud als größte Fraktion der Knesset die Regierung bilden und den Ministerpräsidenten stellen konnte.

Die politische Dominanz linker Parteien bei der Regierungsbildung gehört aufgrund struktureller Schwächen dieses Lagers inzwischen der Vergangenheit an. Zuletzt stellte die Arbeitspartei zwischen 1999 und 2003 den Ministerpräsidenten. Die Wahlen 2013 markierten einen vorläufigen Höhepunkt der politischen Machtverschiebungen: Nach 25 Jahren war es zum ersten Mal der führenden Regierungspartei (Likud) gelungen, wiedergewählt zu werden und mit Benjamin Netanjahu erneut den Ministerpräsidenten zu stellen. Gleichzeitig waren erstmals seit Jahrzehnten keine ultraorthodoxen Fraktionen an der Regierung beteiligt. Auch 2015 wurde der von Netanjahu geführte Likud ein weiteres Mal zur stärksten Fraktion der Knesset. An seiner Regierungskoalition sind ultraorthodoxe Fraktionen beteiligt.

Parteiensystem Israels

Parteien im Knesset und deren Anzahl der Sitze nach der Parlamentswahl 2015

Tauben / Linke Zionistische Union (Arbeitspartei und Ha-Tnu'a) 24 Meretz 5	Falken / Rechte Likud* 30 Israel Beiteinu 6
Parteien der Mitte Jesch Atid 11 Kulanu* 10	
Arabische Parteien / arabisches Parteienbündnis Vereinigte Liste (Demokratische Front für Frieden und Freiheit, Nationale Demokratische Allianz, Arabische Bewegung der Erneuerung u. a.) 13	Orthodoxe / Ultraorthodoxe Ha-Bajit Ha-Jehudi* (Ha-Bajit Ha-Jehudi und Hatkuma) 8 Vereinigtes Thora-Judentum* (Agudat Israel und Degel Ha-Torah) 6 Schas* 7

* Diese Parteien / Parteienzusammenschlüsse bildeten im Mai 2015 eine Regierungskoalition.

Benjamin Neuberger, in: Länderbericht Israel, Bonn 2016, S. 332 (aktualisiert)

Entwicklungen des Parteiensystems

Trotz der verwirrenden Vielzahl israelischer Parteien war das Grundmuster der traditionellen Parteienlandschaft bis 1977 relativ einfach. Es gab drei größere politische Lager: die Arbeiter- bzw. Linksparteien, die bürgerlichen bzw. rechten sowie die religiösen Parteien. In jedem Lager fanden sich gemäßigte und ideologisch unnachgiebigere Gruppierungen – vor allem auch, was den Umgang mit den Palästinensern und den besetzten Gebieten anbelangte.

Inzwischen wird die parteipolitische Trennlinie in erster Linie von der grundsätzlichen Haltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt, zur Siedlungs- und Besatzungspraxis sowie zu einer künftigen Zweistaatenlösung definiert. Insofern gehören israelische Parteien entweder dem Lager der politischen „Falken“ an, die in dieser Frage geringe bis keine Kompromissbereitschaft an den Tag legen, oder dem der politischen „Tauben“, die zu weitergehenden Zugeständnissen gegenüber den Ansprüchen der palästinensischen Bevölkerung bereit sind. Während die Falken zunehmend den jüdischen Charakter des Staates gegenüber dem demokratischen betonen, sind die gemäßigten Tauben Anhänger einer Politik, die sich an einer jüdisch-zionistischen und zugleich demokratischen Verfasstheit des Staates orientiert, wohingegen die radikalen Tauben dem demokratischen Prinzip Priorität einräumen.

Im **Arbeiterlager** dominierte seit den frühen 1920er-Jahren die gemäßigte Sozialdemokratie (*Mapai*, einschließlich Vorläufer, später Arbeitspartei). Sie fand später in der *Achdut Ha-Avoda* (hebr.: Einheit der Arbeit) sowie in der *Mapam* Konkurrenten, die sich im politischen Spektrum weiter links

von ihr hervortaten. Die Kommunisten blieben unbedeutend, genossen aber lange Zeit eine nicht unerhebliche Popularität bei arabischen Wählerschichten. Bis 1977 waren die Arbeiterparteien politisch und organisatorisch am wichtigsten, was sich auch in der Regierungsbildung niederschlug. Inzwischen ist die Arbeiterbewegung Israels Geschichte und die Arbeitspartei (IAP) wie auch die unter anderem auf *Mapam* zurückgehende Partei *Meretz* (hebr.: Energie) sind keine Arbeitnehmerparteien mehr. Sie gelten eher als die Parteien der aschkenasischen, also ursprünglich aus Europa bzw. den USA stammenden Mittel- und Oberschicht, deren Gemeinsamkeit vor allem in folgendem Umstand liegt: Sie sind zu territorial-politischem Verzicht bereit und befürworten die Gründung eines Palästinenserstaates an der Seite Israels. Als Verfechterin einer Zweistaatenlösung ist die Linke jedoch durch den palästinensischen Terror friedens- und sicherheitspolitisch delegitimiert und damit bei vielen Wählerinnen und Wählern diskreditiert.

Im **bürgerlichen Lager** organisierten sich 1965 die bis dahin größten rechts- und linksliberalen Parteien in einem Block, der sich *Gachal* nannte und 1973 im Likud aufging. Die im Likud-Block verbliebenen Parteien schlossen sich zur Likud-Partei zusammen. Dabei handelt es sich im Grunde genommen um eine Fusion der *Cherut* (hebr.: Freiheit – Partei aus der Zionistisch-Revisionistischen Bewegung) und der (Rechts-)Liberalen.

Im Zuge der Einwanderung von mehr als einer Million Juden aus der ehemaligen Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten vor allem in den 1990er-Jahren entstanden auch Parteien, die sich dezidiert an Wähler mit „russischem“ Hintergrund richten.

Angesichts der Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus war es dabei nicht verwunderlich, dass sich diese Parteien im bürgerlich-konservativen, wenn nicht nationalistischen Lager verorteten. Bis heute spielt Avigdor Liebermans ultra-rechte, säkulare Partei *Israel Beiteinu* (hebr.: Unser Haus Israel) als Vertreterin der „russischen“ Juden eine nicht unerhebliche Rolle in der israelischen Parteienlandschaft, insbesondere als Koalitionspartner.

Die heute stärksten Gruppierungen der Rechten, allen voran der Likud von Ministerpräsident Netanjahu (seit 2009) sind einerseits sozialpolitisch aktiver als die Arbeitspartei, andererseits extrem nationalistisch, was sich besonders in der Territorial- und Siedlungspolitik sowie in einer Ablehnung der Zweistaatenlösung äußert. Grundsätzlich repräsentiert die israelische Rechte besonders die Unterschicht.

Seit einigen Jahren ist in Israel wieder der Versuch zu beobachten, eine größere bürgerlich-liberale Partei der Mitte zu etablieren. Nach dem raschen Niedergang von *Kadima* (hebr.; Vorwärts, 2005–2015) ist momentan Ja'ir Lapid's *Jesch Atid* (hebr.; Es gibt eine Zukunft) der neue Hoffnungsträger einer europäisch-orientierten, bürgerlich-liberalen Mittelschicht, die für eine Zweistaatenlösung eintritt. Zwar konnte die Partei ihren Wahlerfolg von 2013, als sie zweitstärkste Fraktion der Knesset wurde, 2015 nicht wiederholen (11 Sitze, viertstärkste Fraktion), jedoch ist sie Umfragen zufolge momentan die einzige Partei, die dem Likud von Ministerpräsident Netanjahu gefährlich werden könnte. Angesichts der sich ständig verändernden Parteienlandschaft in Israel ist allerdings auch der Weg in die Bedeutungslosigkeit alles andere als ausgeschlossen.

Im **religiösen Lager** blieb bei rückläufiger Tendenz die nationalreligiöse Richtung, vertreten durch *Mizrachi* (hebr.; spirituelles Zentrum) und *Ha-Po'el Ha-Mizrachi* (hebr.; der Mizrachi-Arbeiter), lange dominierend. Beide schlossen sich 1956 zur Nationalreligiösen Partei (NRP) zusammen. Seit Ende 2008 firmiert diese Partei im Grunde genommen unter dem Namen *Ha-Bajit Ha-Jehudi* (hebr.; das jüdische Haus), die sich vor allem als Sachwalterin jüdischer Siedler im Westjordanland sieht und territorial- wie siedlungspolitisch äußerst kompromisslos ist. Neben *Ha-Bajit Ha-Jehudi* sind gegenwärtig Schas („Sephardische Thorawächter“), die vor allem die Interessen traditionalistischer Juden aus arabischsprachigen Ländern vertritt, sowie das aschkenasisch dominierte Vereinigte Thora-Judentum (*Agudat Israel* und Thora-Banner) die bedeutendsten religiösen Parteien bzw. Wahlbündnisse. Als sektoralen Parteien geht es diesen Parteien insbesondere darum, für die partikularistischen Interessen der eigenen Klientel staatliche Finanzierung und Zuschüsse zu erlangen. Bis in die frühen 1990er-Jahre trennte die Friedenspolitik auch die Religiösen in „Tauben“ und „Falken“. Heute gehört dieser Block fast ausschließlich zum Lager der kompromisslosen Falken.

Schließlich darf in dieser Liste das Lager der **arabischen Parteien** nicht fehlen. In den ersten Jahrzehnten nach der Staatsgründung wählten die israelischen Araber fast ausschließlich entweder anti- oder nicht-zionistische Linksparteien wie die binationale Gruppe der Neuen Kommunistischen Liste (NKL) bzw. der Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit (DFFG bzw. *Chadasch*) oder die mit der IAP verbundenen „Arabischen Listen“, die bis 1969 regelmäßig vier oder fünf Sitze erhielten, danach aber innerhalb weniger Jahre von der parlamentarischen Bühne verschwanden.

Das heutige Spektrum arabischer Parteien in Israel lässt sich ideologisch einem der drei folgenden Lager zuordnen:

säkular-sozialistisch (*Chadasch*), arabisch-nationalistisch-säkular (*Ta'al, Balad*) oder islam(ist)isch-konservativ (*Ra'am*). Gemeinsam ist ihnen allen zum einen die Forderung nach der Gründung eines lebensfähigen palästinensischen Staates, der alle in ihren Augen palästinensischen Gebiete (Ost-Jerusalem, Westjordanland, Gazastreifen) umfasst. Zum anderen treten sie für das Ziel ein, Israel in einen nicht-ethnischen, binationalen demokratischen Staat umzuwandeln, in dem die arabische Bevölkerung über kollektive Minderheitenrechte oder sogar Autonomie verfügt. Insofern geht es den arabischen Parteien im Wesentlichen um eine politische Verfasstheit Israels, in der nur noch der demokratische, aber nicht mehr der jüdische bzw. zionistische Aspekt eine Rolle spielen soll.

Kurz vor den Wahlen von 2015 gelang es zum ersten Mal, eine gemeinsame Wahlliste der vier wichtigsten arabischen Parteien (*Chadasch, Balad, Ta'al, Ra'am*) zu schmieden. Dies war umso dringlicher geworden, da ein Scheitern an der auf 3,25 Prozent angehobenen Sperrklausel drohte. Tatsächlich konnte diese sogenannte Vereinigte Liste mit 13 Abgeordneten zur drittstärksten Fraktion der Knesset avancieren. Fraglich bleibt allerdings, ob dieses äußerst heterogene Bündnis, das Sozialisten, Nationalisten und Islamisten umfasst, von Dauer sein wird.

Wohin entwickelt sich der Staat Israel?

In den letzten 20 Jahren scheint sich bei der Sicht auf die grundsätzliche Ausrichtung des Staates, der, wie eingangs ausgeführt, rechtlich sowohl als jüdisch wie auch als demokratisch definiert ist, ein Einstellungswandel auszuwirken. Seit Jahren zeigt sich in Umfragen, dass für immer weniger jüdische Israelis die Definition Israels als gleichermaßen jüdisch und demokratisch von Bedeutung ist. In den nächsten Jahren dürfte sich der Trend zugunsten einer Präferenz für den jüdischen Charakter des Staates verstärken, da nicht nur die Mehrheit der Religiösen und der Rechten, sondern vor allem auch die jüngere Generation, die sich zunehmend dem religiösen und rechten Lager zuwendet, dem Jüdischen den Vorzug vor dem Demokratischen gibt.

Dieser Umstand verweist auf die zentrale Frage, ob Israel in Zukunft tatsächlich jüdisch und demokratisch bleiben wird bzw. bleiben kann. Die Bemühungen, das Westjordanland durch den Ausbau von jüdischen Siedlungen demografisch zu judaisieren, müssen paradoxerweise zur politischen Entjudisierung des jüdischen Staates führen: Ungewollt bringt die jüdische Siedlungspolitik der extremen Falken immer mehr einen binationalen, also jüdisch-arabischen Staat hervor, der an die Stelle des rein jüdisch bestimmten Gemeinwesens tritt.

In dem Maße, wie die besetzten Gebiete immer mehr Teil des israelischen Kernlandes werden, rückt auch die politische Grundsatzentscheidung zunehmend näher, ob man der arabischen Bevölkerung in der Westbank letztlich auch das Wahlrecht einräumen muss, das die arabischen Bürger im Kernland besitzen. Dies wäre das Ende Israels als dezidiert jüdischer Staat. Wird hingegen den Millionen Arabern der Westbank das gleiche Wahlrecht verweigert, würde man zwar Israels jüdisch bestimmten Charakter bewahren, gleichzeitig aber die demokratische Tradition des Zionismus aufgeben. Mit anderen Worten: Es ist alles andere als ausgeschlossen, dass Israel in Zukunft vor die unmöglich zu lösende Frage gestellt wird: jüdisch oder demokratisch?

DANIEL MAHLA

Jüdisch und demokratisch? Religion und Staat in Israel

Zwei wichtige Grundgesetze definieren Israel als sowohl jüdisches wie demokratisches Staatswesen. Die Fragen, wie sich diese beiden Prinzipien miteinander vertragen, in welchem Ausmaß religiöse Richtlinien im öffentlichen Raum bestimmend sein sollten und wie sich die Zugehörigkeit zum Judentum definiert, werden in einem breiten Spektrum von ultraorthodoxen über nationalreligiöse bis hin zu säkularen Gesellschaftsgruppen lebhaft diskutiert.

Seit den Anfängen des zionistischen Projekts war das Verhältnis der Nationalbewegung zu den religiösen Aspekten und Akteuren des Judentums spannungs- und konfliktreich. Dies liegt auch am Charakter jüdischer Gruppenzugehörigkeiten, die sowohl religiöse als auch ethnische Elemente aufweisen. Viele der frühen Zionisten hatten sich weit von der Religion entfernt und definierten ihr Judentum ausschließlich als ethnische oder nationale Zugehörigkeit. Diese nationale Identität lässt sich jedoch nicht vollkommen von religiösen Traditionen trennen, da sie sich immer auch auf religiöse Schriften und Konzepte – etwa aus der hebräischen Bibel – stützt.

Der Großteil traditioneller Juden stand der jungen Nationalbewegung höchst kritisch gegenüber. Während sich einige wenige orthodoxe Aktivisten in Europa bald in der 1902 im zaristischen Wilna gegründeten religiös-zionistischen Partei *Mizrachi* („Spirituelles Zentrum“) organisierten, schufen deren Gegner 1912 im schlesischen Kattowitz die nicht zionistische *Agudat Jisrael* („Union Israels“).

Die Führer der *Agudat Jisrael* lehnten die Idee eines säkularen jüdischen Staatswesens rigoros ab. Zum einen behielten klassische jüdische Endzeitvorstellungen solch eine Staatsgründung dem Messias vor. Zum anderen fürchteten sie die Zurückdrängung religiöser Traditionen und Autoritäten in einem von säkularen Politikern gelenkten Staatswesen. Gleichzeitig aber sahen sie sich durch die Not der Juden in Europa und deren fortschreitende soziale Ausgrenzung in den 1920er- und 1930er-Jahren gezwungen, das jüdische Siedlungswesen in Palästina zu unterstützen. Dort vereinten sie sich politisch mit konservativen Kräften im sogenannten alten *Jischuw*, den traditionellen jüdischen Siedlungen, die über die Jahrtausende hin in der Region bestanden hatten, wie etwa in Jerusalem und Hebron.

Mit der Vernichtung des europäischen Judentums in der Schoah gaben schließlich die Vertreter der *Aguda* ihren Widerstand gegen die Errichtung eines jüdischen Staates auf. Im Zuge der Staatsgründung kam es zu einer (in vielen Teilen vagen) Übereinkunft über die Einhaltung grundlegender religiöser Prinzipien. Sie sind heute als religiöser Status quo bekannt, der umso bedeutender ist, als Israel keine endgültige Verfassung besitzt.

Der religiöse Status quo

Die Richtlinien des religiösen Status quo befassen sich mit grundlegenden Fragen der religiösen Repräsentanz im öffentlichen Raum. So sollten alle Küchen in staatlichen Einrichtungen nach den jüdischen Speisevorschriften betrieben und der Sabbat wie auch die jüdischen Feiertage als offizielle Ruhe- und Feiertage festgelegt werden. Daneben wurde der Fortbestand der religiösen Erziehung zugesagt. So gibt es bis heute, abgesehen vom arabischen Bildungssystem, neben dem staatlich-säkularen ein staatlich-religiöses sowie ein weitgehend autonomes ultraorthodoxes Bildungssystem.

Ein weiterer Punkt beschäftigte sich mit der Zuständigkeit religiöser Gerichtshöfe. Nach Gesetzen, die noch aus Zeiten des Osmanischen Reiches stammen, unterliegt muslimischen, christlichen und jüdischen Gerichtshöfen die Regelung des Personenstands- und Familienrechts. Diese Zuständigkeiten wurden beibehalten – und das mit weitreichenden Folgen: In Israel gibt es bis heute keine zivilen, sondern nur religiöse Eheschließungen. Damit aber bleibt Paaren unterschiedlicher religiöser Herkunft verwehrt, eine Ehe einzugehen. Da jedoch außerhalb Israels geschlossene Ehen vom Staat anerkannt werden, heiraten Paare, die in Israel keine Ehe schließen können, sowie viele säkulare Israelis, die sich dem Einfluss religiöser Gerichte entziehen wollen, zunehmend im Ausland. Eine weitere Möglichkeit ist die eingetragene Lebenspartnerschaft, die auch für gleichgeschlechtliche Paare gilt.

Die Oberhoheit religiöser Gerichtshöfe hat auch negative Folgen für die Stellung der Frau. Dies gilt insbesondere für jüdische und islamische Frauen, da sie keine Gleichstellung ge-



Der religiöse Status quo reguliert die Präsenz der Religion im öffentlichen Raum. So müssen zum Beispiel Küchen in staatlichen Einrichtungen koscher geführt sein. Ein Inspekteur kontrolliert 2016 ein Cateringunternehmen.

genüber dem Mann genießen. Eines der drastischsten Beispiele aus dem jüdisch-orthodoxen Bereich etwa ist die Tatsache, dass außer in wenigen Fällen lediglich der Mann den formalen Prozess der Ehescheidung einleiten kann. Dies macht Ehefrauen erpressbar oder bindet sie im Extremfall an eine Ehe, die sie selbst nicht mehr wollen.

Die Bedeutung des religiösen Status quo für die israelische Gesellschaft wird sehr unterschiedlich beurteilt. Während einige diesen als faulen Kompromiss ansehen, der keine Seite zufriedenstellt, erblicken andere darin eine Sozialcharta, die gerade durch ihre Zwiespältigkeit und Ungenauigkeit das Zusammenleben von Religiösen und Säkularen ermöglicht.

Insgesamt wird der Status quo seit den 1980er-Jahren zunehmend in Frage gestellt. Dazu haben die ökonomische Liberalisierung und die Individualisierung ebenso beigetragen wie die in großen Teilen nicht-religiöse Einwanderungswelle aus der ehemaligen Sowjetunion, aber auch der Umstand, dass andere jüdische Strömungen das orthodoxe Monopol auf religiöse Institution zunehmend hinterfragen.

Wer ist Jude?

Weitere Kontroversen, die den Staat Israel seit seiner Gründung begleiten, entzündeten sich an der Frage, wie die Zugehörigkeit zum Judentum definiert wird. Besondere Dringlichkeit erhält diese Frage durch das 1950 verabschiedete „Rückkehrgesetz“, das es jeder Person jüdischer Herkunft gestattet, nach Israel einzuwandern und die israelische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Dieses Gesetz verdeutlicht außerdem die Schwierigkeit der Trennung von religiösen und ethnischen Komponenten im Judentum.

Scheinbar einfache „religiöse“ Fragen können weitreichende Auswirkungen haben, wie etwa auf die Staatsbürgerschaft. Nach einer Erweiterung des Gesetzes von 1970 darf demnach einwandern, wer mindestens einen jüdischen Großeltern hat oder mit einer Person verheiratet ist, die selbst unter das Rückkehrgesetz fällt. Außerdem können Personen von diesem Recht Gebrauch machen, die in einer vom Staat anerkannten Konversion zum Judentum übergetreten sind. Das waren lange Zeit nur solche nach orthodoxem Ritus durchgeführte Konversionen. Nach Abkommen mit den liberalen Strömungen des Judentums in den USA können mittlerweile aber auch über deren Institutionen konvertierte Personen einwandern.

Einzelfälle sorgten jedoch immer wieder für hitzige Diskussionen. 1962 etwa beantragte der als polnischer Jude geborene Daniel Rufeisen die israelische Staatsbürgerschaft. Rufeisen hatte sich während der Schoah in einem Kloster versteckt, war zum Christentum übergetreten und mittlerweile Mönch geworden. Der oberste Gerichtshof verwehrte es ihm, unter dem Rückkehrgesetz einzuwandern, mit der Begründung, dass er mittlerweile zu einer anderen Glaubensrichtung übergetreten sei. Die Knesset verabschiedete bald darauf einen Zusatz zum Rückkehrrecht, der eben solche Fälle ausschloss.

Im Unterschied zum Rückkehrgesetz ist nach den jüdischen Religionsgesetzen nur Jude, wer eine jüdische Mutter hat oder zum Judentum konvertiert ist. Demnach sind einige derer, die unter dem Rückkehrgesetz nach Israel einwandern, religionsgesetzlich nicht jüdisch. Dies führt zu vielen Problemen und Diskriminierung, etwa wenn solche Personen keine jüdischen Partner heiraten können, da sie von den religiösen Gerichtshöfen nicht akzeptiert werden. Seit den 1990er-Jahren wird da-



An der Klagemauer kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den religiösen Gruppierungen. Liberale Strömungen wollen dort ihre egalitären Gottesdienste abhalten, in denen auch Frauen die Thora tragen können.

rüber in Israel eine teils emotionale Diskussion geführt, denn im Zuge der Einwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion kamen mehrere hunderttausend Menschen ins Land, die religionsrechtlich nicht als Juden anerkannt sind.

Für Reibungen sorgt auch immer wieder das Verhältnis Israels zu den liberalen religiösen Strömungen. Diese sind im Land selbst zwar schwach, genießen aber vor allem in den USA großen Einfluss. Da nur die Orthodoxie offiziell vom Staat anerkannt wird, erhalten liberale Institutionen wenig bis keine staatliche Unterstützung. Ein symbolträchtiges Beispiel für diese Spannungen ist der Streit um die Abhaltung von liberalen Gottesdiensten an der Klagemauer. Da in liberalen Gottesdiensten Männer und Frauen gemeinsam und gleichberechtigt beten, stoßen diese an der Klagemauer auf vehementen Widerstand orthodoxer Autoritäten. In diesen Konflikten geht es über die religiösen Aspekte hinaus auch um die Frage nach dem Verhältnis zwischen Israel und dem amerikanischen Judentum bzw. jüdischen Gemeinden weltweit.

Erstarken der Nationalreligiösen

Das Jahr 1967 stellt einen wichtigen Wendepunkt im Verhältnis der jüdischen Orthodoxie zum Staate Israel dar. Viele der frühen israelischen Staatsführer sahen in der Religion ein Relikt der Vergangenheit, das bald verschwinden würde. Religiöse Kräfte waren zunächst schwach. Doch die Eroberung der Jerusalemer Altstadt mit ihrer religiösen Bedeutung sowie die Einnahme der Kerngebiete antiker jüdischer Siedlung wirkten sich tiefgreifend auf die israelische Gesellschaft aus. Viele Israelis erfasste eine Art religiöser Euphorie und jüdischen Traditionen wurde fortan wieder ein höherer Stellenwert zugeschrieben. Hinzu trat in den 1970er-Jahren ein weltweites Wiederaufleben religiöser Bewegungen, die auch islamische Kräfte und Akteure in der Region erfasste.

Besonders im Lager religiöser Zionisten führte der Krieg von 1967 zu radikalen Umwälzungen. Das sogenannte nationalreligiöse Lager hatte bis dahin weitgehend moderate politische und gesellschaftliche Positionen vertreten. Die nationalreligiösen Parteien befanden sich seit den 1930er-Jahren in einer politischen Allianz mit der Arbeiterbewegung. Bereits in den 1950er-Jahren jedoch begannen Teile der jungen Generation, sich gegen die vermeintliche Passivität ihrer Eltern innerhalb

der israelischen Gesellschaft aufzulehnen. Diese Aktivisten traten für eine aktivere Rolle der Orthodoxen in der israelischen Gesellschaft ein und rangen mit den säkularen Gegenkräften um die Legitimationshoheit, also darum, welche Gruppe den Charakter des jüdischen Staates bestimmen würde.

Bald nach Ende des Krieges fingen sie damit an, jüdische Siedlungen im Westjordanland zu gründen – welches in Israel unter Bezug auf die antike jüdische Siedlung in diesen Regionen auch als Judäa und Samaria bekannt ist. Zur Durchsetzung ihrer Ziele gründeten sie 1974 die Organisation *Gush Emunim* (Block der Getreuen). Unter dem Schock des Jom-Kippur-Krieges von 1973 und aus Angst vor einer Rückgabe der im Sechstagekrieg eroberten Gebiete, die durch Friedensverhandlungen mit Ägypten angestachelt wurde, verstärkte der *Gush Emunim* im Lauf der 1970er-Jahre seine Siedlungstätigkeiten.

Messianische Vorstellungen sind im Judentum eng mit der Wiedererrichtung eines jüdischen Staates auf den Gebieten antiker jüdischer Siedlung verknüpft. Vor diesem Hintergrund begriffen die Aktivisten des *Gush Emunim* den Krieg von 1967 als Beginn der messianischen Endzeit. Für sie ist die jüdische Besiedlung von Judäa und Samaria eine heilige religiöse Pflicht, durch die Juden aktiv den messianischen Prozess vorantreiben können. Jegliche Aufgabe dieser Gebiete wäre Verrat an dieser Verpflichtung und wird somit streng bekämpft. Hier stellt sich der im israelischen Staatswesen angelegte Konflikt zwischen theologischen Grundsätzen, wie etwa dem von Gott den Juden versprochenen Land Israel (*Erez Israel*), und politischen Konzepten eines modernen Staates (*Medinat Israel*) besonders drastisch dar. Was etwa passiert, wenn sich die Mehrheit der jüdischen Israelis in einem politischen Prozess für die Aufgabe von Teilen des Landes Israels entscheidet?

Die Vertreter der ideologischen Siedlerbewegung führt dies zu einem zwiespältigen Verhältnis gegenüber dem israelischen Staat. So hat sich der von ihnen eigentlich als heilig angesehene Staat mit der Rückgabe der Sinaihalbinsel an Ägypten Anfang der 1980er-Jahre und vor allem mit den Diskussionen in den 1990er-Jahren um die Aufgabe der Palästinaergebiete in den Augen einiger an den göttlichen Heilversprechen versündigt. Diese Spannung führte bei Teilen der Siedlerbewegung zur Radikalisierung.

In den frühen 1980er-Jahren formte sich eine jüdische Terrorzelle, die Anschläge auf Bürgermeister arabischer Städte verübte und sogar plante, die Al-Aqsa-Moschee und den Felsendom in Jerusalem in die Luft zu sprengen. Hierdurch sollte Platz für den Wiederaufbau des zweiten jüdischen Tempels, der 70 n. u. Z. von den Römern zerstört worden war, geschaffen werden. Der Anschlag wurde letztlich vom israelischen Inlandsgeheimdienst verhindert. Der religiös motivierte jüdische Terrorismus war damit allerdings nicht beendet. So verübte etwa Baruch Goldstein im Jahr 1994 in Hebron ein Attentat auf muslimische Gläubige, bei dem 29 Menschen starben. Auch der ehemalige Ministerpräsident Jitzchak Rabin fiel einem im nationalreligiösen Lager sozialisierten Attentäter zum Opfer. Im November 1995 wurde er ermordet, weil er die Osloer Verträge unterzeichnet hatte.

Als die israelische Armee 2005 die Räumung jüdischer Siedlungen im Gazastreifen vorbereitete, riefen einige nationalreligiöse Rabbiner Soldaten dazu auf, sich entsprechenden Befehlen ihrer Vorgesetzten zu verweigern. Trotz heftiger Proteste der Räumungsgegner und angespannter Diskussionen um die Pläne blieben aber Konfrontationen zwischen der israelischen Armee und Siedlern begrenzt; nur

wenige Soldaten verweigerten die Teilnahme an den Räumungen. Sollten weitere jüdische Siedlungen aufgegeben werden, kann mit dem Anstieg innerjüdischer Konflikte gerechnet werden.

Allerdings ist es in diesem Kontext wichtig zu betonen, dass der Großteil der ideologischen Siedlerbewegung nicht militant ist und sich im Falle eines israelischen Rückzuges aus diesen Gebieten diesem nicht gewaltsam widersetzen würde. Darüber hinaus sind bei weitem nicht alle Siedler ideologisch motiviert, sondern leben dort aus einer Vielzahl von Gründen, etwa weil sie es sich aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten nicht leisten können, in Jerusalem zu wohnen.

Ultraorthodoxie

Das Lager der nicht zionistischen Orthodoxie, häufig als Ultraorthodoxie bezeichnet, durchlief seit der Staatsgründung gewichtige Veränderungen. Um sich gegen unliebsame Einflüsse zu schützen, versuchen die Ultraorthodoxen, ihre Gemeinden von der Umwelt abzugrenzen, etwa durch den Aufbau eigener Institutionen, die besonders strenge Auslegung religiöser Gesetze sowie einen eigenen Kleidungsstil. Das Gros der Ultraorthodoxen hat sich de facto damit abgefunden, in einem säkularen israelischen Staat zu leben. Im Gegensatz zu nationalreligiösen Auslegungen wird diesem allerdings jegliche messianische Bedeutung abgesprochen.

Im Laufe der Jahre haben die ultraorthodoxen Parteien durch gezielte Klientelpolitik staatliche Zuwendungen an ihre Institutionen stetig vergrößern können. Diese Zuwendungen ermöglichen dem Großteil ultraorthodoxer Männer, sich nicht um den Broterwerb zu kümmern, sondern ihr Leben dem Studium der heiligen Schriften zu widmen. Damit wurde das Vollzeitthorastudium, dem sich historisch nur eine kleine Elite hingeben konnte, zu einem allgemeinen Ideal erhoben und für die Mehrheit zur Realität. Während sich die Ultraorthodoxen in ihrer Selbstdarstellung häufig als reine Bewahrer antiker Traditionen sehen, wird ihre Lebensweise ironischerweise erst durch weitreichende finanzielle Unterstützungen des von ihnen abgelehnten zionistischen Staates ermöglicht. Außerhalb Israels gehen auch heute noch viele ultraorthodoxe Männer durchaus einem Lohnarbeit nach.



Ultraorthodoxe Männer, die sich dem Vollzeitstudium der heiligen Schriften widmen, sind vom Wehrdienst befreit.

Aus den unterschiedlichsten Gründen kommt es regelmäßig zu Konflikten zwischen Ultraorthodoxen und anderen Teilen der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang fordern einige säkulare Parteien immer nachdrücklicher die Abschaffung von Privilegien. So sollen ihrer Ansicht nach Studenten ultraorthodoxer Einrichtungen nicht länger von der allgemeinen Wehrpflicht befreit sein. Auch die Frage nach einer stärkeren Integration streng religiöser Männer in den israelischen Arbeitsmarkt ist von hoher Sprengkraft. Ultraorthodoxe Forderungen, Frauen aus dem öffentlichen Raum auszugrenzen und Männer und Frauen etwa in öffentlichen Verkehrsmitteln strikt zu trennen, führen ebenfalls immer wieder zu Spannungen und Konflikten.

Zur Siedlungspolitik Israels haben die Ultraorthodoxen ein zwiespältiges Verhältnis. Einerseits haben sich einige ihrer wichtigsten religiösen Autoritäten dagegen ausgesprochen. Andererseits gibt es mittlerweile ultraorthodoxe Siedlungen, deren Bewohner dort aber oftmals eher aus ökonomischen denn aus ideologischen Gründen wohnen. Nichtsdestotrotz unterstützen die ultraorthodoxen Parteien in aller Regel die politische Rechte und damit auch unnachgiebige Positionen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung.

Neben der europäisch-stämmigen Orthodoxie hat sich in den 1980er-Jahren in Israel eine Partei etabliert, welche vor allem die Interessen von aus Nordafrika und dem Nahen Osten stammenden Juden vertritt. Schas („Sephardische Thorawächter“) gilt als ultraorthodoxe Partei, die aber durch den Aufbau eines weiten Netzes an sozialen Einrichtungen und Erziehungsinstitutionen einen Zuspruch in der Bevölkerung genießt, der weit über strengreligiöse Strömungen hinausgeht.

Auch politisch lässt sich die Partei nicht in einfache Kategorien einordnen. So bekennt sie sich vorbehaltlos zum jüdischen Staat. In ihren frühen Jahren unterstützte sie einen moderaten Kurs gegenüber den Palästinensern, nachdem ihre spirituelle Autorität Rabbiner Ovadia Joseph erklärt hatte, der Schutz von Leben stehe höher als der Erhalt von Territorien. Dann aber vollzogen ihre Wortführer einen Kurswechsel und lehnen mittlerweile jeglichen Baustopp in den jüdischen Siedlungen ab. Dieser Kurswechsel Ovadia Josephs lässt sich wohl auf die Tatsache zurückführen, dass ein wachsender Teil seiner Anhänger in diesen Gebieten lebt und deswegen von einer Aufgabe der Siedlungen negativ betroffen sein würde.

Spielräume zwischen Religiösen und Säkularen

Allerdings lassen sich jüdische Israelis nicht trennscharf in Religiöse und Säkulare einordnen. Das liegt unter anderem an der anfangs benannten Spannung zwischen religiösen und ethnischen Aspekten des Judentums. Viele etwa, die sich als säkulare Juden verstehen, halten sich an bestimmte Aspekte jüdischer Traditionen – richten sich beispielsweise nach bestimmten jüdischen Speisevorschriften oder nach einigen der Ruhegebote des Sabbats. Andere dagegen, die sich als religiös einstufen, halten sich nicht unbedingt akribisch an alle jüdischen Gesetze. In den letzten Jahren engagieren sich außerdem steigende Zahlen progressiver religiöser wie auch säkularer Akteure im gemeinsamen Dialog und es kommt zur Gründung alternativer Institutionen und Zeremonien, wie etwa säkularen Sabbatfeiern in Jerusalem und Tel Aviv.



Die Mehrheit der Israelis zählt sich zu den traditionell Religiösen und feiert beispielsweise den Sabbat wie diese Familie.

Vor allem aber sind solche Definitionen im westlich-europäischen Kontext entstanden und haben für Juden aus dem arabischen und nordafrikanischen Raum oftmals wenig Bedeutung. Ein Großteil dieser Juden bezeichnet sich selbst als traditionell und hält viele der religiösen Traditionen ein, ohne sich aber um die Details religiöser Gesetzgebung zu kümmern.

Meinungsumfragen der letzten Jahre zeigen auf, dass Israelis Spannungen zwischen Religiösen und Säkularen neben dem Konflikt mit den Palästinensern als besonders bedeutsam für die Entwicklung ihrer Gesellschaft ansehen. Die von verschiedenen Gruppen vertretenen Werte stehen sich teilweise diametral entgegen und die Frage von Religion im öffentlichen Raum führt mitunter zu heftigen Auseinandersetzungen.

Auswirkungen auf die arabisch-palästinensische Bevölkerung

Aus Sicht der arabisch-palästinensischen Bevölkerung Israels ist die Verquickung von Judentum und Staat in vielerlei Hinsicht nicht unproblematisch. Um die Staatsidentität nicht zu gefährden, erhalten arabische Israelis (die sich häufig als israelische Palästinenser verstehen) vor allem Individualrechte. Kollektivrechte werden als religiöse Rechte zugestanden, nicht aber als nationale. Des Weiteren genießen die einzelnen religiösen Gruppierungen oftmals unterschiedliche Rechte und Pflichten – so leisten etwa drusische Israelis und einige Beduinen Wehrdienst, sunnitische Muslime und arabische Christen dagegen nicht.

Dies aber trägt gleichzeitig dazu bei, die israelisch-palästinensische Bevölkerung vor allem als Cluster von religiösen Gruppierungen zu formieren. Die Stärkung solcher Teilidentitäten gegenüber der Formation eines einheitlichen arabischen Kollektivs liegt im Interesse des jüdischen Staates.

Neben solchen rechtlichen Fragen ist es gerade die politisch-symbolische Ebene sowie die Anbindung des Staates an jüdische Geschichte und Diaspora, die aus arabisch-palästinensischer Perspektive Probleme bereitet. Das jüdisch-zionistische Selbstverständnis schließt auch bei weitgehender rechtlicher Gleichstellung die arabische Bevölkerung von wichtigen politischen und gesellschaftlichen Bereichen aus. Obwohl diese etwa Parteien bilden und am politischen Prozess teilnehmen können, sind sie faktisch von der Regierungsbildung und Bereichen wie der israelischen Außenpolitik oder von Fragen der nationalen Sicherheit ausgeschlossen.

Wie religiös sehen sich die erwachsenen jüdischen Israelis? in Prozent

Anteil der israelischen Juden, die ...

... sagen, dass Religion eine „sehr wichtige“ Rolle in ihrem Leben spielt



... einmal/mehrmals täglich beten



... einmal wöchentlich oder öfter die Synagoge besuchen



... am letzten Jom Kippur gefastet haben



... am letzten Pessach Seder gefeiert haben



... nicht an Sabbat reisen

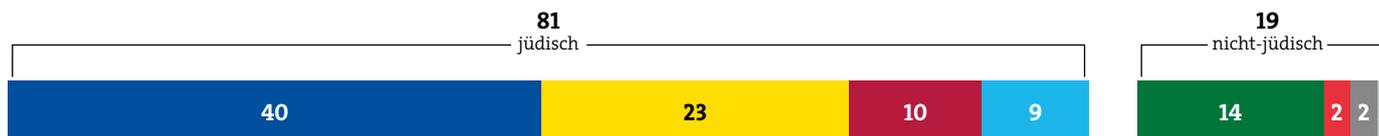


So gut wie alle israelischen Juden identifizieren sich mit einer dieser religiösen Untergruppen:

■ **Hiloni** = säkular ■ **Masorti** = traditionell ■ **Dati** = religiös ■ **Haredi** = ultraorthodox

Hiloni sind am wenigsten religiös. Zu ihnen zählt sich ungefähr die Hälfte (49 Prozent) der israelischen Juden. Die *Masorti* bewegen sich auf dem religiösen Mittelweg, ihre Zahl ist rückläufig. Die *Dati* (manchmal auch moderne orthodoxe Juden genannt) folgen im Allgemeinen jüdischen Traditionen, sind aber mehr in der modernen Gesellschaft integriert als die *Haredi*. Sie neigen eher dem rechten politischen Lager zu, insbesondere was den Konflikt mit den Palästinensern betrifft. Die Zahl der *Haredi* wächst, zurzeit beträgt ihr Anteil 9 Prozent.

Anteil der israelischen Erwachsenen nach Religionszugehörigkeit in Prozent



■ **Hiloni** = säkular ■ **Masorti** = traditionell ■ **Dati** = religiös ■ **Haredi** = ultraorthodox
 ■ **Muslime** ■ **Christen** ■ **Drusen** ■ **Andere / keine Religion**

Etwa 81 Prozent der israelischen Erwachsenen sind jüdisch, während die übrigen ethnisch Araber und religiös Muslime (14 Prozent), Christen (2 Prozent) oder Drusen (2 Prozent) sind. Insgesamt gesehen sind die arabischen Israelis religiöser als die Juden. Sozial gesehen sind alle Gruppen voneinander isoliert.

Umfrage Oktober 2014 bis Mai 2015. Ein kleiner Teil der befragten jüdischen Israelis (<0,5%), die die Umfrage beantworteten, machte keine Angaben, welcher religiösen Richtung sie sich zugehörig fühlen.

Michael Lipka, „7 key findings about religion and politics in Israel“, Pew Research Center, Fact Tank – Our Lives in Numbers, 8. März 2016

Melech Zilbershlag erklärt auf YouTube die Welt der Haredim

Das Wort *melech* bedeutet auf Hebräisch König, doch Melech Zilbershlag, ein 20-jähriger, Kippa tragender Israeli, der schnell zu einer hebräisch sprechenden YouTube-Berühmtheit wurde, hat nichts Hoheitliches oder Hochtrabendes an sich. Mit seinen schnell gesprochenen, doch vielsagenden Auftritten hilft er, die Verständniskluft zwischen ultraorthodoxen und säkularen Kulturen in seinem Land zu überbrücken.

Zilbershlags Videos, die meist etwa zwei Minuten dauern, werden von Kan 11, der jüngst eingerichteten israelischen Rundfunkgesellschaft, ausgestrahlt, die Zilbershlag als neues Talent rekrutierte. In diesen Videos spricht Zilbershlag über Selfies oder über Tinder, eine APP zur Partnerschaftssuche, die gerne mit erotischen Kurzabenteuern assoziiert wird, genauso unverkrampft wie über Pessach-geeignete Nahrungsmittel. Er spricht viele Themen an, die in der ultraorthodoxen Gesellschaft oft vermieden werden, wie etwa romantische Liebe (und in diesem Zusammenhang Tinder) oder das Feiern des Unabhängigkeitstages (ein säkularer Feiertag, mit dem sich viele Ultraorthodoxe nicht identifizieren). Auch schreckt er nicht vor Klischees oder Stereotypen über die ultraorthodoxe Gemeinschaft zurück, die er ebenso schnell wie charmant demontiert. Andere Themen beinhalten den ultraorthodoxen „dress code“ oder die Frage, wie es gelingt, eine WhatsApp- oder Snapchat-Meldung ausnahmslos in Jiddisch zu erstellen. [...]

In einem Portrait, das die Zeitung Haaretz im Juni 2017 von ihm veröffentlichte, sagte Zilbershlag, er wolle die Welt(en) der israelischen Haredim weniger unnahbar und einschüchternd erscheinen lassen. Tatsächlich ist die klare und unbefangene Art, mit der Zilbershlag die scheinbar komplexen Traditionen und Nuancen ultraorthodoxen Judentums zur Sprache bringt, entzweifelnd und gewinnend. Beispielsweise drehte er Videos darüber, wie man es anstellt, einen wirklich koscheren Hanukkah-

Doughnut auszuwählen, die eigenen Schläfenlocken zu pflegen oder ein Selfie mit einem Mädchen zu machen und dabei einen gesitteten Eindruck zu wahren. [...]

Zilbershlag wuchs in Haifa auf, als Mitglied der Seret-Viznitz Hasidischen Gemeinschaft sowie als Sohn des Politikberaters und Werbefachmanns Dudi Zilbershlag und einer Mutter, die er als „sehr großzügig und aufgeschlossen“ schildert. Er verbrachte ein paar Jahre in Jerusalem und besuchte im Alter zwischen 13 und 18 Jahren eine Bnei Brak Yeshiva [ultraorthodoxe jüdische Hochschule]. „Wir hatten zuhause kein Fernsehen, hatten aber keine Vorbehalte gegen Medien oder Zeitungslektüre.“ [...] Noch in seiner Schulzeit gelangte Zilbershlag schrittweise zu Internetruhm, nachdem er 2013 einen Twitter- und einen Facebook-Account eröffnet hatte [...].

Flora Tsapovsky, „Meet Melech Zilbershlag, the Israeli Millennial Who's Becoming a YouTube Sensation“, in: Tablet vom 23. Juni 2017 (aus dem Englischen übersetzt)



Melech Zilbershlag

Daneben wirkt sich die sich aus dem jüdischen Selbstverständnis des Staates ergebende Migrationspolitik negativ aus: Sie ermöglicht Juden aus aller Welt die Einwanderung, handhabt aber die nicht-jüdische und insbesondere arabische Einwanderung restriktiv. Innerhalb der arabischen Bevölkerung gibt es daher Kräfte, die Israels jüdischen Charakter ablehnen und für eine in religiös-ethnischer Hinsicht neutrale Staatsform eintreten, also Israel von einem jüdisch-zionistischen Staat in einen „Staat all seiner Bürger“ umwandeln wollen. Andere wehren sich zwar gegen Diskriminierungen, erkennen Israel aber trotzdem als jüdischen Staat an.

Kontroversen um den jüdischen Charakter des Staates

Das moderne Israel aber ist weit davon entfernt, von religiösen Akteuren oder Strukturen dominiert zu werden. Nichtsdestotrotz bringt die enge Bindung der Staatslegitimation an religiöse Vorstellungen und Traditionen Spannungen und Diskussionen hervor, die auch in Zukunft den jüdischen Staat weiter prägen werden.

Die meisten Juden sehen in Israel einen jüdischen Staat im Sinne eines Gemeinschaftswesens für Juden. Dazu gehören eine jüdische Bevölkerungsmehrheit und die Privilegierung von Ju-

den gegenüber anderen ethnischen und religiösen Gruppen wie sie etwa über das Staatsbürgengesetz begründet wird. Ob und in welchem Ausmaß aber religiöse Traditionen das jüdische Staatswesen prägen sollen, ist höchst umstritten. Heftig debattiert wird in den letzten Jahren vor allem die Frage, wie der demokratische und der jüdische Charakter des Staates zu gewichten sind und ob demokratische oder religiös-gesetzliche Elemente den Vorrang haben, sollten diese miteinander in Konflikt geraten.

Solche Diskussionen werden durch die weiterhin offene Zukunft der Palästinensergebiete befeuert. Eine Annexion dieser Gebiete würde die jüdische Mehrheit im israelischen Staat in Frage stellen. Da dies aber aufgrund der zunehmenden Abkehr von der Zweistaatenlösung ein mögliches Szenario wäre, sind rechte und religiöse Kräfte dazu übergegangen, die ethnisch-religiösen Aspekte des Staates zu stärken – was wiederum demokratische Elemente wie etwa den Schutz von Minderheiten auszuhöhlen droht.

Wie diese Dynamiken aber auch verdeutlichen, geht es hier nicht um die Frage einer generellen Unvereinbarkeit von Judentum und Demokratie. Zum einen existiert ein weites Spektrum jüdischer Selbstdefinitionen und Zugehörigkeiten. Zum anderen sind auch orthodox-jüdische Formationen alles andere als eine starre Fortführung althergebrachter Traditionen, sondern äußerst dynamische Gruppen, die von ihrer Interaktion mit äußeren Einflüssen geprägt sind und sich auch weiterhin verändern und erneuern werden.

GISELA DACHS

Schmelztiegel oder Mosaik? Israelische Gesellschaft

Menschen, die aus den verschiedensten Weltregionen nach Israel einwandern und auf die einheimische Bevölkerung Palästinas stoßen, machen Integration in das Gemeinwesen zugleich zur Herausforderung und zu einem vordringlichen staatlichen Anliegen. Eine wichtige Kollektiv-erfahrung ist dabei für Männer wie für Frauen der Dienst in der Armee.



Passanten bevölkern die moderne Innenstadt Jerusalems im Mai 2017

Gesellschaftliche Visionen, Werte und Ideale

Schon Jahrzehnte vor der Schoah hielt der Visionär des Staates, Theodor Herzl, die Normalisierung jüdischer Existenz für unumgänglich. Israel sollte auf Verfolgung und Minderheitendasein in aller Welt eine Antwort sein. Als Herzl Ende des 19. Jahrhunderts sein berühmtes Buch „Der Judenstaat“ verfasste, schwebte ihm ein Modell vor, das ein Gegenentwurf sowohl zur assimilierten Lebensweise der westeuropäischen Juden als auch zur stark von der Religion geprägten, traditionellen Lebensform der osteuropäischen Juden sein sollte. Zu den Grundprinzipien dieses neuen – israelischen – Kollektivs gehörte die Abkehr von einer von Verfolgung geprägten Diaspora-Vergangenheit.

Integrationserfolge

Konzipiert als sicherer Hafen und Sehnsuchtsort für Juden und ihre Nachkommen aus aller Welt war der Staat Israel von Anbeginn herausgefordert, Menschen aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern aufzunehmen und zu integrieren. In vielfacher Hinsicht ist das auch auf erstaunliche Weise gelungen. In den ersten Jahren nach der Staatsgründung – zwischen Mai 1948 und Ende 1951 – zog es fast 700 000 Juden nach Israel. Das waren mehr Menschen, als die gesamte jüdische Bevölkerung am 14. Mai 1948 gezählt hatte. Ende 1968 waren es bereits 2 841 000. Knapp neun Millionen werden es 2018 sein. Doch hat der vielbeschworene Schmelztiegel in Wirklichkeit nie existiert.

Zu den verschiedenen Immigrantenvelten kommen heute noch andere Gesellschaftsgefüge hinzu. Vielfältige Bruchlinien verlaufen zwischen säkularen, religiösen und ultraorthodoxen Israelis, zwischen Linken und Rechten, Armen und Reichen, Zentrum und Peripherie, Alteingesessenen und Neuankömmlingen. Schließlich gibt es noch die Kluft zwischen der jüdischen Mehrheit und einer nicht-jüdischen Minderheit: Zu den angestammten arabischen Israelis kommen neuerdings auch Arbeitsmigranten aus Asien und Flüchtlinge aus Afrika hinzu.

Es scheint deshalb angebrachter, von einer Mosaikgesellschaft zu reden, deren sozialer Zusammenhalt permanent herausgefordert wird. Spannungen gibt es heute verstärkt auch zwischen liberalen Israelis, die sich für einen demokratischen Staat einsetzen, und jenen, die sich mit den jüngsten, in eine andere Richtung weisenden Entwicklungen zufriedengeben. Es herrscht letztlich kein Konsens darüber, was Zionismus bedeutet oder in seinem Namen erlaubt oder erforderlich wäre. Nirgendwo sonst mag es so viele Staatsbürgerinnen und

Staatsbürger geben, die sich permanent über die Verhältnisse in ihrem Land aufregen und engagiert darüber streiten, wie die Dinge anders laufen könnten oder sollten.

Politisches Engagement

Dabei zeigt sich generell ein hoher Grad an aktiver Beteiligung, die zugleich Zugehörigkeit signalisiert. Sie gilt einem nationalen Projekt, das immer noch ein Unterfangen „in der Mache“ ist, ein *ongoing project*, das sich durch viel Dynamik auszeichnet. Nach dem jüngsten *Economist Intelligence Unit's Annual Democracy Index*, der 167 Länder untersucht, die als moderne Demokratien gelten, rangiert Israel insgesamt nur an 30. Stelle, allerdings gehört es zu den vier Top-Ländern (neben Norwegen, Island und Neuseeland), wenn es um „politische Partizipation“ geht. Das schließt Faktoren wie Wahlbeteiligung mit ein, ebenso wie die Teilnahme und Repräsentation von Frauen und Minderheiten, öffentliches Politikengagement, Demonstrationsfreiheit und Lesekompetenz von Erwachsenen.

Ideale der Pionierzeit

Kollektive Werte werden in Israel immer noch großgeschrieben. Es brauchte Jahrzehnte, bis die verschiedenen Einwandererkulturen mit ihren Traditionen Platz im nationalen Narrativ bekamen, das der israelischen Gesellschaft gemeinschaftsstärkenden Sinn und Orientierung vermitteln wollte. Erst in den 1990er-Jahren begann man damit, sich den eigenen Familiengeschichten in der Diaspora zuzuwenden, für die bis dahin nur spärlich Platz in der Öffentlichkeit war. Im Rahmen des Unterrichts beschäftigen sich Schülerinnen und Schüler seither ein gesamtes Jahr lang mit ihrer Herkunft. Sie befragen die Großeltern und Urgroßeltern nach ihren Kindheitserfahrungen – wo immer sie herkommen.

Die zionistischen Pioniere vor der Staatsgründung stammten vor allem aus Russland und Osteuropa; sie und ihre Familien bilden bis heute eine Art israelische „Aristokratie“. Plakate, die damals im *Jischuv* gedruckt wurden, zeigen einen jungen Mann und eine junge Frau mit blonden Haaren und slawischen Gesichtszügen, in Arbeitskluft und mit geschulterter Hacke. Die im Land geborenen Nachkommen der jüdischen Einwanderer hatten sogar eine Kollektivbezeichnung, die bis heute aktuell ist: *Zabar* (oder *Sabre*) wurden sie genannt, das ist das hebräische Wort für „Kaktusfeige“. Diese Frucht, die in fast allen Ländern rund ums Mittelmeer angebaut wird, ist außen stachelig, ihr Inneres aber süß und einzigartig. So entstand eine ganz neue jüdische Gemeinschaft mit auf den Kopf gestellten Normen. Ganz oben in der sozialen Hierarchie standen fortan die Bauern und Soldaten.

Einwanderung als kulturelle Herausforderung

Wer diesen Pionieren dann ins Gelobte Land nachfolgte, also zunächst vor allem Flüchtlinge und Überlebende der Schoah aus Mittel und Osteuropa, tat sich nicht immer leicht mit diesem Sabre-Ideal, das weit entfernt war von der Prägung der jüdischen Gemeinden Osteuropas. Der 2017 verstorbene Schriftsteller Aharon Appelfeld, der aus dem damals rumänischen Czernowitz stammte, kritisierte diese Darstellung des typischen Israeli, „der so stolz auf seine Biografie ist, weil er hier bereits in den Kindergarten und die Schule gegangen ist und anschließend in der Armee gedient hat“. Denn das sei nicht die richtige „Soziologie“. Sie laute vielmehr so: „Die Eltern kommen aus Polen, all die Jahre nach ihrer Ankunft hatten sie es schwer, mit der Sprache, mit dem Leben. Sie wussten nicht, wie sie ihre Vergangenheit mit der Gegenwart verbinden sollten, das haben sie ihren Kindern weitergegeben. Ich als Einwanderer bin also – wie jeder Zweite hier – der klassische Israeli.“

Juden aus arabischen Ländern

Das Ankommen war fast nie einfach. Nach 1948 traf die erste große Einwandererwelle aus islamischen Ländern ein.

Es handelte sich um Juden aus Nordafrika und dem Nahen Osten, deren arabische Muttersprache fortan mit dem Feind assoziiert war. Manche werfen es der europäisch geprägten Gründergeneration bis heute vor, damals vornehmlich in abgelegenen Entwicklungsstädten angesiedelt worden zu sein, was eine fortdauernde strukturelle Benachteiligung nach sich gezogen habe.

Die Distanz zu dem *Sabre*-Ideal war bei diesen sogenannten *Misrachim*, die zum Großteil – nicht selten als Vertriebene – und zur gleichen Zeit wie die europäischen Überlebende der Schoah nach Israel strömten, sogar noch größer. Denn sie entsprachen diesem Ideal weder in ihrem Äußeren, noch waren sie mit den in Europa gängigen revolutionären Ideen in Berührung gekommen. Da es in ihren Herkunftsländern keine Säkularisierungsbewegungen gegeben hatte und Religion für sie mehr Familientradition als strenge Frömmigkeit bedeutete, war ihnen auch der atheistische Eifer der Gründergeneration fremd. Dieser Unterschied gilt bis heute: Während für die meisten europäischstämmigen Israelis – die sogenannten *Aschkenasim* – die Begriffe „säkular“ und „religiös“ ein klares Gegensatzpaar darstellen, verläuft die Trennlinie bei den orientalischen Juden längst nicht so scharf.

Den Journalisten und ehemaligen Knessetabgeordneten Daniel Ben Simon, der als Jugendlerner mit seinen Eltern Ende

Integrationshilfen für Einwanderer

Statistik:

Israel ist das Einwanderungsland schlechthin. Seit der Staatsgründung 1948 sind über drei Millionen Menschen immigriert. Das heißt: 40 Prozent der Bevölkerung sind nicht im Land geboren. [...]

Gesetzliche Grundlage:

Nach dem Rückkehrgesetz von 1950 hat jeder Angehörige des jüdischen Volkes das Recht auf Einwanderung und Staatsbürgerschaft. Nicht-Juden können dagegen in der Regel nicht einwandern, und auch politisches Asyl gewährt Israel äußerst selten. [...]

Einreise:

Die Frage, wer einwandern darf, klären schon im Herkunftsland Organisationen wie die *Jewish Agency* und *Nefesh B'Nefesh*. Bei der Ankunft auf dem Flughafen Ben Gurion geht es dann ganz schnell: Innerhalb einer halben Stunde sind die *Olim* (Aufsteiger), wie es auf Hebräisch heißt, mit Identitätsnummer, Personalausweis, Krankenversicherung und einer Sim-Karte für das Handy ausgestattet.

Wohnen:

Die Einwanderer haben die Wahl zwischen speziellen Übergangszentren, in denen sie für bis zu zwei Jahre fast kostenlos wohnen können, und der freien Wohnungssuche. Die Übergangszentren befinden sich vor allem im dünner besiedelten Norden und Süden des Landes. Hier erhalten *Olim* Hilfen aus einer Hand: Hebräischkurse, Jobtraining, außerschulische Aktivitäten für Kinder, die ihnen beim Einleben helfen sollen.

Unterstützung:

Innerhalb von 48 Stunden nach seiner Ankunft meldet sich ein persönlicher Berater bei dem Neuankömmling und macht einen ersten Termin aus. Er eröffnet ein Bankkonto und erstellt

mit dem Berater einen individuellen Integrationsplan für sich sowie seine Familie. Auch gibt es finanzielle staatliche Hilfen, die auf die Bedürfnisse des Einzelnen zugeschnitten sind.

Spracherwerb:

Die meisten Einwanderer kommen ohne Hebräischkenntnisse. Der Besuch eines der zahlreichen *Ulpanim* (Sprachstudios) ist kostenlos. Im Angebot sind Intensivkurse (fünf Stunden täglich an fünf Tagen der Woche) oder Abendkurse. Nach 500 Unterrichtsstunden soll sich der Einwanderer im Alltag zurechtfinden können. Die Kurse sind auf eine Dauer von fünf oder zehn Monaten angelegt.

Arbeit:

Innerhalb von drei Monaten soll der Berater mit dem Einwanderer einen Plan für seine Erwerbstätigkeit erstellen. Studien zeigen, dass die Integration am besten gelingt, wenn die neuen Israelis mit ihrem Job zufrieden sind. Wissenschaftler, Ärzte und Ingenieure, die in den letzten Jahrzehnten in großer Zahl einwanderten, wollen in ihren erlernten Fachgebieten tätig sein. Bei ihnen geht es um die schnelle Anerkennung der Ausbildung und das Erlernen des jeweiligen Fachhebräischs. Der Staat bietet Bewerbungstrainings an und hat verschiedene Programme aufgelegt, die Arbeitgebern Lohnzuschüsse gewähren, wenn sie *Olim* einstellen.

Gesellschaftlich-kulturelle Integration:

Um ein Zugehörigkeitsgefühl zur neuen Heimat zu schaffen, verfolgt das Integrationsministerium verschiedene Ansätze, um den Einwanderern kulturelle Traditionen und Werte zu vermitteln. Sei es in den Sprachkursen, über Theater und Konzerte oder Sozialarbeit mit Jugendlichen.

Ulla Thiede, „Nach der Entscheidung geht alles ganz schnell“, in: General-Anzeiger Bonn vom 26./27. März 2016

Einwanderung in den Staat Israel nach Herkunft

Zeitraum	Amerika und Ozeanien	Europa	Afrika	Asien ¹	unbekannt	Gesamt
1948–1951	5140	326 786	93 951	237 352	24 395	687 624
1952–1954	2971	9748	27 897	13 238	822	54 676
1955–1957	3632	48 616	103 846	8801	1597	166 492
1958–1960	3625	44 595	13 921	13 247	582	75 970
1961–1964	14 841	77 537	115 876	19 525	1014	228 793
1965–1968	9274	31 638	25 394	15 018	920	82 244
1969–1971	33 891	50 558	12 065	19 700	577	116 791
1972–1974	26 775	102 763	6821	6345	49	142 753
1975–1979	29 293	77 167	6029	11 793	545	124 827
1980–1984	25 230	35 508	15 711	6912	276	83 637
1985–1989	19 301	36 461	7700	6563	171	70 196
1990–1994	17 220	553 622	32 157	5900	423	609 322
1995–1999	20 061	275 667	12 248	38 843	178	346 997
2000–2004	23 572	119 586	16 256	22 077	14	181 505
2005–2010	23 219	54 800	15 752	9692	28	103 491
2011–2014	14 271	48 558	7530	4078	2	74 445
2015–2016	8472	42 235	742	1965	-	53 885 ²

¹ Bis 1995 wurden die Angaben aus den asiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion zu Europa gerechnet, seit 1996 sind sie in den Zahlen für Asien enthalten

² einschließlich der Einwanderer, deren Herkunftsland unbekannt ist.

www.jewishvirtuallibrary.org/total-immigration-to-israel-by-continent-per-year; cbs (Central Bureau of Statistics) für 2015 und 2016

der 1960er-Jahre aus Marokko eingewandert war, überraschte damals diese Kategorisierung. Für ihn war es unproblematisch, manchmal religiös zu sein, etwa an Feiertagen, und manchmal nicht, im Anschluss an ein koscheres Sabbatmahl am Freitagabend – samt Kerzenanzünden und Kiddusch – einen guten Fernsehspiel film anzuschauen oder am Sabbat zu einem Fußballspiel zu fahren.

Zwar sind heute für viele Israelis der jüngeren Generation, die oft selbst aus einem aschkenasisch-misrachisch „gemischten“ Elternhaus stammen, solche Fragen längst nicht mehr so wichtig. Aber einen orientalistischstämmigen Premierminister hat Israel dennoch bisher nicht hervorgebracht.

Äthiopische Juden

Als Mitte der 1980er-Jahre in Äthiopien eine Hungersnot ausbrach, machten sich tausende Juden auf einen 600 Kilometer langen Fußmarsch durch die Wüste und flohen in den Sudan. Dort durften Maschinen der israelischen Fluggesellschaft El Al nachts heimlich landen und die Flüchtlinge nach Israel bringen, bis die Aktion an die Medien drang und andere arabische Staaten den Sudan, der seit 1956 Mitglied der Arabischen Liga ist, zwangen, die Flüge zu stoppen. Rund 8000 Menschen wurden in dieser „Operation Moses“ ausgeflogen. 1991 folgten in der „Operation Salomo“ weitere rund 14 000 äthiopische Juden.

Erst 1975 wurden sie allerdings vom Obersten Rabbinat als Juden anerkannt. Ein weitverbreitetes Gefühl, auch wegen ihrer dunklen Hautfarbe nicht richtig dazuzugehören, verstärkte sich durch einen Vorfall in den 1990er-Jahren. Damals flog auf, dass Mitarbeiter des Rettungsdienstes „Roter Davidstern“ Blutspenden von Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe aus Angst, sie könnten mit HIV infiziert sein, ungetestet weg-

geschüttet hatten. Rassismuskritik wurde auch 2013 laut, nachdem Medien berichtet hatten, dass Helfer im Gesundheitsdienst äthiopischen Frauen ohne deren Wissen Mittel zur Geburtenkontrolle verabreicht hatten.



Für Integration wird viel getan: In einem gemeinnützigen Projekt lernt eine aus Äthiopien stammende Frau die Fertigung von Schmuck.



In Israel leben mehr als eine Million russischstämmige Juden. Sie finden neben eigenen Zeitschriften und TV-Sendern auch Geschäfte, die, wie dieser Supermarkt in Aschdod (li.), Lebensmittel in Russisch bewerben. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Zuwanderer aus Frankreich stark angestiegen. Eine Patisserie in Netanja vermittelt Heimatgefühl.



Juden aus der Sowjetunion

Nach dem Ende des Kalten Krieges 1989 immigrierten aus der ehemaligen Sowjetunion mehr als eine Million Menschen nach Israel. Anders als frühere Ankömmlinge waren und sind sie stolz auf ihr kulturelles Gepäck, was sich unter anderem in der Existenz einer großen Zahl an russischsprachigen Zeitungen, Internetseiten und Buchhandlungen niederschlägt. Trotz guter Ausbildung konnten aber längst nicht alle mit ihren alten Berufen in der neuen Heimat Fuß fassen. Diplome wurden entweder nicht anerkannt oder es gab für ihre Expertisen keine Verwendung. Diese Einwanderer, oder vielmehr ihre Kinder, sind heute stark vertreten im Gesundheitswesen, in der High-techindustrie und als Sicherheitspersonal.

Da bei ihrer Ankunft das Hebräische längst als Muttersprache etabliert war, hatte – im Gegensatz zu früher – kaum jemand etwas dagegen, dass sie an ihrer eigenen Kultur festhielten. Viele Eltern, die selber schon als Kinder nach Israel kamen, erziehen heute ihren Nachwuchs bewusst zweisprachig – und finden dafür auch breite Unterstützung. Der Weg in die israelische Elite wird dennoch immer noch als äußerst schwierig empfunden. So wurde es vielfach als ein „Durchbrechen der Glasdecke“ gewertet, als der aus der ehemaligen Sowjetunion stammende Politiker Avigdor Lieberman 2016 zum Verteidigungsminister ernannt wurde.

Französische Juden

Die allerjüngste Einwandererwelle bilden Juden aus Frankreich. Das macht sich besonders in Tel Aviv in der Zusammensetzung der Schulklassen bemerkbar, den Patisserien und den auf ein französisches Publikum ausgerichteten Kulturprogrammen. Alles deutet darauf hin, dass eine französische Mittelklasse im Begriff ist, sich zu etablieren. Die weniger Wohlhabenden hatte es schon zuvor besonders in die kleineren Küstenstädte Netanja und Aschdod gezogen.

Insgesamt leben in Israel mittlerweile 75 000 französische Juden. Als ein Wendepunkt gilt der Anschlag im März 2012 auf eine jüdische Schule in Toulouse, bei dem ein Lehrer und drei

Kinder von einem Islamisten ermordet wurden. Damals ärgerten sich viele Juden in Frankreich, dass Medien und Regierung diesen Vorfall als Einzelat betrachteten, während sie selbst ein ideologisches Muster sahen. Im kollektiven Gedächtnis eingegraben ist auch der grausame Mord an Ilan Halimi, der 2006 in dem Pariser Vorort Bagneux entführt und drei Wochen lang gefoltert worden war. Die Richter waren sich einig, dass die Täter – die alle aus dem afrikanisch-muslimischen Immigrantenumfeld stammten – aus antisemitischen Motiven gehandelt hatten. Doch gerade einmal tausend Menschen gingen damals in Paris aus Protest auf die Straße. Das Gefühl, als Juden in Frankreich nicht mehr dazuzugehören, sagen viele, habe seither nur noch zugenommen.

Und waren es bis vor wenigen Jahren vor allem die älteren Jahrgänge, die nach der Pensionierung mit einer sicheren Rente den Umzug ans Mittelmeer vollzogen, so steigt nun der Anteil der Jungen. Viele religiöse oder traditionell eingestellte Paare versuchen, sich in Israel ein neues Leben aufzubauen. Sie wollen es ihren Kindern ermöglichen, Teil der Mehrheitsgesellschaft zu sein und in der Öffentlichkeit eine Kippa zu tragen, ohne sich dabei nach den Risiken fragen zu müssen.

Einmal in Israel angekommen, zieht es dann aber so manchen Familienvater aus pragmatischen Gründen – zur Arbeitswoche – wieder nach Frankreich. *Low cost*-Flüge machen ein solches Pendeln möglich. Andere Neueinwanderer sind in einem der 80 internationalen Call-Center beschäftigt, die es ihnen erlauben, auf Französisch Kunden in aller Welt zu beraten. Sie mögen sich kulturell oft fremd vorkommen, fühlen sich aber als Juden der Mehrheitsgesellschaft zugehörig.

Arabische Minderheit

Das israelische Kollektiv ist aber nicht nur jüdisch. Unmittelbar nach der Staatsgründung wurden etwa 100 000 im Land verbliebene palästinensische Araber eingebürgert. Heute ge-

hört etwa jeder fünfte Israeli dieser nationalen Minderheit an. In religiöser Hinsicht ist sie jedoch keineswegs homogen: Mehr als 80 Prozent sind Muslime, neun Prozent Christen und acht Prozent Drusen. Mit den Jahren hat sich die sprachliche Selbstbezeichnung, die viel über das sich wandelnde Selbstverständnis aussagt, immer wieder geändert. Sie seien Palästinenser mit israelischem Pass, sagen heute viele über sich selbst. Politisch und rechtlich sehen sie sich als Staatsangehörige Israels, national und kulturell als Palästinenser. Das ist alles andere als eine einfache Identität in einem jüdischen Staat, mit Symbolen wie dem Davidstern auf der Flagge oder einer Nationalhymne, die von der Rückkehr nach Zion schwärmt.

Die arabische Bevölkerungsgruppe befindet sich heute zunehmend in einem Spannungsfeld zwischen Israelisierung und Islamisierung. Der Umgang mit dieser Minderheit, deren Interessen von einem arabischen Parteienbündnis in der Knesset vertreten werden, gehört weiterhin zu den großen Herausforderungen der israelischen Demokratie. Strukturelle Benachteiligung lautet der Vorwurf auf arabischer Seite, während die jüdische Mehrheit der arabischen Minderheit im Zweifelsfall gerne als „fünfte Kolonne“ der feindlichen Nachbarstaaten misstraut. Hanin Zuabi, seit 2009 als Mitglied der Balad-Partei Abgeordnete der Knesset, wurde als Staatsfeindin beschimpft, weil sie sich 2010 mit auf dem türkischen Schiff „Mavi Mamara“ befand, um die Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen. Versuche, ihre politische Karriere zu beenden, scheiterten aber am Veto des Obersten Gerichtshofs. Zuletzt erregten arabische Parlamentarier Unmut, weil sie Beileidsbesuche bei palästinensischen Familien im Westjordanland abgestattet hatten, deren Angehörige bei (von ihnen) verübten Messerattacken auf Israelis getötet worden waren.

Die Wählerschaft gilt aber in vielerlei Hinsicht als moderater als ihre politischen Vertreter. Widersprüche prägen demnach das jüdisch-arabische Verhältnis. In allen Umfragen hat sich die arabische Minderheit mehrheitlich stets gegen die Option ausgesprochen, in einen potenziellen Palästinenserstaat umzusiedeln. Und das nicht nur, weil viele von ihnen auf ihrem Recht beharren, in ihrer Heimat zu bleiben. Denn die meisten wissen die Vorteile der – wenn auch für sie eingeeengten – israelischen Demokratie zu schätzen. So war es möglich, dass ein arabischer Vorsitzender Richter 2011

den früheren Staatspräsidenten Moshe Katzav wegen Vergewaltigung ins Gefängnis schickte – und niemand diesen Umstand auch nur für erwähnenswert hielt.

Unterschiede im Lebensgefühl

Nach dem 2017 vom Jerusalemer *Jewish People Policy Institute* veröffentlichten „Pluralismus-Index“ sind mehr als 90 Prozent der Juden und knapp 80 Prozent der Araber mit sich und ihrem Leben in Israel „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“. Wenn es um die Einschätzung der individuellen Zukunftsmöglichkeiten geht, haben die arabischen Jugendlichen ihre jüdischen Altersgenossen sogar überrundet. Nach einer Jugendstudie, die im selben Jahr von *MACRO Center for Political Economics* und der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht wurde, gaben mehr als je zuvor, nämlich 74 Prozent der arabischen Jugendlichen an, in dieser Hinsicht optimistisch zu sein, während dies nur 56 Prozent der jüdischen Jugendlichen von sich sagten (so niedrig wie nie zuvor). Noch nie war die junge jüdische Generation so pessimistisch eingestellt.

Die Jugendstudie erklärt diese Haltung vor allem mit der vielfach ernüchternden Erfahrung, nach Armeepflicht und teurem Studium keinen angemessenen Job zu finden. Für die arabische Jugend wiederum habe sich das Bildungsniveau verbessert, was mehr Entfaltungsmöglichkeiten als früher bedeute. Zudem biete eine zunehmend offenere Welt, ermöglicht durch die sozialen Netzwerke im Internet, mehr Einblicke in die Realität der arabischen Nachbarländer, die Israel im Vergleich sowohl politisch wie wirtschaftlich besser abschneiden lassen – auch wenn sich nur 24,4 Prozent der arabischen jungen Männer und 13,3 Prozent der jungen Frauen der israelischen Gesellschaft zugehörig fühlen. Und während bei den jungen Juden in Israel an oberster Stelle die Sorge über steigende Lebenskosten (67,4%) und damit verbundene gesellschaftliche Gräben steht, ist es bei den jungen israelischen Arabern das Verhältnis zur jüdischen Bevölkerung (47,3%).

Die Studie erforschte die „Seelenlage“ von 1260 Jugendlichen aus allen Sektoren im Alter von 15–18 und 21–24 Jahren. Dabei wurde jeweils zwischen vier Gruppen unterschieden: Säkularen, Ultraorthodoxen, National-Religiösen und Arabern.



Die arabischen Israelis machen etwa 20 Prozent der israelischen Bevölkerung aus. Sie werden durch eigene Parteien vertreten, die sich zur Parlamentswahl 2015 zu einer Liste zusammenschlossen.

Prägungen durch Bildung und Militärdienst

Diese Kategorisierung entspricht auch der Unterteilung des Bildungssystems. Die Grund- und Sekundarstufe sind in vier separate Schulsysteme unterteilt: das säkular-jüdische (definiert als hebräischsprachige staatliche Schulen), das religiös-jüdische (staatlich-religiöse Schulen), das ultraorthodox-jüdische bzw. charedische und das arabische (definiert als arabischsprachige Schulen). Die Schulwahl erlaubt es den verschiedenen Gemeinschaften und sozialen Gruppen, die eigene Identität zu bewahren,

hat aber auch zur Folge, dass die überwiegende Mehrheit der jungen Israelis kaum oder gar keinen Kontakt zu anderen ethnischen oder religiösen Gruppen hat.

Zusammen mit 29 anderen Staaten nahm Israel 1999/2000 an einer Studie der IEA (*International Association for the Evaluation of Educational Achievement*) zur politischen Bildung 14- bis 19-Jähriger teil, die das Wissen und die Haltung von Schülerinnen und Schülern in der elften Klasse unter anderem zu Themen wie Bürgerkunde, Demokratie und nationale Identität prüfte. Es überrascht nicht, dass dabei deutliche Unterschiede zwischen den Standpunkten von Juden und Arabern zu Themen wie Stolz über israelische Errungenschaften,

Lehren vor grünen Wänden

[...] [M]it rund 47000 Studenten ist die Open University die größte Hochschule des Landes. Ob Rentner oder Teenager, Hausfrau oder Hilfsarbeiter, jeder kann sich hier an einem Bachelorstudium versuchen, man braucht nur einen Computer mit Internetzugang, Hebräischkenntnisse und die finanziellen Mittel, rund 500 Euro für ein Seminar zu bezahlen, was im israelischen Vergleich nicht teuer ist. [...]

[D]ie Dozenten stehen [...] nicht in gefüllten Hörsälen, sondern sitzen in kleinen Aufnahmestudios vor grünen Wänden und sprechen in Kameras.

[...] In Israel erfüllt die Universität [...] eine einzigartige Funktion. Denn so klein das Land auch ist, so tief und zahlreich sind seine gesellschaftlichen Brüche: Sie trennen nicht nur Juden und Araber, sondern auch Säkulare und Religiöse, europäisch- und orientalistischstämmige Juden, das reiche Landeszentrum und die arme Peripherie.

Die zwei ärmsten Minderheiten des Landes, Araber und Ultraorthodoxe, haben ihr eigenes Schulsystem: Letztere etwa lernen in ihren religiösen Schulen nur ein Minimum an säkularen Inhalten. Die Hälfte aller ultraorthodoxen Familien lebt in Armut. Die Schulen der arabischen Minderheit wiederum schneiden in Vergleichstests weit schlechter ab als reguläre jüdisch-israelische Schulen. Zudem wird auf Arabisch unterrichtet, weshalb manche jungen Araber später am Hebräisch-Sprachtest scheitern, den traditionelle Universitäten von ihnen verlangen. Manchen bietet die Open University eine zweite Chance.[...]

Derzeit studieren 6600 Araber und knapp 600 Ultraorthodoxe an der Open University. Ihr Anteil an der gesamten Studierendenzahl ist zwar gering, steige aber jedes Jahr deutlich, sagt [Moshik] Lavie, [der 41-jährige Dekan der Universität]. Daneben spricht die Universität noch andere Menschen an, die nicht zum klassischen Studentenklientel gehören: Zehn Prozent sind 45 Jahre und älter [...]. Rund 1000 Studenten leben nicht einmal in Israel; sie verfolgen die Vorlesungen aus dem Ausland und legen die Prüfungen in israelischen Botschaften ab. Auch Häftlinge studieren an der Hochschule; in manchen Gefängnissen sind es so viele, dass die Universität einmal pro Woche einen Dozenten vorbeischickt. [...]

Doch wie die meisten Ideen, die betörend simpel klingen, hat auch diese einen Haken. [...] Nur ein Viertel aller Studenten beenden die Open University mit einem Abschluss. [...] Denn das System des offenen Lernens, ohne Kontrolle, ohne Druck, auch ohne Mittagspausen in der Mensa, in denen man mit Kommilitonen den Stoff bespricht, verlangt den Studenten ein hohes Maß an Selbstdisziplin und Organisation ab. [...] Dazu kommt: Wer sich an der Open University einschreibt, braucht eine gewisse technische Ausstattung – mindestens einen eigenen Computer mit gutem Internetzugang – und das Know-how, damit umzugehen. [...]

Mareike Enghusen, „Uni für alle“, in: brand eins 01/2017, S. 90 ff.

Israels Armee in Zahlen und Daten

Die israelische Verteidigungsarmee Zahal (hebr., Abkürzung für *Zva Haganah le-Jisrael*) wurde am 31. Mai 1948 gegründet. Sie gliedert sich in Heer, Luftwaffe und Marine. Diese sind einem vereinigten Oberkommando unterstellt, dem Generalstab. An seiner Spitze steht der Generalstabschef, der dem Verteidigungsminister verantwortlich ist. Während im Heer sowohl Berufssoldaten als auch Wehrpflichtige dienen, bestehen Luftwaffe und Marine nur aus Berufssoldaten.

Die Truppenstärke der Armee wird von der israelischen Regierung geheim gehalten. Das *Institute for National Security Studies* in Tel Aviv gibt die Anzahl der aktiven Soldaten mit 176 500 an. Davon dienen 133 000 beim Heer, 34 000 bei der Luftwaffe und 9 500 bei der Marine. Im Kriegsfall kann zudem innerhalb von 24 Stunden knapp eine halbe Million Reservisten mobilisiert werden. Damit hat Israel weltweit den höchsten Anteil von Soldatinnen und Soldaten an der Bevölkerung.

Männliche Reservisten werden – je nach Dienstgrad – mehrere Wochen im Jahr und bis zu einem maximalen Alter von 45 Jahren eingezogen. Der Reservedienst betrifft auch unverheiratete bzw. kinderlose Frauen bis zum 24. Lebensjahr.

Die allgemeine Wehrpflicht dauert seit 2015 für Männer 32 Monate, für Frauen 28 Monate. Wer wehrpflichtig und -tauglich ist, wird in der Regel mit 18 Jahren eingezogen. Wer allerdings von den Männern zu den Spezialkräften und Eliteeinheiten will, muss wie bisher drei Jahre dienen. Für Soldatinnen der Kampfeinheiten dauert der Dienst ebenfalls drei Jahre. [...]

Der Verteidigungshaushalt ist traditionell hoch. [...]

Als offenes Geheimnis gilt, dass Israel über Atomwaffen verfügt. Je nach Quelle sollen sich zwischen 100 und 300 Atomsprenköpfe in israelischem Besitz befinden.

Nicole Alexander, Gabi Gumbel, „Die Armee in Zahlen und Daten“, in: Gisela Dachs, israel kurzgefasst, überarb. Aufl. Bonn 2016, S. 125 f.



Der Dienst in der Armee ist eine kollektive Erfahrung für junge Israelis, Männer wie Frauen. Soldatinnen und Soldaten bei einem Cyber-Sicherheitstraining in Beersheba 2017.

Geschichte, nationale Symbole, Rechte jüdischer Einwanderer und legitimer Einsatz militärischer Gewalt zutage traten.

Erst in den Hörsälen und Seminarräumen der Universitäten findet dann ein gemeinsamer Unterricht statt. Die Zahl der arabischen B.A.-Studenten ist in den vergangenen sieben Jahren um 60 Prozent angestiegen. Weit mehr als die Hälfte (66 Prozent in 2015) sind Frauen.

Die wichtigste Kollektiv-Erfahrung bleibt für die heranwachsenden jüdischen Israelis zweifellos die Armee. Der Pflichtdienst ist das maßgebliche Jugenderlebnis. Dort werden Bande geknüpft, die im Reservendienst weiter gepflegt werden. Wer in der Armee gedient hat, gehört dazu und kann mitreden. In den Medien gehören Berichte über Kriegshelden, Kriegsverletzte und Kriegswitwen zum Standardprogramm. Diese Beschäftigung mit der Armee wird in Israel aber nicht als Ausdruck von Militarismus verstanden, sondern als natürliche Solidarisierung des Volkes „mit den Kindern von uns allen“.

Rolle der Frauen

Der Status der Frauen ist, wie so vieles in Israel, vielschichtig und widersprüchlich, da er von entgegengesetzten Kräften bestimmt wird. Feminismus und Zionismus, schreibt die ehemalige Knessetabgeordnete und Politologin Einat Wilf in ihrem Aufsatz *Feminism in Israel/Anti-Feminism and Anti-Zionism* im Magazin *Fathom* vom Februar 2018, seien beide „Töchter der Aufklärung“, entstanden aus einer intellektuellen Revolution, die sich dagegen auflehnte, das menschliche Dasein als unvermeidbaren Teil einer hierarchischen, unveränderbaren, von oben aufoktroierten Ordnung anzusehen. Ihr Kampf galt den herrschenden Machtstrukturen, errichtet auf der Vorstellung von weiblicher und jüdischer Unterlegenheit.

Tatsächlich zeigen populäre Bilder aus dem jungen sozialistischen Staat Israel wie Frauen und Männer Seite an Seite auf den

Feldern des Kibbuz arbeiten; die Soldatinnen in Uniform galten als ein Symbol der Gleichberechtigung. Zugleich entscheidet jedoch bis heute das religiöse Establishment, in dem Männer das Sagen haben, über zivilrechtliche Angelegenheiten. Frauen haben es zwar – seit Golda Meir als Ministerpräsidentin – längst bis an die Spitze des Obersten Gerichtshofs, von Banken und des Außenministeriums gebracht. Allerdings stellen sie nur mager 27 Prozent aller Knessetabgeordneten. Bei der Besetzung von politischen Ämtern schneiden sie noch schlechter ab. Und die weibliche Erwerbsbevölkerung zeichnet sich dadurch aus, dass sie im Durchschnitt immer noch viel weniger verdient als die männliche, ohne dass dies zu großen Debatten führt.

Dabei stellen Frauen sich allein schon aus rein wirtschaftlichen Gründen gar nicht erst die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Mutterdasein. Beides gehört zur Normalität.

Jüdische Israelinnen weisen die höchste Fertilitätsrate in der OECD auf, was nicht allein auf den religiösen Sektor zurückzuführen ist. Säkulare Familien mit vier Kindern sind keine Ausnahme. Auch hat die gesellschaftliche Akzeptanz von Frauen, die sich allein für Kinder entscheiden, insgesamt zugenommen. So stehen Israelinnen heute mehr Optionen denn je offen in einem Land, das stark von traditionellen Werten geprägt ist. Verglichen mit US-amerikanischen Feministinnen sehen sich viele Israelinnen weit im Hintertreffen, verglichen mit europäischen Geschlechtsgenossinnen mögen sie in mancher Hinsicht sogar einen Vorsprung haben. Ein 1998 verabschiedetes Gesetz zur sexuellen Belästigung gilt als eines der weitreichendsten in der westlichen Welt.

Frauen engagieren sich in politischen Organisationen wie etwa in der Viermütter-Bewegung, die mit zum Abzug der israelischen Armee 2000 aus der sogenannten Sicherheitszone im Libanon geführt hat, und sie haben die Nichtregierungsorganisation *Machsom Watch* gegründet, die das Verhalten von israelischen Soldaten an Checkpoints im Westjordanland beobachtet. 2014 entstand *Women wage peace*, das Frauen aus allen ethnischen und politischen Bereichen des Landes miteinander vereint.



Jose Giribas / SZ Photo / laif

In der Halle der Namen in der Gedenkstätte Yad Vashem erinnern Fotos an jüdischen Frauen, Männer und Kinder, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden.

DANIEL MAHLA

Der Umgang mit der Schoah

Der Völkermord an sechs Millionen europäischen Juden ist Teil des nationalen Narrativs und von tragender ideologischer Bedeutung. Das Gedenken daran, der Wille, nie wieder Opfer zu sein, und der Umgang mit den Überlebenden der Schoah prägen die Gesellschaft und finden die unterschiedlichsten Ausdrucksformen.

Der Schoah wird in der israelischen Gesellschaft eine zentrale Stellung beigemessen. Kaum eine andere Angelegenheit hat in Israel so emotionale Debatten hervorgerufen, wie die Frage nach dem angemessenen Umgang mit dem Faktum des Mordes an sechs Millionen europäischen Juden. Diese Diskussionen begannen bereits in den 1940er-Jahren im Zuge der Erwägungen über die eigenen Möglichkeiten, den bedrängten Juden Europas Hilfe zu leisten.

Dominanz privaten Gedenkens bis 1951

Auch die erste Begegnung mit den Überlebenden der Schoah stellte die junge israelische Gesellschaft vor große Heraus-

forderungen. Die Juden im Mandatsgebiet Palästina hatten bereits vor dem Krieg das Selbstbild eines neuen Juden propagiert, der als Pionier und Soldat das Land aufzubauen half. Vor diesem Hintergrund fiel die Identifizierung mit den europäischen Juden schwer. Während die heldenhaften Anführer des Warschauer Ghettoaufstandes bewundert wurden, die sich wie der Partisanenführer Abba Kovner formulierte „nicht wie die Schafe zur Schlachtbank“ hatten führen lassen, wurde allen anderen vorgeworfen, keinen Widerstand gegen die eigene Vernichtung geleistet zu haben – eine dramatische Fehleinschätzung der Situation der Juden unter der Herrschaft des nationalsozialistischen Regimes.

Wegen der Identifikation der Israelis mit jüdischen Widerstandskämpfern spielte der Warschauer Ghettoaufstand eine wichtige Rolle in der frühen israelischen Gedenkkultur. Wie in anderen Gesellschaften auch, drangen die eigentlichen Dimensionen und die Bedeutung des Völkermordes erst allmählich ins nationale Bewusstsein ein. In den direkten Nachkriegsjahren fand Gedenken noch vor allem auf persönlicher Ebene und im Rahmen kleinerer Initiativen aus dem Kreise der Überlebenden statt. Mit der gesetzlichen Einführung eines offiziellen Ge-

denktages im Jahre 1951 und dem Aufbau Yad Vashems als öffentlicher Gedenkstätte und Forschungseinrichtung wurde die Erinnerung an den Holocaust dann auf eine staatliche Ebene gehoben.

Einbettung in das nationale Narrativ

Als Teil des nationalen Narrativs erhielt sie nunmehr eine tragende ideologische Bedeutung. Dieses Narrativ, das der israelischen Gesellschaft gemeinschaftsstärkenden Sinn und Orientierung vermitteln wollte, führt von der Vernichtung des jüdischen Volkes in Europa zu seiner Wiederauferstehung im und durch den Staat Israel. Es findet sich auch im nationalen Fest- und Gedenkalender wieder. Im jüdischen Monat Nissan wird im Angedenken an den Warschauer Ghettoaufstand an die Schoah erinnert. Der Gedenktag (*Jom Ha-Shoah*) liegt nur wenige Tage nach dem Pessachfest, mit dem der Auszug der Hebräer aus Ägypten gefeiert wird. Sechs Tage später folgt dann der Gedenktag an israelische Gefallene und Opfer von Terrorismus (*Jom Ha-Sikaron*), der wiederum nahtlos in die Feier der israelischen Unabhängigkeit übergeht (*Jom Ha-Atzmaut*). Im jährlichen Kalender bewegen sich Israelis also symbolisch vom Auszug aus Ägypten über die Schoah und die Opfer der Kriege hin zu Wehrhaftigkeit und Unabhängigkeit.

Identifikation mit den Opfern

Einen ersten Wandel erfuhr der Umgang mit der Schoah durch den öffentlichen Prozess gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, der als Vorsitzender des „Judenreferats“ im NS-Reichssicherheitshauptamt für die Verbringung, Deportation und Vernichtung der Juden mitverantwortlich gewesen war. Eichmann wurde 1960 vom israelischen Geheimdienst in Argentinien entführt, wohin er nach Kriegsende geflohen war, und nach Israel gebracht. Dort wurde er angeklagt und am 15. Dezember 1961 zum Tode verurteilt. Durch die ausführliche Aufnahme der Zeugnisse Überlebender und deren Übertragung in Rundfunk und Fernsehen hörte eine breite Öffentlichkeit nun aus erster Hand Augenzeugenberichte der Gräueltaten aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern. Dies führte nicht nur in Israel sondern weltweit zu einer stärkeren gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Schrecken der Schoah.

Einen nächsten Einschnitt bedeutete der Sechstagekrieg vom Juni 1967. Diesem waren einige Wochen angstvollen Abwartens vorausgegangen, in denen vor allem die ägyptische Propaganda die Vernichtung des israelischen Staates beschwor. Die Israelis fühlten sich weitgehend von der Welt alleine gelassen und damit an die dunklen Tage der Schoah erinnert. Vergleiche, etwa des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser mit Adolf Hitler, fanden in der Bevölkerung eine große Resonanz. Durch den schnellen und unerwarteten Sieg der israelischen Armee herrschte nach dem Krieg zwar zunächst eine euphorische Stimmung, doch der Nimbus der Unbesiegbarkeit wurde bereits wenige Jahre später durch die anfänglichen Niederlagen im Jom-Kippur-Krieg von 1973 beschädigt. Das in den Kriegen erlebte Gefühl der Hilflosigkeit und Ängste vor bevorstehender Vernichtung führten zur gesteigerten Identifizierung vieler Israelis mit dem Schicksal der europäischen Juden.



Am Gedenktag für die ermordeten Juden steht in Israel auf ein Sirensignal hin für zwei Minuten alles Leben still.

Kontroversen um die Wirkung der Erinnerung an die Schoah

In diesem Zusammenhang fand die Schoah auch als moralisches Argument Eingang in die politischen Debatten Israels. Für Befürworter einer unnachgiebigen Politik gegenüber den arabischen Nachbarn stellte der Genozid eine Mahnung dar, der zufolge Juden nie wieder in eine Position der Schwäche gelangen dürften. Für sie wurden die Feinde Israels zu Nazis und jeglicher Versuch der Friedensschließung wurde zur naiven *Appeasement*-Politik – in Erinnerung an die erfolglosen Bemühungen des britischen Premierministers Neville Chamberlain in den späten 1930er-Jahren, Hitler-Deutschland zu befrieden. Insbesondere Menachem Begin, der ab 1977 als Ministerpräsident fungierte, den Zweiten Weltkrieg in sowjetischer Gefangenschaft und als Soldat polnischer Streitkräfte verbracht und seine Familie in der Schoah verloren hatte, tat sich durch solche Assoziationen hervor. So setzte er Jassir Arafat mit Hitler gleich und brachte das Gründungsmanifest der PLO mit Hitlers „Mein Kampf“ in Verbindung.

Die andere Seite des politischen Spektrums wiederum nutzte Vergleiche mit den Deutschen, um den israelischen Militarismus und die Besetzung der palästinensischen Gebiete als faschistisch zu verurteilen.

In einem Artikel der linksliberalen Zeitung Haaretz kritisierte der Wissenschaftler und Schoah-Überlebende Jehuda Elkana 1988 die nationalistische Auslegung der Schoah in Israel, die sich seiner Ansicht nach in fataler Weise auf das Verhalten israelischer Soldaten während der palästinensischen Intifada auswirkte. Im Umgang mit dem Aufstand der Bevölkerung in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten seien sie von einer profunden Existenzangst getrieben worden. Daher plädierte Elkana dafür, dem Gedenken an die Schoah weniger Platz einzuräumen.

Eingang fand solche Kritik in den Umgang mit dem Völkermord in der Erziehung und vor allem in israelischen Schulbüchern. Bis zum Ende der 1970er-Jahre war der Schoah hier lediglich ein randständiger Platz zugewiesen worden. Nun jedoch machten sich Erziehungsbeauftragte und Wissenschaftler daran, die Holocaust-Erziehung grundlegend zu überarbeiten.

Eines der erfolgreichsten Schulbücher wurde von zwei Historikern herausgegeben, die dafür plädierten, die Schoah um ihrer selbst willen zu unterrichten und nicht nur, um daraus Lehren für die Gegenwart – wie etwa die Notwendigkeit eines wehrhaften israelischen Staates – zu ziehen.

Der Libanonkrieg in den 1980er-Jahren und der Golfkrieg von 1990/1991, in dem sich die Israelis in abgeschlossenen Zimmern verbarrikadierten, weil der Irak ihnen gedroht hatte, sie mit (unter deutscher Hilfe produzierten) Giftgas-Raketen zu beschießen (die tatsächlich abgefeuerten Raketen enthielten kein Giftgas), vertieften weiter die israelische Identifikation mit den Opfern der Schoah. Dieser wurde so in den Worten des Historikers Moshe Zimmermann „mehr und mehr zum zentralen Erlebnis des israelischen Kollektivs“.

Spektrum des Gedenkens seit den 1990er-Jahren

Mit dem Ende der Sowjetunion eröffneten sich in den 1990er-Jahren neue Möglichkeiten der Holocaust-Erziehung. Schulen begannen, Exkursionen nach Ostmitteleuropa und vor allem nach Polen zu organisieren, wo sie mit Schülern und Schülerinnen die NS-Vernichtungslager und andere historische Schauplätze besichtigten. Den Veranstaltern wurde allerdings bald vorgeworfen, die Darstellung jüdischen Lebens in der Diaspora auf Ausgrenzung und Vernichtung zu verkürzen: Damit wollten sie – so die Kritik – lediglich den zionistischen Standpunkt vermitteln, dass jüdisches Leben auf Dauer nur in Israel möglich sei. Auch führte der einsetzende jüdische Massentourismus immer wieder zu Verstimmungen mit den polnischen Gastgebern, die sich als antisemitisch gebrandmarkt und somit einseitig dargestellt sahen. Mittlerweile wird der Erkundung jüdischen Lebens vor der Schoah ein breiterer Platz eingeräumt, doch die Exkursionen bleiben weiterhin umstritten.

Allerdings ist die Auseinandersetzung mit der Schoah in Israel keinesfalls auf solche Motive reduzierbar, sondern findet in vielfältiger Weise und auf unterschiedlichen Ebenen statt. Die im Norden Israels befindliche Gedenkstätte „Haus der Ghetto-kämpfer“ etwa arbeitet mit alternativen Ansätzen, in denen versucht wird, jüdische und arabische israelische Jugendliche über eine Auseinandersetzung mit der Schoah ins Gespräch zu bringen. Es existiert eine große Bandbreite an Sichtweisen von religiösen Ansätzen über säkulare Interpretationen, die von einer nationalen Katastrophe des jüdischen Volkes sprechen, bis hin zu universalistischen Auslegungen, die in der Schoah ein (allerdings gleichsam besonderes) Beispiel für das moderne Phänomen des Genozids sehen.

Solche Ansätze gehen auch auf die Probleme der arabischen Bevölkerung ein, die Schoah als konstitutives Element national-staatlicher Narrative anzuerkennen. Gerade weil diese für die jüdische Bevölkerung eine zutiefst legitimierende Rolle in deren zionistischen Selbstverständnis spielt, taten sich israelische Palästinenser lange Zeit schwer mit der Anerkennung des Völkermords.

Für Palästinenser (innerhalb und jenseits der Grünen Grenze) dagegen formt die Erfahrung von Flucht und Vertreibung der Jahre 1947 bis 1949, die *Nakba* („Katastrophe“), einen konstitutiven Teil ihres nationalen Selbstverständnisses. Mit der Anerkennung dieser Leidensgeschichte wiederum tun sich weite Teile der jüdischen Bevölkerung schwer, da diese gleichsam mit

der Gründung Israels als jüdischem Staat (d.h. eines Staat mit jüdischer Bevölkerungsmehrheit) verwoben ist.

Auf solche Spannungen eingehend, gibt es u. a. in Yad Vashem mittlerweile Programme, die die Kenntnisse der arabischen Bevölkerung über die Schoah vertiefen und dabei ihre speziellen Bedürfnisse berücksichtigen sollen. In Nazareth besteht zudem seit einigen Jahren ein privat geführtes Holocaust-Museum, welches sich in erster Linie an die israelisch-palästinensische Minderheit richtet.

Israelis folgen in ihrem Umgang mit der Schoah nicht einfach öffentlichen Repräsentanten, sondern entwickeln individuelle Ansätze, auch wenn die nationalen Gedenkstätten und -feiern eine wichtige Rolle spielen. Darüber hinaus hat die Erinnerung an die Schoah für viele Israelis weiterhin eine starke persönliche Komponente, was bei allen Diskussionen um zionistische Erziehung nicht vergessen werden sollte.

Nichtsdestotrotz droht allerdings auch in Israel das Gedenken an die Schoah mit wachsendem zeitlichem Abstand an Bedeutung einzubüßen. Vor einigen Jahren etwa zogen junge israelische Erwachsene Aufmerksamkeit auf sich, indem sie sich die KZ-Nummern ihrer Großeltern auf die Unterarme tätowieren ließen, um gegen die Unkenntnis ihrer Generation zu diesem Thema zu protestieren. Das Beispiel macht gleichzeitig deutlich, wie vielfältig und kontrovers der Umgang mit der Schoah in Israel ist. Dieses für Israelis so konstitutive historische Ereignis wird sicherlich auch in Zukunft ein vitaler Teil der gesellschaftlichen Diskussion bleiben.



Persönliches Gedenken: Simcha Rotem, ein Überlebender des Warschauer Ghettoaufstandes, besucht 2014 erstmals in seinem Leben Yad Vashem.



In ihrem Haus bieten die Überlebenden Irena Wodzislawski und ihr Mann auch jungen Menschen die Möglichkeit, sich anhand von Fotos, Dokumenten und Kunstwerken dem Geschehen der Schoah zu nähern.

Medien und Kultur

Das Hebräische, jahrhundertlang dem religiösen Ritus vorbehalten, hat sich nicht nur im modernen Alltag und in den landeseigenen Medien etabliert. Auch in Literatur und Musik ist die Sprache von hoher Ausdrucksfähigkeit. Israelische Kunstschaffende (Schriftsteller und Musiker) haben sich ein internationales Publikum geschaffen.

NOA LAVIE

Medienlandschaft

Israel ist eine parlamentarische Demokratie, und doch sind die Meinungs- und Pressefreiheit nie in einem Grundgesetz verankert worden. Außerdem steht das Land in anhaltendem Konflikt mit seinen arabischen Nachbarn. Dieser politische Hintergrund hat die Entwicklung und die Merkmale der Medienlandschaft in Israel erheblich mitgeprägt.

Radio und Fernsehen

In den ersten Jahrzehnten des Staates Israel waren Hörfunk und Fernsehen stark zentralisiert, da alle Radiosender und der – bis in die 1990er-Jahre einzige – Fernsehsender, Kanal 1, der staatlichen Rundfunkbehörde unterstanden. Ausgenommen waren der Radiosender der Armee – *Galei Zahal* mit der Tochterstation *Galgalez* – und das Schulfernsehen.

1990 beschloss man, die Fernseh- und Hörfunksender teilweise zu privatisieren und kommerzielles Fernsehen zuzulassen. Im selben Jahr wurde ein Gesetz für die zweite Fernseh- und Rundfunkbehörde erlassen, das die Konzessionen und Genehmigungen des öffentlich-kommerziellen Fernsehens in Israel regelt.

Die zweite Senderbehörde sollte vor allem den abweichenden kulturellen Vorlieben der israelischen Peripherie zum Ausdruck verhelfen, deren Bewohner den eher schwachen Gesellschaftsschichten des Staates angehören. Dazu zählen in erster Linie *Misrachim* (Juden aus arabischen Ländern), Araber (Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft) sowie Einwanderer aus den GUS-Staaten und aus Äthiopien. Um sie zu versorgen, entstanden zahlreiche kommerzielle Regionalsender. Trotzdem repräsentieren die meisten nach wie vor die jüdisch-säkulare und die jüdisch-traditionelle Gesellschaft. Rundfunk ist sehr populär bei den Jugendlichen, die ihn auf verschiedenen Sendeplattformen hören. Ihr Favorit ist der Musiksender *Galgalez*.

Israel hat heute ein duales TV-Sendermodell, das öffentlich-rechtliches (heute Kanal Kan 11) und öffentlich-kommerzielles Fernsehen (heute *Keshet* 12, *Reshet* 13 und Kanal 10 14) mit Satelliten- und Kabelsendern verbindet. Letztlich wächst der Konsum von TV-Inhalten auf Internet-Plattformen.

Populärster Fernsehsender ist der (neuerdings in *Keshet* und *Reshet* gesplante) kommerzielle Kanal 2. Am beliebtesten sind Reality-TV-Programme, und zwar mehr noch als in anderen westlichen Ländern. Das mag sich unter anderem daraus erklären, dass der TV-Markt in Israel klein ist und seine Verbraucher jahrelang an den kollektiven Konsum eines einzigen Fernsehsenders gewöhnt waren. Das populärste Reality-Programm ist „*HaAch HaGadol*“ (*Big Brother*), gefolgt von israelischen Versionen der Serien „*Survival*“, „*The Voice*“ und

„*The Amazing Race*“. Die absolute Mehrheit der im Fernsehen auftretenden Personen sind Juden und Jüdinnen – in Nachrichten, Reality und Drama. Das Arabische, die zweite offizielle Sprache in Israel, ist kaum je zu hören.

Presse und neue Medien

Die drei wichtigsten Tageszeitungen in Israel sind das Boulevardblatt *Yedioth Ahronoth*, die elitäre, linksliberale Zeitung *Haaretz* und das unter schweren finanziellen Verlusten verteilte Gratisblatt Israel *HaYom*. Letzteres gehört Sheldon Adelson, einem amerikanisch-jüdischen Unternehmer und persönlichen Freund von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu. In den letzten Jahren rückt die israelische Öffentlichkeit – dem weltweiten Trend folgend – immer mehr von den Printmedien ab.

Seit 2003 dringt das Internet rasant nach Israel ein, wo es wächst und gedeiht. Das äußert sich auch in der großen Beliebtheit, die im Land entwickelte Apps genießen. Auf der Liste der erfolgreichsten Applikationen der Firma *Apple* für das Jahr 2014 beispielsweise standen mehrere israelische, an erster Stelle die Navigations-App *Waze*. Zu den wichtigsten Kommunikationsformen in Israel zählen die sozialen Netzwerke, angeführt von *Facebook*. Unter jungen Israelis gewinnt auch *Snapchat* an Beliebtheit. Hassreden in den sozialen Netzwerken sind stark verbreitet. Am schlimmsten betroffen sind Araber, Linke, LGBT, Ultraorthodoxe, *Misrachim* und die Flüchtlinge aus Afrika.

Die Kommunikation in Israel ist zum Teil kritischer als früher, und das trotz Zentralisierung und einigem Klüngel zwischen Kapital und Medien. Das ist unter anderem auf die Entstehung neuer, unabhängiger Kommunikationswege im Internet zurückzuführen. Journalisten, die für etablierte Medien arbeiten, nutzen auch soziale Netzwerke und veröffentlichen persönliche Posts über *Facebook* oder *Twitter*, die sich großer Beliebtheit erfreuen.

Trotz alledem sehen sich die israelischen Medien in den letzten Jahren Angriffen von Regierungsseite ausgesetzt. Der Kampf um die Meinungs- und Pressefreiheit im Land ist derzeit in vollem Gang. Die Zukunft dieses Ringens wird sich, wie jede Zukunft, erst später offenbaren.

Aus dem Hebräischen von Ruth Achlama

ANAT FEINBERG

Literatur

Hebräisch? Jiddisch? Gar Arabisch und vielleicht Russisch? Es mag zunächst merkwürdig anmuten, doch die Bezeichnung „Israelische Literatur“ umfasst Prosawerke, Gedichte und Bühnenstücke in diesen und weiteren Sprachen. Nicht minder faszinierend ist das Spektrum der Autoren mit ihren höchst unterschiedlichen biographischen Hintergründen: Einige sind vor der Staatsgründung geboren (Amos Oz, Abraham B. Jehoschua, Joshua Sobol), andere im souveränen Israel (David Grossman, Zeruya Shalev, Meir Shalev); einige stammen aus den GUS-Staaten,

aber schreiben ihre Werke auf Hebräisch (Alona Kimchi, Marina Grosslerner, Alex Epstein), andere wiederum halten an ihrer russischen Muttersprache fest (Dina Rubina). Neben diesen Schriftstellern jüdischer Herkunft gibt es israelische Araber – manche definieren sich ausdrücklich als Palästinenser – die ihre literarischen Werke auf Arabisch (Emil Chabibi) oder auf Hebräisch (Anton Shammas, Sayed Kashua) verfassen.

Renaissance des Hebräischen und die Figur des „Neuen Juden“

Heute kaum vorstellbar: Noch vor genau 100 Jahren lebten die meisten Leser und Verleger der hebräischen Literatur ebenso wie die in dieser Sprache schreibenden Autoren in Ost- und Mitteleuropa. Dass die hebräische Sprache im jüdischen Staat eine einzigartige Renaissance erlebte, ist zweifellos einer der größten und eindeutigsten Erfolge der zionistischen Bewegung. Die Sprache, die jahrhundertlang als *Sefat kodesch* (Heilige Sprache) hauptsächlich im religiösen Ritus gebraucht wurde, ist in Israel zu einer lebenden Sprache, zu einem Kommunikationsmittel im Alltag wie auch zu einer den Zeitgeist widerspiegelnden Sprache der Literatur geworden. Aus einer Literatur fernab eines nationalen Territoriums, die voller Sehnsucht und Hoffnung das Land Zion idealisierte, wurde die Literatur einer Nation – eine Literatur, die die Wiedergeburt des jüdischen Volkes in der altneuen Heimat begleitete, gewiss teilweise auch überhöhte, sich aber auch mutig und oft vorausahnend mit den Problemen des Landes auseinandersetzte.

„Elik wurde aus dem Meer geboren“ – dieser Einleitungssatz in Moshe Shamirs Roman „Mit eigenen Händen“ (1951) formuliert die Quintessenz des neuen, mit Mythen beladenen Helden, der anspielungsreich aus dem Meer emporstieg und von Wellen getragen direkt in die *erez*-israelische Welt eintrat. Die Figur des „neuen Juden“, des im Lande geborenen Israeli, dominierte die erste Phase der Literaturgeschichte des jüdischen Staates. Die mediterrane Landschaft der Heimat bildet den Hintergrund für das Werden und Wirken des *Sabra*-Helden, der das normale Leben eines freien Volkes im eigenen Land verkörpert. Der Israeli, der aus der Heimerde Brot gewinnt und der Taten über Worte stellt, sollte eine Antwort auf das

stereotype Bild sein, das man sich – in und außerhalb der Literatur – damals gemeinhin vom Juden in der Diaspora machte. Doch in der gegenwärtigen Literatur ist der heldenhafte Typus kaum noch zu finden; auch Naturverklärung und Kibbuz-Landschaften sind weitgehend verschwunden.

Thema Nahostkonflikt

In politischen Fragen waren es gerade die Schriftsteller, nicht die Politiker, denen bereits kurz nach der Staatsgründung die ersten Zweifel kamen. Weder das zionistische Projekt noch die israelische Politik konnten eine Lösung für das Zusammenleben mit den Arabern anbieten. Die Kriege hatte man zwar gewonnen, den Konflikt mit den Palästinensern aber nicht gelöst. Früh fand das moralische Dilemma im Nahostkonflikt Ausdruck in den meisterhaften Kurzgeschichten von S. Yizhar „*Hirbet Hizaa*“ und „*Der Gefangene*“ (1948). In seinem autobiografischen Roman „1948“ (2010) erzählt Yoram Kaniuk die Geschichte eines jungen Israeli, der voller Heldenmut im Unabhängigkeitskrieg kämpft und Jahre später über Leid, Schuld und Sinnlosigkeit der Kriege reflektiert. Immer wieder setzten sich die Autoren – längst vor den „Neuen Historikern“ – mit der zionistischen Geschichtsschreibung bzw. mit idealisierenden Narrativen auseinander und hinterfragten dabei die identitätsstiftenden Gründungsmythen des Staates. In jüngerer Zeit sind vermehrt Zukunftsromane erschienen – Dystopien, die ein düsteres Bild der israelischen Gesellschaft im Schatten von politischen Krisen, Terror- und *Cyberspace*-Katastrophen zeichnen (Asaf Gavron, Yali Sobol, Yigal Sarna).

Der mitunter geäußerte Vorwurf, israelische Schriftsteller zögen sich ins Private zurück und vermieden dadurch die Beschäftigung mit den „großen“ politisch-gesellschaftlichen Themen, ist unzutreffend. Das Gegenteil ist der Fall. Neben Werken angesehener Autoren, in denen die persönliche mit der kollektiven Geschichte verschränkt wird – so beispielsweise Amos Oz' „Eine Geschichte von Liebe und Finsternis“ (2002) oder David Grossmans Meisterwerk „Eine Frau flieht vor einer Nachricht“ (2008) – gibt es eine beachtliche belletristische Produktion weiterer Autoren, die von der intensiven Beschäftigung mit brisanten Themen zeugt.



Moshe Shamir gehört zu den Autoren, die den im Land geborenen Israeli beschrieben. Sein Stück „*Er ging in die Felder*“, hier in einer Aufführung des Kameri-Theaters Tel Aviv, spielt 1944 und handelt vom Kampf der Juden in Palästina gegen Briten und Araber. Es wird als erstes Stück nach der Unabhängigkeit Israels Ende Mai 1948 uraufgeführt.



picture alliance / FXSELL / Davor Vranjic



picture alliance / Sven Simon / Anke Waelischmüller



picture alliance / ROPF



Eric Fougere / VIP Images / Corbis via Getty Images

Israelische Schriftsteller setzen sich mit auch brisanten Themen auseinander und haben in Deutschland eine große Fangemeinde. V.l. n. re.: David Grossman, Zeruya Shalev, Etgar Keret, Shifra Horn

Frauen und Geschlechterverhältnisse

Kaum mehr zu überschauen ist seit dem Anfang der 1990er-Jahre außerdem die Zahl von Romanen aus der Feder israelischer Schriftstellerinnen (Zeruya Shalev, Hila Blum). Deren Blick richtet sich häufig auf das Leid, die Leidenschaften und Ängste der Frau als autonomem Subjekt. Diese Literatur stellt eine späte Antwort auf die lange Zeit herrschende Ausgrenzung der Frau im männlich dominierten nationalen Diskurs und in der Belletristik dar. Beschrieben werden Ehe und Mutterschaft, sexuelle Erfahrungen und weibliche Intimitäten. Im Zeichen wachsender Aufgeschlossenheit und Toleranz werden zudem lesbische Beziehungen (Klil Zisapel) und die Erfahrungen männlicher Homosexueller beschrieben (Ilan Sheinfeld, Moshe Sakal).

Auseinandersetzung mit der Orthodoxie

Bemerkenswert sind ebenfalls eine Reihe von Romanen, die das orthodoxe Milieu mit seinen strengen Verhaltensregeln und Sitten beleuchten. Der Drang, aus diesem als hermetisch empfundenen Leben auszubrechen, sowie die Suche nach einer jüdischen Identität jenseits einer religiös bestimmten Tradition sind Themen, die beispielsweise in der Erzählprosa von Autoren wie Mira Magen, Haim Be'er und Dov Elbaum eine wichtige Rolle spielen.

In den vergangenen Jahren sind auch die unterschiedlichen ethnischen Gruppen, aus denen die israelische Gesellschaft besteht, immer stärker in den Mittelpunkt der Literatur gerückt. Getragen vom Wunsch nach kultureller Erinnerung unternehmen die Kinder und Enkelkinder der Einwanderer, insbesondere diejenigen orientalischer Herkunft (Orly Castel-Bloom, Almog Behar, Eli Eliyahu), den Versuch, die Geschichte ihrer Familie und das Leben der Vorfahren in der Diaspora aufzuarbeiten, nachdem dieses Erbe in Israel lange Zeit unter dem Druck eines monolithischen, eurozentrisch orientierten Identitätsmodells verschwiegen wurde. 2008 erschien „Asterei“ von Omri Tegamlak Avera, der allererste Roman, der die Einwanderung eines äthiopischen Israelis schildert. Im In- und Ausland erfolgreich ist Etgar Keret, der in knappen, minimalistischen Texten, von Comic-Kultur und Kurzfilmästhetik inspiriert, diverse Sprachmodi aufgreift und spielerisch verarbeitet.

Das Deutschland-Motiv

Neben Werken der „Zweiten Generation“, die das Schweigen über den Holocaust zu durchbrechen und sich literarisch dem

Unbeschreiblichen zu nähern versuchen (Savyon Liebrecht, Nava Semel), gewinnt seit Anfang des Millenniums das Deutschland-Motiv an Bedeutung. Nach Yoram Kaniuks „Der letzte Berliner“ (2002) und Fania Oz-Salzbergers Studie „Israelis in Berlin“ (2001) erschienen zahlreiche Romane, die Erinnerungen an eine untergegangene Welt beschwören, dabei aber gleichzeitig auch das heutige Deutschland, insbesondere Berlin, erkunden, so etwa Haim Be'ers „Bebelplatz“ (2007) oder Shifra Horns „Der Tanz der Skorpione“ (2012).

DOMINIK PETERS

Israelische Musikkulturen: Soundtracks seiner Gesellschaften

Israel ist nicht nur ein kleines Land, in etwa so groß wie Hessen, sondern auch ein Einwanderungsland. Die meisten seiner Bürger stammen in erster, zweiter oder dritter Generation von einem der fünf Kontinente. Dies spiegelt sich heute in den vielfältigen Kulturen seiner Gesellschaften wider – und damit auch in der Musik.

Das war indes nicht immer so. In den Gründerjahren war Israel durch David Ben Gurion etatistisch regiert worden. Der erste Ministerpräsident des Landes hatte einen starken Staat aufgebaut. Die *Aschkenasim* – das heißt jene Juden, die mehrheitlich vor 1948 aus Europa eingewandert waren – und nicht die *Misrachim* – das heißt jene Juden, die mehrheitlich nach 1948 aus der muslimisch geprägten Welt eingewandert waren – dominieren nicht nur die Politik und die Armee des Landes, sondern auch seine Kultur.

Melodien für Millionen

Aufgrund der bedrängten sicherheitspolitischen Lage des Landes war und ist die Armee eine der wichtigsten Institutionen in Israel. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Armee auch die israelische Musikkultur nachhaltig geprägt hat, vor allem durch Unterhaltungsgruppen und -bands. Diese waren sowohl Talentschmiede für Israels größte Rock- und Popmusiker wie Arik Einstein und Shlomo Artzi, als auch zentrale Multiplikatoren zionistischer Wertvorstellungen. Sie spielten ihre Lieder nicht nur vor Soldaten im Feld,

sondern produzierten auch eine Vielzahl an Schallplatten und traten ab den 1960er-Jahren im Schwarz-Weiß-Fernsehen auf.

Der Inhalt ihrer patriotischen Texte drehte sich dabei stets um den Aufbau der Nation, den Wert der Arbeit der eigenen Hände und die Wehrhaftigkeit des jüdischen Staates. Die Unterhaltungsgruppen verankerten damit den Ethos der israelischen Pioniere auf ähnliche Weise im öffentlichen Bewusstsein der Israelis, wie „William Cody – Buffalo Bill – und seine Truppe“ einstmals den amerikanischen Pionier in ihrer Wild West-Show“ institutionalisiert hatten, so der Soziologe Oz Almog. Die Unterhaltungsgruppen übertönten mit ihren Melodien für Millionen die multikulturelle Vielfalt der israelischen Gesellschaften im wahrsten Sinne des Wortes.

Rock und Pop zwischen Mittelmeer und Jordan

Erst mit Beginn der 1970er-Jahre änderte sich das. Infolge des Jom-Kippur-Krieges 1973 erodierte die hegemoniale Stellung der aschkenasischen Gründerväter und -mütter. Die gesellschaftlichen Freiräume wurden größer. Ihre Söhne und Töchter wollten nicht länger mit Mundharmonika und Akkordeon musizieren, sondern E-Gitarre und Bass spielen.

Sie waren von der Rockmusikwelle erfasst worden, die nach dem Woodstock-Festival 1969 in weiten Teilen der westlichen Welt einsetzte. Im Stil ihrer englischsprachigen Vorbilder – von den Beatles bis hin zu den Rolling Stones – machten Arik Einstein und Shlomo Artzi, Schalom Hanoch und Ehud Banai sowie viele andere hebräische Künstler Rockmusik in Israel populär. Ihre Lieder sind bis heute fester Bestandteil des israelischen Musikkanons. Sie werden von Jung und Alt gehört.

Pop war damals auch immer Protest. In der politischen Tradition Bob Dylans avancierten ab den 1970er-Jahren auch in Israel kritische Künstler wie Meir Ariel und Jehonathan Geffen zu gesellschaftlich anerkannten Singer-Songwritern; ebenso entwickelte sich sukzessive eine Festivalkultur im Land.

Orient meets Okzident

Der erste weltweit bekannte Sänger aus Israel sang indes nicht auf Hebräisch oder Englisch, sondern auf Französisch. Mit seinen Chansons eroberte Moshe Brand im gleichen Zeitraum die französischen Charts. Unter seinem Künstlernamen „Mike Brant“ wurde er jedoch nicht nur zwischen Aix-en-Provence und Paris berühmt, sondern auch im Iran des Schahs von

Persien. Der Israeli spielte im Iran umjubelte Konzerte vor der *Jeunesse dorée* der säkularen Oberschicht.

Iran und Irak, Jemen und Marokko – dies sind die Länder, aus denen die Mehrheit der *Misrachim* eingewandert waren. Parallel zu jenen Künstlern, die sich mit Beginn der 1970er-Jahre in hebräischer Sprache der englischsprachigen Musikwelt zuwandten, gelangten einige Künstler – vor allem Chajim Mosche und Zohar Argov – in Israel zu Erfolg, indem sie sich in hebräischer Sprache den arabischen beziehungsweise persischen Musiktraditionen zuwandten.

Seit den 1980er-Jahren ist dieser Musikstil aus Israel nicht mehr wegzudenken, er dominiert die Charts Jahr für Jahr. Die drei prominentesten und mit zahlreichen Platin-Platten ausgezeichneten Künstler dieses Genres sind zum einen die Sängerin Rita, die als Rita Johanfarouz in Iran geboren worden ist, zum anderen Sarit Hadad, deren Eltern aus Dagestan eingewandert waren, und außerdem Eyal Golan, dessen Familie aus Marokko stammt.

Israelische Musik im globalen Dorf

Mit jedem Jahrzehnt der israelischen Geschichte sind die musikalischen Trennlinien zwischen *Aschkenasim* und *Misrachim* brüchiger geworden, haben sich Stile und Traditionen vermischt. Heute – in Zeiten von *iTunes* und *Amazon Prime Music* – hört und singt die israelische Bevölkerung, was auch der Rest der Welt hört und singt: Techno und Trance, Hip Hop und RnB, Reggae und Ragga.

Der Sänger Asaf Avidan spielt vor ausverkauftem Haus zwischen Barcelona und Beerscheva. Mit seinem Song „One Day“ in der Dance-Version des Berliner DJs „Wankelmut“ eroberte er 2012 weltweit die Charts. Ein anderer Künstler, Idan Raichel, hat sich in Israel im vergangenen Jahrzehnt einen Namen mit israelisch-äthiopischer Musik gemacht, spielt seither Tour-Konzerte zwischen Tel Aviv und Toronto und hat 2014 ein Instrumental-Album mit dem malischen Superstar Boureima „Vieux“ Farka Touré aufgenommen.

Liraz Charhi hat 2016 eine viel beachtete Coverversion von „Love me like you do“, dem Titelsong der Romanverfilmung von „Fifty Shades of Grey“, aufgenommen. Dies jedoch nicht auf Englisch oder Hebräisch – sondern auf Farsi. Das virale *YouTube*-Video des Songs der israelischen Künstlerin mit persischen Wurzeln wurde in Istanbul aufgenommen. Mit anderen Worten: 70 Jahre nach der Staatsgründung ist Israel, ist die nationale Musikszene im globalen Dorf fest verankert.



Die vielfältigen Kulturen Israels spiegeln sich auch in der Musik wider: Shlomo Artzi 2015 bei einem Konzert in Tel Aviv; Sarit Hadad während eines Konzerts in Jerusalem.



Tel Aviv ist das Wirtschaftszentrum Israels. Blick über die Stadt

GUY KATZ

Wirtschaftliche Grundzüge und Entwicklungen

Innerhalb von 70 Jahren hat sich Israel vom Erzeuger hauptsächlich landwirtschaftlicher Produkte zum Hightech-Land entwickelt. Viele hochgebildete Zuwanderer und deren Nachfrage bildeten einen wichtigen Motor für diese Transformation. Probleme bereiten die wachsende Ungleichheit in der Bevölkerung und der weiterhin ungelöste Nahostkonflikt.

Jahrzehnte des Wirtschaftswachstums

Als 1948 der Unabhängigkeitskrieg ausbrach, lebten im britischen Mandatsgebiet Palästina 600 000 Juden. Im Verhältnis zu ihrer Anzahl war ihre wirtschaftliche Stärke überraschend. Geschuldet war dies vor allem dem Umstand, dass die Armen Großbritanniens und seiner Verbündeten, die während des Zweiten Weltkrieges im Nahen Osten stationiert waren, verstärkt diejenigen Produkte für den Grundbedarf nachfragten, die die dortigen jüdischen Firmen im Angebot hatten. Und so gelangte das britische Mandatsgebiet ausgerechnet in den Jahren, in denen Millionen Juden dem Holocaust zum Opfer fielen, zu einem relativen wirtschaftlichen Wohlstand, der die Grundlage für die künftige Entwicklung legte.

Diese Wirtschaftskraft begünstigte den Erfolg der Juden im israelischen Unabhängigkeitskrieg von 1948 (Erster Nahostkrieg). Während der 15-monatigen Kampfhandlungen war das Produktionssystem voll ausgelastet, obwohl alle jungen Männer (ca. 135 000 Ende 1948, was fast einem Viertel der Einwohner entsprach) zum Kriegsdienst eingezogen worden waren und etwa 40 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) Israels für die Sicherheit und den Kriegseinsatz verwendet wurden.

Trotz dieser schwierigen Bedingungen sank das BIP im Jahr 1948 nicht. Diese Erfahrung gemeinschaftlicher Stärke und das Gefühl, einer Schicksalsgemeinschaft anzugehören, hatte wiederum psychologische Effekte: So gab die israelische Zentralbank auf dem Höhepunkt des Krieges 1948 eigenmächtig eine neue israelische Währung heraus, zu einem Zeitpunkt, da die existenzielle Gefährdung des jungen Staates noch nicht vorbei war.

Nach dem Krieg und ab Anfang der 1950er-Jahre verzeichnete die israelische Wirtschaft kontinuierliche Wachstumsraten. Diese wurden befördert durch den Start eines Rentenfonds, durch Reparationen aus Deutschland und Leistungen aus den USA, die den jüdischen Staat aus strategisch-politischen

Wirtschaftsdaten kompakt

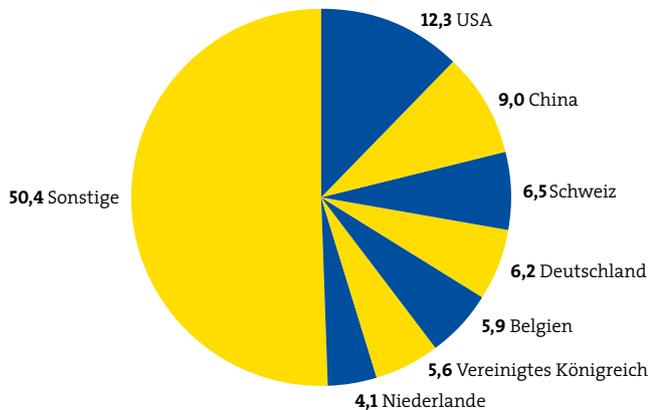
Wirtschaftslage

Bruttoinlandsprodukt (BIP, nominal) – Mrd. US-\$	2016: 317,71; 2017: 348,0*; 2018: 361,6*
BIP/Kopf (nominal) – US-\$	2016: 37192; 2017: 39974*; 2018: 40762*
BIP-Entstehung (in %)	2015: Bergbau / Industrie: 15,4; Transport / Logistik / Kommunikation: 13,2; Handel / Gaststätten / Hotels: 11,0; Bau: 5,8; Land- / Forst- / Fischwirtschaft: 1,3; Sonstige: 53,4
Wirtschaftswachstum (BIP, Veränderung in %, real)	2014: 3,5; 2015: 2,6; 2016: 4,0; 2017: 3,1*; 2018: 3,4*
Inflationsrate (in %)	2016: -0,5; 2017: -0,2*; 2018: 0,5*
Arbeitslosenquote (in %)	2016: 4,8; 2017: 4,3*; 2018: 4,5*
Haushaltssaldo (in % des BIP)	2016: -2,5; 2017: -3,2*; 2018: -3,7*
Ausgaben für Forschung und Entwicklung (in % des BIP)	2014: 4,2; 2015: 4,3*; 2016: 4,3*
Staatsverschuldung (in % des BIP, brutto)	2016: 62,3; 2017: 62,7*; 2018: 63,6*
Außenhandel – Mrd US-\$ (Abweichungen durch Rundungen)	Einfuhr: 2014: 72,3 (0,5 %); 2015: 62,1 (-14,2 %); 2016: 65,8 (6,0 %) Ausfuhr: 2014: 69,0 (3,3 %); 2015: 64,1 (-7,1 %); 2016: 60,6 (-5,5 %) Saldo: 2014: -3,4; 2015: 2,0; 2016: -5,2
Einfuhrgüter nach SITC (in % der Gesamteinfuhr)	2016: Nichtmetallische Mineralien: 12,5; Elektronik: 10,8; Maschinen: 10,6; Kfz und -Teile: 10,5; Nahrungsmittel: 6,9; Sonstige: 48,7
Ausfuhrüter nach SITC (in % der Gesamtausfuhr)	2016: Nichtmetallische Mineralien: 26,8; Elektronik: 11,5; Arzneimittel: 11,1; Elektrotechnik: 5,7; Maschinen: 5,6; Sonstige: 39,3

* Schätzung bzw. Prognose

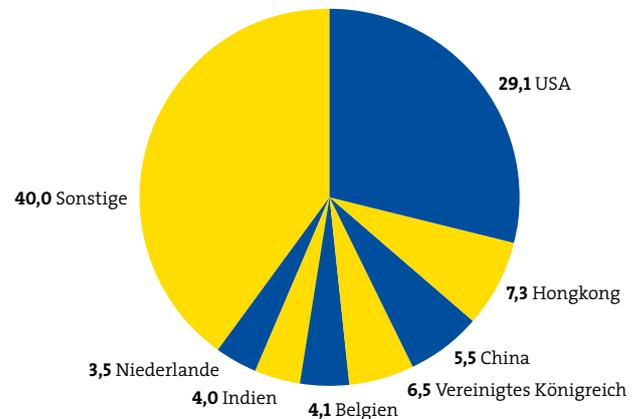
Hauptlieferländer

2016, in Prozent



Hauptabnehmerländer

2016, in Prozent



Wirtschaftsdaten kompakt. Israel. November 2017 © Germany Trade & Invest 2017

sowie humanitären Gründen unterstützten. Die Exporte stiegen, während sich die staatlichen Ausgaben reduzierten, einschließlich der Verringerung des Verteidigungshaushalts. Bis 1965 war eine signifikante Wachstumsrate von jährlich zehn Prozent zu beobachten, die in dieser Zeit weltweit nur Japan erreichen konnte. Die starke Zuwanderung von Juden nach Israel ließ den Binnenmarkt wachsen. Unter der Regierung der Mapai-Partei David Ben Gurions, die eine sozialistisch-etatistisch geprägte Ideologie vertrat, konnten einige strukturelle Probleme – die auch Israels lokaler Isolation geschuldet waren – behoben, die Produktivität erhöht, und bis zum Ende der 1950er-Jahre eine Vollbeschäftigung erreicht werden.

Nach diesem Aufschwung stagnierte die israelische Wirtschaft bis 1967. Doch der – aus israelischer Sicht – spektakuläre

Sieg des Sechstagekriegs im Juni 1967 kurbelte einen erneuten wirtschaftlichen Aufschwung an.

Besonders schnell entwickelte sich die Rüstungsindustrie. War noch bis 1967 Frankreich der Hauptwaffenlieferant Israels gewesen, so zwang das anschließende Verbot des französischen Präsidenten Charles de Gaulle, Waffen an Israel zu verkaufen, die Regierung, eigene Wege zu gehen. Besonders die Metall- und Elektroindustrie profitierten von umfangreichen Aufträgen aus dem Verteidigungsministerium. Innerhalb weniger Jahre gelang es der lokalen Rüstungsindustrie sogar, Weltniveau zu erreichen und Waffen mit hohen Technologiestandards zu exportieren.

Der territoriale Zugewinn der Sinaihalbinsel, des Westjordanlands, des Gazastreifens und der Golanhöhen stimulierte

die wirtschaftliche Nachfrage, insbesondere beim Hoch- und Tiefbau sowie Straßen- und Festungsbau. Diesem Aufschwung folgte eine Stagnationsphase, die in den späten 1970er-Jahren durch neuerliche Einwanderungswellen aus Europa und der damaligen Sowjetunion beendet wurde. Die einwandernden Menschen waren in der Mehrheit hochgebildet, ihre Nachfrage kurbelte das Wachstum des Bausektors und die Produktion von Konsumgütern an.

Einschnitte durch den Jom-Kippur-Krieg und die Ölkrise

Zwei Ereignisse haben in den 1970er-Jahren in Israel Spuren hinterlassen: der Jom-Kippur-Krieg 1973 und die darauf folgende Ölkrise. Die „wirtschaftlichen Kosten“ dieses Krieges sind schwer zu bewerten. Sie ergaben sich aus der Notwendigkeit, Waffen und Ausrüstung zu kaufen und einen erheblichen Teil der Erwerbsbevölkerung monatelang für den Militärdienst zu mobilisieren.

Der Verteidigungshaushalt erreichte seinen Höhepunkt Mitte der 1970er-Jahre, als er mehr als 30 Prozent des BIP ausmachte, verglichen mit 20 Prozent in der Vorkriegsperiode. Im Vergleich dazu überschreitet das langjährige Mittel der Verteidigungshaushalte europäischer Länder in relativen Friedenszeiten nicht mehr als fünf Prozent von deren BIP, in den USA sind es etwa zehn Prozent. In Israel wurde ein signifikanter Teil dieser Belastung durch Zuschüsse und Darlehen der US-Regierung gedeckt.

Die Ölkrise 1973 wurde durch ein Öl-Embargo der arabischen OAPEC, der „Organisation der arabischen Erdöl export-

tierenden Staaten“ ausgelöst. Mit der Einstellung der Lieferungen sollten die Verbündeten Israels im Jom-Kippur-Krieg wirtschaftlich unter Druck gesetzt werden; die Folgen hiervon erreichten in der Konsequenz auch Israel. Die Ölpreise stiegen kurzfristig rasant an und verteuerten spürbar die Produktionskosten. Diese Teuerung traf den globalen Handel ebenso wie israelische Exporte und löste im Land eine Wirtschaftskrise aus.

Das Stabilisierungsprogramm des Likud

1977 gewann Menachem Begin die Wahlen und sein rechtsgerichteter Likud dominierte die Regierung. Die bisher zentralisierte und staatlich kontrollierte Volkswirtschaft sollte nun revidiert, privatisiert und liberalisiert werden. Diese Aufgabe gelang nur bedingt, ihr Erfolg manifestierte sich erst Jahrzehnte später. Mit Beginn der Umstrukturierung trat Israel in eine Ära dreistelliger Inflationsraten ein, in eine sogenannte Hyperinflation, die bis Ende der 1980er-Jahre anhielt. Einige erfolglose Stabilisierungsversuche der Politik verschärfte das Problem, im Jahr 1984 erreichte die Inflation das Rekordniveau von 450 Prozent. Die ohnehin angespannte wirtschaftliche Situation wurde durch den Absturz der staatlich regulierten Bankaktien im Jahr 1983 noch verstärkt.

Erst im Jahr 1985, nach einem neuerlichen Regierungswechsel und einer Koalition zweier großer Parteibündnisse von links und von rechts, konnten der Finanzminister Yitzhak Modai und Ministerpräsident Shimon Peres ein wirtschaftliches Stabilisierungsprogramm realisieren. Es beinhaltete

Kibbuz – ein Lebensstil im Wandel

Eine Gemeinschaft von Gleichen, die auf Privatbesitz und Privilegien zum Wohle aller verzichtet: In seiner Frühzeit war der Kibbuz der Inbegriff linker und zugleich zionistischer Pionierarbeit. In der Erde zu wühlen, selbst das anzubauen, was auf den Tisch kommt, und in der Freizeit mit einer Ausgabe von „Das Kapital“ zwischen Kühen, Hühnern und Olivenbäumen umherzustreifen – das entsprach dem Ideal.

Tatsächlich produzieren die Kibbuzim heute noch rund 40 Prozent der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Israels, obwohl sie nur 2 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Doch mit einem sozialistischen Kollektiv haben die allermeisten nur noch wenig zu tun. Der Kapitalismus hat die Kibbuz-Bewegung auf dreifache Weise erobert: Zum einen sind die Kibbuzim selbst Arbeitgeber geworden. Die Felder werden heute meist von thailändischen Arbeitsmigranten bestellt. Zum zweiten haben die meisten inzwischen eine Privatisierung durchgeführt. Und drittens haben viele Kibbuzim Unternehmen gegründet und sind damit teilweise recht erfolgreiche Kapitalisten geworden [...].

Ausgangspunkt des Wandels war der Aufstieg des konservativen Likud in den siebziger Jahren, der die überproportionale Subventionierung der Kibbuzim beendete. [...] Viele versuchten es daraufhin mit kleinen Industriebetrieben, etwa in der Lebensmittelverarbeitung, oder sie bauten Ferienunterkünfte, um an ausländischen Touristen oder gestressten Städtern zu

verdienen. Doch weil sie von Management und Märkten zu wenig verstanden, stürzten viele Gemeinschaften noch tiefer in den Abgrund. [...]

Doch der Trend zu kleinen Industriebetrieben hat sich fortgesetzt. In der *Kibbutz Industries Association* (KIA) sind heute über 250 Betriebe organisiert. Bei aktuell rund 270 Kibbuzim in Israel heißt das: fast jeder Kibbuz hat eine Produktionsstätte aufgebaut. 22 dieser Firmen sind sogar an die Börse gegangen. Die Kibbuz-Unternehmen erwirtschaften sieben Milliarden Euro im Jahr, das entspricht rund 10 Prozent der Industrieproduktion. [...]

Viele andere Kibbuzim haben in IT-Unternehmen investiert, entwickeln entweder selbst oder haben ihre Ställe umgebaut, um Start-ups unterzubringen und zu fördern. Einige dieser wirtschaftlich erfolgreichen Gemeinschaften können es sich deshalb leisten, weiter als Kollektiv zu bestehen. Doch die große Mehrheit zahlt keine gleichen Löhne mehr, und die Häuser gehören inzwischen den Mitgliedern, die für ihren Lebensunterhalt selbst verantwortlich sind.

Dennoch ist ein Kibbuz auch heute kein Ort wie jeder andere. Er sei „weder eine Kommune, noch eine Kooperative und ganz sicher kein Unternehmen“, so Shlomo Getz vom *Institute for Research of the Kibbutz* an der Universität in Haifa. „Man kann es vielmehr als einen einzigartigen Lebensstil ansehen.“

Silke Mertins, Kleines Wirtschaftslexikon, in: IP Länderporträt Nr. 2/2016, Israel, S. 37f.



Mit einem Reformprogramm beenden Shimon Peres (M.) und Finanzminister Modai (dahinter) ab 1985 eine Phase der Hyperinflation und stabilisieren die Wirtschaft.

Maßnahmen wie die gezielte und zentralisierte Steuerung der Währung und der Wechselkurse, Einsparungen bei staatlichen Ausgaben und einen Stopp der Gehaltssteigerungen in gemeinsamer Initiative mit den Gewerkschaften. Die Maßnahmen waren so erfolgreich, dass sie anderen Ländern als Modell dienen sollten. Das Hauptziel wurde erreicht und die Inflation fiel sukzessive um 20 Prozent pro Jahr, bis sie nach etwa zehn Jahren einen einstelligen Wert erreichte.

Zuwanderung und Hightechorientierung

Die 1990er-Jahre waren durch die Zuwanderung aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion gekennzeichnet. Während dieser Zeit wuchs die Bevölkerung Israels von etwa 4,6 Millionen Einwohnern auf rund sechs Millionen an. Dieser Anstieg hatte spürbare wirtschaftliche Konsequenzen. Zwar belasteten die Kosten der Integration von Neueinwanderern den Staatshaushalt. Doch die erhöhte Nachfrage nach Wohnraum und Konsumgütern stimulierte die wirtschaftlichen Aktivitäten.

Auch diesmal wurde die israelische Wirtschaft wieder durch viele hochqualifizierte Arbeitskräfte verstärkt, obwohl viel Zeit verging, bis ihr volles Potenzial genutzt werden konnte. Zuvor ergab sich als unmittelbare Folge ein hoher Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über zehn Prozent, die ab dem Jahr 1993 allmählich zu sinken begann.

Internationale Unternehmen siedelten sich erst ab den späten 1980er-Jahren vermehrt in Israel an. Gleichzeitig stiegen die ausländischen finanziellen Investitionen und Beteiligungen an israelischen Firmen. Befördert wurde dies auch durch die politische Entwicklung: das Oslo-Abkommen mit der palästinensischen PLO im Jahre 1993, der Friedensvertrag mit Jordanien im Oktober 1994 und der allmählich nachlassende Boykott der Arabischen Liga. Zuvor hatten sich viele Firmen nicht in Israel betätigt, aus Angst, von ihren arabischen Geschäftspartnern boykottiert zu werden.

Gleichzeitig begann ein rasantes Wachstum der lokalen Hightechindustrie, vor allem der Internet- und Telekommunikationsbranchen, in denen Israel zu einem globalen Entwicklungszentrum aufstieg. So wurden wichtige technologische Voraussetzungen für die Mobiltelefonie im Entwicklungszentrum von Motorola in Israel konzipiert.

Stagnation und staatliche Gegenmaßnahmen

In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre und zu Anfang des 21. Jahrhunderts verlangsamte sich das israelische Wirtschaftswachstum deutlich. Zum einen wurde dies durch die Terrorwelle der zweiten Intifada verursacht. Sie richtete sich verstärkt gegen zivile Ziele und in ihrer Folge kam es zu einem drastischen Rückgang der Investitionen und zur Flucht ausländischer Investoren. Die Tourismusindustrie brach ein und eine Stagnation der gesamten Wirtschaft zeichnete sich ab.

Eine andere Ursache war die weltweite Hightechkrise, umgangssprachlich auch als Platzen der Dotcom-Blase bezeichnet. Aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur traf sie das Hightechland Israel mit ganzer Härte. Die Aktienkurse der ersten Internet-Firmen waren im Vergleich zu ihrem realen Wert unverhältnismäßig gestiegen, weil viele Anleger aus aller Welt große Ankäufe dieser Aktien getätigt hatten. Als der Aktienmarkt in sich zusammenbrach, mussten hunderte von Unternehmen, die zuvor als finanzielle Zukunft des Staates Israel gegolten hatten, Konkurs anmelden.

Um die Rezession zu beenden, senkte der damalige Finanzminister Benjamin Netanjahu, der 2003 sein Amt antrat, die Steuern, kürzte die Sozialausgaben und reduzierte die Beteiligung der Regierung an Firmen. Nach kurzer Zeit belebte sich die Wirtschaftstätigkeit. Innerhalb weniger Jahre stieg das wirtschaftliche Wachstum wieder an, die Arbeitslosigkeit verringerte sich, ausländische Investitionen kehrten nach Israel zurück und die Inflation betrug fast null.

Die Wirtschaftspolitik Netanjahus führte allerdings auch zu einer deutlichen Zunahme der ökonomischen Ungleichheit. Sie beschert Israel bis zum heutigen Tag einen vorderen Platz im sogenannten Gini-Index, der eben solche Ungleichheiten misst. Eine weitere Konsequenz seiner Amtszeit (2003–2005) war ein starker Anstieg der relativen Armut sowie der sozialen Ungleichheit. Daran hat sich bislang nichts geändert.

Sowohl den zweiten Libanonkrieg im Jahre 2006 wie auch die weltweite Wirtschaftskrise 2008 überstand die israelische Wirtschaft weitgehend reibungslos. Während westliche Länder mehrere Milliarden Dollar investierten, um den Zusammenbruch verschiedener Wirtschaftssektoren zu verhindern, konnte Israel im Rahmen der Politik seines Zentralbankdirektors Stanley Fischer mit einer bloßen Senkung des Zinssatzes die Krise überwinden. Die Inflation blieb angemessen (weniger als 4 Prozent), und die Arbeitslosenquote stieg nur moderat (auf ca. 8 Prozent) und kehrte schnell auf das Niveau vor der Krise zurück. 2009 war Israel das einzige westliche Land mit einem positiven BIP-Wachstum, was allerdings auch seiner schon vorhandenen wirtschaftlichen Struktur und Wirtschaftspolitik geschuldet war – und der Tatsache, dass es diese Krise schon vorgelagert, im Rahmen des Zerplatzens der Dotcom-Blase, erlebt hatte.



In Israel herrscht hohe soziale Ungleichheit. Speziell junge Leute haben es mitunter schwer, einen auskömmlichen Lebensstandard zu erreichen. 2015 campieren Menschen in Zelten auf dem Rothschild Boulevard in Tel Aviv, um gegen die hohen Mietkosten zu protestieren.

Generationengerechtigkeit ade? – Ein persönliches Resümee

[...] Während unsere Eltern in einer von ökonomischer Sicherheit geprägten Zeit lebten, haben wir uns in „Flexibilität“ zu üben. Hatten sie noch eine feste Arbeit, wechseln wir alle ein bis zwei Jahre den Arbeitsplatz. Haben sie noch in Vollzeit gearbeitet, arbeiten viele von uns in mehreren Teilzeitjobs. Wurden sie noch direkt angestellt, werden wir durch den Dschungel von Leiharbeit und Arbeitsagenturen gejagt. Haben sie geheiratet und sich eine eigene Wohnung gekauft, bewegen wir uns auf einem deregulierten Wohnungsmarkt mit jährlich steigenden Mieten, sozialer Wohnungsbau ist rar. Wurden sie pensioniert und erhielten ihre Renten, müssen wir in Anbetracht der Krise der Pensionsfonds hoffen, den Ruhestand vermeiden zu können.

[...] Unser Hauptfeind sind die Lebenshaltungskosten, hauptsächlich für Nahrungsmittel und Wohnung, was die Vorstellung, ein Haus ohne elterliche Unterstützung zu kaufen, nahezu unmöglich macht. Genau wie bei unseren europäischen und amerikanischen Altersgenossen ist unsere Generation die erste seit den 1950er-Jahren, deren wirtschaftliche Situation sich im Vergleich zur vorherigen Generation nicht verbessert hat. In der Tat dürfte sich unsere Situation sogar noch verschlechtert haben. Während fast die Hälfte der jungen Erwachsenen in Europa eher widerwillig bei ihren Eltern lebt, überlassen wir Israelis es ihnen, die Rechnung zu übernehmen: Viele von uns sind entscheidend von ihren Eltern abhängig, um über die Runden zu kommen, oder vielmehr den Lebensstandard aufrechtzuerhalten, den wir gewohnt waren. [...]

Entgegen den Versprechungen hat die Liberalisierung der israelischen Wirtschaft nur einer kleinen Schicht der Gesellschaft Wohlstand gebracht, nicht der breiten israelischen Öffentlichkeit. [...] Eine Senkung der Lebenshaltungskosten [...] wurde nur in einigen spezifischen Bereichen erreicht, während die meisten Grundkosten – für Lebensmittel und Wohnen – die gleichen geblieben sind. Zeitgleich waren wir es, die unter der Einsparung öffentlicher Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Wohnungen zu leiden hatten [...].

Die gebildete junge Mittelschicht war die treibende Kraft hinter den sozialen Protesten des Jahres 2011. Sie lebten nach den Slogans „Bildung ist das Wichtigste“ oder „Es geht nicht ohne akademischen Grad“ und mussten dann nach ihrem Abschluss

feststellen, dass sie nur unter schwierigsten Bedingungen einen guten Job finden konnten und kaum über die Runden kamen. [...] Während Israels Hochschulsystem in den letzten zwei Jahrzehnten bedeutend gewachsen ist, wurde der „Marktwert“ von Bildungsabschlüssen entsprechend ausgehöhlt, was auch zu einer Verringerung der Einkommen führte. Der soziale Protest, so argumentiert der israelische Politologe Amit Avigur-Eshel, ist als Reaktion auf die gebrochenen neoliberalen Versprechen zu verstehen, dass höhere Bildung zum Erfolg führt. [...]

Im Falle Israels resultiert soziale Unzufriedenheit aus dem Gefühl, dass ein weiteres Versprechen gebrochen wurde: jenes nämlich, das auf Israels ethno-republikanischem Gesellschaftsvertrag gründet, die Wechselseitigkeit von Rechten und Pflichten, mit anderen Worten: Geben und Nehmen. In der Armee zu dienen ist natürlich die beschwerlichste aller Pflichten, aber der Preis, in einer in dieser Weise politisch mobilisierten Gesellschaft zu leben, ist viel höher als nur das. Jenseits dessen, dass wir unsere ersten Jahre als Erwachsene (drei für Männer, zwei für Frauen) in [...] Uniformen verleben, verbringen wir unglaublich viel Zeit damit, die Gemeinsamkeit zu zelebrieren und zu bewahren: an sowohl jüdischen als auch nationalen Feiertagen; im Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterricht in der Schule; auf patriotischen Jugendtouren durch Israel; beim Hören populärer nostalgisch-kitschiger zionistischer Lieder, aufgeführt von Militärkapellen. Im Fernsehen und Radio leidet man dagegen unter unermüdlicher Berichterstattung von Bedrohungen und Angriffen. Im Gegenzug erwarteten wir, dass der Staat auf unserer Seite ist und unsere Solidarität erwidert. In diesem Geschäft auf Gegenseitigkeit war es vor allem der Wohlfahrtsstaat, der eine Zeitlang dazu beitrug, eine gewisse naive Mentalität im Sinne von „Der Staat bin ich“ zu befördern. [...]

Die wirtschaftliche Krise, in der meine Generation aufgewachsen ist, hat weitreichendere Konsequenzen, als man sich das vorstellen konnte: Die Krise untergräbt letztlich die Grundlagen der staatskonstituierenden *Israeliness* und macht darauf aufmerksam, wie sehr Israel an den typischen Folgen einer Einwanderungsgesellschaft laboriert. [...]

Adi Livny, Raketentriebenen, in: Kursbuch 181: Jugend forscht, Januar 2016, S. 117 ff.
Abdruck mit Genehmigung durch Kursbuch Kulturstiftung 2018, www.kursbuch.online

Start-up-Nation

Die Beschäftigungsstruktur Israels veränderte sich in den vergangenen Jahren infolge lokaler ebenso wie globaler wirtschaftlicher Verschiebungen. Die traditionellen Industrien verlieren gegenüber dem Hightechsektor. Ein wesentlicher Teil der Fabriken, die früher Textilien produzierten, verlagern ihre Produktionslinien ins Ausland und lassen nur ihre Logistik- und Entwicklungszentren in Israel zurück. Die Waffenexporte Israels bleiben signifikant und nach den USA, Russland und Frankreich belegt Israel weltweit Rang vier der größten Waffenexporteure.

Israel entwickelte sich in den vergangenen Jahrzehnten durch die spezifische, seiner geopolitischen Situation und den vorbestehenden militärischen Konflikten geschuldeten Expertise zum „Hotspot“ der weltweiten Start-up-Szene. Das Land wird daher oft als „Start-up-Nation“ betitelt. Gerade im Software Bereich, bei der Entwicklung von Anwendungen und vor allem der *Cybersecurity* hat sich Israel innerhalb kürzester Zeit an der Weltspitze der Innovationstreiber etabliert. Die Gründe dafür sind zahlreich: eine gut ausgebildete Bevölkerung (24 Prozent der Israelis absolvieren eine technologische Ausbildung) sowie ein hochtechnologisches Militär, dessen Soldaten mit der Beendigung ihres Dienstes oft in die Hightechszene wechseln. Aber auch in den biotechnologischen und agronomischen Innovationen ist Israel oft ganz vorne, bedingt durch seinen Mangel an Ressourcen und die Notwendigkeit, sich an schwierige klimatische Bedingungen anzupassen.

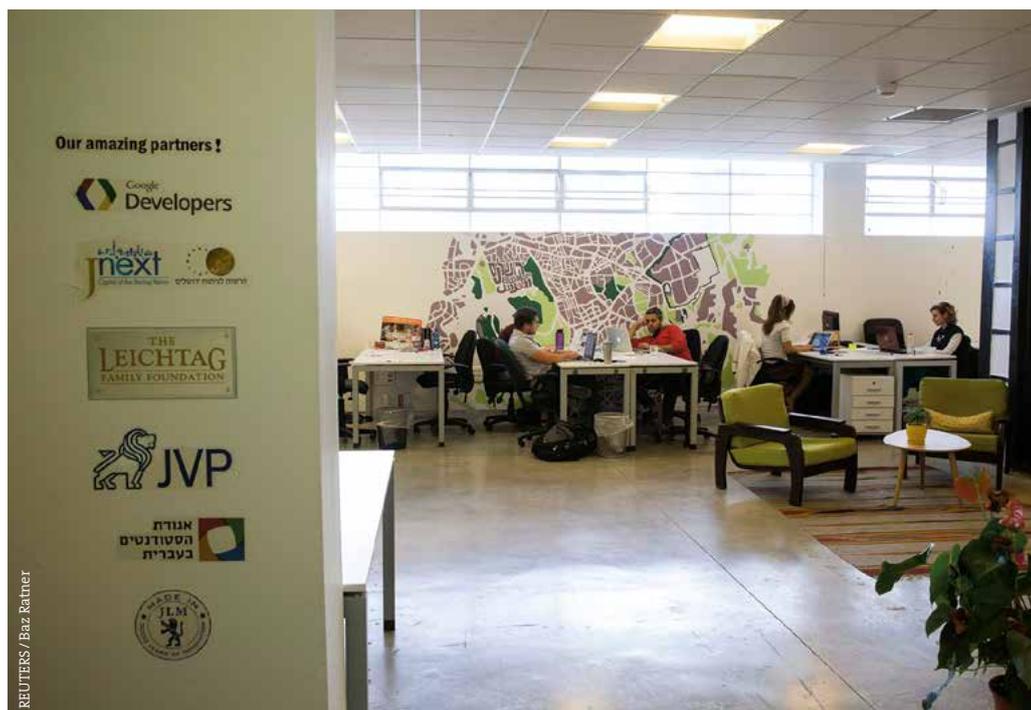
Israelische Unternehmen führen den amerikanischen NASDAQ-Aktien-Index im Technologiebereich mit klarem Abstand vor den Unternehmen anderer Länder an. Gestützt wird diese Entwicklung auch durch den hohen BIP-Anteil (ca. 4 Prozent), der in Israel in Forschung und Entwicklung fließt. Kapitalgeber aus aller Welt stellen die finanziellen Mittel relativ schnell und unkompliziert zur Verfügung.

Schatten über Israels Wirtschaft

Trotz des Wachstums der israelischen Wirtschaft ist die Erwerbsquote (der Anteil der Arbeitnehmer an der Erwerbsbevölkerung) nach wie vor niedrig (ca. 60 Prozent im Jahr 2013, verglichen mit etwa 70 Prozent in konventionell entwickelten Ländern). Diese geringe Beteiligungsquote der Erwerbsbevölkerung ist im Wesentlichen auf die Nichtbeteiligung arabischsprachiger Frauen sowie ultraorthodoxer Juden zurückzuführen, von denen viele gar nicht oder nur geringfügig beschäftigt sind. Diese Bevölkerungsgruppen sind allerdings besonders kinderreich und wachsen entsprechend stärker als die nicht-ultraorthodoxe jüdische Mehrheit und die säkularen Araber. Experten prognostizieren deshalb eine starke demografische Veränderung des Landes in den nächsten Jahrzehnten, die möglicherweise auch ökonomische Auswirkungen mit sich bringen werde.

Der dauerpräzente Nahostkonflikt wirft allerdings seinen Schatten über das Land. In den Anfangsjahren des 21. Jahrhunderts gab es Dutzende von Anschlägen auf Busse in Tel Aviv, aber auch andere zivile Ziele wurden von Terroranschlägen getroffen. Durch den Bau der Sperranlagen um das Westjordanland konnte Israel die große Mehrheit der (organisierten) Terroranschläge verhindern. Doch die in den vergangenen Jahren von der Hamas eingesetzten Raketen haben immer größere Reichweiten, die im Verlauf des Gaza-Krieges von 2014 zum ersten Mal auch das Zentrum Israels bzw. Tel Aviv erreichten. Diese haben das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung beeinflusst, auch wenn sie auf das Schutzpotenzial des „Eisernen Doms“ relativ vertrauen.

Die zweite Intifada von 2000 bis 2004 hatte allerdings auch Rückwirkungen auf die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland und im damals noch besetzten Gazastreifen. Schutzmaßnahmen wie die Verstärkung der Sicherheitskontrollen und der Entzug von Passierscheinen machte vielen Palästinensern die Arbeit in Israel unmöglich, was die Wirtschaft in



In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Israel zu einem Zentrum der Hightechindustrie entwickelt. Kapitalbeteiligungsgesellschaften – wie die hier abgebildete Firma – stellen Gelder für Investoren bereit.



Firmen, die sich in jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten niederlassen, stoßen mitunter auf auswärtige Kritik und gezielte Boykottaufrufe mit Folgen auch für palästinensische Arbeiter, die dort arbeiten.

den palästinensischen Gebieten, aber ebenso israelische Firmen – beispielsweise im Bauwesen, in der Landwirtschaft oder in der Industrie – vor große Probleme stellte.

Eine „Gastarbeiterpolitik“, ähnlich wie die Bundesrepublik Deutschland sie in den 1960er-Jahren betrieben hatte, konnte Israel keine langfristige Lösung bieten. Zudem ist die dauerhafte Zuwanderung von Personen, die nicht jüdisch sind oder keine familiären Bindungen zu Juden bzw. Israelis vorweisen können, in Israel gesetzlich schwierig, sodass zwei Drittel dieser Arbeitskräfte „illegal“, so der hebräische Ausdruck, weiter im Land arbeiten. Schließlich führte die Zuwanderung von Arbeitskräften dazu, den ökonomischen Abstand zwischen Israelis und Palästinensern zu verschärfen, was die wirtschaftlich notwendige Komponente eines Friedensprozesses untergräbt.

Neben dieser ökonomischen Asymmetrie erregen der Ausbau der israelischen Siedlungen im Westjordanland und israelische Firmen, die sich dort niederlassen, zunehmend internationale Kritik. Diese führt mitunter zu einer Kennzeichnung ihrer Produkte und zu generellen Boykottaufrufen, die sich nicht nur auf israelische Produkte aus dem Westjordanland beschränken.

Bekannt dafür ist die „Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (BDS), eine Gruppierung dutzender palästinensischer Organisationen, die weltweit an Universitäten, in Parlamenten und vor allem in sozialen Netzwerken zum generellen Boykott der israelischen Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft aufruft. Obwohl BDS den Rückzug einiger internationaler Firmen aus dem Westjordanland, teilweise sogar komplett aus Israel, als eigene Erfolge feiert, sind diese Maßnahmen, bis auf vereinzelte Ausnahmen, nicht eindeutig auf die Aktionen dieser Bewegung zurückzuführen. Problematisch ist, dass über BDS allerdings auch israelische und palästinensische Wissenseiten beschädigt werden, die eine friedliche Koexistenz anstreben.



Nach der zweiten Intifada unterstützen vermehrt ausländische Arbeitskräfte die Wirtschaft, zum Nachteil palästinensischer Arbeiter aus den besetzten Gebieten.

Ein neuer Rohstoffreichtum?

[...] In Israel hat nichts weniger als eine Energie-Revolution stattgefunden. [...]

2009 wurde [...] das Erdgasfeld *Tamar* etwa 80 Kilometer vor der Hafenstadt Haifa im nördlichen Israel entdeckt – das Vorkommen in rund 1700 Metern Tiefe wird auf mindestens 200 Milliarden Kubikmeter geschätzt, eine auch kommerziell erhebliche Menge und der bis dahin größte Fund. Seit Tamar 2013 in Betrieb gegangen ist, kann Israel rund 40 Prozent seines Energiebedarfs durch Erdgas abdecken. [...] Der Rest des israelischen Bedarfs wird nach wie vor mit importierter Kohle erzeugt.

Doch erst mit der Entdeckung des noch weit größeren Feldes *Leviathan* und einer Reihe von kleineren Feldern eröffnen sich tatsächlich neue Dimensionen. Die Vorkommen von *Leviathan* liegen 130 Kilometer vor Haifa in 1400 Meter Tiefe und werden auf mindestens doppelt so groß wie die des Erdgasfeldes Tamar geschätzt. [...] Insgesamt geht die Regierung von etwa 1000 Milliarden Kubikmetern Erdgas aus, wovon man etwa die Hälfte ausführen will, so Oded Eran vom *Institute for National Security Studies* in Tel Aviv. [...]

Der neue Rohstoffreichtum bietet aber auch Möglichkeiten für ganz neue Allianzen. [...] Israel, Zypern und Griechenland haben sich [...] darauf verständigt, eine gemeinsame Erdgas-Pipeline in die EU zu bauen.

[...] Vor allem im Libanon hegt man ernsthafte Zweifel daran, dass *Tamar* und *Leviathan* tatsächlich in israelischen Gewässern liegen. Im Gegenteil, man ist überzeugt, dass sich die Felder in libanesisches Gewässer erstrecken. Normalerweise gilt, dass je-

der den Teil ausbeutet, der auf eigenem Territorium liegt. Da der Libanon die Existenz Israels jedoch nicht anerkennt und Israel den Libanon als feindlichen Staat ansieht, kann man sich darüber schwerlich verständigen. [...]

Auch in Israel selbst sorgt die kommerzielle Nutzung der Erdgasvorkommen für Auseinandersetzungen. Nichtregierungsorganisationen kritisieren, dass die israelische Regierung den Rohstoffreichtum Privatinvestoren überlasse und die Bevölkerung bisher kaum davon profitiere. [...] Die Investoren haben vor allem ein Interesse daran zu exportieren, um die hohen Kosten für die Erschließung wieder einzuspielen. [...]

„Aus unserer Sicht ist aber der Export die schlechteste aller Möglichkeiten“, so [die Geschäftsführerin des *Israeli Energy Forum (IEF)* Yael] Cohen-Paran. Denn aus Gas Strom zu erzeugen, sei zumindest viel „grüner“ als Kohle oder Öl zu verbrennen. [...] „Aber wir wollen eine Energiewende“, so Cohen-Paran. „Warum sollten wir also das Erdgas exportieren, bevor wir selbst Alternativen haben?“ Bisher fließen 82 Prozent des Erdgasverbrauchs in Israel in Kraftwerke und 18 Prozent in Industrieanlagen. Es gibt jedoch auch Pläne, Erdgas als Treibstoff für Fahrzeuge einzusetzen, was bisher kaum verbreitet ist. [...]

Exporte stark einzuschränken ist nicht ohne Risiko für die Regierung. Es könnte den Anreiz für die auf Bohrung und Erschließung spezialisierten Konzerne, in neue Funde zu investieren, verringern. [...]

Silke Mertins, Energie-Revolution, in: IP Länderporträt Nr. 2/2016, Israel, S. 24 ff.



Dank des Erdgasfeldes Tamar, das 2009 etwa 80 km vor der Hafenstadt Haifa entdeckt wurde, kann Israel 40 Prozent seines Energiebedarfs aus eigenen Quellen decken.



Israel nutzt drei Quellen für den sorgsamsten Umgang mit dem knappen Gut Wasser: Meerwasserentsalzung, Abwasseraufbereitung und Technikeinsatz bei der landwirtschaftlichen Bewässerung. Meerwasserentsalzanlage bei Palmachim, südlich von Tel Aviv

Lebensmittel Nr. 1

[...] Im Wesentlichen stützt sich Israels blaue Revolution auf die drei Säulen Meerwasserentsalzung, Abwasseraufbereitung und Technikeinsatz bei der landwirtschaftlichen Bewässerung sowie der Vermeidung von Wasserverlusten. Zentrales Element ist die Meerwasserentsalzung, die Israel in seiner Trinkwasserversorgung weniger abhängig von Regenfällen und unterirdischen Wasservorkommen macht. Heute werden rund zwei Drittel des gesamten Trinkwassers durch Entsalzung gewonnen. Zwischen 60 und 90 Minuten dauert es, bis das gefilterte Wasser aus dem Mittelmeer in entsprechender Qualität als Trinkwasser entnommen werden kann – in urbanen Regionen werden so 80 Prozent der Haushalte versorgt. [...]

Zudem setzt Israel bereits seit Mitte der neunziger Jahre auf die Wiederaufbereitung von Abwasser aus den Haushalten, das vor allem als so genanntes Grauwasser in der Landwirtschaft zum Einsatz kommt. Aus diesem Verfahren stammen etwa 70 Prozent des im Agrarsektor verwendeten Wassers – das qualitativ nicht den hohen Trinkwasserstandards genügen muss. Israel recycelt über 80 Prozent seiner Haushaltsabwässer und ist damit Spitzenreiter im weltweiten Vergleich [...].

Ein weiteres Schlüsselement der israelischen Wasserversorgung war und ist die Vermeidung von Wasserverlusten, vor allem von Lecks in den Leitungen. In vielen Ländern sind hierbei Verluste von 35 bis 50 Prozent keine Seltenheit. In Israel dagegen werden seit einigen Jahren Sensoren an den Hydranten in größeren Städten installiert, die nachts, wenn es ansonsten vergleichsweise ruhig ist, Wasserschäden und kleine Risse in Wasserleitungen anhand von Geräuschen zuverlässig identifizieren und bis auf einen Meter genau melden. Mit diesem Verfahren hat Israel seine Leitungsverluste auf 10 Prozent gesenkt, in einigen Städten gar auf 7 bis 8 Prozent. [...]

Doch diese bemerkenswerte Entwicklung hat auch ihre Schattenseiten; [...] etwa der immense Energiebedarf der Entsalzanlagen und die damit verbundenen CO₂-Emissionen. [...]

Hinzu kommt, dass infolge der steigenden Wasserverfügbarkeit strukturelle Grundprobleme oder notwendige Reformen im Wassersektor in den Hintergrund rücken. In Wüsten- und Halbwüstengebieten werden weiterhin sehr wasserintensives Obst und Gemüse, vorwiegend für den Export, angebaut, etwa Zitrusfrüchte, Tomaten und Gurken. Ein höchst unvernünftiges und aus Wasserperspektive unrentables Geschäft: Während die Landwirtschaft über 60 Prozent der Wasserressourcen verbraucht, beläuft sich ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt auf gerade einmal 2 Prozent. [...]

Besonders problematisch bleibt auch aufgrund von Wasserfragen das Verhältnis zu Palästina. Im Zentrum der Kritik steht die extrem ungleiche Verteilung und Nutzung der gemeinsamen Wasserressourcen. [...] [D]ie palästinensischen Gebiete [profitieren] bislang nicht von der israelischen Erfolgsgeschichte in Sachen Wasserversorgung [...]. Israel macht dafür das schlechte Wassermanagement der dortigen Behörden verantwortlich. [...] Die Palästinensische Autonomiebehörde führt dagegen an, dass sie gar nicht in die Lage versetzt werde, eine adäquate Wasserversorgung aufzubauen: Infolge der seit 1967 bestehenden Besetzung des Westjordanlands und der seither verhängten Militärgesetzgebung müssten Maßnahmen wie die Bohrung neuer Brunnen oder die Einfuhr von schwerem Gerät und Technologie zur Gewinnung von Trinkwasser genehmigt werden, was Israel in der Regel verweigere. [...]

Allen Streitigkeiten zum Trotz hat Israel eine lange Kooperationshistorie im Wassersektor mit seinen Nachbarn vorzuweisen. In den vergangenen 50 Jahren hat man eine Reihe von teils geheimen Vereinbarungen für ein gemeinsames Wassermanagement abgeschlossen. [...]

Tobias von Lossow, Blaues Wunder, in: IP Länderporträt Nr. 2/2016, Israel, S. 52 ff.



Israels Legitimation wird von zahlreichen Akteuren der Region in Frage gestellt. Hinzu kommen geopolitische Streitpunkte, wie etwa Irans Einfluss in der unmittelbaren Nachbarschaft Israels sowie das iranische Nuklearprogramm und die Sorge, dass dies gegen Israel gerichtet werden könnte. Hierauf nimmt auch Premierminister Benjamin Netanjahu bei einer Rede vor der 67. UN-Generalversammlung im September 2012 Bezug

STEPHAN STETTER

Die internationalen Beziehungen Israels

Die politische Distanz zu den arabischen Nachbarstaaten veranlasst Israel, sich im weiteren Umfeld politischen Rückhalt und wirtschaftliche Kooperationspartner zu suchen. Während es supranationaler Zusammenarbeit eher distanziert begegnet, unterhält es enge bilaterale Beziehungen zu den USA und zur EU. Aber auch mit Staaten Afrikas und Asiens werden Kontakte geknüpft.

An Israel scheiden sich die Geister

Seit der Staatsgründung und internationalen Anerkennung durch die Vereinten Nationen (UN) und eine Mehrzahl ihrer Mitgliedstaaten – inklusive der Sowjetunion und der USA – im Jahre 1948 ist Israel in hochgradig komplexe weltweite Beziehungsgeflechte eingebunden, die sich seither vielfach gewandelt haben.

Auf der einen Seite ist Israel ein enger Verbündeter vieler Staaten der Welt – heute insbesondere der Länder des Westens, allen voran der USA, aber auch der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Aber nicht nur auf diplomatischer, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene hat Israel weltweit viele, oft sehr emotionale Unterstützer und Bewunderer – und dies nicht nur im Westen und in jüdischen Diasporagemeinden. Zu beachten ist ebenfalls, dass Israel seit den 1940er-Jahren eine bemerkenswerte ökonomische Entwicklung vollzogen hat, von einem de facto Entwicklungsland, das von externer Hilfe abhängig war, hin zu einer führenden globalen Technologiemacht. Dieses gewachsene ökonomische Gewicht schlägt sich auf politischer Ebene in Israels prosperierenden Handels- und Kooperationsnetzwerken mit Europa, Amerika, dem Fernen Osten und Afrika nieder. Im Nahen Osten ist Israel heute eine zentrale Regionalmacht. Es ist militärisch und ökonomisch neben Iran, Saudi-Arabien und der

Türkei einer der stärksten Staaten der Region – und dort die (bislang) einzige Atommacht. Darüber hinaus unterhält es wichtige strategische Bündnisse mit Ägypten, Jordanien und, informell, mit verschiedenen Staaten im Maghreb und arabischen Staaten in der Golfregion.

Gleichzeitig wird allerdings Israels Legitimität von zahlreichen Akteuren in der Region, aber auch darüber hinaus bestritten oder infrage gestellt. Im internationalen Vergleich fällt die hohe Anzahl an Staaten aber auch gesellschaftlichen Gruppen auf, die Israel bis heute die Anerkennung verweigern. Derzeit sind dies insgesamt 31 der 192 UN-Mitgliedstaaten, vornehmlich Mitgliedstaaten der Arabischen Liga (AL) sowie der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) – aber mit gewichtigen Ausnahmen wie Ägypten und Jordanien sowie der Türkei. Weltweit gibt es – ein Spiegelbild der emotionalen Unterstützung, die das Land und seine Menschen von anderer Seite erfahren – nicht minder emotionale israelkritische oder sogar israelfeindliche politische und gesellschaftliche Bewegungen. Die Bandbreite reicht hierbei von gewaltfreien Akteuren hin zu terroristischen Gruppen. Auch das Argumentieren mit antisemitischen Stereotypen ist in diesen Zusammenhängen immer wieder zu beobachten. Die Legitimität des jüdischen Staates wird in diesem Kontext oft infrage gestellt – sei es grundsätzlich oder sei es wegen der – freilich auch von befreundeten Akteuren kritisierten und gegen das internationale Recht verstoßenden – israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete.

Bestimmende Faktoren israelischer Außenpolitik

Was sind, vor diesem Hintergrund, die bestimmenden Faktoren der israelischen Außenpolitik? Wie alle Staaten der Welt betreibt auch Israel Außenpolitik, um zentrale strategische Ziele zu erreichen: die Steigerung der äußeren Sicherheit, die Förderung des ökonomischen Wachstums und das Werben für eigene politische Positionen. Freilich nutzen israelische Politiker, wie Staatsführer anderswo, Außenpolitik auch zur Sicherung ihrer innenpolitischen Macht. Reden israelischer Premierminister vor den UN oder dem US-Kongress sind nicht nur an ein internationales Publikum gerichtet, sondern sollen vor allem auch dem heimischen politischen Markt signalisieren, wer ein „starker“ Vertreter der Interessen Israels ist. Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger hat diese ausgeprägte innenpolitische Komponente israelischer Außenpolitik in den 1970er-Jahren einmal leicht frustriert auf den Punkt gebracht: Israel habe eigentlich gar keine Außen-, sondern nur eine Innenpolitik.

Jedenfalls ist es zentrales strategisches Ziel israelischer Außenpolitik, einerseits die eigene militärische, politische und ökonomische Verwundbarkeit gering zu halten, andererseits weltweit Unterstützung für die eigenen politischen und ideologischen Ziele zu finden, etwa mit Blick auf die israelische Interpretation der Ursachen und Lösungswege des Israel-Palästina-Konflikts.

Eng verknüpft: Sprache und Strategie

[...] Seit Beginn des Nahost-Konflikts sind Sprache und Strategie eng miteinander verknüpft. Begriffe beschreiben nicht nur Realität, sondern schaffen sie auch. Worte drücken nicht nur Bewusstsein und Haltung von Beobachtern, Akteuren und Wählern aus. Sie prägen sie. [...]

Die richtige Wortfindung ist in Israels Politik von zentraler Bedeutung. Im Amt des damaligen Premiers Ariel Scharon suchte man lange nach dem richtigen Begriff für die Demontage aller Siedlungen im Gazastreifen im Jahr 2005. „Rückzug“ klang zu defätistisch, mit der neutralen „Räumung“ hätte man kaum jemanden gewinnen können. So kam man auf die bis dahin unbenutzte Bezeichnung „Entkopplung“, weil sie implizit in Aussicht stellte, nach dem Verlassen des Gazastreifens nichts mehr mit dem Palästinenserproblem zu tun haben zu müssen.

Palästinenser und Israelis wollen mit dem richtigen Wort die internationale Staatengemeinschaft für sich gewinnen. Was die einen „Apartheidsmauer“ nennen, um Assoziationen mit dem Kalten Krieg und südafrikanischem Rassismus zu wecken, nennen die anderen „Antiterrorzaun“, was leichter und gerechtfertigt defensiv klingt. Was Palästinenser als „außergerichtliche Hinrichtungen“ verurteilt sehen wollen, wollen Israelis als „gezielte Vereitelung“ hochtechnologisch, spezifisch und unblutig erscheinen lassen.

Und wenn wir schon bei dem Begriff Palästinenser sind, dann hat auch dieses Wort mit den Jahrzehnten seine Bedeutung geändert. Denn bis in die Sechzigerjahre waren die Nichtjuden im Heiligen Land schlicht Araber. Nur wenige Jahrzehnte zuvor waren Palästinenser eine Fraktion innerhalb der zionistischen Bewegung, die das britische Angebot, den Judenstaat in Uganda zu errichten, ablehnte. Den heute so weit verbreiteten Ausdruck palästinensische Gebiete hätten Zionisten vor 100 Jahren

als Tautologie abgetan, war Palästina für sie doch ausschließlich eine geografische Bezeichnung.

Im Gegensatz zu heute. Weshalb Siedler allergisch reagieren, wenn Medien das Land zwischen der grünen Linie – also der Waffenstillstandslinie zwischen Israel und Jordanien und dem Jordanfluss – als Palästinensergebiete bezeichnen. Der Begriff verweigert ihnen jeden Anspruch auf dieses Land, lässt ihre Präsenz illegal erscheinen. Wie anders dächten wohl viele Deutsche, läsen sie stattdessen von Judäa und Samaria in ihrer Zeitung – den biblischen Namen für diese Region, die eine Verbindung zwischen Land und Juden voraussetzt. Oder zumindest den offiziellen Begriff „umstrittene Gebiete“, der zum Ausdruck bringen soll, dass hier niemals ein Palästinenserstaat existierte und dass der arabische Anspruch deshalb genauso infrage gestellt werden darf wie der israelische.

Der handlichere Ausdruck Westbank gehört indes in die Geschichtsbücher. Er entstand, nachdem Jordanien dieses Gebiet 1948 eroberte und völkerrechtswidrig annektierte, und sich nun über beide Ufer des Jordans erstreckte. Dabei waren die ursprünglich den Juden versprochen worden, zumindest bis Transjordanien als britischer Vasall erfunden und Palästina zum ersten Mal geteilt wurde. In diesem Zusammenhang sprechen in Israel von der Westbank nur noch die Extremisten, die vom Traum eines Judenstaats auf der anderen Seite nicht ablassen wollen. Doch der Gebrauch des Wortes in diesem Sinn ist spätestens seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen Amman und Jerusalem verpönt, um Spannungen mit dem arabischen Partner zu vermeiden. [...]

Gil Yaron, „Mit Begriffen Politik machen“, in: Die Welt vom 7. Oktober 2016

Zentrales Mittel zur Minimierung solcher Verwundbarkeiten, aber auch zur Verbreitung der eigenen politischen Sichtweisen ist – neben der Bereitstellung einer starken Armee und der Förderung einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft – vor allem die Herbeiführung von strategischen diplomatischen Bündnissen mit anderen Staaten aber auch mit gesellschaftlichen Gruppen.

Seit der Staatsgründung hat die israelische Außenpolitik, dieser Überlegung folgend, die enge Verbindung zu mächtigen internationalen Akteuren, vor allem zu globalen Mächten gesucht. Schon in der vorstaatlichen Zeit bemühte sich die zionistische Bewegung (erfolgreich) um die Unterstützung internationaler Akteure. So konnte sie erreichen, dass Großbritannien mit der Balfour-Erklärung 1917 der jüdischen Selbstverwaltung im damals noch osmanischen Palästina eine nationale Heimstätte für das jüdische Volk versprach.

Dies setzte sich dann nach der Staatsgründung 1948 in der diplomatischen Rückendeckung fort, die Israel sowohl von der Sowjetunion als auch den USA erhielt. Beide Supermächte des Kalten Krieges zögerten aber lange mit einer allzu aktiven Unterstützung Israels – zu sehr hatten sie andere strategische Interessen im Nahen Osten im Blick. Bis zum Krieg des Jahres 1967 waren daher Großbritannien und vor allem Frankreich – beides ebenfalls Vetomächte im Weltsicherheitsrat – Israels engste Verbündete. So etwa im Suezkrieg 1956, den Israel gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien führte, oder auch mit Blick auf das maßgeblich von Frankreich unterstützte israelische Atomwaffenprogramm seit den 1950er-Jahren. Erst nach dem Krieg von 1967 und vor allem seit den von den USA moderierten Friedensverhandlungen zwischen Israel und Ägypten in den 1970er-Jahren, wurden die Vereinigten Staaten zum zentralen außenpolitischen Verbündeten Israels.

So eng die Bindungen zu globalen Mächten, vor allem den USA, aber auch sind, so sehr ist es Kennzeichen israelischer Außenpolitik, dass sie die grundsätzliche staatliche Unabhängigkeit und Souveränität hervorhebt. Dies ergibt sich nicht zuletzt aus dem historischen Trauma der Schoah: Israel will nie wieder wehrlos sein, nie wieder sollen Juden, wie zu Zeiten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des systematischen Genozids in Europa, der Verfolgung und Vernichtung zum Opfer fallen. Diese Menschen hatten keinen sie beschützenden Staat zur Seite und Israel versteht sich heute nicht zuletzt aufgrund dieser historischen Erfahrung als Schutzort für Juden aus der ganzen Welt. Jede Jüdin, jeder Jude hat bei einer Einwanderung Anspruch auf die israelische Staatsbürgerschaft – und dieses Selbstverständnis als jüdischer Staat prägt daher auch Israels außenpolitische Bindungen zu anderen Staaten und gesellschaftlichen Gruppen, vor allem zur jüdischen Diaspora.

Schließlich geht die starke Betonung von Unabhängigkeit und Souveränität damit einher, dass Israel ein im internationalen Vergleich wenig in internationale, geschweige denn supranationale Organisationen integrierter Staat ist. Die Skepsis gegenüber den Vereinten Nationen, die in Israel als bisweilen israelfeindlich wahrgenommen werden, ist groß. Ebenso ist es bis heute ein zentrales Anliegen der meisten israelischen Regierungen gewesen, eine zu umfassende Internationalisierung bei der Lösung des Israel-Palästina-Konflikts zu verhindern. Der Allianz mit den USA, die als Vetomacht im Weltsicherheitsrat Israel vor internationalem Druck gerade in dieser Hinsicht bisher erfolgreich zu beschützen wussten, kommt hierbei zentrale strategische Bedeutung zu. Israel sucht also

enge weltweite Bindungen, vor allem zum Westen, dies aber ohne sich zu sehr in multilaterale Formen der zwischenstaatlichen Kooperation zu integrieren oder sich auf völkerrechtlich verbindliche Regelungen zu verpflichten.

Der erste Beziehungskreis: die Bedeutung der USA

Seit den späten 1960er-Jahren sind die USA zum zentralen Verbündeten Israels in der Welt geworden. Israel genießt in den USA über die parteipolitischen Lager hinweg große politische Unterstützung. Es gehört seit vielen Jahrzehnten zum vielbeschworenen *bipartisan consensus*, das heißt, dass beide Seiten des politischen Spektrums der USA, Demokraten und Republikaner, Israel politisch und auch emotional starken Rückhalt geben. Dies betrifft auch den strategischen Bereich. So erhält Israel auf militärischer Ebene umfangreiche Finanzhilfen. Die israelische Tageszeitung *Haaretz* hat die Zahlungen, die von 1962 (Beginn der Militärhilfe) bis 2014 dem Militärssektor zugutekamen, auf etwa 100 Milliarden US-Dollar beziffert. Israels militärische Stärke wäre ohne die Unterstützung der USA kaum so ausgeprägt, wie dies heute der Fall ist. Neben dieser finanziellen Hilfe besteht auch eine enge strategische Kooperation zwischen den amerikanischen und israelischen Sicherheitskräften – Armee und Geheimdiensten – nicht zuletzt mit Blick auf den Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Als Vetomacht im Weltsicherheitsrat achten die USA darüber hinaus darauf, dass keine allzu kritischen Resolutionen zu Israels Besatzungspolitik verabschiedet werden, vor allem keine, die eine rechtliche Bindungswirkung entfalten könnten. Die USA handeln aber keinesfalls nur reaktiv. Wenn auch das multilaterale Nahost-Quartett (bestehend aus den UN, den USA, Russland und der EU) nur eine eingeschränkte Rolle im Israel-Palästina-Konflikt seit 2003 einnimmt, sind de facto die USA die einzige Macht, die als „starker“ Vermittler angesehen werden kann und solche Vermittlungstätigkeiten auch aktiv wahrnimmt. So etwa bei den Friedensverhandlungen von Camp David und



Die USA sind ein enger strategischer Partner und entscheiden mit ihrer Stimme im UN-Sicherheitsrat häufig zugunsten Israels, wie hier im Dezember 2017.



Die politischen Institutionen in den USA und ein Großteil der Bevölkerung hegen große Sympathien für Israel. Außer Churchill hat kein Politiker häufiger als Benjamin Netanjahu vor dem Kongress geredet. Applaus vom Plenum nach seiner Ansprache am 3. März 2015

Taba 2000/2001 oder bei den Annapolis-Verhandlungen 2007. Während Israel an dieser dominanten Rolle der USA festhalten will, schreiben viele Seiten, nicht zuletzt die palästinensische, den USA eine gewisse Parteilichkeit zugunsten Israels zu, was die Effektivität einer vor allem auf die USA zugeschnittenen Vermittlerrolle hinsichtlich einer umfassenden Friedenslösung durchaus infrage stellt.

Die Nähe zwischen den USA und Israel ist aber nicht nur strategischer Natur. Führende US-amerikanische und israelische Politiker verweisen regelmäßig auf die engen Bindungen zwischen beiden Staaten und auf ihr gemeinsames Wertefundament. Dieses speist sich nicht zuletzt aus dem sowohl in den USA als auch in Israel verbreiteten Glauben an die Besonderheit und oft religiös interpretierte Auserwähltheit der eigenen Nation. Außer Winston Churchill hat kein anderer ausländischer Politiker vor dem US-Kongress so oft eine Rede gehalten wie der langjährige israelische Premierminister (1996–1999 und seit 2009) Benjamin Netanjahu. Der Senat, die machtvolle Erste Kammer des US-Kongresses, steht über die parteipolitischen Lager hinaus nahezu einhundertprozentig hinter Israel.

US-Regierungen berücksichtigen traditionell die diplomatischen Auswirkungen, die außenpolitische Entscheidungen mit Blick auf Israel haben könnten. Dies betrifft auch eine langjährige Forderung des US-Kongresses, die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, das Israel im Gegensatz zum internationalen Recht als „alleinige und unteilbare“ Hauptstadt betrachtet. Nachdem bislang alle US-Präsidenten diesen Schritt nicht umgesetzt hatten, weil sie internationale Verwerfungen für die US-Außenpolitik befürchteten, hat die aktuelle Präsidentschaft unter Donald Trump diesen Umzug angekündigt.

Die Besonderheit des Bündnisses zwischen den USA und Israel beruht auch auf der ausgesprochen hohen gesellschaftlichen Unterstützung, die Israel in der amerikanischen Innenpolitik zuteil wird. Dies liegt nicht nur an der politischen

Bedeutung der jüdischen Diaspora in den USA und ihrer zentralen Lobbyorganisation AIPAC, sondern sogar vorrangig an der religiös motivierten Unterstützung, die Israel in christlich-evangelikalen Kreisen genießt, die in den USA einer der zentralen gesellschaftlichen Machtfaktoren sind.

In Meinungsumfragen drückt sich diese Nähe immer wieder in hohen Zustimmungsraten aus und dies nicht nur bei (evangelikalen) Christen, sondern auch im liberalen politischen Lager, dem sich auch die meisten amerikanischen Juden zugehörig fühlen. Israel wird in weiten Teilen der USA als bedrohtes Land wahrgenommen, das mit den USA grundlegende demokratische Werte teilt, ein „Außenposten“ des Westens im Nahen Osten.

Allerdings wächst insbesondere im liberalen politischen Spektrum und in Teilen der demokratischen Partei die Kritik an Israels Besatzungspolitik und deren negative Folgen für das nationale Selbstbestimmungsrecht und die grundlegenden Menschenrechte der Palästinenser, die durch die Besatzung verletzt werden. Skeptisch betrachtet werden auch manche inneren Entwicklungen Israels unter den rechtsnationalen israelischen Regierungen der vergangenen Jahre, etwa die Einschränkungen der Meinungsfreiheit oder der Betätigungsmöglichkeiten für Nichtregierungsorganisationen. Jüdische Organisationen, die sich im liberalen Spektrum verorten und der demokratischen Partei nahestehen, wie etwa *J-Street*, sehen sich im Gegensatz zu eher konservativen Gruppen wie AIPAC als „israelfreundlich“, aber „besatzungskritisch“.

Auch wenn die öffentliche Unterstützung Israels in den USA immer noch und gerade im Vergleich zu Europa sehr ausgeprägt ist, lässt sich nicht übersehen, dass in Teilen der politischen Landschaft der USA eine kritischere Sichtweise im Entstehen ist und der beinahe eiserne *bipartisan consensus* einer absoluten Unterstützung Israels durch beide große Parteien Risse zeigt. Es ist nicht auszuschließen, dass insbesondere der

umfassende diplomatische Schutz, den Israel durch die USA im Welt sicherheitsrat genießt, hierdurch nicht grundsätzlich, aber doch zumindest partiell tangiert werden könnte.

Der zweite Beziehungskreis: Europa und Russland

Zu anderen Staaten des Westens, vor allem zur EU sowie zu Russland, unterhält Israel ebenfalls enge, wenngleich deutlich spannungsreichere Beziehungen. Einem Bonmot des israelischen Historikers Dan Diner folgend liegt Israel nicht in Europa, ist aber von Europa. Zum einen stammt ein großer Teil der israelischen Bevölkerung aus Europa. Viele Israelis haben neben ihrer israelischen Staatsbürgerschaft familiäre Bindungen dorthin oder sogar einen EU-Pass und schließlich gehört es auch zum Selbstverständnis vieler, wenngleich nicht aller Israelis, Teil der westlichen Welt zu sein. Allerdings ist das Verhältnis zu Europa aus historischen Gründen alles andere als unbelastet. Aus der Geschichte des europäischen Antisemitismus und der Schoah ergibt sich eine kritische und bisweilen europaskeptische Haltung, auf die in der politischen Debatte in Israel oft zurückgegriffen wird.

Ungeachtet der oft spannungsgeladenen politischen Beziehungen ist die EU Israels wichtigster und bedeutsamster Handelspartner. Die wirtschaftlichen Beziehungen zur EU haben für Israel (und durchaus auch für die EU) immense Bedeutung, weil Israel aufgrund der fehlenden regionalen Integration stark auf den wirtschaftlichen Austausch mit mehr (USA, Indien, China) oder weniger (EU) entfernten Handelspartnern angewiesen ist.

Auch die politische Unterstützung des gesamten Westens hat für Israel hohen strategischen Stellenwert. Während die Anerkennung Palästinas durch nicht-westliche Staaten in Israel mehr oder weniger hingenommen wird, ist es ein vorrangiges Ziel der israelischen Diplomatie, eine formale Anerkennung durch die EU oder ihre Mitgliedstaaten zu verhindern oder zu verzögern. Mit Ausnahme Schwedens ist dies gelungen, in anderen Staaten wie Frankreich, Irland oder Großbritannien haben bisher nur die Parlamente unverbindliche Empfehlungen zur Anerkennung Palästinas ausgesprochen, genauso verfuhr das EU-Parlament.

Nichtsdestoweniger unterliegen die wechselseitigen Beziehungen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene deutlich mehr Spannungen, als dies im Verhältnis zu den USA der Fall ist. Die EU und ihre Mitgliedstaaten betonen – bei allen Unterschieden, die es im Einzelnen in der Außenpolitik der EU-Mitgliedstaaten gegenüber Israel gibt – wesentlich stärker als die USA die Völkerrechtswidrigkeit der israelischen Besatzungspolitik und die negativen menschenrechtlichen Auswirkungen der Besatzung auf die palästinensische Bevölkerung. Meinungsumfragen in der EU zeigen, dass Israel dort von Vielen nicht so sehr als stabilisierender Faktor oder demokratische Insel im Nahen Osten wahrgenommen wird, sondern vielmehr als Staat, der als Besatzungsmacht zu regionaler Unsicherheit beiträgt und hierdurch regionale und globale Instabilität verstärkt. Nicht zuletzt aufgrund solcher unterschiedlicher Wahrnehmungen wird die EU im israelischen politischen Diskurs bisweilen als israelkritisch oder sogar -feindlich porträtiert, manchmal auch verbunden mit Verweis auf vermeintliche Kontinuitätslinien des traditionellen europäischen Antisemitismus in der EU-Außenpolitik.

Dies kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass Israel in der Gesamtschau sehr enge Bündnisse mit Europa pflegt.

Israels Blick auf die EU – eine Umfrage

So eng die politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Europäischer Union und Israel auch sind, Misstrauen und unterschwellige Antipathien prägen das Verhältnis. Zumindest geht dies aus einer Umfrage unter Israelis hervor, die die Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem in Auftrag gab und [...] [am 5. September 2017] veröffentlichte. Demnach bewertet nur noch eine knappe Mehrheit von 46 Prozent der Israelis die EU positiv, 43 Prozent haben hingegen ein negatives Bild. Vor zehn Jahren hingegen hatten noch 60 Prozent eine gute Meinung von der EU.

Schaut man sich die Zahlen allerdings genauer an, zeigt sich in der Frage ein Riss durch die israelische Gesellschaft. In der Anhängerschaft der rechten Regierungspartei Likud ist die Wertschätzung für die EU mit 23 Prozent ausgesprochen gering. Ganz anders sieht es im linken Oppositionslager aus, dort ist man zu über 70 Prozent Europa gegenüber wohlwollend eingestellt.

Die Gründe dafür dürften viel mit der europäischen Kritik am Siedlungsbau und der militärischen Besetzung der palästinensischen Gebiete zu tun haben, die in Israel oft als obsessiv angesehen wird. Die Frage, ob die EU ein ehrlicher Vermittler im Nahostkonflikt sein könne, beantworteten weit über 70 Prozent der Israelis mit einem entschiedenen Nein und nur 23 Prozent mit klarem Ja. Eine satte Zweidrittelmehrheit meint auch, Israel könne sich nicht auf Europa verlassen.

Dazu beigetragen hat nicht zuletzt die Zunahme an antisemitischen Vorfällen in europäischen Staaten. Nur jeder zweite jü-

dische Israeli gab an, sich auf Reisen dort noch sicher zu fühlen. Michael Borchar, Leiter der Adenauer-Stiftung in Jerusalem, nannte denn auch den Umgang mit dem Antisemitismusproblem „den Lackmustest in den Beziehungen“. Durch Attentate wie den Terroranschlag auf einen koscheren Supermarkt in Paris fühle man sich in Israel erst recht in der Meinung bestätigt, dass Europa die Risiken muslimischer Einwanderer unterschätze. So werde immer wieder in israelischen Debatten den Europäern „Naivität“ oder „Appeasementpolitik“ vorgeworfen.

Umso erstaunlicher ist ein anderes Ergebnis: Trotz aller Vorbehalte sähen es 56 Prozent der Israelis nach wie vor es gerne, wenn ihr Land der EU beitreten würde. Aber auch da waren es 2007 mit 75 Prozent noch weitaus mehr. Bislang genießt Israel eine privilegierte Partnerschaft mit der EU, die es unter anderem zur Teilhabe an dem milliardenschweren Förderprogramm „Horizont 2020“ berechtigt. Dies wiederum finden 65 Prozent gut. Dass Projekte in den besetzten Gebieten davon ausgeschlossen sind, stört die Israelis offenbar wenig. Wenngleich sie mehrheitlich strikt gegen die EU-Kennzeichnungspflicht von Siedlerprodukten sind.

Die Bundesrepublik übrigens kommt in der israelischen Bewertung besser weg als alle anderen EU-Mitglieder. Kein Wunder, 65 Prozent glauben, dass Deutschland in den EU-Gremien Israel verteidige.

Inge Günther, „EU-Kritik in Israel“ in: Frankfurter Rundschau vom 6. September 2017
© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt



Die Beziehungen zwischen Israel und der Europäischen Union sind eng, auch wenn es gelegentlich zu Spannungen kommt. Präsident Reuven Rivlin bei einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Brüssel 2016

Schon im späten 19. Jahrhundert waren die europäischen Mächte wichtige Adressaten der zionistischen Bewegung. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. empfing beispielsweise während seiner Reise ins Osmanische Reich 1898 am Jaffator in Jerusalem Theodor Herzl. Frankreich wiederum war bis 1967 gerade in militärischer Hinsicht der Hauptverbündete Israels. Auch gegenwärtig gibt es keinen Staat außerhalb Europas, der so enge und durch Verträge abgesicherte wirtschaftliche, wissenschaftliche und gesellschaftliche Verbindungen mit der EU hat wie Israel. Eine antiisraelische europäische Grundhaltung lässt sich hieraus kaum ableiten. Die dennoch in dieser Hinsicht bestehenden Sorgen speisen sich, neben der historischen Komponente, aus in Israel weit verbreiteten Ängsten vor möglichen politischen Folgen, die sich aus der Präsenz und der Einwanderung von Muslimen in die EU ergeben. Diese Ängste befördern die Skepsis Israels, der EU eine deutlich aktivere Rolle als Vermittler im Nahost-Konflikt zu ermöglichen.

Beziehungen zu einzelnen EU-Mitgliedstaaten

Neben den Beziehungen zur EU setzt Israel, seinem Selbstverständnis als souveränitätsbezogener Staat folgend, vor allem auf starke bilaterale Beziehungen zu den einzelnen Mitgliedstaaten. Dies schafft zum einen Einflussmöglichkeiten auf europäische Politik, denn enge Verbündete wie Deutschland, die Niederlande oder Großbritannien haben das Öfteren kritische Beschlüsse im Rat oder im Europäischen Parlament abgemildert, wobei es mit Blick auf die Grundlinien der EU-Politik bezüglich des israelisch-palästinensischen Konflikts keine großen Divergenzen in der Uni-

on gibt. Zum anderen ist die zwischenstaatliche Kooperation deswegen wichtig, weil in der EU militärische und sicherheitspolitische Aufgaben noch weitestgehend in nationale Kompetenzen fallen. So garantiert etwa die deutsche Rüstungshilfe, die die Lieferung von atomwaffenfähigen U-Booten umfasst, Israel eine strategische Zweitschlagskapazität.

Die Entdeckung potenziell sehr lukrativer Gasfunde vor der israelischen Küste und in anderen Hoheitsgebieten des östlichen Mittelmeers sowie die – insbesondere nach dem sogenannten Mavi-Marmara-Vorfall im Jahre 2010 – angespannten Beziehungen zur Türkei veranlassten Israel mit Erfolg, die strategischen Bindungen zu den beiden EU-Mitgliedstaaten Griechenland und Zypern auszubauen.

Verhältnis zu Russland

Dem Verhältnis Israels zu Russland kommt ebenfalls ein zentraler Stellenwert zu. Dies hat zum einen historische Gründe: die Gründerväter der zionistischen Bewegung stammten zu einem großen Teil aus dem russischen Einflussgebiet und für die russische Außenpolitik hatte das Heilige Land bereits im Zarenreich zentrale strategisch-ideologische Bedeutung (siehe unten). Der andere Grund sind die hohen Zuwandererzahlen russischer Juden nach Israel in den 1990er-Jahren in Höhe von etwa 20 Prozent der damaligen Bevölkerung. Wenngleich die israelisch-russischen Beziehungen nicht das gleiche strategische Gewicht haben wie die Beziehungen zu den USA und – deutlich abgestuft – zur EU, so ist Russland als Vetomacht im Weltsicherheitsrat und als im Kontext des Syrienkrieges wieder erstarkter regionaler Akteur im Nahen Osten für Israel von

Unwahrscheinliche Freunde?

[...] Israel und Russland sind unwahrscheinliche Freunde. Die russische Regierung hilft dem syrischen Regime von Diktator Baschar al-Assad und damit auch der mit ihm verbündeten Hisbollah-Miliz. Beide sind entschlossene Gegner Israels. [...]

Was Israel und Russland [...] zusammenbringt, ist paradoxerweise der Iran – Israels schlimmster Feind, Russlands schwieriger Freund. [...]

Der Iran und Russland arbeiten in Syrien eng zusammen. Die Russen lassen ihre Bomber fliegen; Milizen unter iranischem Befehl erobern am Boden Stadt um Stadt von den Rebellen zurück. [...] Seit dem Atomabkommen mit dem Iran 2015 liefert Russland auch wieder mehr Waffen an die iranische Armee. Besonders ärgerlich für Israel war der Verkauf von modernen russischen S-300-Bodenluftraketen. Die können sogar israelischen Hightech-Jets gefährlich werden.

Wenn Netanjahu nach Moskau fährt, kennt Putin also schon dessen Sorgenliste: Der Iran bekomme zu viele Waffen, der Iran besetze Syrien und baue sich Militärbasen, der Iran wolle einen Hafen an der Mittelmeerküste, der Iran rüste Hisbollah gegen Israel auf. Das bekommen die Israelis in der Tat zu spüren. Hisbollah steht mit mehreren Tausend Kämpfern in Syrien und nähert sich regelmäßig den von Israel gehaltenen Golanhöhen. Dann steigen israelische Kampfflugzeuge auf, um sie zu bombardieren.

An dem Punkt wird es brandgefährlich, und man beginnt, Netanjahus Reisewut nach Moskau zu verstehen. Mit Putin hat er einen Schweigepakt geschlossen: Wenn Israel die Hisbollah angriff, gaben die Russen keinen Laut von sich. Wenn die Russen bei ihren Kampfflügen israelischen Luftraum verletzten, schwiegen die Israelis. Zwischen Damaskus und der israelischen Grenze liegen nur fünfzig Kilometer. [...] Israelische und

russische Militärs informieren sich regelmäßig über ihre Flüge. Israels Regierung schluckt auch die russischen Waffenlieferungen an den Iran, protestiert aber laut, sobald die Europäer auch nur erwägen, Bohrmaschinen an den Iran zu liefern. Putin genießt eine Vorzugsbehandlung. Und das hat Gründe.

„Wir sehen die Russen nicht mehr so kritisch, wie wir früher die Sowjets gesehen haben“, erklärt ein hochrangiger israelischer Ex-General. Man spreche sich heute ab. Beim Iran gebe es klare Meinungsverschiedenheiten. Aber in anderen Bereichen sei man sich einig: Russland wolle Stabilität und keine Muslimbrüder in Ägypten. Ganz wie Israel, sagt der General. „Wir haben gelernt, mit den Russen im Mittleren Osten zu leben.“

In diesem Satz tritt die Umwälzung der ganzen Region zutage. Russland, ein Land zwischen Ostsee, Schwarzem Meer, Arktis und Pazifik, ist zur Großmacht in Nahmittelost geworden. Mit der Intervention in Syrien im Herbst 2015 hat Russland die USA als kriegsentscheidende Macht abgelöst und den Diktator Assad gerettet. Das strahlt weit über das Kriegsgebiet hinaus. „Russland hat nicht die Ressourcen und den Wunsch, die USA zu ersetzen“, sagt der russische Direktor des Carnegie Center in Moskau, Dmitri Trenin: „Moskau strebt nach der Position des machtvollen Vermittlers, der einen Draht zu allen Parteien hat, aber dabei weder zum engen Verbündeten oder Gegner wird.“

So ist Moskau zum Grand Café des Mittleren Ostens geworden. Iraner kommen ebenso vorbei wie Saudis, Syrer und Ägypter, Türken und die ihnen so verhassten Kurden. Nicht der US-Außenminister, sondern sein russischer Kollege vermittelt zwischen den zerstrittenen Palästinensern von Fatah und Hamas. [...]

Michael Thumann, „Warum treffen sich Putin und Netanjahu so oft?“, in: Die Zeit Nr. 14 vom 30. März 2017



Russlands Rolle als Vermittler in Nahost ist in den vergangenen Jahren gewachsen. Dies erklärt auch die häufigen Treffen zwischen Wladimir Putin und Benjamin Netanjahu. Begrüßung im Moskauer Kreml 2016

hoher Bedeutung. Jedenfalls nimmt Israel die strategischen Interessen Russlands – etwa mit Blick auf Syrien – umfassend in Rechnung und vermeidet machtpolitische Auseinandersetzungen mit dem Kreml.

Hierbei ist zu beachten, dass Russland traditionell eine starke Rolle im Nahen Osten spielt. Bereits im 19. Jahrhundert suchte das zaristische Russland, auf die Region politischen Einfluss auszuüben. Es waren christliche Pilger aus Russland, die als erste das Heilige Land in großer Zahl besuchten, und die zionistische Einwanderung wurde maßgeblich durch russische Juden angetrieben. Im Kalten Krieg machte die Sowjetunion über Verbündete wie Ägypten oder Syrien ihren Einfluss im Nahen Osten geltend. Die derzeitigen Versuche, das russische Standbein in Syrien auszubauen, stehen somit in einer langen Tradition russischer Interessenpolitik im Nahen Osten: nicht nur mit Blick auf die von der russischen Marine getragene, syrische Mittelmeerbasis in Tartus, sondern auch mit Blick auf Russlands Beziehungen zu Iran.

Israels Beziehungen zur übrigen Welt

Der Fokus auf die Beziehungen zu den USA, den Westen (EU) und zu Russland soll keinesfalls den Eindruck vermitteln, als hätten sich damit Israels internationale Verbindungen erschöpft. Dabei soll stichwortartig auf drei weitere wichtige Beziehungskreise eingegangen werden.

Als erstes sind die Beziehungen Israels zu seiner Region zu nennen. Israel ist neben Iran, Saudi-Arabien und der Türkei eine führende Regionalmacht im Nahen Osten und eng in das regionale (Un-)Sicherheitsgefüge eingebettet. Da es im Nahen Osten kaum Formen einer institutionalisierten regionalen Sicherheitsarchitektur gibt, zeichnet sich Israels starke militärische, ökonomische und politische Rolle vor allem dadurch aus, dass es Teil eines auf Allianz- und Gegenmachtbildung setzenden regionalen Ordnungsgefüges ist, in dem sich feindlich gesinnte oder sich hochgradig misstrauende Staaten gegenüberstehen.

Gemeinsame Sicherheitsinteressen Israels mit sogenannten moderaten Staaten der Region, neben anderen Ländern auch Saudi-Arabien und Ägypten, haben zu einer zunehmenden sicherheitspolitischen Zusammenarbeit geführt. Für die Bezeichnung „moderate Staaten“ ist dabei allein die sicherheitspolitische Sicht maßgeblich: Verstanden werden darunter Länder mit Interesse an der Aufrechterhaltung des machtpolitischen regionalen Status quo, was vor allem bedeutet, den Einfluss Irans klein zu halten und autokratische Regierungssysteme in arabischen Ländern vor einem neuen „Arabischen Frühling“ zu bewahren.

Einig sind Israel und die Status quo-orientierten Staaten in ihrer strikten Ablehnung des Atomabkommens zwischen Iran und der internationalen Staatengemeinschaft, in ihrer Skepsis gegenüber der Entwicklung in einigen arabischen Staaten nach dem kurzen „Arabischen Frühling“ von 2011 und in ihrer Sorge angesichts der Verwerfungen des irakischen und syrischen (Bürger)-Krieges und den Einflussmöglichkeiten, die dies Iran schafft.

Zweitens unterhält Israel bereits seit den 1960er-Jahren enge Beziehungen zu (nicht-mehrheitlich muslimischen) Staaten Afrikas und Asiens. Im Sommer 2016 unternahm der israelische Ministerpräsident eine ausgedehnte Afrika-reise mit Stationen in Ruanda, Uganda, Kenia und Ägypten.



Israel pflegt seine Kontakte zu Kooperationspartnern in Asien und Afrika. Besuch in Addis Abeba, Äthiopien, 2016, ...



... in Beijing, China, 2017 ...



... und in Indien 2018

Damit unterstrich er die Bedeutung der afrikanischen Staaten und der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Diplomatie, Migrationspolitik und Terrorismusbekämpfung.

Gleiches gilt mit Blick auf die vielfach beschworene „asiatische Wende“ der israelischen Außenpolitik. Wenngleich die Betonung, man könne sich jederzeit vom Westen abwenden und anstelle dessen einfach stärker mit aufstrebenden globalen Mächten wie China und Indien kooperieren, mit Vorsicht genossen werden sollte, so lässt sich nicht leugnen, dass Israel durchaus erfolgreich in seine Beziehungen zu China und Indien investiert.

Drittens ist auf Israels eher zwiespältige Haltung zu internationalen Organisationen zu verweisen. Wie die anderen Staaten im Nahen Osten betont es seine nationale Souveränität und Unabhängigkeit und ist relativ wenig in regionale oder globale multilaterale Ordnungszusammenhänge integriert. Die UN werden in Israel – einem hebräischen Wortspiel folgend – oft als Um-Schmum bezeichnet (Um ist die hebräische Abkürzung für die UN, das Präfix schm- bezeichnet im Jiddischen eine ironische oder abschätzig gemeinte Verballhornung).

Auch die EU wird, wie dargestellt, oft sehr kritisch gesehen und in der israelischen politischen Debatte kaum als supranationale politische Einheit, sondern beinahe ausschließlich als zwischenstaatliche Institution wahrgenommen. Einen ersten vorsichtigen Schritt in multilaterale Ordnungszusammenhänge und Souveränitätsverzicht unternahm Israel durch seinen Beitritt zur OECD im Jahre 2010. Doch geht es hier nicht um sicherheitspolitische Belange, sondern im Wesentlichen um technische Formen der Standardisierung und Regelsetzung in sozio-ökonomischen Themenfeldern der internationalen Politik, die auch als *Global Governance* – Globales Regieren – bezeichnet werden.

Schlussbetrachtungen

In der Gesamtschau basiert die außenpolitische Ausrichtung Israels auf drei zentralen Pfeilern: Der erste Pfeiler ist die starke Betonung der politischen Souveränität, insbesondere des Sicherheitsaspekts, verbunden mit einer Zurückhaltung gegenüber multilateralen Ordnungszusammenhängen, vor allem solchen der Konfliktlösung. Der zweite Pfeiler ist die enge und für Israels Sicherheit fundamental bedeutsame strategische Anbindung an die USA. Der dritte Pfeiler ist die Pflege der bilateralen Verbindungen zu einzelnen Staaten, vor allem im Westen inklusive der EU, aber auch zu Russland, zu ausgewählten arabischen Staaten und aufstrebenden Staaten in Asien und Afrika.

Die Welt der israelischen Außenpolitik ist vor allem eine Welt der zwischenstaatlichen Kooperation, die vielfältigen multilateralen Kooperationsmöglichkeiten der supranationalen Organisationen (*Global Governance*) werden kaum genutzt und in Israel zu Unrecht oft als irrelevant betrachtet. Ob diese Strategie in einer Welt, in der multilaterale Kooperation sowie internationale Institutionenbildung und Verrechtlichung vorschreitet, dauerhaft tragfähig ist, muss an dieser Stelle offen bleiben. Das oben beschriebene, sich wandelnde Verhältnis zu Israel in den USA und auch die zumindest partielle Entfremdung zwischen der EU und Israel zeigen jedenfalls, dass dies nicht die einzige spannende Frage ist, wenn die weitere Entwicklung der israelischen Außenpolitik im 21. Jahrhundert analysiert wird.

JENNY HESTERMANN

Deutsch-israelische Beziehungen

Erste Kontakte bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Nach der Staatsgründung Israels im Jahr 1948 gab es zunächst nur sehr zögerliche Kontakte zur Bundesrepublik Deutschland, die 1949 als westdeutscher Teilstaat aus dem 1945 untergegangenen Deutschen Reich hervorgegangen war. Angesichts des Völkermords, den die Deutschen an den europäischen Juden begangen hatten, sprachen sich Teile der Regierung und der Gesellschaft Israels dafür aus, Deutschland und alles Deutsche komplett zu boykottieren. Da jedoch die Bundesrepublik Deutschland (genauso wie übrigens auch der ostdeutsche Teilstaat, die Deutsche Demokratische Republik, DDR) die Rückkehr in die internationale Gemeinschaft anstrebte und Israel sich um die Aufnahme darin bemühte, ließen sich im Dienste dieser Anliegen Kontakte auf Dauer nicht vermeiden.

Der Staat Israel hatte zu Beginn der 1950er-Jahre kaum wirtschaftliche Ressourcen und Infrastruktur, er war dringend auf Hilfe von außen angewiesen. Von der DDR war eine solche Hilfeleistung nicht zu erwarten, denn der ostdeutsche Teilstaat begriff sich als antifaschistisch und damit historisch unbelastet von der Verantwortung für den Völkermord. Daher sah seine Regierung sich nicht in der Verpflichtung, eine historische Schuld auszugleichen. Im Rahmen des Ost-West-Konfliktes ordnete sich die DDR dem von der Sowjetunion dominierten Ostblock zu. Damit stellte sie die Beziehungen zu den Israel feindlich gesonnenen arabischen Staaten in den Vordergrund. Die Beziehungen zwischen der DDR und Israel blieben daher auch bis 1985 marginal bis ablehnend.

Luxemburger Abkommen 1952: Die Bundesrepublik Deutschland, die Teil des westlichen Lagers war, zeigte sich dagegen nach langen, kontroversen Debatten im Bundestag und ablehnenden Reaktionen, vor allem aus dem konservativen Lager, zur Unterstützung für Israel bereit. Im Jahr 1951 kam es zu ersten Verhandlungen über weitreichende Entschädigungszahlungen an Israel sowie an den *World Jewish Congress* als Vertreter des jüdischen Volkes.



David Ben Gurion (li.) und Konrad Adenauer, hier in New York 1960, bereiten den Weg für die deutsch-israelische Verständigung.

In Israel formierten sich heftige Proteste dagegen, „Blutgeld“ vom Nachfolger des NS-Staates anzunehmen und sich damit dessen Schuld quasi abgelten zu lassen. Dass dieser Anspruch von deutscher Seite aus tatsächlich bestand, drückt sich im deutschen Wort „Wieder-gut-machung“ aus. Tatsächlich bedeuteten die Entschädigungszahlungen jedoch kein Abgelten von Leben, sondern standen für eine Art Ausgleichsvergütung: Die Vermögenswerte, die den verfolgten Juden individuell geraubt worden waren, sollten nunmehr in anderer Form an das jüdische Kollektiv zurückerstattet werden – dies war durchaus noch kein erster Schritt zur Versöhnung.

Am 10. September 1952 unterzeichneten beide Seiten in Luxemburg einen Vertrag. Das „Luxemburger Abkommen“ regelte Zahlungen und Güterlieferungen von Deutschland an Israel über einen Zeitraum von zwölf bis 14 Jahren. Insgesamt drei Milliarden DM erhielt Israel als dringend benötigte Aufbauhilfe – und die Bundesrepublik gewann im Gegenzug moralische Rückendeckung für eine Wiederaufnahme in die internationale Gemeinschaft. Als positiver Nebeneffekt entstand in Israel ein Markt für deutsche Produkte, die auch nach Auslaufen des Abkommens weiter nachgefragt und importiert wurden.

Einfluss des Ost-West-Konflikts: Diplomatische Beziehungen wurden jedoch zunächst nicht aufgenommen. Hauptsächlich lag dies daran, dass der Ost-West-Konflikt die internationale Politik überlagerte und die Staatenwelt im Rahmen des Kalten Krieges in zwei ideologische Lager spaltete. Die Bundesrepublik fürchtete im Falle diplomatischer Beziehungen zu Israel negative Reaktionen der mit Israel verfeindeten arabischen Staaten, eine Aufkündigung ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik und eine Anerkennung der DDR. Letzteres zu verhindern war jedoch das Anliegen der im Jahr 1955 formulierten „Hallstein-Doktrin“: Mit ihr beanspruchte die Bundesrepublik, international als alleinige Vertreterin des deutschen Volkes anerkannt zu sein und so eine deutsche Wiedervereinigung in der Zukunft nicht zu gefährden.

Als 1957 eine öffentliche Aufforderung Israels zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen erging, vereinbarte der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Strauß mit Shimon Peres, dem Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums, einen Ausgleich in Gestalt geheimer Waffenlieferungen. Im Oktober 1964, nach sieben Jahren, kamen diese Lieferungen an die Öffentlichkeit. Um der Entrüstung aus der arabischen Welt zu begegnen, entschloss sich Bundeskanzler Ludwig Erhard, die Waffenlieferungen einzustellen und Israel den gewünschten Botschafteraustausch anzubieten.

Für Israels Bemühungen um internationale Anerkennung war das ein wichtiger Schritt. Zugleich galt ihm das wirtschaftlich wie politisch immer mächtiger werdende Deutschland auch als Tor zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die sehr pragmatische israelische Regierungspolitik entsprach jedoch nicht den Gefühlen der Bevölkerung, die noch nicht bereit war, ein offizielles Verhältnis zu Deutschland aufzunehmen. Wütende Proteste gegen den ersten Botschafter der Bundesrepublik, Rolf Pauls, dem man auch seine Vergangenheit als Offizier in der deutschen Wehrmacht vorwarf, waren die Folge.

Kontakte auf zivilgesellschaftlicher Ebene: Bereits im knappen Jahrzehnt zwischen 1957 und 1965 hatten sich auf zivilgesellschaftlicher Ebene, im gewerkschaftlichen, kirchlichen und wissenschaftlichen Bereich wechselseitiger Austausch und Kooperation entwickelt. Das persönliche Engagement einzelner Akteure auf beiden Seiten hatte solchermaßen die offizielle Politik erst möglich gemacht. Nach 1965 konnten auch diese zivilgesellschaftlichen Kontakte weiter ausgebaut werden.



1965 kommt es zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Zuvor haben sich einzelne Gruppen wie hier der Liberale Studentenbund im Februar des Jahres in Berlin dafür eingesetzt. Rolf Pauls (li.), hier mit Staatspräsident Salman Schasar und Außenministerin Golda Meir, ist der erste deutsche Botschafter in Israel.

Kulturelle Beziehungen blieben hingegen schwierig, da die deutsche Sprache in Theaterstücken und Literatur bei der noch lebenden Generation von Verfolgten des NS-Regimes auf heftige Ablehnung stieß. So gab es etwa Proteste gegen Günter Grass und eine durch den deutschen Botschafter organisierte „Kulturwoche“ im Jahr 1971. Erst in den 1980er-Jahren änderte sich die gesellschaftliche Haltung allmählich. Wissenschaftliche Kooperationen hingegen – insbesondere im naturwissenschaftlichen Bereich und mit dem für seine naturwissenschaftliche Forschung und Ausbildung renommierten Weizmann-Institut in Rechovot, Israel – waren und sind seit Mitte der 1960er-Jahre sehr ausgeprägt.

„Normale Beziehungen mit besonderem Charakter“

Acht Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen reiste Willy Brandt als erster deutscher Bundeskanzler im Juni 1973 zum offiziellen Staatsbesuch nach Israel. Damit erklang auch zum ersten Mal in Israel die deutsche Nationalhymne und beim Empfang am Flughafen wurde eine deutsche Fahne gehisst. Direkt nach seiner Ankunft in Israel legte Brandt als Geste der Trauer und Versöhnung einen Kranz in Yad Vashem nieder. Obwohl er sich in Jerusalem, knapp drei Jahre nach seinem international beachteten Kniefall in Warschau, in seinen Reden historisch sensibel zeigte, suchte er gleichzeitig die „Normalisierung“ der deutsch-israelischen Beziehungen weiter voran zu bringen, indem er die Formel „normale Beziehungen mit besonderem Charakter“ prägte.

In Israel stieß diese „Normalisierung“ als Abkehr von der Vergangenheit auf Kritik. Der Vorwurf, eine von historischer Schuld bestimmte Außenpolitik durch Interessenspolitik ersetzen zu wollen, erhielt zusätzliche Nahrung, als die arabischen Länder im Zuge des Jom-Kippur-Krieges gegen Israel im Oktober 1973 mit einem Stopp ihrer Erdöllieferungen Druck auf die westlichen Länder ausübten und die Bundesrepublik diesem Druck erkennbar nachgab.

Der Verlauf der deutsch-israelischen Beziehungen war in den 1960er- und 1970er-Jahren von den Mächtekonstellationen im Kalten Krieg und den bundesdeutschen Bündnis- und Wirtschaftsinteressen geprägt. So spielten die deutschen Waffenlieferungen an arabische Staaten bereits seit 1965 eine Rolle in den andauernden Verhandlungen 1982 kam es zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Israels Ministerpräsident Menachem Begin zum offenen Konflikt über Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien. Der Mauerfall im November 1989 und die deutsche Wiedervereinigung im Oktober 1990 wurden in den israelischen Medien und von Überlebendenverbänden äußerst skeptisch beobachtet. Die aufbrechenden nationalistischen Strömungen in Deutschland in den frühen 1990er-Jahren schienen die Sorgen nach einer „Wiederkehr der Vergangenheit“ zunächst zu bestätigen.

Verlässliche Partnerschaft mit kritischen Tönen: Recht schnell zeigte sich jedoch, dass Deutschland die Rolle als verlässlichster Partner Israels in Europa auch weiterhin einnahm. Die Staatspräsidenten reisten zu gegenseitigen Besuchen, und die Städtepartnerschaften sowie der Austausch durch Bildungs- und Jugendreisen wurden weiter ausgebaut. Die politische Bedeutung des deutsch-israelischen Verhältnisses hob Angela Merkel in einer Rede vor der Knesset im Jahre 2008 hervor, als sie erklärte, die Sicherheit Israels sei Teil der deutschen Staatsräson und niemals verhandelbar. Diese Rede stieß in Israel auf ein positives Echo. Seit jenem Jahr gibt es auch regelmäßige Regierungskonsultationen der beiden Staaten und weiterhin enge wirtschaftliche, wissenschaftliche und militärische Beziehungen.

Auf der persönlichen und privaten Ebene bleiben die Beziehungen ambivalent. Während Israelis darin lange zurückhal-

tend blieben, hat sich in den vergangenen Jahren das Bild, das sie sich von Deutschland machen, deutlich verbessert. In Berlin gibt es seit ein paar Jahren eine stetig wachsende Gemeinde zumeist junger Israelis. Sie leben zum Großteil zwar nur auf begrenzte Zeit in der Stadt, doch sorgt ihr medienwirksames Auftreten in der israelischen Öffentlichkeit immer wieder für Aufsehen, da ihnen von einigen Regierungsvertretern Verrat an ihrem eigenen Land vorgeworfen wurde.

Während in Deutschland vor allem in den 1960er- und 1970er-Jahren eine große Begeisterung für den jüdischen Staat herrschte, macht sich in den vergangenen Jahrzehnten eine immer stärkere Kritik breit. Sie bezieht sich meist auf das Zusammenbrechen des Friedensprozesses und die fortdauernde Besatzung des Westjordanlandes, ist mitunter allerdings auch nicht frei von antisemitischen Vorurteilen.

Gemessen am historischen Hintergrund ist das hohe Maß an engen wechselseitigen Verbindungen in der jüngeren Generation bemerkenswert. Dabei bleibt das Gedenken an die Schoah ein essenzieller Bestandteil deutsch-israelischer Beziehungen.



Der Brunnen „Feuer und Wasser“ am Dizengoff-Platz in Tel Aviv ist ein Geschenk von Frankfurt am Main an seine Partnerstadt Tel Aviv.



Austausch braucht Kontakte auf allen Ebenen. 2015 empfangen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Israels Präsident Reuven Rivlin im Bundeskanzleramt Teilnehmende eines deutsch-israelischen Jugendkongresses.

Israelis in Deutschland

Seit 1990 wandern immer mehr Israelis in Deutschland ein, in Israel wird das mit Sorge gesehen, in der deutschen Gesellschaft eher als ein hoffnungsvolles Zeichen. Vor allem Berlin scheint gerade unter jungen Israelis ein Sehnsuchtsort zu sein. Deren Zahl wird jedoch überschätzt, wie Dani Kranz von der Bergischen Universität Wuppertal festgestellt hat, die dort ein Forschungsprojekt zur israelischen Emigration nach Deutschland leitet.

Berliner Zeitung: Wenn man in Berlin lebt, hat man das Gefühl, dass die Zahl der Einwanderer aus Israel in den vergangenen Jahren gestiegen ist. Deckt sich das mit Ihren Erkenntnissen?

Dani Kranz: Ja, sie ist gestiegen, aber proportional kaum mehr als die Einwanderung aus anderen Ländern. Der Anteil der Israelis wird immer hemmungslos überschätzt. Es gibt keine 30 000 Israelis in Berlin, es waren 2014 knapp 4000 und 2015 genau 4398, dann kommen noch 2532 mit doppelter Staatsbürgerschaft dazu, das heißt es leben weniger als 7000 Israelis permanent in Berlin.

BZ: Und deutschlandweit?

Kranz: Da waren es zum Stichtag 31. Dezember 2015 genau 12 835 israelische Staatsbürger. Wenn man dann noch die Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft oder israelischem Migrationshintergrund dazu nimmt kommt man auf etwa 16 000, zusätzlich schätzen wir, dass noch 4000 mehr Menschen unter dem Radar fliegen, allerdings sind es nicht mehr als 20 000 Menschen, die im näheren oder weiteren Sinne Israelis sind. [...]

BZ: Können Sie die Auswanderer näher beschreiben?

Kranz: Es sind in der Mehrheit – etwa 70 Prozent – Aschkenasim, also europäische Israelis, mehr als 80 Prozent sind nach 1974 geboren, mehr als 50 Prozent sind ledig, 54 Prozent der Verheirateten haben deutsche Ehepartner, mehr als 60 Prozent haben einen Bachelor oder einen höheren akademischen Abschluss, gelten also als hoch qualifiziert. Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaftler sind mit 72 Prozent überrepräsentiert, politisch gesehen sind 80 Prozent moderat bis links. Wobei links säkular bedeutet, aber nicht antizionistisch. Der Anteil von Nachfahren von Jeckes, also deutschen Juden, liegt bei 30 Prozent, 70 Prozent bezeichnen sich als säkular.

BZ: Was sind die Gründe, Israel zu verlassen? Die Politik, die zunehmende Bedeutung der Religion, der Konflikt mit den Palästinensern?

Kranz: Alles zusammen. Vorgeschoben werden berufliche und ökonomische Gründe und auch die deutsche Kultur. Deutschland hat einen sehr hohen Status in Israel. Dann spielen Bildungsmöglichkeiten eine Rolle, oder dass man einen deutschen Partner hat oder Verwandte, die aus Deutschland kommen.

Für 40 Prozent ist die politische Lage in Israel Grund für die Auswanderung, dann wird auch die Unmöglichkeit, ökonomisch weiterzukommen, genannt. Die israelische Wirtschaft ist besonders gelagert. Im Ausland gilt Israel als Hightech-Land, aber viele Entwicklungen kommen aus dem Militärbereich, der Konflikt im Nahen Osten beeinflusst also die Ökonomie, deshalb gibt es auch so viele Auswanderer aus dem Kulturbereich. Die Religion wird von mehr als 46 Prozent als übergreifend erlebt. Diesen Israelis wird Israel zu jüdisch, sie sehen sich in erster Linie als Israelis, nicht als Juden. Ein Migrant muss aber immer mit dem Land, das er hinter sich lässt, unzufrieden sein, denn Auswanderung birgt ein immenses Risiko – wirtschaftlich und emotional.

BZ: Wie stellt man sich denn Deutschland in Israel vor?

Kranz: Das ist teilweise sehr naiv. Man denkt, dass das Leben sehr viel leichter ist, man stellt sich nicht vor, wie stark die kulturellen Unterschiede sind. Europäischer Jude in Israel zu sein, ist etwas ganz anderes, als israelische Aschkenasi in Deutschland zu sein. Ungefähr 20 Prozent der von uns Befragten suchen in Deutschland das Abenteuer. Aber man braucht in Deutschland spezifische Abschlüsse. Solche Abschlüsse anerkennen zu lassen, ist extrem schwierig und wenn ich die deutsche Sprache nicht kann, komme ich nicht weit. Das Gros der Israelis ist zwischen ein und sechs Jahren hier. [...]

BZ: Wissen Sie, wie groß der Prozentsatz derjenigen ist, die zurückgehen?

Kranz: Den kann man statistisch kaum greifen. Ein deutscher Wohnsitz kostet nicht viel, das heißt man kann ihn ewig aufrechterhalten. Und viele Israelis melden sich in Israel gar nicht ab.

BZ: Wie sieht es mit der Auswanderung deutscher Juden nach Israel aus?

Kranz: Das sind pro Jahr etwa 100 Menschen, die auf der Basis des Rückkehrrechts nach Israel einwandern. Es sind nicht unbedingt Juden, ein Großelternanteil muss Jude sein oder gewesen sein. Ehepartner und Kinder des Einwanderungsberechtigten können mit einwandern. Ich würde sagen, 50 Prozent kommen wieder zurück nach Deutschland. Das liegt auch daran, dass Israel über informelle Netzwerke funktioniert. Und als Migrant habe ich immer ein schwächeres Netzwerk.

Dani Kranz arbeitet als Senior Researcher und Projektleiterin an der Bergischen Universität Wuppertal. Sie studierte Kulturwissenschaften, Geschichte, Sozialpsychologie und -anthropologie. 2009 promovierte sie an der University of St. Andrews in Schottland

„Deutschland hat einen sehr hohen Status in Israel“, Interview von Susanne Lenz mit der Soziologin Dani Kranz, in: Berliner Zeitung vom 4. Mai 2017

DANIEL MAHLA

Ausblick

Alle Gesellschaften wandeln sich – für Israel gilt dies in besonderem Maße. Die Schwierigkeiten sind groß und die Hindernisse zahlreich, und doch liegt die vielleicht größte Stärke des Landes gerade darin, dieses Schicksal selbstbewusst anzunehmen und optimistisch in die Zukunft zu blicken.

Israel steht heute vor enormen Herausforderungen. Nach zahlreichen Kriegen und noch zahlreicheren Friedensinitiativen sieht sich der Staat immer noch von vielen seiner Nachbarn bedroht. Diskussionen um Sicherheitspolitik überschatten oftmals alle anderen politischen und sozialen Probleme. Vor allem aber die Fragen nach einem Abkommen mit den Palästinensern und nach dem Umgang mit dem von Israel seit 1967 besetzten Westjordanland sowie dem Gazastreifen prägen nach wie vor die öffentlichen Debatten.

Für das israelische Selbstverständnis, gleichzeitig jüdischer und demokratischer Staat zu sein, scheint die andauernde Besatzung des Westjordanlandes auf Dauer kaum haltbar. Eine Mehrheit der Israelis spricht sich in Umfragen seit Jahren für eine Zweistaatenlösung aus, zweifelt aber zunehmend an deren praktischer Umsetzbarkeit. Kritiker von rechts und von links halten diese Lösung längst für überholt. Während die einen den Großteil des Westjordanlandes annektieren wollen, plädieren die anderen für einen gemeinsamen Staat, in dem alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt leben sollen. So würde entweder der demokratische oder der jüdische Charakter des Staates in Frage gestellt.

Die israelische Gesellschaft selbst ist in viele Parallelgesellschaften gespalten, die immer weniger miteinander interagieren. Dies gilt nicht nur für die große Unterteilung in jüdische und arabische Israelis, sondern auch für verschiedene Gruppierungen innerhalb der jüdischen Bevölkerung. Hier ist es vor allem die Frage nach dem Einfluss der Religion auf das öffentliche Leben, die die Gesellschaft spaltet. Wie tief die Gräben verlaufen, verdeutlicht eine 2016 veröffentlichte Umfrage des amerikanischen PEW Instituts, derzufolge 95 Prozent der Ultraorthodoxen und 93 Prozent der Säkularen eine Ehe ihrer Kinder mit einem Partner der jeweils anderen Gruppe grundsätzlich ablehnen.

Aber auch andere Gruppen wie etwa die Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und Juden mit Wurzeln in der

arabischen Welt und Nordafrika stehen sich höchst misstrauisch gegenüber. Auch soziale Spannungen steigen: Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zusehends geöffnet und so lebt etwas mehr als ein Drittel der Einwohner Israels unter der offiziellen Armutsgrenze. Dies führt immer wieder zu Auseinandersetzungen und Protesten, wie etwa bei den durch rapide ansteigende Mieten ausgelösten Demonstrationen im Sommer 2011.

Das Auseinanderfallen des nahöstlichen Staatensystems bringt auch für Israel ein hohes Maß an Instabilität und birgt Unwägbarkeiten und neue Gefahren in sich. Gleichzeitig erkennen israelische Politiker in den sich wandelnden Konstellationen Chancen für neue Bündnisse. Tatsächlich war eine der großen Stärken israelischer Politik in den vergangenen Jahrzehnten gerade die Fähigkeit, sich verändernde geopolitische Faktoren zu erkennen und sich dementsprechend neu auszurichten.

Neben den gewaltigen Herausforderungen und Problemen gibt es aber auch viel Grund zur Hoffnung: In den sieben Jahrzehnten seiner Existenz hat Israel beachtliche Erfolge erzielt und sich bereits mehrmals neu erfunden. Als einer der wenigen Staaten, die im Kontext des Rückzugs europäischer Kolonialmächte nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden, ist Israel trotz aller Probleme und Einschränkungen weiterhin demokratisch konstituiert. Zahlreiche Einwanderungswellen veränderten das Land immer wieder tiefgreifend und brachten neue Einflüsse und Innovationen. Während man in den frühen Jahren vor allem landwirtschaftliche Produkte exportierte, hat sich Israel zu einer industriell und technologisch höchst leistungsstarken Nation entwickelt, deren Computertechnologie und Innovationskraft weltweit gefragt sind.

Bereits die Existenz eines Staates, der wenige Jahrzehnte vor seiner Gründung lediglich ein Hirngespinnst einiger Träumer zu sein schien und Zeit seines Bestehens kaum ein Jahr ohne Krieg oder Terror erlebt hat, lässt manch einen an Wunder glauben. Und tatsächlich ist ja einem Bonmot David Ben Gurions zufolge in Israel „kein Realist, wer nicht an Wunder glaubt“. Gemäß dieser Maxime des Staatsgründers und ersten Ministerpräsidenten bleibt auch für die Zukunft zu hoffen, dass die israelische Gesellschaft die zahlreichen Herausforderungen, vor denen sie steht, meistern wird.

Zeittafel

1882–1903 Erste zionistische Einwanderung (1. *Alijah*) nach Palästina

1896 Theodor Herzls Manifest „Der Judenstaat“ erscheint

29.–31. Oktober 1897 Gründungskongress der Zionistischen Weltorganisation in Basel

1905–1914 Zweite *Alijah* aus Russland und Polen

11. April 1909 Grundsteinlegung von Tel Aviv

25. Oktober 1910 Offizielle Gründung des ersten Kibbuz

2. November 1917 „Balfour-Erklärung“ Großbritanniens

1919–1923 Dritte *Alijah*, überwiegend aus Russland

1924–1931 Vierte *Alijah* aus Polen und der Sowjetunion

1. April 1925 Eröffnung der Hebräischen Universität Jerusalem

23.–29. August 1929 Arabische Unruhen in Hebron, Safed und Jerusalem

1932–1938 Fünfte *Alijah* aus Europa

1936–1939 Arabische Aufstände gegen britische Mandatspolitik und jüdische Einwanderung

17. Mai 1939 Weißbuch der britischen Regierung über Einwanderungsbeschränkungen für Palästina

1939–1947 Einwanderung von Verfolgten des NS-Regimes trotz britischer Beschränkungen (*Alijah B*)

19. Juni 1947 Die *Jewish Agency* schließt mit den religiösen Parteien die „Status quo-Vereinbarung“

29. November 1947 Die UN-Vollversammlung stimmt für die Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat und für die Internationalisierung Jerusalems

14. Mai 1948 Ende des britischen Mandats über Palästina, Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel in Tel Aviv durch David Ben Gurion

15. Mai 1948–Juli 1949 Erster Nahostkrieg

1948–1951 Jüdische Masseneinwanderung aus arabischen Staaten sowie aus Polen und Rumänien

25. Januar 1949 Wahlen zur 1. Knesset

Februar–Juli 1949 Waffenstillstandsabkommen mit Ägypten, dem Libanon, Transjordanien und Syrien

11. Mai 1949 Aufnahme Israels in die UNO

23. Januar 1950 Die Knesset erklärt (West-)Jerusalem zur Hauptstadt Israels

5. Juli 1950 Die Knesset erlässt das Rückkehrgesetz

10. September 1950 Jordanien annektiert das Westjordanland und Ost-Jerusalem

10. September 1952 Israel und die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnen das Luxemburger Abkommen

1955–1957 Einwanderung von Juden aus Nordafrika

29. Oktober–5. November 1956 Zweiter Nahostkrieg zwischen Ägypten und Großbritannien, Frankreich sowie Israel

14. März 1960 David Ben Gurion und Konrad Adenauer treffen sich in New York

1961 Eichmann-Prozess in Jerusalem

1964 Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)

12. Mai 1965 Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland

Dezember 1966 Aufhebung der Militärverwaltung über die arabische Bevölkerung Israels

5.–10. Juni 1967 Dritter Nahostkrieg Israel gegen Ägypten, Syrien sowie Jordanien; Israel besetzt die Sinaihalbinsel, das Westjordanland mit Ost-Jerusalem, die Golanhöhen und den Gazastreifen

1. September 1967 Khartum-Resolution der arabischen Staaten mit „drei Neins“ zu Frieden mit Israel, zur Anerkennung Israels und zu Verhandlungen mit Israel

Oktober 1973 Vierter Nahostkrieg („Jom-Kippur-Krieg“) Israel gegen Ägypten und Syrien

20. November 1977 Rede des ägyptischen Staatspräsidenten Anwar as-Sadat vor der Knesset

17. September 1978 Unterzeichnung der Abkommen von Camp David

26. März 1979 Ägypten unterzeichnet als erstes arabisches Land einen Friedensvertrag mit Israel

30. Juli 1980 Grundgesetz über das „vereinigte Jerusalem“ als Hauptstadt Israels

1. November 1981 Ablösung der Militärverwaltung in Westbank und Gaza durch eine Ziviladministration

14. Dezember 1981 Israel annektiert die Golanhöhen

25. April 1982 Israel zieht sich vom Sinai zurück

1982 Fünfter Nahostkrieg. Ziel des israelischen Einmarsches im Libanon ist die Schwächung der PLO, die von Beirut aus ihre Angriffe auf Siedlungen im Norden Israels koordiniert

25. September 1982 Massendemonstration der Friedensbewegung „Frieden jetzt“ in Tel Aviv mit 400 000 Teilnehmern gegen den Libanonkrieg

1984–1985 Die „Operation Moses“ bringt äthiopische Juden nach Israel

Februar–Juni 1985 Israelischer Teiltrückzug aus dem Libanon

1987 Gründung der Hamas

8./9. Dezember 1987 Ausbruch der ersten Intifada.

1988 Die PLO ruft den Staat Palästina aus

1989 Beginn der Masseneinwanderung aus der Sowjetunion nach Israel

18. Januar–25. Februar 1991 Der Irak schießt während des Zweiten Golfkriegs Raketen auf Israel ab

23.–25. Mai 1991 „Operation Salomo“ zur Evakuierung äthiopischer Juden

30. Oktober–2. November 1991 Nahost-Friedenskonferenz in Madrid. Erstmals nehmen sowohl Israel als auch Jordanien, in dessen Delegation sich palästinensische Vertreter befinden, Syrien und der Libanon teil

20. Januar–20. August 1993 Geheimverhandlungen zwischen Vertretern Israels und der PLO bei Oslo

April 1993 Die Hamas beginnt mit Selbstmordattentaten in Israel

13. September 1993 Das Oslo-Abkommen wird in Washington unterzeichnet. Darin erkennen sich Israel und die PLO gegenseitig an

4. Mai 1994 Autonomieabkommen über Gaza und Jericho in Kairo

26. Oktober 1994 Friedensvertrag Israel und Jordanien

28. September 1995 Das Interimsabkommen zwischen Israel und der PLO über die Ausdehnung der palästinensischen Selbstverwaltung im Westjordanland, Oslo II, wird in Washington D.C. unterzeichnet

4. November 1995 Ein jüdischer Extremist ermordet Premier Jizchak Rabin auf einer Friedenskundgebung in Tel Aviv

20. Januar 1996 Jassir Arafat und seine Fatah gewinnen die ersten Parlamentswahlen in den Palästinensergebieten

24. Mai 2000 Israel schließt seinen Rückzug aus dem Südlibanon ab

11.–25. Juli 2000 Israelisch-palästinensische Gespräche in Camp David

28. September 2000 Beginn der zweiten Intifada

8. Juli 2003 Baubeginn der Sperranlage zum Westjordanland

11. November 2004 Palästinenserpräsident Jassir Arafat stirbt in Paris. Sein Nachfolger wird Mahmud Abbas

August/September 2005 Die israelische Armee räumt alle jüdischen Siedlungen im Gazastreifen

26. Januar 2006 Die Hamas siegt bei den Parlamentswahlen im Westjordanland und Gazastreifen

12.–14. August 2006 Zweiter Libanonkrieg Israels, ausgelöst durch einen Überfall der Hisbollah auf israelische Soldaten

Mitte Juni 2007 Die Hamas übernimmt gewaltsam die Macht im Gazastreifen

17. März 2008 Erste gemeinsame deutsch-israelische Regierungskonsultationen in Jerusalem

27. Dezember 2008–Mitte Januar 2009 Den Raketenbeschuss der Hamas auf israelisches Gebiet beantwortet Israel mit einer Militäroffensive im Gazastreifen

Sommer 2011 Massenproteste gegen soziale Ungleichheit in Israel

14.–21. November 2012 Auf verstärkten Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen reagiert Israel mit einer Militäroffensive

Sommer 2013 Wiederaufnahme direkter Friedensverhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde, die die israelische Regierung nach Ankündigung von Fatah und Hamas, eine gemeinsame Regierung zu bilden, im April 2014 aussetzt

10. Juni 2014 Reuven Rivlin wird zum Staatspräsidenten Israels gewählt

8. Juli–26. August 2014 Der verstärkte Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen auf israelisches Gebiet führt zum dritten Krieg zwischen der Hamas und Israel. Ägypten vermittelt wiederum eine Waffenruhe

17. März 2015 In der Wahl zur 20. Knesset wird der Likud stärkste Kraft. Es bildet sich eine aus fünf Fraktionen bestehende national-religiöse Koalition unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu

7. Dezember 2017 US-Präsident Donald Trump erkennt Jerusalem als Hauptstadt Israels an

19. April 2018 Israel feiert den 70. Jahrestag seiner Staatsgründung

Literaturhinweise

Avineri, Shlomo: Herzl. Theodor Herzl und die Gründung des jüdischen Staates, Berlin 2016, 361 S.

Balke, Ralf: Israel. München 2013 (5., neu bearbeitete Auflage), 288 S.

Bertelsmann-Stiftung (Hg.): Israelis in Berlin. Wie viele sind es und was zieht sie nach Berlin. Kooperationsprojekt mit dem Deutschlandradio „Faszination und Befremden – 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen“, Autorin: Dani Kranz, Gütersloh 2015, 33 S. PDF unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Israelis_in_Berlin.pdf

Birk, Michael / Hagemann, Steffen Hg.: The only Democracy? Zustand und Zukunft der israelischen Demokratie, Berlin 2013, 316 S.

Brenner, Michael: Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates. Von Theodor Herzl bis heute, München 2016, 288 S.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte, Jerusalem (APuZ 15–16/2018); 1967 (APuZ 5–7/2017), darin: Jan Busse / Stefan Stetter: Das Jahr, das den Nahen Osten veränderte, S. 27–33; Syrien, Irak und Region (APuZ 8/2016), darin: Florence Gaub: Der Nahe Osten 2025: Drei Zukunftsszenarien, S. 39–45; Israel und Deutschland (APuZ 6/2015); unter www.bpb.de/apuz auch als PDF verfügbar

Dies.: Reihe Info aktuell: Deutsch-Israelische Beziehungen, Autor: Dr. Martin Kloke, Bonn 2015, 24 S.; unter www.bpb.de/izpb als PDF verfügbar

Dachs, Gisela (Hg.): Jüdischer Almanach: Mein Israel – Szenen eines Landes, Berlin 2018, 183 S.

Dies. (Hg.): Länderbericht Israel (bpb-Schriftreiheband 10 000), Bonn 2016, 770 S.

Diner, Dan: Rituelle Distanz. Israels deutsche Frage, München 2015, 176 S.

Freedman, Robert O.: Contemporary Israel. Domestic Politics, Foreign Policy, and Security Challenges, Philadelphia 2009, 400 S.

Friedrich-Ebert-Stiftung / MACRO Center for Political Economics: Wohin geht es für die Generation Z. Zwischen Enttäuschung und Erwartung – persönliche Wertvorstellungen und politische Positionen junger Menschen in Israel. Die 4. Jugendstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Tel Aviv April 2017, 56 S.

Harkabi, Yehoshafat: Arab Attitudes to Israel, Jerusalem 1972, 551 S.

Haviv-Horiner, Anita: Grenzen-los? Deutsche in Israel und Israelis in Deutschland (bpb-Schriftenreiheband 1744), Bonn 2016, 240 S.

Dies. / Sibylle Heilbrunn (Hg.): Heimat? – Vielleicht. Kinder von Holocaust-Überlebenden zwischen Deutschland und Israel (bpb-Schriftenreiheband 1371), Bonn, 2013, 255 S.

Illouz, Eva: Israel: Soziologische Essays, Berlin 2015, 229 S.

Kimmerling, Baruch / Migdal, Joel S.: The Palestine People. A History, New York 2003, 608 S.

Kinet, Ruth: Israel: Ein Länderporträt, 4., aktualisierte Auflage, Berlin 2017, 216 S.

Krämer, Gudrun: Geschichte Palästinas: Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel, 6. Auflage, München 2015, 446 S.

Kron, Norbert / Shalev, Amichai (Hg.): Wir vergessen nicht, wir gehen tanzen. Israelische und deutsche Autoren schreiben über das andere Land (bpb-Schriftenreiheband 1558), Bonn 2015, 320 S.

Lotem, Itay / Seitz, Judith: Israel – Nah im Osten, Bonn 2013, 160 S.

Morris, Benny: Righteous Victims: A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881–2001, London 2001, 800 S.

Pinto, Diana: Israel ist umgezogen, Berlin 2013, 238 S.

Rabinovich, Itamar / Reinharz, Jehuda (Hg.): Israel in the Middle East: Documents and Readings on Society, Politics, and Foreign Relations, Pre-1948 to the Present (Second Edition). Waltham, MA 2008, 626 S.

Segev, Tom: David Ben Gurion: Ein Staat um jeden Preis, München 2018, 800 S.

Senor, Dan / Singer, Paul: Start-up Nation Israel. Was wir vom innovativsten Land der Welt lernen können, München 2012, 384 S.

Schneider, Richard C.: Alltag im Ausnahmezustand. Mein Blick auf Israel, München 2018, 304 S.

Shapira, Anita: Israel. A History, London 2015, 512 S.

Shavit, Ari: Mein gelobtes Land. Triumph und Tragödie Israels, München 2015, 592 S.

Shlaim, Avi.: The Iron Wall: Israel and the Arab World, überarbeitete Auflage, London and New York 2014, 944 S.

Strenger, Carlo: Israel – Einführung in ein schwieriges Land, Berlin 2013, 173 S.

Sznaider, Natan: Gesellschaften in Israel. Eine Einführung in zehn Bildern, Berlin 2017, 318 S.

Timm, Angelika (Hg.): 100 Dokumente aus 100 Jahren. Teilungspläne, Regelungsoptionen und Friedensinitiativen im israelisch-palästinensischen Konflikt (1917–2017), Berlin 2017, 728 S.

Treuenfeld, Andrea von: Israel: Momente seiner Biografie, Gütersloh 2018, 224 S.

Wasserstein, Bernard: Israel und Palästina: Warum kämpfen sie und wie können sie aufhören, München 2009, 176 S.

Wolffsohn, Michael / Grill, Tobias: Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Leverkusen 2016 (8., akt. Auflage), 344 S.

Yaron, Gil: Jerusalem. Ein historisch-politischer Stadtführer, München 2013 (3. Auflage), 304 S.

Internetadressen

www.auswaertiges-amt.de/de/israelsicherheit/203814

www.bpb.de/internationales/asien/israel/
Online-Dossier der bpb zu Israel

www.cbs.gov.il/reader/?Mival=cw_usr_view_Folder&ID=141

www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Weltkarte/Asien/israel.html

www.haaretz.com/

www.hagalil.com

www.jewishvirtuallibrary.org/

www.jpost.com/

mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/MFADocuments/Pages/Documents_Foreign_Policy_Israel.aspx

www.swp-berlin.org

www.timesofisrael.com/

www.yadvashem.org/

Autorinnen und Autoren

Dr. Daniel Mahla ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur der LMU München und Koordinator des Zentrums für Israel-Studien. **Dr. Daniel Mahla hat die Koordination für dieses Heft übernommen.**

Dr. Johannes Becke, Jahrgang 1982, ist Juniorprofessor am Ben-Gurion-Lehrstuhl für Israel- und Nahoststudien an der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg. Seine fachlichen Schwerpunkte sind die israelisch-arabischen Beziehungen und vergleichende Perspektiven auf zionistische und israelische Geschichte.

Prof. Dr. Michael Brenner ist Inhaber des Lehrstuhls für Jüdische Geschichte und Kultur an der Universität München und Direktor des Center for Israel Studies an der American University in Washington D.C. Seine Forschungsschwerpunkte sind Jüdische Geschichte, Geschichte des Zionismus und Geschichte der Juden in Deutschland.

Dr. Gisela Dachs ist Publizistin, Sozialwissenschaftlerin und Dozentin am DAAD Center for German Studies und am European Forum der Hebräischen Universität Jerusalem. Sie war zwei Jahrzehnte lang exklusive Israel-Korrespondentin der ZEIT und arbeitet als freie Autorin in Tel Aviv.

Prof. Dr. Anat Feinberg ist Honorarprofessorin für Hebräische und Jüdische Literatur an der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg. Ihre Forschungsgebiete sind Moderne Hebräische Literatur, Jüdische Literatur, Theaterstudien und Israelstudien.

Prof. Dr. Maximilian Felsch ist Associate Professor an der Haigazian Universität in Beirut und leitet dort seit 2011 das Institut für Politikwissenschaft. Seine Forschungsschwerpunkte sind die regionalen und internationalen Beziehungen des Nahen Ostens sowie das Zusammenspiel von Politik und Religion in der arabischen Welt.

Dr. Tobias Grill ist Historiker und promovierte über ein Thema der osteuropäisch-jüdischen Geschichte. Zusammen mit **Prof. Wolffsohn** ist Dr. Grill Co-Autor der Neuauflage von Wolffsohns Standardwerk „Israel: Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft“

Dr. Jenny Hestermann, Jahrgang 1982, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich „Geschichte des 20. Jahrhunderts“ an der Goethe-Universität Frankfurt. Sie promovierte in Berlin und Jerusalem zu Staatsbesuchen und Symbolpolitik in den deutsch-israelischen Beziehungen. Ihre fachlichen Schwerpunkte sind Kulturgeschichte der Diplomatie, deutsch-jüdische Geschichte, Geschichte Israels und die Geschichte Europas nach 1945.

Prof. Dr. Guy Katz befasste sich in seiner Dissertation an der LMU München mit deutsch-israelischen Verhandlungen. 2014 wurde er als Professor für International Management & Leadership an die FOM Hochschule berufen. Er hat umfangreiche Erfahrungen in Forschung und Lehre von interkulturellem und internationalem Management und hat an mehreren strategischen Projekten für namhafte nationale und internationale Unternehmen mitgewirkt.

Prof. Dr. Noa Lavie ist Mediensoziologin an der Aktademischen Hochschule Tel Aviv-Yaffo und Experte für Medienindustrie sowie für Rundfunk- und Fernsehstudien. Dr. Lavie hat in führenden internationalen Zeitschriften über die israelische Rundfunk- und Fernsehindustrie publiziert.

Dr. Dominik Peters studierte Nahost- und Politikwissenschaften (BA) sowie Jüdische Studien (MA) in Jerusalem, Kairo, Heidelberg, Graz und Halle. Er promovierte am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur der LMU München in Neuerer und Neuester Geschichte. Er ist Absolvent der studienbegleitenden Journalistenausbildung des Instituts zur Förderung publizistischen Nachwuchses (ifp) in München und Redakteur im Politik-Ressort von SPIEGEL ONLINE.

Prof. Dr. Stephan Stetter ist Professor für Internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München. Er ist Mit-Herausgeber der Zeitschrift für Internationale Beziehungen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Historisch-Soziologische Analysen der Internationalen Beziehungen, Politik und Gesellschaft im Nahen Osten – vor allem Israel und Palästina – sowie EU-Außenpolitik.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Dr. André Hein (Volontär)

Redaktionelle Mitarbeit:

Robin Bein, Passau; Lisa Stein, Dresden; Liv Smukalla, Bonn

Gutachten:

Frau M.A. Daniela Arnold, Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur/Zentrum für Israel-Studien der LMU München; Dr. Steffen Hagemann, Technische Universität Kaiserslautern, FB Sozialwissenschaften, Politikwissenschaft II; Prof. Dr. Natan Sznaider, Akademische Hochschule Tel Aviv

Titelbild:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth; unter Verwendung von Fotos von bridgeman images (Universal History Archive); ddp (Robert B. Fishman, ecomedia das journalistenbuero); Getty Images (Esaias Baitel); picture alliance (Abir Sultan); REUTERS (Adnan Abidi, Amir Cohen, Baz Ratner)

Umschlag-Rückseite:

Leitwerk, 50672 Köln

Kartografie:

mr-karthographie, 99867 Gotha

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Schwabacher Straße 261, 90763 Fürth

Druck:

apm alpha print medien AG, 64295 Darmstadt

Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 450 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

April 2018

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



Anforderungen

bitte schriftlich an Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock Fax: 03 82 04/66-273 oder direkt bestellen unter www.bpb.de/informationen-zur-politischen-bildung



Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0 Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.



TIMER 18 – 19

**Jetzt
bestellen!**
bpb.de/timer



Der Timer 2018/2019 – Notizkalender für das ganze Schuljahr

Viele interessante Infos und Platz für Hausaufgaben, Notizen und Termine – auf 160 Seiten im kompakten Din-A5-Format. Erhältlich als Soft- und Hardcover. Im Klassensatz besonders günstig!